Impressum

Redaktion / Editors

Jens Beckmann, Peter Birke, Thomas Funk, Sarah Graber Majchrzak, Max Henninger, Dagmar Lieske, Norbert Meder, Christiane Mende, Gottfried Oy, Hartmut Rübner, Lars Stubbe, Rhena Stürmer, Johanna Wolf

Anschrift der Redaktion / Contact Address

SGO@janus-projekte.de

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e. V.
z. Hd. Redaktion Sozial.Geschichte Online
Cuvrystraße 20a, Briefkasten 30
D–10997 Berlin

Webseite / Website

https://sozialgeschichte-online.org

Erscheinungsort / Place of Publication

DuEPublico, Duisburg-Essen Publications Online
Universität Duisburg-Essen
https://duepublico.uni-duisburg-essen.de

Satz / Typesetter

Thomas Funk, Berlin; Norbert Meder, Köln

Sozial.Geschichte Online

Social History Online /
Histoire sociale en ligne

27 (2020)

ISSN 1869-4748

Inhalt / Contents

Editorial **5**

Forschung / Research **11**

Freia Anders / Alexander Sedlmaier Other claims and other cities: contested and shifting boundaries in informal housing and squatting 11

Ronja Oltmanns „Wer die Mißbräuche des Asylrechts nicht bekämpft, der fördert […] Ausländerfeindlichkeit." Die Instrumentalisierung der rassistischen Anschläge und Pogrome Anfang der 1990er Jahre für die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl 43

Sabrina Apicella Rough Terrains: Wages as Mobilizing Factor in German and Italian Amazon Distribution Centers 81

Zeitgeschehen / Current Events **97**

Gruppe Blauer Montag Vom Notstand der Arbeitsgesellschaft 97

Wolfgang Völker Auf Freiwilligenarbeit ist kein Verlass, schon gar nicht im Notstand 121

Peter Birke Coesfeld und die Folgen: Arbeit und Migration in der Pandemie 137

Die sozialen Bewegungen in Frankreich in Zeiten der Pandemie. Ein Gespräch mit Willi Hajek und Lou Marin (Peter Birke / Lars Stubbe) 155

Saïd Belguidoum Der Hirak und die Krise des neopatrimonialen Systems in Algerien. Auf dem Weg zu einer zweiten Unabhängigkeit? 181

Rezensionsessay / Review Essay 207

Ahlrich Meyer Die Schwelle des Zeugnisses überschritten. David Roussets L'univers concentrationnaire liegt endlich auf Deutsch vor 207

Buchbesprechungen / Book Reviews 217

Markus Börner / Anja Jungfer / Jakob Stürmann (Hg.) Judentum und Arbeiterbewegung. Das Ringen um die Emanzipation in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (Thomas Gräfe) 217

Esther Abel Kunstraub – Ostforschung – Hochschulkarriere. Der Osteuropahistoriker Peter Scheibert (Michael Fahlbusch) 222

Peter Haumer Geschichte der F.R.S.I. Die Föderation Revolutionärer Sozialisten „Internationale" und die österreichische Revolution 1918/19 (Robert Foltin) 230

Jason Lutes Berlin: Flirrende Stadt (Hartmut Rübner) 239

Georg Steinmeyer Die Gedanken sind nicht frei. Coaching: Eine Kritik (Robert Kempf) 242

Martin Schulze Wessel (Hg.) The Prague Spring as a Laboratory (Eva Schäffler) 250

Abstracts 257

Autorinnen und Autoren / Contributors 262

Editorial

Das vorliegende Heft 27 der Zeitschrift *Sozial.Geschicht*e erscheint in besonderen Zeiten. Es enthält eben deshalb eine besonders ausführliche Rubrik „Zeitgeschehen“: In den letzten Monaten haben auch uns die Auswirkungen der Corona-Krise stark beschäftigt, und hier vor allem die Folgen für soziale Bewegungen sowie Arbeitskämpfe und Streiks. Aus diesem Grunde enthält diese Ausgabe gleich vier Artikel über das Krisenthema: Der erste – und die Debatte strukturierende – Beitrag kam von der Gruppe Blauer Montag (Hamburg und Umgebung), die sich bereits im März über erste Folgen des ‚Notstands der Arbeitsgesellschaft‘ verständigte. Auf diesen Beitrag reagierte dann etwa zwei Wochen später Wolfgang Völker in einer eher pessimistischen und zugleich analytischen Lesart der Bedeutung von Selbstorganisation in der Krise: ‚Auf Freiwilligenarbeit ist kein Verlass, schon gar nicht im Notstand‘. Unter dem Eindruck der Verschiebung der Debatte hin zu einer (mal kritischen, mal affirmativen) Würdigung der Situation von migrantischen Arbeitenden entstand sodann Mitte Mai ein Text unseres Redaktionsmitglieds Peter Birke: ‚Coesfeld und die Folgen: Arbeit und Migration in der Pandemie‘. Und schließlich beleuchtete Anfang Juni ein Interview, das Lars Stubbe und Peter Birke mit Lou Marin und Willi Hajek geführt haben, die Situation der ‚sozialen Bewegungen in Frankreich in Zeiten der Pandemie‘. Alle vier Beiträge können und sollen sehr gerne auch weiterhin ergänzt, aktualisiert und diskutiert werden; hierzu hat die Redaktion ein Call for Paper verfasst, der auf unserem Blog einzusehen ist.[1]

Die Debatte über Corona hat in den vergangenen Wochen in unserer Zeitschrift einen derart großen Raum eingenommen, dass es fast so erscheinen mag, als handele es sich nicht mehr um eine Zeitschrift, die sich auch historischen Themen aus kritisch-analytischer und emanzipa-

[1] [https://sozialgeschichte-online.org/2020/04/25/neue-erfahrungen-neue-verbindungen/].

torischer Sicht widmet. Das ist zum Glück nicht der Fall: Auch in dem vorliegenden Heft finden sich einige neue, lesenswerte Forschungsbeiträge – sowie ein weiterer Beitrag zum Zeitgeschehen.

Saïd Belguidoum beschäftigt sich in seinem (aus einem Manuskript für aufgrund Covid-19 abgesagter Veranstaltungen in Hamburg und Berlin hervorgegangen) Beitrag ‚Der Hirak und die Krise des neopatrimonialen Systems in Algerien' mit einer sozialen Bewegung, deren wöchentliche Demonstrationen seit Anfang 2019 Hunderttausende, zeitweise gar Millionen Menschen anzogen und die durch die Pandemie eine vermutlich nur vorläufige Unterbrechung fand. Anfangs vor allem gegen eine erneute Kandidatur des langjährigen Präsidenten Bouteflika gerichtet, stellte der Hirak (‚die Bewegung') Belguidoum zufolge rasch das seit Jahrzehnten herrschende neopatrimoniale System an sich infrage, das im Zusammenspiel sozial- und sicherheitsstaatlicher Elemente mit einem ausgeprägten Klientelismus soziale und regionale Ungleichheiten verstärkte. Den Hirak deutet der Autor als Antwort einer seit zwanzig Jahren gewachsenen „Zivilgesellschaft" auf die Krise dieses Systems, als Aufbruch einer jungen Generation, die mit dem algerischen Gründungsmythos der nationalen Befreiung nichts mehr anfangen kann und sich mit ihren Forderungen nach Rechtsstaatlichkeit und sozialer Gerechtigkeit „auf dem Weg in eine neue Unabhängigkeit" sieht.

Der Forschungsartikel von Freia Anders und Alexander Sedlmaier, ‚Other claims and other cities: contested and shifting boundaries in informal housing and squatting', befasst sich mit der Rolle, die Squatter – Haus-, Land- und Wohnungsbesetzer_innen – beim Überschreiten und Überwinden urbaner Trennlinien und der Umformung städtischer und öffentlicher Räume gespielt haben und spielen. In der komparativen Zusammenschau von Forschungsergebnissen aus dem globalen Norden und dem globalen Süden entsteht eine konzeptuelle Analyse mehrdimensionaler Grenzüberschreitungen – dem Überwinden von Grundstücksgrenzen, Grenzen zwischen Öffentlichem und Privatem sowie sozioökonomischen und stadtplanerischen Grenzziehungen –, die konventionelle Vorstellungen städtischer Autorität und Raumaufteilung

herausfordern, urbane Trennlinien verschieben und Legitimitätsansprüche bestärken. Der Text analysiert Squatting als Reaktion auf Prozesse der Stadtplanung und Stadtentwicklung, der Privatisierung, Gentrifizierung und Versicherheitlichung von Räumen und damit als implizite oder explizite Antwort auf soziale Fragen, die dem Gebrauch und der Verteilung des urbanen Raums zugrunde liegen. Anders und Sedlmaier sehen in den kleinteiligen Versuchen der Squatter, die Stadt in die eigenen Hände zu nehmen, das Potential, von technokratischen Eliten und privaten Kapitalinteressen dominierte Formen der Stadtplanung und -entwicklung herauszufordern.

In der Rubik „Forschung" erscheint außerdem ein Beitrag von Ronja Oltmanns, „„Wer die Mißbräuche des Asylrechts nicht bekämpft, der fördert […] Ausländerfeindlichkeit"". Die Autorin untersucht den Zusammenhang zwischen den rassistischen Anschlägen und Pogromen zu Beginn der 1990er Jahre und der faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl durch den Bundestag 1992/93 auf der Grundlage einer Analyse der sprachlichen Verfasstheit von Beiträgen in Bundestagsdebatten der Jahre 1985 bis 1993. Oltmanns fragt, wie sich die Diskussion um das Grundrecht auf Asyl veränderte und welche Rolle die rassistischen Anschläge dabei spielten. Diese Entwicklung betrachtet die Autorin vor dem Hintergrund sich verändernder Migrationsregime und ordnet sie historisch ein. Oltmanns kann belegen, dass sowohl die Unionsparteien als auch die SPD die rassistischen Anschläge argumentativ dafür nutzten, die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl zu begründen und die dafür notwendige Zweidrittelmehrheit herzustellen. Der Beitrag ist auch deshalb von Bedeutung, weil er in einer Reihe mit den jüngst erschienenen Texten in *Sozial.Geschichte* zur Veränderung des aktuellen Migrationsregimes gesehen werden kann, zuletzt in Heft 26 mit dem Text von Sebastian Muy über verwertungsorientierte Migrationspolitik und die eigenständige Bedeutung des Rassismus.[2]

[2] Sebastian Muy, Verwertung ≤ Entrechtung. Ein Blick auf die Debatte um Migration und Arbeit in Sozial.Geschichte Online nach dem „Migrationspaket" vom 7. Juni 2019, in: Sozial.Geschichte Online, 26 (2020), S. 71–89, [https://duepublico2.uni-due.de/servlets/MCRFileNodeServlet/duepublico_derivate_00071535/05_Muy_Verwertung_Entrechtung.pdf].

Schließlich findet sich in diesem Heft ein dritter Forschungsbeitrag mit einer ebenso starken aktuellen Bezugnahme. Sabrina Apicella analysiert in ‚Rough Terrains: Wages as Mobilizing Factor in German and Italian Amazon Distribution Centers' die Bedeutung der Kämpfe um Löhne und bessere Arbeitsbedingungen in deutschen und italienischen Distributionszentren des Online-Versandhändlers.[3] Sie zeigt, dass das vereinheitlichende Moment der Lohnforderung insofern nur bedingt mobilisierbar ist, wenn es um kollektive Organisierung geht, weil es von den außerbetrieblichen und gesellschaftlichen Kontexten im Grunde abstrahiert. Der Text bezieht sich in der Frage nach der Vermittlung von Streiks auf der transnationalen Ebene auf eine – auch in der aktuellen COVID-19-Krise exponierte – extrem wichtige Diskussion über Gemeinsamkeiten und Differenzen in grenzüberschreitenden Arbeitskämpfen. Apicella weist in ihrer Arbeit, die auf jahrelangen quantifizierenden wie qualitativen soziologischen Forschungen zu Amazon beruht, am Ende nicht zuletzt auf die Bedeutung hin, die eine Erweiterung der Perspektive von Arbeitskämpfen auf das Terrain „jenseits" der verbetrieblichten Arbeit im engeren Sinn hat.

In einem Rezensionsessay von Ahlrich Meyer, ‚Die Schwelle des Zeugnisses überschritten. David Roussets *L'univers concentrationnaire* liegt endlich auf Deutsch vor', diskutiert der Autor den 1946 erschienenen Report von David Rousset (1912–1997) über deutsche Konzentrationslager. Roussets Beitrag wurde in der Nachkriegszeit weitgehend ignoriert. Meyer zeigt eindrücklich, wie wichtig dieser Beitrag gleichwohl für ein besseres Verständnis autoritärer Herrschaft ist.

Unser Rezensionsteil enthält eine Buchbesprechung von Thomas Gräfe zum von Markus Börner u. a. herausgegebenen Sammelband *Judentum und Arbeiterbewegung. Das Ringen um die Emanzipation in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, eine Rezension Michael Fahlbuschs

[3] Siehe zu diesem Thema den Beitrag von Ralf Ruckus, „Der amerikanische Traum für zwei Euro pro Stunde". Zum Arbeiterkampf bei Amazon in Polen, Sozial.Geschichte Online, 18 (2016), S. 63–98, [https://duepublico2.uni-due.de/servlets/MCRFileNodeServlet/duepublico_derivate_00041179/05_Ruckus_Amazon.pdf], und die auf unserer Homepage im Dossier „Streiks" versammelten Beiträge: [https://sozialgeschichte-online.org/dossiers/streiks/].

zu Esther Abel, *Kunstraub – Ostforschung – Hochschulkarriere. Der Osteuropahistoriker Peter Scheibert*, und Robert Foltins Würdigung von Peter Haumers *Geschichte der F.R.S.I / Föderation Revolutionärer Sozialisten „Internationale" in den Jahren 1918/19*. Hartmut Rübner rezensiert Jason Lutes' Graphic Novel *Berlin: Flirrende Stadt*. Robert Kempf bespricht Georg Steinmeyers Kritik des aktuellen Coaching-Booms, und Eva Schäffler stellt den von Martin Schulze Wessel herausgegebenen Sammelband *The Prague Spring as a Laboratory* vor.

Wir danken allen Beitragenden herzlichst für ihre Mitarbeit. *Sozial.-Geschichte* würde ohne die umfangreiche ehrenamtliche Arbeit auch über die Beiträge unserer Autor_innen hinaus nicht existieren. Wir freuen uns über Unterstützung jeglicher Art, auch durch Abonnements, Mitgliedschaften im Trägerverein der Zeitschrift oder Spenden. Wie bereits die letzten Ausgaben, kann auch die vorliegende Zeitschrift wieder in einer Papierversion erworben werden. Das Heft kann per Mail bei der Redaktion bestellt werden;[4] eine Liste der Buchhandlungen, in denen die Zeitschrift erworben werden kann, findet sich auf unserem Blog.[5]

Viel Erkenntnisgewinn beim Lesen wünscht

die Redaktion

[4] [sgo@janus-projekte.de].
[5] [https://sozialgeschichte-online.org/].

Dies ist eine Veröffentlichung der ***Sozial.Geschichte Online***
lizenziert nach [Creative Commons – CC BY-NC-ND 3.0]

Sozial.Geschichte Online ist **kostenfrei und offen** im Internet zugänglich. Wir widmen uns Themen wie dem Nationalsozialismus, dessen Fortwirken und Aufarbeitung, Arbeit und Arbeitskämpfen im globalen Maßstab sowie Protesten und sozialen Bewegungen im 20. und 21. Jahrhundert. Wichtig ist uns die Verbindung wissenschaftlicher Untersuchungen mit aktuellen politischen Kämpfen und sozialen Bewegungen.

Während die Redaktionsarbeit, Lektorate und die Beiträge der AutorInnen unbezahlt sind, müssen wir für einige technische und administrative Aufgaben pro Jahr einen knapp fünfstelligen Betrag aufbringen.

Wir rufen deshalb alle LeserInnen auf, uns durch eine **Spende** oder eine **(Förder-)Mitgliedschaft** im *Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.* zu unterstützen, der diese Zeitschrift herausgibt und gemeinnützig ist.

Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerabzugsfähig, deswegen bitten wir, uns eine E-Mail- und eine Post-Adresse zu schicken, damit wir eine Spendenquittung schicken können.

Die Vereinsmitgliedschaft kostet für NormalverdienerInnen 80 € und für GeringverdienerInnen 10 € jährlich; Fördermitglieder legen ihren Beitrag selbst fest.

Mitgliedsanträge und andere Anliegen bitte an

SGO-Verein [at] janus-projekte.de oder den

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.
Cuvrystraße 20a
(Briefkasten 30)
D-10997 Berlin

Überweisungen von Spenden und Mitgliedsbeiträgen bitte an

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.
IBAN: DE09 1002 0500 0001 4225 00, BIC: BFSWDE33BER,
Bank für Sozialwirtschaft

Freia Anders / Alexander Sedlmaier

Other claims and other cities: contested and shifting boundaries in informal housing and squatting

When Berlin celebrated its 750th anniversary in 1987, a large sculpture by Olaf Metzel, a seemingly haphazard installation of enlarged crowd barriers and shopping trolleys, piled up to just under 12 meters and titled "13.4.81", was installed on the Kurfürstendamm. The date referred to a so-called "Scherbendemo" (literally: demonstration of shards), that is a demonstration, in which squatters and autonomists made their mark by smashing display windows, in fact, one of many such occurrences during the heyday of the West-Berlin squatting movement of the early 1980s. The actual reason for the demonstration in April 1981 was to protest the situation of political prisoners on hunger strike; in particular, members and supporters of the Red Army Faction who suffered forced feeding. Metzel's sculpture aimed to make societal contradictions visible. Shopping trolleys and crowd barriers served as pointers to the potential for violence within consensus and consumer societies.[1]

The artwork was appropriated and contested in several ways. Defying considerations of health and safety, people used it as climbing scaffold, viewing platform, and picnic place. On the other hand, it triggered massive public protest by concerned taxpayers who denounced the sculpture as "degenerate art" and a "glorification of rebellion" to the point of police in riot gear protecting the sculpture against an onslaught of angered citizens, which eventually led to the removal of the "riot memo-

[1] Wolfgang Max Faust, Skulptur und Mentalität, in: Olaf Metzel (ed.), Olaf Metzel: 13.4.1981, Berlin 2005, pp. 22–31: 25–27; Christoph Heinrich, 13.4.81: Ein Denkmal?, in: Olaf Metzel, ibid., pp. 44–57: 44–46.

rial" from public space.[2] Two decades later—in the meantime, the artist had advanced to the position of director of Munich's Academy of Fine Arts—the monument found its present-day location away from public thoroughfares on the site of a corporate headquarter by the river Spree. In a nutshell, the history of Metzel's artwork, and particularly its emphasis on crowd barriers as artificial and contested boundaries, highlights the complex and conflicting debates that the West Berlin squatting movement triggered.

Previous research has, however, rarely investigated informal housing, and particularly squatting, as a historical field of contested and shifting boundaries. Indeed, mainstream informal housing literature has often regarded squatting as an illegal activity that *by definition* takes place outside the boundaries of formal markets and legal structures. This deficit becomes particularly apparent in a historical perspective, which shows that squatters and related urban activists have occupied and transformed public and private spaces, thus challenging conventional notions of space and contributing to the resetting of boundaries on several levels.

A few recent studies have investigated squatting in specific countries or cities.[3] Analysis of historical trajectories is still rare,[4] while the recent social movements in which squatting has been embedded have received

---

[2] Olaf Metzel, 13.4.1981 (see fn. 1), pp. 72–74.

[3] E. g. Peter Birke / Chris Holmsted Larsen (eds.), BZ din by! Besetze Deine Stadt! Häuserkämpfe und Stadtentwicklung in Kopenhagen, Berlin 2007; Ayona Datta, The Illegal City: Space, Law and Gender in a Delhi Squatter Settlement, Farnham 2012; Jan-Henrik Friedrichs, Urban Spaces of Deviance and Rebellion: Youth, Squatted Houses and the Heroin Scene in West Germany and Switzerland in the 1970s and 1980s (Diss.), University of British Columbia 2013; Armin Kuhn, Vom Häuserkampf zur neoliberalen Stadt: Besetzungsbewegungen und Stadterneuerung in Berlin und Barcelona, Münster 2014; Alexander Vasudevan, Metropolitan Preoccupations. The Spatial Politics of Squatting in Berlin, Chichester 2015.

[4] Freia Anders / Alexander Sedlmaier (eds.), Public Goods versus Economic Interests: The History of Squatting in a Global Perspective, New York 2017; Andreas Suttner, "Beton brennt": Hausbesetzer und Selbstverwaltung im Berlin, Wien und Zürich der 80er, Wien 2011; Alexander Sedlmaier, Consumption and Violence: Radical Protest in Cold-War West Germany, Ann Arbor 2014; Bart van der Steen / Ask Katzeff / Leendert van Hoogenhuijze (eds.), The City is Ours: Squatting and Autonomous Movements in Europe from the 1970s to the Present, Oakland 2014; Alexander Vasudevan, The Autonomous City: A History of Urban Squatting, New York 2018.

more attention.[5] However, these studies do not offer a systematic and historical assessment of the nature and dynamics of boundaries in squatting, and informal housing more generally. Such a perspective will help to address historical processes of negotiation and contestation that have contributed to the emergence and shifting of boundaries demonstrating the malleability of socioeconomic dividing lines in the urban fabric. Moreover, an analysis of boundaries will help to avoid the problematic dichotomy between the global North and the global South still dominating research in informal housing, which usually treats the untitled occupation of buildings in the global North and the informal settlements of the global South in separate academic containers. Approaches that seek to transcend this dichotomy are still rare.[6] We will therefore address structural similarities between squatting in the global South and in the global North, especially its capacity to contribute to the historical transgression, contestation, and resetting of urban boundaries in several dimensions. From a historiographic and comparative perspective, the following conceptual (if somewhat eclectic) reading of various case studies from both the global North and the global South reveals and counters a lack of scholarly attention to the historical entanglements of squatting and informality in the very process of urbanization and city development.

Employing a perspective on competing claims over use and ownership of urban space, we analyze boundaries in the following constellations: (a) real property boundaries; (b) boundaries between private and public space; (c) socioeconomic boundaries; and (d) zoning boundaries. We identify processes of negotiation that (temporary) acts of appropriation usually trigger. The findings show that these, at least implicitly,

[5] Miguel A. Martinez Lopez (ed.), The Urban Politics of Squatters' Movements, Basingstoke 2017; Pierpaolo Mudu / Sutapa Chattopadhyay (eds.), Migration, Squatting and Radical Autonomy: Resistance and Destabilization of Racist Regulatory Policies and B/Ordering Mechanisms, New York 2017; Claudio Cattaneo / Miguel A. Martínez (eds.), The Squatters' Movement in Europe: Commons and Autonomy as Alternatives to Capitalism, London 2014.

[6] Anders / Sedlmaier, Public Goods (see fn. 4); Richard Harris, Modes of Informal Urban Development: A Global Phenomen, in: Journal of Planning Literature, (33) 2018), 3, pp. 267–286; Robert Neuwirth, Shadow Cities: A Billion Squatters, a New Urban World, New York / London 2016.

question existing property and power relations and often culminate in the threat or application of (state) violence concerning eviction, clearance, or demolition. Squatting movements of the global South and of the global North (and the social movements in which they have been embedded) have played a crucial role in shaping the nature of urban space by, explicitly or implicitly, addressing the social questions underlying its use and distribution. Two broad patterns can be recognized. In the first one, transgressions of housing regulations happen in pursuit of subsistence strategies and desires to participate in existing housing regimes, usually with the goal of improved tenure security and ascent on the "formal–informal housing continuum" where, short of being granted formal title, relative persistence, protection, acceptance or semi-formal recognition are sought. This pattern is typically assumed to prevail in the global South. In the second one, the aim of changing or overthrowing existing housing regimes combines with political and ideological ambitions. This pattern is typically assumed to prevail in the global North. Our results call attention to the convergence of both worlds: Informality happens in urban fringes around the world, cities like Izmir, Recife, Madrid, Seoul, Bucharest, and Bangkok have in common that both patterns of informality have played a significant role in urban development.

Defining squatting and informality

Literature on informal housing has long argued that the boundaries between formal and informal are usually blurred.[7] Harris' work exemplifies how developmental thresholds define different "modes of informality,"[8] which are located on a continuum marking the extent, seriousness and persistence of violations of housing regulations: from "diffuse informality"[9]—manifest, for example, in unauthorized subletting—to

[7] Harris, Modes of Informal Urban Development (see fn. 6), p. 267.
[8] Ibid., p. 273.
[9] Ibid., p. 276.

the "dominant informality" of a South American favela.[10] Our considerations concerning boundaries in informal housing are less categorical and comprehensive than Harris' framework of modes, but they might supplement his insights, especially concerning the historical, social, and political dimensions of the question "why informality exists," which he condenses into combinations of inability or unwillingness to conform to or enforce regulations.[11]

Research on the global South usually differentiates between "squatter slums" and "informal slums". The former emerge from land invasion. In the latter case, dwellers have the explicit or tacit consent of the owner of the land but this owner is legally in no position to extend this permission because the settlements do not meet building regulations, for example when shanties are built on agricultural land without building permission.[12] Studies of legal issues concerning squatting have not only shown the problematic and derogatory meaning of the word "slum,"[13] but have also highlighted that social movements as well as legal and political discourses play an important role in the formation of different "degrees of legality,"[14] according to which some forms of illegality are tolerated or transformed into legal status while others are not. Therefore, approaches that place squatting *by definition* outside the boundaries of formal markets and legal structures run the danger of obscuring its historical function of influencing and altering precisely these legal structures and formal markets.[15] Moreover, contestations about what

[10] Ibid., p. 278.

[11] Ibid., p. 273.

[12] UN HABITAT, The Challenge of Slums: Global Report on Human Settlements, London 2003, pp. 105–106.

[13] Alan Mayne, Slums: The History of a Global Injustice, Chicago 2018.

[14] Ann Varley / Edésio Fernandes (eds.), Illegal Cities: Law and Urban Change in Developing Countries, London 1998, pp. 4–5.

[15] Ignacio A. Navarro / Geoffrey K. Turnbull, Property Rights and Urban Development: Initial Title Quality Matters even when it no Longer Matters, in: Journal of Real Estate Finance and Economics, 49 (2014), pp. 1–22; Hualing Fu / John Gillespie (eds.), Resolving Land Disputes in East Asia: Exploring the Limits of Law, Cambridge 2014; Lorna Fox-O'Mahony / Neil Cobb, Taxonomies of Squatting: Unlawful Occupation in a New Legal Order, in: The Modern Law Review, 71 (2008), 6, pp. 878–911.

constituted squatting (or informal housing) and how it was to be defined were part and parcel of the contemporary discourses and conflicts that ensued.[16]

Most definitions of squatting and informality are essentially relational. Forms of habitation are 'informal' in respect to something else that is regarded as formal and legal. Thus, informality depends on context. Therefore, to define the concept in a way that stresses absence of conformity with regulations runs the danger of overlooking (1) the grey zones that exist without, are hidden from or continue beyond regulation, and (2) the ambiguous, fluid, interpretable, and negotiable nature of regulation.

We suggest that modern-day squatting can be characterized based on three components, which together illustrate its capacity to transgress and reset boundaries: (1) a corporeal claim to the use of a habitation that is (2) positioned in a complex web of property relations and (3) at least potentially contested between multiple claimants. Consequently, squatters (1) pursue their own need for shelter, which makes them physically vulnerable, especially since their tenure security is relatively low and their domestic peace difficult to enforce. In this pursuit, they (2) knowingly or inadvertently seek out the loose boundaries of territory or buildings that offer practical inlets for habitational use; usually this happens in close spatial and temporal proximity to other uses of the same or adjacent territories or buildings. Thereby, they collide (3) with other claims to the use of the space they occupy including those based on normative rights such as ownership or regulatory authority, although this conflict of interests might not become manifest initially.

What is proposed here is to avoid rigid definitions of informality based on illegality[17] in favor of an analysis of boundary shifting as a result of spatial claims that are simultaneously deemed illegal while enjoying varying degrees of legitimacy due to persistence and acceptance. In many ways, the concept of "illegal informality" is an *ad hoc* construct

[16] Mary Manjikian, Securitization of Property Squatting in Europe, New York 2013.
[17] Harris, Modes of Informal Urban Development (see fn. 6).

aiming to distinguish the chaotic and disorderly urban growth of the global South from its idealized counterpart in the global North. Instead, by paying attention to negotiation, contention, and integration, we can include within the same phenomenon spatial practices that emerged in different parts of the globe, at diverse stages of urban development, resulting from diverse motivations on the part of those who transgressed established patterns. Our avoidance of a strict definition offers the advantage of permitting an analysis of diverse urban phenomena that are usually treated separately. For example, the autonomist squatter in a metropolis of the global North and the favela dweller have similarities despite obvious differences in their motivation and socioeconomic status given that they share a pursuit of a spatial practice that is transgressive and partially legitimized at the same time. In both contexts, different sets of legitimization collide and may converge upon compromise solutions. The self-conception of Bangkok informal settlers, for example, was rooted in the rural practice of *chap chong* (grab and reserve), according to which land belongs to those who work it. Such informal relations "worked until landowning government departments and state-owned enterprises began to recognize the commercial value of their land holdings" and "customary law collided with modern property rights."[18]

Real property boundaries

As squatters move into unused or derelict buildings, or construct shanties without the landowner's permission, they cross real property boundaries that may or may not be secured by material and tangible barriers like fencing or walls or laid down non-materially and legally in public registers or cadastres. Usually, concerns about security eventually come to the fore in public discussions that such acts trigger. Authorities often exploit the pretext of illegal traffickers inside (prostitution, weapons, and drugs) to evict squatters. This means that the transgression of real property boundaries, and thus domestic peace, also works the other

[18] Yap Kioe Sheng with Kittima Leeruttanawisut, Informal settlements in Bangkok: Origins, Features, Growth and Prospects, in: Anders / Sedlmaier, Public Goods (see fn. 4), pp. 211–234.

way, especially if and where informal housing is structural. With reference to squatter settlement in India, Ayona Datta points out that

> for those living in squatter settlements, illegality is a legal, material, and cultural violence [...]. When their settlement is deemed illegal and hence slated for demolition, [...] their practices of everyday life are threatened through the violent enforcement of law. Negotiating this violence requires a functional and rudimentary knowledge of constitutional rights [...] for bargaining with the state.[19]

There are numerous historical examples where informal dwellers induced municipal governments to reproduce and accommodate their overstepping of often unclear and volatile boundaries. According to Gerd Schönwälder's research on Metropolitan Lima, this was usually done to put some order into existing chaotic settlement patterns by restructuring and consolidating settlements that had sprung up as the result of invasions so that invaders were eventually issued land titles. In practice, such legal recognition of an informal settlement happens after determining its outside boundaries once conflicts with previous landowners and adjacent settlements have been resolved. In a second step, a plan of the new settlement is drawn up, which may involve a complete redrawing of individual plots. Subsequently, a detailed census of the inhabitants determines who will be granted the right to remain. This means that the resolution of boundary or ownership disputes, assisted or arbitrated by the authorities, is a prerequisite for the granting of land titles to individuals.[20] Ideally, titles confirm lived boundaries. Governments, however, are often uncooperative. The Turkish military coup of 1980, for example, opened the way for a "drastic program of neoliberal deregulation." Informal dwellers on state land found it ever more difficult to obtain property rights.[21]

---

[19] Datta, The Illegal City (see fn. 3), pp. 8–11.

[20] Gerd Schönwälder, Linking Civil Societies and the State: Urban Popular Movements, the Left and Local Government in Peru, University Park 2002, p. 149; also see Inbal Ofer, Claiming the City and Contesting the State: Squatting, Community Formation and Democratization in Spain, 1955–1986, New York 2017.

Peruvian economist Hernando de Soto prescribes the systematic legalization of the informal assets of the poor, many of whom are squatters, as a cure for poverty.[22] His theory created a controversial vision of the "slum" dweller equipped with formal title and thus turned into a small entrepreneur as an important agent of growth. De Soto approvingly cites a classic historical example of a state-driven preemption of illegal squatting, namely the "Homestead" principle in the U. S., which amounted to the acceptance by government of large-scale squatting. Most squatters are small agents in the practice of "space grabbing" who, if unprotected by government schemes like the Homestead Act, are vulnerable and easy to criminalize because of their corporeal presence *in situ*.

Land and space grabbing that is stretching or violating existing rules, however, has been practiced by much more powerful individuals and organizations. Robert Home, for example, demonstrates how the Torrens title system—introduced in Australia following the gold rushes from 1851 onwards to enable the upper echelons of colonial society to acquire legal title to land and subsequently becoming pervasive throughout the British colonial empire—condoned the land-grabbing of white settlers while classing settlements of indigenous or 'subaltern' populations as illegal squatting. One of Home's instructive examples is how in Kenya "Africans living on white-owned farms were classed as squatters" even if their occupation predated the crown grant to the white farmers.[23] Conflicts over squatting were at the roots of the Mau-Mau uprising.[24] Postcolonial land dispositions struggled with this legacy, Home notes, as the desire for a more equitable distribution of land often conflicted with the guarantees of private property rights.

[21] Ellinor Morack, Squatting and Urban Modernity in Turkey, in: Anders / Sedlmaier, Public Goods (see fn. 4), pp. 99–121.

[22] Hernando de Soto, The Mystery of Capital, New York 2000.

[23] Robert Home, Squatting and Encroachment in British Colonial History, in: Anders / Sedlmaier, Public Goods (see fn. 4), pp. 78–96: 84–85.

[24] Tabitha Kanogo, Squatters and the Roots of Mau Mau, London 1987; Christopher Youé, Black Squatters on White Farms: Segregation and Agrarian Change in Kenya, South Africa, and Rhodesia, 1902–1963, in: International History Review, 24 (2002), pp. 558–602.

The dynamic of urban "space grabbing" also becomes apparent in the calculated vacancies due to real estate speculation that have attracted squatters in many European cities since the 1970s and 1980s. The recent establishment of anti-squatting service providers testifies to squatters' power of disruption in transgressing boundaries that protect unused urban space. With the aim of preventing squatters from moving in, real estate owners hire private companies who place "security guards" in vacant properties who live there.[25] These anti-squatting occupants have few rights and must be prepared to leave on short notice. Companies circumvent tenants' rights by giving residents a form of employment contract. A handful of anti-squatters can thus "protect" a large building. The leading company, Camelot Property Management, operates in five countries. In the Netherlands, the anti-squatting industry in conjunction with an anti-squatting law of 2010 ended a period of roughly 40 years of relatively tolerant legal practice vis-à-vis squatting, which had provided for its social and political institutionalization. This was based on a 1971 Supreme Court ruling according to which squatters were entitled to protection of their domestic peace,[26] which also means that they enjoy a degree of privacy.

Public-private boundaries

Anthropologist Nazima Kadir points out that squats

> present a convergence of the public and private […]: On one level, these houses are private spaces, here ideally a resident should feel comfortable in […] a warm living group, which provides a safe haven from urban alienation […] However, they are also public spaces in that they both constitute and are produced by a social movement.[27]

[25] Deanna Dadusc, The Micropolitics of Criminalisation. Power, Resistance and the Amsterdam Squatting Movement (Diss.), Universiteit Utrecht / University of Kent 2017, pp. 183–187.

[26] Hans Pruijt, Squatting in the Netherlands: The Social and Political Institutionalization of a Movement, in: Anders / Sedlmaier, Public Goods (see fn. 4), pp. 256–277: 269–272.

[27] Nazima Kadir, The autonomous life? Paradoxes of Hierarchy and Authority in the Amsterdam squatters movement, Manchester 2016, p. 159.

Fluctuations, transgressions, and re-negotiations of boundaries between private and political are intrinsic to squatting. On the micro level of everyday life in a squat, it becomes immediately clear that, intentionally or not, notions of a protected private sphere and a domestic place of retreat come under challenge. Ethnologist Rosa Parisi has worked on early-21st century female Moroccan migrants in Rome who resorted to the means of squatting, often against the will of their husbands who kept away from "the domestic." She observes that "they have shaped themselves as political subjects and redrawn the boundaries between public and private spheres".[28] Perhaps over-optimistically, squatter activists in the global North tend to assume that squatting offers a chance of freeing oneself from the drawbacks of individualization. Deanna Dadusc, drawing on participant observation among Amsterdam squatters, states hopefully that the creation of "collective living space" becomes

> a practice that subverts the neoliberal dialectic of public/private as home becomes something different than the intimate space of the individual or the family. […] [H]ome becomes the locus of transformation of the self and of the relation to the society.[29]

Human geographer Ann Varley understands the relation between legal and illegal housing as a variant of the public–private dichotomy. Drawing on examples from Mexico, she argues that the difference between legal and illegal low-income housing is not as great as the proponents of incorporation into the formal market assume.[30] The latter's theories about legalization tend to be dualistic in excluding the private from their account. The potential beneficiaries of legalization, however, chiefly rely on support from friends or relatives. Both "private and public actors

[28] Rosa Parisi, Squatting as a practice of Citizenship: The experiences of Moroccan Immigrant Women in Rome, in: Roberto G. Gonzales / Nando Sigona (eds.), Within and beyond Citizenship. Borders, Membership and Belonging, New York 2017, pp. 96–109: 102.

[29] Dadusc, Micropolitics of Criminalisation (see fn. 25), pp. 153–154.

[30] Ann Varley, Private to Public: Debating the Meaning of Tenure Legalization, International Journal of Urban and Regional Research, 26 (2008), 3, pp. 449–461.

make use of legal ambiguities and regulation arbitrariness."[31] When housing is viewed as a crystallization point of class and family structures, as a direct interlock between the private and the political, squatting is tangent to the complex interrelation between public and private spheres of interest on several levels: as a social practice it has the capacity to challenge fluid boundaries because, at least potentially, it puts into question both private and public ownership structures as well as the public order that is governing them—regardless of whether squatting is interpreted as a reaction to social plight, as owed to specific opportunity structures due to system transformation, or as a form of protest by social movements.

The constitution of new property relations as a result of war or forced displacement often entails the reorganization of the boundaries between public and private property. In her work on inter-war Turkey, Morack shows how squatting in the residential properties that the expelled Greeks and Armenians had left behind—often justified along nationalist lines—became a challenge for local governmental authorities. The latter were also claiming the property of the Greeks and Armenians but eventually acceded to the legalization of such cases of squatting.[32]

In Western Europe, especially in Britain, France and the Netherlands, squatter organizations demanding housing as a "human and citizenship right" stepped forward immediately after the Second World War.[33] Even though these organizations have received little retrospective attention, their actions were by no means "hidden from the public eye", as Kadir misleadingly claims.[34] Post-war organizations such as the Marseille-based *Comité d'entente squatters* (Committee for Squatters' Alliance) or

[31] Harris, Modes of Informal Urban Development (see fn. 6), p. 275.

[32] Morack, Squatting and Urban Modernity (see fn. 21).

[33] Minayo Nasiali, Citizens, Squatters, and Asocials: The Right to Housing and the Politics of Difference in Post-Liberation France, in: American Historical Review, 119 (2014), 2, pp. 434–459: 434; James Hinton, Self-help and Socialism: The Squatters' Movement of 1946, in: History Workshop Journal, 25 (1988), pp. 100–126; Kesia Reeve, Squatting since 1945: The Enduring Relevance of Material Need, in: Peter Somerville and Nigel Sprigings (eds.), Housing and Social policy: Contemporary Themes and Critical Perspectives, New York 2005, pp. 197–217.

[34] Kadir, The autonomous life? (see fn. 27), pp. 10–11.

the *Birmingham and District Squatters Association* acted in the context of international debates over human rights and welfare programmes. In France, squatters became part of the wider debate on "which rights constituted human rights."[35] Against the backdrop of the politically unstable post-war situation and the significant extent of the shantytowns emerging around French cities, several strategic occupations of vacant public and ecclesiastical buildings raised concern among French authorities that both "public order and private property" were increasingly falling into disregard. The authorities' attempts to solve their problem with forcible evictions and arrests encountered criticism that articulated a sense of entitlement: If only the public housing authorities did their job, "the homeless would have no reason to squat."[36] The squatters received support from Catholic and communist organizations, which came along with a shift in the mode of legitimization away from human rights claims towards citizen rights arguments. With the hardening of the Cold War fronts during the early 1950s, communist parties, and with them the squatter organizations, lost influence in France and elsewhere. Due to the prevailing anti-communism and internal disagreements within organizations and movements, these connections have largely fallen into oblivion.[37]

So far there are only a few pertinent studies on squatting in central and eastern Europe during the period of state socialism.[38] Even though the extent of squatting remained limited because states guaranteed

[35] Nasiali, Citizens, Squatters, and Asocials (see fn. 33), p. 437.

[36] Ibid., p. 441.

[37] Anders / Sedlmaier, Public Goods (see fn. 4), p. 5; Brodwyn Fischer, The Red Menace Reconsidered: A Forgotten History of Communist Mobilization in Rio's Favelas, 1946–1956, Hispanic American Historical Review, 94 (2014), pp. 1–33.

[38] Ioana Florea / Mihail Dumitriu, Living on the Edge: The Ambiguities of Squatting and Urban Development in Bucharest, in: Anders / Sedlmaier, Public Goods (see fn. 4), pp. 188–210: 192–196; Tatiana Golova, Leningrad / St Petersburg: Squatting and the Moral Economy of Public-Private Relations, in: Baltic Worlds, 9 (2016), pp. 57–67; Udo Grashoff, Schwarzwohnen. Die Unterwanderung der staatlichen Wohnraumlenkung in der DDR, Göttingen 2011; Peter A. Mitchell, Socialism's Empty Promise: Housing Vacancy and Squatting in the German Democratic Republic, in: Juliane Fürst / Josie McLellan (eds.), Dropping out of Socialism: The Creation of Alternative Spheres in the Soviet Bloc, Lanham 2017, pp. 277–301.

living space to citizens, "homelessness and squatting" were by no means "absent from socialist cities."[39] Socialist authorities, whose legitimacy was not least based on the satisfaction of basic human needs, responded with moderation and ambivalence when segments of the population who were not entitled to their own living space— mainly young, unmarried and childless people—took to "self-help." They were joined by migrants from other parts of the country who did not have permission to move to the big city. Such infiltration of the governmental monopoly on the distribution of living space was regarded as an offense, but the dwellers were rarely evicted. Since socialism was supposed to be devoid of homelessness, authorities that did evict often felt obliged to provide replacement. In the absence of potent legal pressure, squatters enjoyed significant prospects of subsequently legalizing the living space they appropriated.[40]

Drawing on examples from Leningrad in the 1980s, Golova shows that "squatters remained mostly silent about squatting practices [...] and did not produce legitimation discourses." They "did not have institutionalized property rights—but the majority of Soviet citizens [...] did not have them either, and neither were they classic tenants."[41] The squatters' appropriation was therefore not so different from the common appropriation of state housing based on the place-making practices of Soviet urban dwellers,[42] the more so as "theft of state property" was a commonplace, partly legitimized practice among large parts of the population.[43]

By self-managing the housing problem, citizens in a sense relieved the authorities of their responsibility and contributed to stabilizing the system via reducing the moment of delegitimization that emanated from shortage. Squatting notably turned into a challenge of established politi-

[39] Gregory Andrusz, Cities: Post-socialist, in: International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences, vol. 3., ed. Neil J. Smelser and Paul B. Baltes, Amsterdam 2001, pp. 1835–1840.

[40] Mitchell, Socialism's Empty Promise (see fn. 38), p. 277.

[41] Golova, Leningrad / St Petersburg (see fn. 38), p. 65.

[42] Ibid, p. 57.

[43] Ibid., p. 59.

cal demarcations when cross-movement structures between different social movements pointed beyond the merely practical issues of housing. During the crisis of the 1980s, socialist authorities reacted sensitively to squats that—like their counterparts in western Europe—sought to create collective free space. These were quickly suspected of facilitating subversive activity, even though the appropriated living space was not the main issue.[44] The symbolic protest actions in short-terms squats by the "Leningrad movement for the defense of historical heritage became a catalyst for a large-scale democratic movement." On a level below a targeted critique of the communist system, they made a modest contribution to the end of the Soviet Union:

> The groups involved emphasized the conservative orientation of mobilization—preserving historical buildings from demolition, and, more broadly, preserving the historical identity of the city as relevant for meaningful everyday life—which was a relatively safe field, in comparison with openly anti-Soviet rhetoric.[45]

The preservation of traditional urban structures was also a main motivation of activists, radical groups and voluntary associations in countless neighborhoods and cities across Western Europe during the 1970s. Activists sought alliances with local residents to oppose new development schemes, fight for the right to housing, to defend living standards through self-administered reduction of utility rates, and to have access to improved infrastructures and public services.[46] Alliances between squatters and groups from the New Left appealed to the public. In London, for example, members of contemporary social movements, such as the *Campaign for Nuclear Disarmament* and the *Vietnam Solidarity Campaign*, organized squatting activities for the homeless in the

[44] Mitchell, Socialism's Empty Promise (see fn. 38), p. 294; Golova, Leningrad / St Petersburg (see fn. 38), p. 62.

[45] Ibid.

[46] Freia Anders / Alexander Sedlmaier, "Squatting Means to Destroy the Capitalist Plan in the Urban Quarters": Spontis, Autonomists and the Struggles over Public Commodities (1970–1983), in: Martin Baumeister / Bruno Bonomo / Dieter Schott (eds.), Cities Contested: Urban Politics, Heritage, and Social Movements in Italy and West Germany in the 1970s, Frankfurt 2017, pp. 195–211.

hope of triggering a mass movement and of publicizing "the breakdown of social housing provision."[47] Squatters did not confine themselves to the mere acquisition of living space but focused on their contribution to an alternative public infrastructure.

> One of West Berlin's most spectacular squats, the *ufaFabrik* took the radical position right from the beginning that the spaces were reclaimed not exclusively for […] private pleasure but rather to be made available for public use.[48]

Squatting and rent strikes were primarily practiced in buildings owned by public companies.[49] Among the Italian district committees, there were discussions in how far *autoriduzione*—the coordinated reduction of rent payments by the tenants—could also be used against private owners, but this remained exceptional.[50] The rent strikes by migrant workers in Frankfurt during the 1970s were mainly targeted at real estate companies that were responsible for the speculative misuse or even targeted destruction of living space, which was often tolerated by the authorities. This, however, remained largely unsuccessful and culminated in a wave of eviction decrees.[51] The fact that squatting was not so much directed at private property but concentrated on public property was lost on much of the public debate intensified by media campaigns against the squatters.

---

[47] John Davis, "The most fun I've ever had": Squatting in England in the 1970s, in: Anders / Sedlmaier, Public Goods (see fn. 4), pp. 237–255: 238.

[48] Michael A. La Fond, eXperimentcity: Cultivating sustainable development in Berlin's Freiräume, in: Jeffrey Hou (ed.), Insurgent Public Space: Guerilla Urbanism and the Remaking of Contemporary Cities, New York 2018, pp. 61–70: 65–66.

[49] Davis, The most fun (see fn. 47), p. 239; Freia Anders, Wohnraum, Freiraum, Widerstand: Die Formierung der Autonomen in den Konflikten um Hausbesetzungen Anfang der achtziger Jahre, in: Sven Reichardt / Detlef Siegfried (eds.), Das alternative Milieu: Unkonventionelle Lebensentwürfe und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa 1968–1983, Göttingen 2010, pp. 473–498.

[50] Mathias Heigl, Rom in Aufruhr: Soziale Bewegungen im Italien der 1970er Jahre, Bielefeld 2015, p. 64.

[51] Karl Christian Führer, Die Stadt, das Geld und der Markt: Immobilienspekulation in der Bundesrepublik Deutschland, 1960–1985, Berlin 2016, p. 161.

Squatting has often contributed to the preservation, or even expansion, of (semi-)public goods. On the local level, limited success was possible when the squatter movements facilitated efforts of expanding public housing. In Italy during the second half of the 1970s, the proposals of the Communist Party were realized with

> the elimination of slums, the creation of a new public housing program and the delimitation of the boundaries of illegal [settlements] and the inclusion of these in the master plan. […] In other words, as radical action spread, it did correspond to the reformists' final push that opened a new and last season focused on social housing. In fact, the advent of a left-wing administration […] accelerated the implementation of the emergency plan and, more generally, helped the housing economy recover, making social housing provision possible.[52]

A more confrontational merging of squatting and public housing policies formed the backdrop of the far-reaching "legalization" of squatting in the Netherlands of the 1980s, which was possible because municipalities, after tenacious struggles with squatters, brought themselves to acquire hundreds of buildings, which were then transferred to "semi-public housing associations" formed specifically for the purpose of concluding tenancy agreements with the squatters.[53]

During the 1970s and 1980s, squatting in Western Europe was an integral part of the changing cross-movement mobilization structures emanating from "1968". In an interplay with feminist, peace, and environmental movements, squatters were repeatedly successful in resisting governmental urban planning agendas. These squatting movements were heterogeneous. They brought together conservationists, who sought to preserve historic building structures, members of socialist and communist parties, for whom the housing issue had been high on the agenda since the inter-war period, and groups of the New Left,

[52] Luciano Villani, The Struggle for Housing in Rome: Contexts, Protagonists, and Practices of a Social Urban Conflict, in: Baumeister / Bonomo / Schott, Cities Contested (see fn. 46), pp. 321–346: 344.

[53] Pruijt, Squatting in the Netherlands (see fn. 26), p. 268.

which began to tap into the housing question.[54] Up to the present day, squatting has been particularly closely and poignantly interlinked with the formation of autonomist movements, which are looking for new ways of challenging the capitalist system as such. Squatting features prominently in the history of political groups that explicitly thought of themselves as autonomists. As an important element of "autonomist politics," squats served as cultural and political laboratories of counter-societal ways of life.[55]

Squatter and autonomist movements, however, do not neatly merge into each other. Squatter movements have always been heterogeneous in their motives and value concepts. Pruijt distinguishes different sub-movements according to the aims of their activists and especially the presence or absence of explicitly political goals. In his typology, the category "political squatter" derives from those who formed autonomist groups in the movement context of the 1980s.[56] Autonomists, however, were only one group among the squatters with political goals who explicitly went beyond mere housing needs. Among migrant families, homeless people, young workers, and students, autonomists remained a minority, which radicalized the *Häuserkampf* (housing struggle) but enjoyed only limited success in transferring their contemporary understanding of autonomy to other groups.[57]

The Frankfurt *Spontis* of the late 1970s and early 1980s (a group of political activists that sought to continue the traditions of the 1968 movement by invoking the spontaneity of the masses) did not conceive of squatting as primarily an expression of counter-cultural ambition developing in the "free spaces" of the squats, but as a "pointed form" of "class confrontation."[58] This also applies to their Italian role models, the

[54] Villani, The Struggle for Housing in Rome (see fn. 52).

[55] Sebastian Haunss, Identität in Bewegung: Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung, Wiesbaden 2004; Anders, Wohnraum (see fn. 49).

[56] Pruijt, Squatting in the Netherlands (see fn. 26), pp. 264–269.

[57] Anders / Sedlmaier, Squatting Means to Destroy (see fn. 46); Anders, Wohnraum (see fn. 46); Kadir, The autonomous life? (see fn. 27).

[58] Sebastian Kasper, Spontis: Eine Geschichte antiautoritärer Linker im Roten Jahrzehnt, Münster 2019, p. 92.

groups *Lotta Continua* (Continuous Struggle) and *Potere Operaio* (Workers' Power). The far-reaching programme under the slogan *Prendiamoci la città* (Let's take the city) stems from the former, and both intervened in struggles for living space fought by inhabitants of proletarian quarters.[59]

Squats have also been part of the history of (autonomist) women's movements since the 1970s, especially in Italy, West Germany, Switzerland, and the Netherlands. Activists experienced that the context of squatting is predestined to shift and create new gender orders. Next to the organization of the practical daily routine, of gendered tasks like cooking, cleaning and clearing work or building and repair work on the house itself, squatting brings up questions concerning the self-conception of squatters, their political stance, their conduct *vis-à-vis* owners, authorities and police, deciding on rules of cohabitation, the furnishing and division of the building as well as questions of security.[60] Gender asymmetries and male dominance in structures of self-administration, which did not correspond to the ideal and promise of a broadening of gender roles, have time and again caused women to look for their own squats. There they have (temporarily) institutionalized their own infrastructures such as women's shelters, health centers and working environments that offer protective and emancipatory spaces, also for women outside the context of autonomist politics.[61]

Quite naturally, squatting under the label of autonomy, as a politically defined practice of autonomist activists, has time and again reached the limits of the "wrong life […] rightly lived" (Adorno). The practical application of the utopia "autonomy"—i. e., self-determination and self-administration as regards living arrangements, way of life and of work—is confronted with material limits as well as intrinsically with the prob-

[59] Heigl, Rom in Aufruhr (see fn. 50); Nanni Balestrini / Primo Moroni, Die goldene Horde: Arbeiterautonomie, Jugendrevolte und bewaffneter Kampf in Italien, Hamburg 2002.

[60] Sabin Bieri, Vom Häuserkampf zu neuen urbanen Lebensformen: Städtische Bewegungen der 1980er Jahre aus einer raumtheoretischen Perspektive, Bielefeld 2012, p. 397.

[61] Ibid., p. 402; Amantine, „Die Häuser denen, die drin wohnen!" Kleine Geschichte der Häuserkämpfe in Deutschland, Münster 2012, p. 36.

lem of setting collective rules.[62] Squatter success stories that highlight their agency against the odds have tempted some authors to idealize squatting as a manifestation of autonomy. Vasudevan describes his book about squatting in Europe and North America as the "first attempt to reconstruct this history as the expression of an autonomous understanding of shared city life."[63] The bulk of the literature that adopts the autonomy paradigm, however, is focused on the present time, and treats places like "autonomous" social centers, squatter and artist collectives or *Bauwagenkolonien* (informal settlements of converted old construction trailers) and their struggles for their existence in urban spaces, often in conjunction with other practices of counter-economies, as "alternatives to capitalism."[64] This research on present-day non-institutionalized urban practices comes along with a hope that they "have the potential to bring about radical structural transformation of the urban system."[65]

Such far-reaching hopes need to be put into a historical perspective. Yet crises of living space and the squatting resulting from them have contributed to an extended politicization of urban space, which has played a part in boundary shifts on various levels up to the point of transcending system limits. On the level of (potential) activists it has furthered mobilization, (self-)organization and self-empowerment, which has often corresponded to emancipatory contents. On an institutional level, squatting has the potential of compelling regulatory competence beyond the rule of force. At the same time, squatting can delegitimize governmental power as it touches on criteria of legitimate

[62] Barbara Sichtermann / Kai Sichtermann, Das ist unser Haus: Eine Geschichte der Hausbesetzung, Berlin 2017, p. 27; Ulrike Heider, Keine Ruhe nach dem Sturm, Berlin 2001, pp. 174–177.

[63] Vasudevan, The Autonomous City (see fn. 4), p. 9.

[64] Claudio Cattaneo / Miguel A. Martínez, Introduction: Squatting as an Alternative to Capitalism, in: Cattaneo / Martínez (eds.), The Squatters' Movement in Europe (see fn. 5), p. 1; David Eden, Autonomy: Capital, Class and Politics, New York 2016; Alan Moore / Alan Smart (eds), Making Room: Cultural Production in Occupied Spaces, Geneva 2015.

[65] Ngai Ming Yip / Miguel A. Martínez López / Xiaoyi Sun, Introductory remarks and Overview, in: Ngai Ming Yip / Miguel A. Martínez López / Xiaoyi Sun (eds.), Contested cities and urban activism, New York 2019.

rule, i. e., legality, conformity of governance with ethical principles, and acceptance of the political order. In this political struggle, all actors are aware that the acceptance of a political order that is unable to solve the housing question is potentially at risk.

In 1978, for example, the Dutch Supreme Court rejected a law that defined squatting as a "violation of private property." Such a law, the court argued, would have to be accompanied by another law regulating vacancies in housing space. The court thus conceived of the housing question as a public responsibility. In 2010, when the aforementioned anti-squatting law was passed, this intention had evaporated. Vasudevan calls attention to the ideological core of this boundary shift between public and private interests:

> It is […] not hard to see the new wave of anti-squatting legislation as an attempt to protect the ongoing commodification of housing at a moment when many people are looking to alternatives that reassert the cultural, social and political value of housing as a universal necessity and as a source of social transformation. These are […] laws that are driven by ideological motivations. They seek to uphold the sanctity of private property and defend the interests of 'hardworking homeowners' against squatters.[66]

Socioeconomic boundaries

Exclusionary socioeconomic boundaries emerge and shift between those who participate in formal housing markets and those who do not and are thus tied to or pushed into informality. Further boundaries exist between different levels of affluence as manifest in milieus, segregation, and gentrification. This corresponds to "objectified forms of social differences manifested in unequal access to and unequal distribution of resources […] and social opportunities"[67] concerning, for example, infrastructure like sewage, public transport, education, or retail.

[66] Dadusc, The Micropolitics of Criminalisation (see fn. 25), p. 26; Vasudevan, The Autonomous City (see fn. 4), p. 7.

[67] Michéle Lamont / Virág Molnár, The Study of Boundaries in Social Science, in: Annual Review of Sociology, 28 (2002), pp. 167–195: 169.

Since the mid-1970s, squatter activists in the global North have been facing an intensifying debate concerning their own role in processes of gentrification, as alleged trailblazers of neoliberal real estate valorization and its concomitant erection of social boundaries and displacement of less affluent social groups. On the other hand, squatters have played an important role in anti-gentrification fights, hopefully conceiving of their projects as spanners in the works of neoliberal "upgrading." There are plenty of examples where legalized squats managed to uphold lifestyles and activism of resistance in neighborhoods that have "meanwhile undergone hyper-gentrification,"[68] or where squatters successfully resisted property developers, reinvigorating campaigns against gentrification and real estate speculation linking tenants, community groups, and political parties, sometimes even enjoying the support of municipal authorities, as was the case at Tolmers Square in central London in the mid-1970s.[69] In West Germany during the 1980s, radical squatters saw themselves confronted with the contradiction that emerging subcultural infrastructures ultimately seemed to contribute to the economic upgrading of the disputed quarters and thus to gentrification. A fraction of squatters—increasingly emerging under the label "autonomists"— responded with the development of their concept of militancy.[70] In the more recent past, however, it seems that German squatters tended to again join middle-class, refugee, and urban poor activists in wider *Right to the City* networks. As Peter Birke demonstrates for the case of Hamburg, these have emerged as a result of countless conflicts over the neoliberalization of municipal politics.[71]

[68] Frank Morales, My personal experience as a NYC neighbour, in: Cattaneo / Martínez, Squatters' Movement in Europe (see fn. 5), p. 132. On anti-gentrification action as an important element in recent Eastern European urban movements, see Kerstin Jacobsson, Urban Grassroots Movements in Central and Eastern Europe, Abingdon 2015.

[69] E. T. C. Dee, The Right to Decent Housing and a Whole Lot More Besides: Examining the Modern English Squatters' Movement, in: Cattaneo / Martínez, Squatters' Movement in Europe (see fn. 5), p. 89.

[70] Anders, Wohnraum (see fn. 49).

[71] Peter Birke, Right to the City—and Beyond: The Topographies of Urban Social Movements in Hamburg, in: Margit Mayer / Catharina Thörn / Håkan Thörn, Urban Uprisings: Challenging Neoliberal Urbanism in Europe, Basingstoke 2016, pp. 203–232.

In Central and Eastern Europe, the demise of state socialism ushered in waves of neoliberalization with re-privatization processes worsening the situation of tenants and squatters who were confronted with evictions, expulsions, and gentrification. In the medium term, however, this also led to what Dominika Polanska has called a "re-activation and re-definition of squatting and tenants' movements," identifying capitalism as their main enemy rather than state authorities.[72] Concerning the squatting movements in East German cities during the 1990s, Andrej Holm and Armin Kuhn, drawing on examples from East Berlin, Potsdam, Leipzig and Dresden, investigate how far these movements exerted a sustained influence on urban politics, whether they succeeded in establishing a "new regime of urban renewal" and "practical alternatives to capitalism"—which corresponds to the self-conception of many squatting activists in the cities of the global North—or whether squatting was merely a point of departure for gentrification, as often claimed in the relevant literature. Their case studies show that squatting and gentrification "were not causally related." The specific conditions of German reunification with its transition to a market economy in an age of neoliberalism, however, prevented squats from disrupting the realization of commercial real estate interests in any sustained way. The East German squatting movement did succeed in legalizing a considerable number of squats and in contributing to the preservation of a segment of affordable housing in areas affected by gentrification, but the challenge they represented for official programmes and institutions originating from West Germany remained limited.[73]

Lack of sustained economic and political leverage, however, does not mean that squatters did not fulfill a function in urban development. In pursuit of uplift, squatters and urban activists operate at the margins and boundaries of the urban fabric. Scholars have stressed that living and being on those margins and boundaries is embedded in power relations

[72] Dominika V. Polanska, Neoliberal Post-Socialist Urban Transformation and the Emergence of Urban Social Movements in Poland, ibid., pp. 317–320.

[73] Andrej Holm and Armin Kuhn, Squatting and Gentrification in East Germany since 1989, in: Anders / Sedlmaier, Public Goods (see fn. 4), pp. 278–304.

that are not only encrypted in laws but also in everyday social relations and symbolic interactions.

> [T]he fluidity and ambiguity of squatting—the grey zone, the edge between legality and illegality, rightfulness and unworthiness, coexistence and violence—is used not only for the sake of economic interests but also in pursuit of symbolic capital,

Ioana Florea and Mihail Dumitriu point out.[74] While illegal and informal housing have historically contributed to urban development in "indirect, unplanned, problematic, undesired and unavoidable" ways, they have also benefited other urban actors, as "social workers, real estate developers, politicians and neighbours capitalised in different ways on the vulnerability and coping strategies of informal dwellers," and they have "offered loopholes for urban development, especially where formal budgets and regulations failed."[75]

The history of informality in the global South—as presented, for example, in Jonathan Anjaria's treatment of informal economic actors and the semi-persistent and systemic economic structures in which they have been embedded in Mumbai—helps to challenge common assumptions of novelty concerning dispossessions of the poor and elite-oriented development as effects of a new logic of neoliberalism.[76] Attempts to actualize urban regulations usually require unofficial compromise. Informal *ad hoc* arrangements do not necessarily contradict democratic principles since concepts such as "the public" and "the citizens" emerge through contestation and negotiation. "[N]eat dichotomies between the informal and the formal have a way of breaking down."[77] On a micro level, the physical boundaries that authorities have installed to discipline

[74] Florea / Dumitriu, Living on the Edge (see fn. 38), p. 189.

[75] Ibid., p. 206.

[76] Jonathan Shapiro Anjaria, The Slow Boil: Street Food, Rights and Public Space in Mumbai, Palo Alto 2016, p. 7.

[77] Ibid., pp. 36–37; Ananya Roy / Nezar AlSayyad, Urban Informality: Transnational Perspectives from the Middle East, Latin America, and South Asia, Lanham 2004; Gareth Doherty / Moises Lino e Silva, Formaly Informal: Daily Life and the Shock of Order in a Brazilian Favela, in: Built Environment, 37 (2011), 1, pp. 30–41; Colin McFarlane / Michael Waibel (eds.), Urban Informalities: Reflections on the Formal and Informal, London 2012.

people, especially street vendors, such as fences meant to keep pedestrians on sidewalks and separate from automotive traffic in Mumbai, have been turned against the regulators, as the fencing was appropriated by hawkers who turned it into the physical infrastructure for their informal economic pursuits that target customers in passing cars. "[T]he fence ultimately had an opposite effect, as more people chose to walk amidst traffic than to be hemmed in by this unforgiving architecture."[78]

The global North has of course not been free from the blurring of boundaries due to deviant spatial practices. "[T]he transformation of social problems into questions of spatial order [by governmental policies] was mirrored in a growing reference by non-conforming youth to [urban] space as a site of liberation."[79] The public appearance of youth delinquency was characterized by a "double dissolution of boundaries" during the 1960s, when it was no longer easily attributable to working-class youth and to specific urban areas such as harbor and red-light districts. By meeting at inner-city public places, such as parks or train stations, Friedrich argues, "drug users [were] transgressing the boundaries between an orderly urban centre and negligible proletarian neighbourhoods."[80]

Transgressing society's norms and regulations may help to push boundaries in definitions of urban welfare.[81] When commons and autonomy are presented as alternatives to capitalism, squatters appear as the living proof "that it is possible to resist the commodification of social resources, to self-organize without waiting for state policies and

[78] Jonathan Shapiro Anjaria, Is There a Culture of the Indian Street?, Seminar 636 (2012), pp. 21–27: 26.

[79] Friedrichs, Urban Spaces of Deviance (see fn. 3), p. 6.

[80] Ibid., pp. 10–12; Klaus Weinhauer, Polizei und Jugendliche in der Geschichte der Bundesrepublik, in: Detlef Briesen / Klaus Weinhauer (eds.), Jugend, Delinquenz und gesellschaftlicher Wandel: Bundesrepublik Deutschland und USA nach dem Zweiten Weltkrieg, Essen 2007, pp. 71–93: 79–80.

[81] Sophie Signe Bøggild, Happy ever After? The Welfare City State in Between the Freetown and the New Town, in: Håkan Thörn / Cathrin Wasshede / Tomas Nilson (eds.), Space for Urban Alternatives? Christiania 1971–2011, Vilnius 2011, pp. 93–132: 116.

to manage a place and a neighbourhood without accumulating money."[82] The promise is an urban existence less riven by socioeconomic boundaries with squatters as pioneers for alternative ways of collective consumption.

While squatters can indeed contribute to the blurring of boundaries, they can also erect or reinforce symbolic boundaries, a precondition for more objectified and material boundaries. Social scientist María José Álvarez-Rivadulla studies the "boundary work" of Montevideo squatters who have sought to distinguish themselves from the poorest of the poor since the 1990s. Although these attempts at constructing symbolic boundaries remained weak, they are instructive since they have also been part of struggles to resist exclusion and to belong to the city. In planned invasions, a group of people countering their experience of social decline with organization seize a plot and try, as closely as their remaining resources would allow, to "reproduce their previous formal neighbourhoods in their new informal setting in the hope of being legalized by the state in the near future."[83] Squatting, but only planned squatting, became a valid alternative for the downwardly mobile urban working class and with it came "intense boundary work" by the new squatters to separate themselves and their "normal" neighborhoods from earlier and even poorer squatters and their settlements, which were associated with the social problems of overcrowding.

Even in dictatorial regimes, squatters enjoyed some success in their struggle to establish their right to the space they occupied. There are cases where squatting brought authoritarian regimes to the limits of their exercise of power. Plans by the South Korean state to resettle squatters to new housing projects in the periphery of the capital to de-

[82] Thomas Aguilera / Alan Smart, Squatting, North, South and Turnabout: A Dialogue Comparing Illegal Housing Research, in: Anders / Sedlmaier, Public Goods (see fn. 4), pp. 29–55: 34; Cattaneo / Martínez, Squatters' Movement in Europe (see fn. 5); Cesare Di Feliciantonio, Spaces of the Expelled as Spaces of the Urban Commons: Analysing the Re-emergence of Squatting Initiatives in Rome, in: International Journal of Urban and Regional Research, 41 (2017), 2, pp. 708–725.

[83] María José Álvarez-Rivadulla, Squatters and the Politics of Marginality in Uruguay, New York 2017, p. 254.

stroy the old squatter settlements reached the limits of economic feasibility and encountered diverse resistance from the squatters in the late 1960s and early 1970s. They resorted to bribing subordinate officials but also to demonstrations and street fighting. "The politics of squatting serves as a reminder that the South Korean state, even at its most brutal and ambitious moments, was by no means wholly effective in implementing elite projects to transform society."[84] Inbal Ofer shows with reference to the shanty towns that sprang up on the outskirts of Madrid during the last two decades of the Franco dictatorship, how the local neighborhood association successfully navigated two distinct sets of rights: those of landowners, who did not necessarily reside in the shanty town, and those of 'neighbors' (*vecinos*), who derived their claim from actual use. In April 1971, the Ministry of the Interior and of Housing approved a plan to clear the area of the shanty town Orcasitas and let private developers re-build it. Ofer argues that the dwellers of Orcasitas, in their struggle to establish their right to the land they occupied, succeeded in asserting the claim that ownership could not take precedence over land use. Their demand to be re-settled in the renovated *barrios* was ultimately met. After a protracted struggle and planning process during the final phase of the dictatorship and the transition period, in which the *Neighborhood Association* became increasingly more accepted and involved, it was decided in 1977 that Orcasitas in its new form would belong to the people who lived in it: Former *chabolistas* were turned into owners of newly built apartments.[85]

As these examples have demonstrated, the spatial practice of squatting can function as a resource in navigating socioeconomic challenges and boundaries. Because uplift on the "formal–informal housing continuum"—i. e., to integrate squatters in one way or another into the broader urban development—has been the intention of most initiatives

[84] Erik Mobrand, Unlicensed Housing as Resistance to Elite Projects: Squatting in Seoul in the 1960s and 1970s, in: Anders / Sedlmaier, Public Goods (see fn. 4), pp. 170–187.

[85] Inbal Ofer, "Right to the city": Squatting, Squatters and Urban Change in Franco's Spain, in: Anders / Sedlmaier, Public Goods (see fn. 4), pp. 150–169; Ofer, Claiming the City (see fn. 20).

for change, both from above and from below, it might seem that historical development is bound to ultimately eliminate informal housing.

Zoning boundaries

A targeted and centralized urban planning that incorporates the interests of squatters has long been regarded as a solution for the "squatter problem." Concerning Istanbul's squatter settlements of the 1960s and early 1970s, historian Kemal Karpat comes to the conclusion "that priority should be given to proper land zoning and housing construction policy, not only to speed the squatter integration [...] but also to provide for an orderly migration and harmonious urban growth."[86] *De facto* urban development, however, has time and again revealed the limits of various zoning models.

The idea of functional zoning underlay the 1956 Spanish Land Law created by Pedro Bidagor, an architect and a member of the Fascist party. Functional zoning went hand in hand with the regime's political needs: "Spatially segregated 'sleeping neighbourhoods', devoid of spaces for social interaction and cut off from most employment centres, were essential for maintaining a demobilized and docile working-class population." The law also established a legal distinction between urban land and rural land. Squatter settlements emerged largely on the latter during the following decade. The regime favored limited urban development, but the reality of urban life escaped its control.[87]

Similarly, during the early 1970s in Barcelona, when the neighborhood movement increasingly concentrated on organizing self-help infrastructure improvement, developing alternative plans for urban development, and exerting political pressure on the Franco regime by occupations of public space. In 1974, the municipality responded with a new urban planning framework (*Plan General Metropolitano de Barcelona*, PGMB), which meant that Barcelona became the only major city of Spain to reform its urban policies before the death of Franco.

[86] Kemal Karpat, The Gecekondu: Rural Migration and Urbanization, Cambridge 1976, p. 235.
[87] Ofer, Right to the city (see fn. 76), p. 153; Ofer, Claiming the City (see fn. 20).

A new generation of planners became involved whose urban policy ideas overlapped with those of the movement. A turn away from urban renewal based on territorial growth in favor of a restoration of the existing urban structure, which integrated living, working, and leisure in the urban quarters, complied with some of the movement's goals. On the other hand, PGMB stuck with the relocation of industries to the periphery and with supporting the service sector of the extended inner city. Limited participation in the guiding principles of the urban policy "model Barcelona"—reduced by the head of the urban planning authority to the notion of "making the old city hygienic and the new city monumental"—contributed to the demobilization of the movement. During the 1980s, the municipal administration pushed through from above what the movement had long demanded from below, albeit without the latter's critical input.[88] When in 1986 Barcelona won the right to be host of the 1992 Olympic Games, urban renewal was shifted towards large projects such as an airport extension and the new construction of urban motorways. The upgrading of inner-city areas that went hand in hand with these developments was no longer geared towards the interests of the residents, let alone the squatters, but aimed at "cleansing" these areas from undesired segments of the population under the guise of combating drugs and sex work. Planning was brought under public-private partnerships and, in the final analysis, withdrawn from democratic control.[89]

In the global South, accounts of the hopeful application of social zoning laws, participatory planning, and property regularization to the calamities of the poor and the dominant informality surrounding them have often been disheartening. Referring to Brazil, historian Brodwyn Fischer summarizes that the legal instruments municipalities use to deal with the informal city "have proven largely ineffective [...] bogged down in clientelism and petty conflict," despite the "convergence of

[88] Kuhn, Vom Häuserkampf zur neoliberalen Stadt (see fn. 3), pp. 106–109.
[89] Ibid, pp. 112–114.

neo-Marxist redistributionists and neoliberal followers of de Soto."[90] Such measures can have simple consequences: legalization reduces the amount of illegal land or living space in a certain area, thereby depriving the poorest of one of their few resources, illegal land, which may be undesirable, but affordable to the poor.[91]

In Delhi, a single planning authority, the Delhi Development Authority (DDA), was created by an act of Parliament in 1960. Members of the National Planning Commission collaborated with the U. S. Ford Foundation in producing the first ever master plan for Delhi.

> Land use was to conform to a set of statutory restrictions and zoning —commercial, industrial, residential and retail areas physically separated from each other. […] The notion of DDA becoming the sole owner of all public land in the city was related to a strong desire among urban planners for regulation of public property and civic space by a state institution in the context of intense anxieties over the 'squatter problem' in the city.

The *Urban Land Ceiling Act* of 1976, which set an upper limit to the amount of land that could be owned by an individual, enabled the DDA to acquire large tracts of land, as a result of which it "came to have over 62 percent share in the number of squatters in the city, which could now be demolished and resettled […]." Zoning was used for masterplanning "illegality":

> The masterplan selectively dealt with areas of the city as 'spaces of exception', as violations of zoning and land use—allocating slums and squatter settlements for resettlement and demolition while elite farmhouses built on fringes of wildlife sanctuaries, five-star hotels and warehouses built in violation of the zoning guidelines were overlooked.[92]

In many other locations, regulations such as building and sanitary codes and zoning were historically used to push informal settlements to the

---

[90] Brodwyn Fischer, Beyond Insurgency and Dystopia: The Role of Informality in Brazil's Twentieth-Century Urban Formation, in: Anders / Sedlmaier, Public Goods (see fn. 4), pp. 122–149: 142.

[91] Flavio A. M. de Souza, The Future of Informal Settlements, in: Geoforum, 32 (2001), pp. 438–492.

[92] Datta, The Illegal City (see fn. 3), pp. 35–39.

urban margins and to prohibit them. The fundamental problem is that zoning—ultimately leaning on the state's monopoly of violence—tends to place itself above the right to housing or a place to stay with secure tenure.[93] This seems to be the case even where it tries to accommodate some of these notions, as in the Brazilian experiments with Special Zones of Social Interest where under certain conditions, short of individual titling and freehold, protection against eviction and possibilities of selling, transferring rights into inheritance, and access to credit are granted to informal dwellers.[94]

Conclusion: the possibilities of boundary shifting in informal housing

Squatters and informal dwellers, their organizations, and the social movements they were embedded in have frequently succeeded in shifting urban boundaries at perilous odds. The present article suggests that the interplay of squatters' strategies and the official responses they triggered unfolded dialectics between successful appropriation and semi-formal entrenchment on the one hand, and cycles of eviction and displacement on the other. This article has contributed to shed light on the historical dynamics of squatting, a topic often side-lined by literature on informal housing and contentious politics.

Moreover, we would like to contend that squatting and its capacity to highlight urban boundaries (or lack thereof) has been historically instrumental in addressing important social questions, e. g. in struggles against poverty, alienated lifestyles, privatization, and displacement. Without wishing to unduly idealize squatters and urban activists, who follow their own interests and idiosyncrasies that create their own dilemmas, their activities have the potential of pointing towards the democratization of the urban imagination and of urban criticism.[95] Contributing to an opening of urban and social matters to political analysis,

[93] Home, Squatting and Encroachment (see fn. 23), p. 89.

[94] Willem Assies, Land Tenure, Land Law and Development: Some Thoughts on Recent Debates, in: Journal of Peasant Studies, 36 (2009), 3, pp. 573–589: 582.

discussion, and creation of utopias, informal dwellers are an embodiment of the rallying slogan "the personal is political," which can serve as a corrective to the planning processes of representative democracies by confronting elite technocrats and private capital interests with the results of citizens' small-scale attempts at taking the city into their own hands. This can further a democratization of planning not via the ballot box but via the personalized urban bricolage stemming from socioeconomic pressure. In this respect, they effectively counterbalance the pervasive misappropriation of grassroots democracy "by various interests to legitimate new forms of state bureaucratic planning."[96] In their own way, consciously or inadvertently, squatters by their corporeal claim to urban space erect modest boundaries that seek to limit the "world of commodities"[97] that is encroaching upon social needs.

[95] Justus Uitermark, An actually existing just city? The fight for the right to the city in Amsterdam, in: Neil Brenner / Peter Marcuse / Margit Mayer (eds.), Cities for People, Not for Profit: Critical urban theory and the right to the city, New York 2012, pp. 197–214: 202.

[96] Brenner / Marcuse / Mayer, Cities for people, not for profit: an introduction, in: ibid., pp. 1–10: 6.

[97] Henri Lefebvre, Theoretical Problems of Autogestion [1966], in: Neil Brenner / Stuart Elden, State, Space, World: Selected Essays, Minneapolis 2009, pp. 138–152: 148.

Ronja Oltmanns

„Wer die Mißbräuche des Asylrechts nicht bekämpft, der fördert […] Ausländerfeindlichkeit.“* Die Instrumentalisierung der rassistischen Anschläge und Pogrome Anfang der 1990er Jahre für die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl

1. Einleitung**

> im neuvereinigten deutschland / das sich so gerne / viel zu gerne / wiedervereinigt nennt /
>
> dort haben / in diesem und jenem ort / zuerst häuser / dann menschen gebrannt[1]

Diese Worte der afrodeutschen Lyrikerin May Ayim griff Deniz Utlu in einem Essay über das Vertrauen auf:

> Ihr Gedicht ‚deutschland im herbst‘ endet mit den Zeilen: ‚so ist es: / deutschland im herbst / mir graut vor dem winter‘. Das Grauen ist nicht nur ein Grauen vor der Gewalt der Neonazis, es ist vor allem ein Grauen vor einem Staat, der nicht schützt, dessen Polizei nicht eingreift, wenn der Mob die Unterkünfte von Geflüchteten oder migrantischen Arbeiter_innen – wie das Sonnenblumenhaus der vietnamesischen Arbeiter_innen in Rostock-Lichtenhagen – jubelnd anzündet. Ein Grauen vor einem Gesetzgeber, der nicht Gesetze erlässt zum Schutz der Bedrohten, sondern zur Bestärkung der Angreifer_innen – nämlich mit der Quasi-

* Wolfgang Bötsch, Plenarprotokoll 12/103, 9.9.1992, S. 8.723.

** Ich bedanke mich herzlich bei Knud Andresen und Peter Birke für ihre Unterstützung und für wertvolle Hinweise. Miro Embaie, Steffen Müller und David Janning danke ich für politische Diskussionen.

[1] May Ayim, deutschland im herbst, in: dies., blues in schwarz weiss, Berlin 1996, zit. n. Deniz Utlu, Vertrauen, in: Fatma Aydemir / Hengameh Yaghoobifarah (Hg.), Eure Heimat ist unser Albtraum, 2. Aufl., Berlin 2019, S. 38–55, hier S. 45.

> Abschaffung des Asylparagrafen im Grundgesetz als Reaktion auf die Pogrome Anfang der Neunziger, wozu es einer Zweidrittelmehrheit, also der Stimmen von Abgeordneten aus allen Parteien bedurfte.[2]

Deniz Utlu deutet die 1993 vollzogene Änderung von Artikel 16 des Grundgesetzes als Folge der rassistischen Mobilisierungen, Anschläge und Pogrome Anfang der 1990er Jahre. Varianten dieses Narrativs waren bereits zeitgenössisch vertreten worden – sowohl von Verfechter_innen der Grundgesetzänderung, deren vermeintliche Notwendigkeit sie mit den Anschlägen begründeten, als auch von Kritiker_innen, die beklagten, dass die Politik einem „Druck der Straße"[3] nachgegeben habe. Bis heute halten sich diese Varianten in der Erzählung über die frühen 1990er Jahre. Allerdings wurde dieser Zusammenhang bisher nie systematisch herausgearbeitet. Hierzu möchte ich mit diesem Artikel einen Beitrag leisten. Ich gehe der Frage nach, welche Motive dem „Asylkompromiss"[4] zwischen der Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP und der oppositionellen SPD zugrunde lagen.[5]

Dieser war am 6. Dezember 1992 nach einer jahrelangen Debatte geschlossen worden, an deren Ende die verheerendsten Pogrome in Deutschland seit Ende des Nationalsozialismus standen. Am 26. Mai 1993 stimmte eine für Grundrechtsänderungen nötige Zweidrittelmehrheit des Bundestages für die faktische Abschaffung des Asylrechts. Seither werden Asylsuchende, die aus einem als verfolgungsfrei geltenden Herkunftsstaat oder über einen „sicheren Drittstaat" einreisen, nicht

[2] Utlu, Vertrauen (wie Anm. 1), S. 46.

[3] Detlev von Larcher, Plenarprotokoll 12/134, 21.1.1993, S. 11.618.

[4] Asylkompromiss wird hier in Anführungszeichen gesetzt, da der wesentliche Teil des Kompromisses, Einwanderung zu erleichtern, nicht eingelöst wurde; siehe hierzu auch Abschnitt 3.

[5] Die Frage nach der Verbindung zwischen rassistischen Diskursen, Gewalt und Regierungspolitik ist dabei durchaus aktuell. Die Asylrechtsverschärfungen der Jahre 2015 und 2016 wurden vom Erstarken rechter Parteien und Bewegungen wie der AfD und Pegida und rassistischen Ausschreitungen gegen Asylsuchende wie in Heidenau 2015 begleitet. Viele Beobachter_innen zogen Parallelen zu den Pogromen der 1990er Jahre. Vgl. Helge Schwiertz / Philipp Ratfisch, Rassismus und antimigrantische Bewegungen im deutsch-europäischen Migrationsregime, in: Sabine Hess u. a. (Hg.), Der lange Sommer der Migration. Grenzregime III, Berlin, Hamburg 2017, S. 151–162; Maximilian Pichl, Die Asylpakete I und II. Der politische und rechtliche Kampf um die Asylrechtsverschärfungen, in: Hess u. a. (Hg.), Der lange Sommer, S. 163–175.

mehr zum Asylverfahren zugelassen. Da die Bundesrepublik ausschließlich von solchen Staaten umgeben ist, ist das Asylverfahren für Menschen, die über den Landweg kommen, versperrt. Die Möglichkeit, über den Luftweg nach Deutschland zu gelangen, wurde durch die Einführung der sogenannten Flughafenregelung und die schon vorher erlassene Visapflicht ebenfalls weitestgehend ausgeschlossen.[6] Wesentlicher Grund dafür, dass diese Abwehr der Asylmigration gut zwei Jahrzehnte funktionierte, war die Europäisierung dieses Grenzregimes durch das Schengener Abkommen und die Dublin-Verordnungen.[7]

Beugte sich die Politik mit dem „Asylkompromiss" einem „Druck der Straße" – oder instrumentalisierten die Unionsparteien die Anschläge vielmehr, um die SPD in dieser lang debattierten Frage zum Einlenken zu bewegen? Rechtfertigte die SPD ihre Kehrtwende mit den Anschlägen? Um diese Fragen zu beantworten, habe ich die Plenarprotokolle der Bundestagsdebatten auf die argumentativen Topoi hin untersucht, derer sich Union und SPD bedienten, um die Grundgesetzänderung zu fordern und zu begründen. Wie veränderte sich die Nutzung bestimmter Topoi im Laufe der Debatte? In welchem Zusammenhang stehen diese Veränderungen mit den Anschlägen? Mithilfe einer Topoianalyse können die „wiederkehrenden Aussagen und Argumentationen in einem großen Textkorpus zu einem öffentlichen Themengebiet erfasst, beschrieben und in ihrer zeitlichen und gruppenspezifischen Verteilung analysiert werden".[8] Ich bediene mich hierfür bei der (historisch interessierten) Linguistik und der von Martin Wengeler entwickelten Methode der Analyse kontextspezifischer Topoi. Die Topoianalyse er-

[6] Vgl. Ursula Münch, Asylpolitik in Deutschland – Akteure, Interessen, Strategien, in: Stefan Luft / Peter Schimany (Hg.), 20 Jahre Asylkompromiss. Bilanz und Perspektiven, Bielefeld 2014, S. 69–86, hier S. 80f.

[7] Im „Sommer der Migration" 2015 brach das europäische Grenzregime angesichts der Beharrlichkeit und der Stärke der Migrationsbewegungen zusammen und formiert sich seitdem neu. Vgl. Sabine Hess u. a., Der lange Sommer der Migration. Krise, Rekonstitution und ungewisse Zukunft des europäischen Grenzregimes, in: dies. (Hg.), Der lange Sommer (wie Anm. 5), S. 6–24, hier S. 6f.

[8] Martin Wengeler, Topos und Diskurs. Begründung einer argumentationsanalytischen Methode und ihre Anwendung auf den Migrationsdiskurs (1960–1985), Tübingen 2003, S. 175. Ausführlicher zur Methode siehe ab S. 21.

möglicht zu überprüfen, welche Topoi wann und von wem für eine Änderung des Grundrechts auf Asyl verwendet wurden. Daraus lässt sich schließen, welche Argumentationsmuster zu bestimmten Zeiten dominant waren und wie sich deren Verteilung veränderte.

Im Folgenden gebe ich zunächst einen kurzen Forschungsüberblick, definiere mein Verständnis von Rassismus und führe kurz in den Begriff der Migrationsregime ein (Abschnitt 2), woraufhin ich den „Asylkompromiss" historisch einordne (Abschnitt 3). Die Auseinandersetzung um Artikel 16 des Grundgesetzes und die Kampagne zur Abschaffung des Grundrechts kann nur vor dem Hintergrund der Migrationspolitiken und -praxen der vorangegangenen Jahrzehnte verstanden werden, sprich: mit dem Gastarbeiterregime, seinen gesellschaftlichen Funktionen und seinen Widersprüchen. In Abschnitt 4 widme ich mich dann der Quellenarbeit, um den Zusammenhang zwischen den rassistischen Anschlägen und Pogromen und der Abschaffung des Grundrechts auf Asyl anhand der Bundestagsdebatten nachzuvollziehen. In Erwägung dessen, dass die Topoianalyse nicht gerade zum Standardrepertoire von Historiker_innen gehört, erläutere ich mein Vorgehen relativ ausführlich und beschreibe zunächst meine Ergebnisse, bevor ich sie interpretiere und bewerte. Auf diese Weise möchte ich den Erkenntnisprozess möglichst umfassend nachvollziehbar machen, da die Topoianalyse meines Erachtens ein geeignetes Instrument zur Auswertung großer Quellenkorpora darstellt. Zugleich möchte ich sie zur Diskussion stellen.

2. Forschungsüberblick

Eine Arbeit, die Migrationspolitiken zum Thema hat, kann auf das Konzept der „Autonomie der Migration" Bezug nehmen. Demnach findet Migration stets statt und reagiert auf staatliche Versuche, sie zu regulieren oder zu unterbinden, mit Veränderungen. Migrationsregime sind demnach ein Produkt, das sich aus dem Kräfteverhältnis von Migrationsbewegungen, unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteur_innen und

staatlicher Regulierung ergibt.[9] Mithilfe des von Serhat Karakayalı und Vassilis Tsianos vorgeschlagenen Regimebegriffs kann staatliche Politik als umkämpfte Ordnung verstanden werden: Sie ist „Resultat sozialer Auseinandersetzungen […], die in immer wieder zu erneuernden (oder umzuwerfenden) institutionellen Kompromissen münden."[10] Mit diesen Überlegungen findet eine Perspektivverschiebung statt, mit der Migrant_innen als handelnde Subjekte begriffen werden, die nicht bloße Empfänger_innen staatlicher Politiken sind, sondern diese auch aktiv formen.[11] Gleichzeitig bildet das Migrationsregime einen Rahmen für die Argumentationsmuster sowohl der Gegner_innen als auch der Befürworter_innen von Migration.[12]

In den Jahrzehnten vor der De-facto-Abschaffung des Grundrechts auf Asyl haben sich die Migrationsregime mehrfach grundlegend geändert. Dies anzuerkennen ermöglicht ein tieferes Verständnis: Anstatt die Uneinheitlichkeit der Migrationspolitik der Bundesregierungen ab den 1950er Jahren zu beklagen, können widersprüchlich erscheinende historische Entwicklungen als Produkt von Auseinandersetzungen wahrgenommen und damit angemessener eingeordnet und verstehbar gemacht werden.

Es liegen bislang nur wenige historiographische Arbeiten vor, welche die rassistischen Anschläge und Pogrome zu Beginn der 1990er Jahre oder den „Asylkompromiss" und die ihm vorausgegangene politische Debatte behandeln. Die Geschichtsschreibung in Deutschland beginnt erst allmählich, die Zäsur des Jahres 1990 zu überschreiten und die

[9] Vgl. Manuela Bojadžijev, Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration, 2. Aufl., Münster 2012, S. 45, 145–148.

[10] Serhat Karakayalı / Vassilis Tsianos, Mapping the Order of New Migration. Undokumentierte Arbeit und die Autonomie der Migration, Peripherie 97/98 (2005), S. 35–64, hier S. 47.

[11] Serhat Karakayalı und Vassilis Tsianos haben angemerkt, dass das Verhältnis zwischen der Autonomie der Migration und den Agenturen ihrer Kontrolle jedoch höchst asymmetrisch ist: Die Machtressourcen der Seite, die über Grenzpolizeien, Ausländergesetze und IT-basierte Informationssysteme verfügen, sind ungleich größer als die der Migrant_innen, vgl. Karakayalı / Tsianos, Mapping the Order (wie Anm. 10), S. 48f.

[12] Vgl. ebd., S. 46-51; Serhat Karakayalı, Gespenster der Migration. Zur Genealogie illegaler Einwanderung in der Bundesrepublik Deutschland, Bielefeld 2008, S. 16, 150.

Zeit danach als „Geschichte der Gegenwart“ in den Blick zu nehmen.[13] Ulrich Herbert hat einige Aufsätze zum Thema veröffentlicht, welche jedoch sehr eng an seiner 2001 erschienenen Studie *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland* orientiert sind und bedauerlicherweise nicht aktualisiert und um neuere Forschungsansätze oder -erkenntnisse ergänzt wurden. Die Beschreibung der 1980er und 1990er Jahre beruht zudem kaum auf archivalischen Quellen. Herberts Arbeit weist schließlich aufgrund eines eingeschränkten Rassismusbegriffs deutliche Grenzen auf.[14] Maria Alexopoulou hat die Dethematisierung von Rassismus in der deutschen historischen Forschung kritisiert und aufgezeigt, welche Fehlschlüsse diese mit sich bringen kann.[15] An ihre Arbeiten anschließend, nutze ich hier einen systematischen Rassismusbegriff, mit dem dieser als „Macht-Wissen-Komplex“[16] verstanden und seine tiefe gesellschaftliche Verankerung im kollektiven Wissen, in Denktraditio-

[13] Andreas Rödder, 21.0. Eine kurze Geschichte der Gegenwart, München 2011, S. 11. Zum Stand der zeithistorischen Forschung, die auch die Zeit nach 1990 in den Blick nimmt vgl. Angela Siebold, Wie die Geschichte an die Gegenwart heranrückt. Die deutsche Historiographie und ihr Verhältnis zur jüngsten Vergangenheit, in: Thomas Großbölting / Christoph Lorke (Hg.), Deutschland seit 1990. Wege in die Vereinigungsgesellschaft, Stuttgart 2017, S. 75–96.

[14] Vgl. Ulrich Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, München 2001, sowie exemplarisch ders., „Asylpolitik im Rauch der Brandsätze“ – der zeitgeschichtliche Kontext, in: Luft / Schimany (Hg.), 20 Jahre Asylkompromiss (wie Anm. 6), S. 87–103.

[15] Obwohl sie die 1990er Jahre nicht behandelt, können ihre Arbeiten als Beispiel dafür gelten, wie bundesrepublikanische Geschichte aus rassismuskritischer Perspektive anders interpretiert werden muss. So muss die als Forschungskonsens anerkannte Liberalisierung in den 1970er Jahren in Westdeutschland überdacht und revidiert werden, wenn man die rechtliche Stellung der „Gastarbeiter_innen“ einbezieht. Alexopoulou ruft dazu auf, Migrationsgeschichte und Nationalgeschichtsschreibung zusammenzuführen und die Historiographie somit zu demokratisieren, vgl. Maria Alexopoulou, Vom Nationalen zum Lokalen und zurück? Zur Geschichtsschreibung in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland, Archiv für Sozialgeschichte, 56 (2016), S. 463–484, hier S. 469f., sowie weiter dies., Producing Ignorance. Racial Knowledge and Immigration in Germany, History of Knowledge, (2018), [https://historyofknowledge.net/2018/07/25/producing-ignorance-racial-knowledge-and-immigration-in-germany/]; dies., Rassismus als Kontinuitätslinie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, APuZ, 38/39 (2018), [http://www.bpb.de/apuz/275884/rassismus-als-kontinuitaetslinie-in-der-geschichte-der-bundesrepublik-deutschland].

[16] Maria Alexopoulou, Blinde Flecken innerhalb der zeithistorischen Forschung in Deutschland. Eine Antwort auf Martin Sabrows Kommentar „Höcke und Wir“, Zeitgeschichte-online, Februar 2017, [https://zeitgeschichte-online.de/kommentar/blinde-flecken-innerhalb-der-zeithistorischen-forschung-deutschland].

nen, Alltagspraktiken, Institutionen, Gesetzgebung und auch in der Geschichtsschreibung anerkannt wird. Bei Rassismus handelt es sich nicht um ein individuelles Vorurteil, sondern um eine Fremdheitskonstruktion, bei der reale oder konstruierte Differenzen von Menschen (religiös, kulturell, sozial, …) als „natürlich" angesehen werden und über das Markieren und Betonen dieser (angeblichen) Differenzen das „Andere" hervorgebracht wird, welches sowohl mit dem „Eigenen" als auch mit anderen rassifizierten Kollektiven in Hierarchie gesetzt wird.[17] Rassismus strukturiert also Gesellschaft und ist daher eine unumgängliche Analysekategorie, nicht zuletzt für die Historiographie.

Einen ersten Ansatz zur Historisierung der rassistischen Mobilisierungen der 1990er Jahre bietet Philipp Gassert, der dafür plädiert, diese in die historische Erforschung sozialer Bewegungen aufzunehmen.[18] Über die rassistischen Anschläge und Pogrome in Hoyerswerda, Hünxe, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen im Speziellen liegen einige Arbeiten vor, welche die Gewalttaten zwar meist in einen Zusammenhang mit der Debatte um das Grundrecht auf Asyl stellen, aber keinen systematischen Zugriff auf diese Verbindung ermöglichen.[19] Ein von Norbert Frei und anderen herausgegebener Band hilft neuerdings, die 1990er Jahre in die Geschichte der Rechten in Deutschland einzuordnen, und spannt einen Bogen von der Nachkriegszeit bis zum aktuell erstarkenden Nationalismus und dem Aufstieg der AfD.[20]

[17] Vgl. Birgit Rommelspacher, Rassismen. Eine kurze vergleichende Einführung für den deutschen Kontext, in: Susan Arndt / Nadja Ofuatey-Alazard (Hg.), Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk, Münster 2011, S. 46–50, hier S. 46; Alexopoulou, Rassismus als Kontinuitätslinie (wie Anm. 15).

[18] Vgl. Philipp Gassert, Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945, Stuttgart 2018, insb. S. 237–271. Allerdings reißt Gassert das Thema hier nur an.

[19] Vgl. u. a. Christoph Wowtscherk, Was wird, wenn die Zeitbombe hochgeht? Eine sozialgeschichtliche Analyse der fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Hoyerswerda im September 1991, Göttingen 2014; Janosch Steuwer, Fremde als „Problem": Skizze des Framing der fremdenfeindlichen Bewegung der frühen 1990er Jahre, in: Jürgen Mittag / Helke Stadtland (Hg.), Theoretische Ansätze und Konzepte der Forschung über soziale Bewegungen in der Geschichtswissenschaft, Essen 2014, S. 167–187; Thomas Prenzel (Hg.), 20 Jahre Rostock-Lichtenhagen. Kontext, Dimensionen und Folgen der rassistischen Gewalt, Rostock 2012.

[20] Vgl. Norbert Frei /Franka Maubauch / Christina Morina / Mike Tändler, Zur rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus, 2. Aufl., Berlin 2019.

Patrice G. Poutrus hat mit seinen Arbeiten zum Grundrecht auf Asyl gezeigt, dass es seit seiner Entstehung umkämpft war, seine Umsetzung stets Verhandlungssache und die Abwehr der Asylmigration bis 1975 ein Charakteristikum der Bundesrepublik war. Den Mythos, dass das Grundrecht auf Asyl vor seiner faktischen Abschaffung 1993 uneingeschränkt in Anspruch genommen werden konnte, kann er entkräften.[21]

Roger Karapin hat die rassistische Mobilisierung zu Beginn der 1990er aus Sicht der sozialwissenschaftlichen Protest- und Bewegungsforschung analysiert. Er versucht, einen Zusammenhang zwischen der Presseberichterstattung über Asyl und den Pogromen herzustellen. Den wichtigsten Auslöser für die Mobilisierungen sieht er jedoch in „kulturellen" Unterschieden und daraus resultierenden Konflikten, die jeweils den Zündfunken geliefert hätten. Die Möglichkeit, dass der gesellschaftliche Rassismus Auslöser gewesen sein könnte, zieht er nicht in Betracht. Seine kulturalisierenden Erklärungsmuster müssen als rassistisch zurückgewiesen werden. Dennoch gelingt es ihm, vielbeschworene Erklärungsansätze zu entkräften und neue Aspekte aufzuzeigen.[22]

Der Politikwissenschaftler Heinz Lynen von Berg hat die Verhandlung von „Rechtsextremismus" und „fremdenfeindliche[r] Gewalt" in den Bundestagsdebatten der 12. Wahlperiode von 1990 bis 1994 diskursanalytisch untersucht.[23] Auch wenn er ebenfalls ohne expliziten Rassismusbegriff auskommt, kann er zeigen, wie die institutionellen Zwänge

[21] Vgl. Patrice G. Poutrus, Zuflucht im Nachkriegsdeutschland. Politik und Praxis der Flüchtlingsaufnahme in Bundesrepublik und DDR von den späten 1940er Jahren bis zur Grundgesetzänderung im vereinten Deutschland von 1993, in: Jochen Oltmer (Hg.), Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert, Berlin, Boston / MA 2016, S. 853–893, sowie jüngst: ders., Umkämpftes Asyl. Vom Nachkriegsdeutschland bis in die Gegenwart, Berlin 2019. Da Poutrus einen guten und aktualisierten Überblick gibt, wird auf die Rezeption des Standardwerkes zum Asylrecht in Deutschland verzichtet: Ursula Münch, Asylpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklung und Alternativen, 2. überarb. u. erg. Aufl., Opladen 1993.

[22] Vgl. Roger Karapin, Major Anti-Minority Riots and National Legislative Campaigns Against Immigrants in Britain and Germany, in: Ruud Koopmans / Paul Statham (Hg.), Challenging Immigration and Ethnic Relations Politics. Comparative European Perspectives, New York / NY 2000, S. 312–347; ders., Protest Politics in Germany. Movements on the Left and Right since the 1960s, University Park / PA 2007, insb. S. 191–218.

[23] Heinz Lynen von Berg, Politische Mitte und Rechtsextremismus. Diskurse zu fremdenfeindlicher Gewalt im 12. Deutschen Bundestag (1990–1994), Opladen 2000, S. 23.

des Bundestages und des Parteiensystems sowie machtpolitische Interessen den Umgang der Parlamentarier_innen mit den rassistischen Anschlägen und Pogromen entscheidend prägten. Eine Studie, die unter anderem den Rassismus in den Debatten des Deutschen Bundestages in den Blick nimmt, hat Christine Morgenstern vorgelegt. Auch sie stellt den Zusammenhang zwischen den rassistischen Anschlägen zu Beginn der 1990er Jahre und der Grundrechtsänderung her, kann jedoch ebenfalls keinen systematischen Zugriff anbieten.[24]

3. Zur Geschichte eines Grundrechts

3.1 Vom Gastarbeiter- zum Asylregime

Als Konsequenz aus der nationalsozialistischen Herrschaft machte der Parlamentarische Rat 1949 ein vergleichsweise großzügiges Asylrecht zum Bestandteil des Grundgesetzes.[25] Die Mitglieder des Parlamentarischen Rats entschieden sich bewusst für die offene Formulierung „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht" und verzichteten darauf, weitere Kriterien für die Gewährung von Asyl festzulegen. Damit legten sie die Definition dessen, was zum Asyl in der Bundesrepublik Deutschland berechtigte, in die Hände der Exekutive, deren Praxis der fortwährenden höchstrichterlichen Überprüfung unterzogen wurde.[26]

[24] Vgl. Christine Morgenstern, Rassismus – Konturen einer Ideologie. Einwanderung im politischen Diskurs der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 2002. Die 1990er Jahre betreffend ist ein großes Manko der Studie, dass sie vor allem aus Zitaten und Paraphrasen der Bundestagsreden besteht, was zwar einen Einblick in die Debatten ermöglicht, aber keine Analyse bietet.

[25] Ich beschränke mich im gesamten Artikel auf die historische Entwicklung in der alten und neuen Bundesrepublik und klammere die DDR sowie etwaige ostdeutsche Spezifika aus. Dies ist vor allem der Notwendigkeit der Eingrenzung geschuldet. Zum anderen haben die rassistischen Pogrome nach der Vereinigung von BRD und DDR stattgefunden und sich keineswegs auf Ostdeutschland beschränkt. Die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl war ein politisches Projekt, das seinen Anfang in der alten BRD hatte und unter westdeutscher Führung vollzogen wurde. Zur Verflechtungsgeschichte der Migration in BRD und DDR vgl. Maren Möhring, Mobilität und Migration in und zwischen Ost und West, in: Frank Bösch (Hg.), Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000, Göttingen 2015, S. 369–410. Zum Asylrecht in der DDR vgl. Poutrus, Umkämpftes Asyl (wie Anm. 21), S. 103–159.

[26] Vgl. Poutrus, Zuflucht (wie Anm. 21), S. 853–856.

Patrice G. Poutrus hat herausgearbeitet, dass sich die versuchte Abwehr der Migration als Kontinuitätslinie durch die Asylpolitik der Bundesrepublik zieht, die aufgrund einer restriktiven Handhabung des Grundrechts auf Asyl und der Genfer Flüchtlingskonvention eher eine Abwehr- denn eine Aufnahmepolitik war. Weder geringe Zahlen Asylsuchender wie in den 1950er und 1960er Jahren noch politische Machtkalküle im Kalten Krieg oder die große – antikommunistisch motivierte – Aufnahmebereitschaft der deutschen Bevölkerung gegenüber ungarischen Geflüchteten nach 1956 durchbrachen diese Tradition grundlegend.[27]

Die „ethnische" Homogenität des Nationalstaats – zweifelsohne eine Illusion – galt als anzustrebender Normalfall, was eine völkisch orientierte Migrationspolitik zur Folge hatte. Der hartnäckige Rassismus hatte erhebliche Auswirkungen auf die Asylpraxis. Wenngleich in unterschiedlichen historischen Kontexten, wurde für die Nichtaufnahme von Asylsuchenden stets mit der Belastung, die sie verursachen würden, mit der vermeintlichen oder tatsächlichen Ablehnung der Bevölkerung Migrant_innen gegenüber, mit der Gefahr für den inneren Frieden, die von ihnen ausgehen würde, und mit dem Asylrecht, das durch sie missbraucht werden würde, argumentiert.[28]

Zeitgleich zur Abwehr der Asylmigration war Migration zu anderen Zwecken jedoch ermöglicht worden. Das Gastarbeiterregime – einsetzend mit dem ersten Anwerbeabkommen 1955 mit Italien und endend mit dem Anwerbestopp 1973 – stand für die ökonomische Rationalität von Migration: Sie galt als volkswirtschaftlich notwendig und insofern als erwünscht.[29] Basis des Regimes war ein institutionalisierter Kompro-

[27] Vgl. Poutrus, Umkämpftes Asyl (wie Anm. 21), S. 35, 41. Poutrus kann für die Zeit des Kalten Krieges sowohl in der Politik als auch in der Bevölkerung einen größeren Pragmatismus in Bezug auf das Asylrecht ausmachen. Die Kontinuität völkischer Migrationspolitik, die ihre Wurzeln bereits in der Weimarer Republik hatte, wurde dadurch jedoch nicht infrage gestellt, vgl. ebd., S. 41–52.

[28] Vgl. ebd., S. 35; Poutrus, Zuflucht (wie Anm. 21), S. 860–862, 880–885.

[29] Die kontinuierliche Abwehr der Asylmigration könnte ein Hinweis darauf sein, dass die „humanitär motivierten Aufenthaltsgründe", deren sukzessive Beseitigung Peter Birke und Felix Bluhm anmerken, in der historischen Praxis nie so zentral waren, wie häufig angenommen wird. Die Gleichzeitigkeit von Abwehr der Asylmigration und ‚Gastarbeiter_innen-Migration' weist

miss zwischen Unternehmen, Gewerkschaften und Staat, dessen wichtigste Eckpunkte das Inländerprimat, das heißt die Bevorzugung inländischer Arbeitskräfte, und das Rotationsprinzip, also der temporäre Aufenthalt der Arbeitsmigrant_innen, waren. Das Gastarbeiterregime trug zudem zur Unterschichtung des Arbeitsmarkts und insofern zur Sicherung der Löhne der Kernbelegschaften bei. Mit dem ersten Ausländergesetz der Bundesrepublik 1965 sollten sowohl die Grundsätze des Gastarbeiterregimes festgeschrieben als auch die Asylpraxis vereinheitlicht werden. Trotz geringfügiger Liberalisierung wurde dem Grundrecht auf Asyl damit jedoch nicht zu seiner Durchsetzung verholfen.[30]

Die Widersprüche des Gastarbeiterregimes manifestierten sich gegen Ende der 1960er Jahre und stellten den Kompromiss, auf dem das Regime beruhte, zunehmend infrage. So veränderte sich die Zusammensetzung der migrantischen Bevölkerung – statt einzelner Arbeitskräfte ließen sich zunehmend Familien nieder, die eine Bleibeperspektive entwickelten. Der Anteil der Migrant_innen mit ständigem Wohnsitz in Westdeutschland stieg. Waren einzelne Arbeiter_innen vormals häufig in firmeneigenen Unterkünften untergebracht worden, wurden sie nun zu Anwärter_innen auf Wohnraum, Kindergartenplätze und sozialstaatliche Leistungen und traten dadurch in der Nachfrage dieser „Güter" in ein direktes Verhältnis mit der einheimischen Bevölkerung.

darauf hin, dass ökonomische Aspekte die humanitären spätestens seit den 1950er Jahren überlagerten, die bundesdeutsche Migrationspolitik mithin nie in erster Linie humanitär motiviert war (wenngleich sie phasenweise durchaus als solche begründet wurde). Vgl. Karakayalı, Gespenster (wie Anm. 12), S. 96–173; Peter Birke / Felix Bluhm, Arbeitskräfte willkommen. Neue Migration zwischen Grenzregime und Erwerbsarbeit, Sozial.Geschichte Online, 25 (2019), S. 11–43, hier S. 12, [https://duepublico2.uni-due.de/servlets/MCRFileNodeServlet/duepublico_derivate_00070503/03_Birke_Bluhm_Arbeitskraefte_willkommen.pdf], sowie Lisa Carstensen / Lisa Riedner / Lisa Heimeshoff, Der Zwang zur Arbeit. Verwertungslogiken in den umkämpften Regimen der Anwerbe-, Flucht- und EU-Migration, Sozial.Geschichte Online, 23 (2018), S. 235–269, [https://duepublico2.uni-due.de/servlets/MCRFileNodeServlet/duepublico_derivate_00046215/08_Carstensen_et_al_Zwang_zur_Arbeit.pdf].

[30] Vgl. Karakayalı, Gespenster (wie Anm. 12), S. 38, 123, 128f.; Poutrus, Umkämpftes Asyl (wie Anm. 21), S. 52–54. Ähnlich wie die Anwerbeabkommen ein Regulationsversuch der ohnehin stattfindenden Migration waren, war das Ausländergesetz unter anderem eine Reaktion darauf, dass Migrant_innen und lokale Behörden den regulierten Weg der Anwerbung umgingen, indem erstere häufig eigenmächtig einreisten und letztere nachträglich Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse erteilten.

Mit dem Anwerbestopp 1973 kündigte die sozial-liberale Koalition unter Willy Brandt den Kompromiss auf und versuchte, die Widersprüche des Gastarbeiterregimes stillzulegen. Obwohl Einwanderung längst stattfand, hielt die Bundesregierung am Leitbild des zeitlich begrenzten Aufenthaltes fest. Erklärtes Ziel der Bundesregierungen der 1970er Jahre war es, die Zahl der in Deutschland lebenden Migrant_innen zu senken. Die Arbeitsmigration als zentrale Möglichkeit legaler Einreise – und in der Logik des Gastarbeiterregimes somit Migration per se – sollte durch den Anwerbestopp zum Erliegen gebracht werden.[31] In der Folge stiegen die Zahlen jedoch, anstatt zu sinken, weil sich die Migration vor allem über die Heiratsmigration und den Familiennachzug andere Wege suchte.[32]

Der Anwerbestopp 1973 markierte den Übergang vom Gastarbeiterregime zum Asylregime. Bereits seit Ende der 1960er hatte sich ein Wandel in der Rechtslehre und Rechtsprechung zum Asylrecht entwickelt, infolgedessen die restriktive Asylpraxis als verfassungswidrig infrage gestellt wurde. Die öffentliche Diskussion um die Aufnahme chilenischer Exilant_innen nach dem Militärputsch gegen die linke Regierung Salvador Allendes 1973 trug dazu bei, dass die Anerkennung von Verfolgung und damit die Legitimität des Asylgesuchs tendenziell weniger abhängig von nationalen Interessen der Bundesrepublik und politischen Machtkalkülen und zunehmend als universales Recht angesehen wurde. 1975 beendete ein Grundsatzurteil des Bundesverwaltungsgericht die Diskussion um „immanente Schranken" des Grundrechts auf Asyl und seine daraus resultierende Begrenzung. Das Urteil bereitete der restriktiven Asylpraxis ein vorläufiges Ende und verlieh dem Grund-

[31] Vgl. Karakayalı, Gespenster (wie Anm. 12), S. 153f.; Herbert, Ausländerpolitik (wie Anm. 14), S. 244, 247–249; Alexopoulou, Vom Nationalen zum Lokalen (wie Anm. 15), S. 468–472; Bojadžijev, Die windige Internationale (wie Anm. 9), S. 121, 233, 247.

[32] Häufig wird in diesem Zusammenhang auf die „Konzeptlosigkeit" der Migrationspolitik hingewiesen, so auch Herbert, Ausländerpolitik (wie Anm. 14), S. 243f. Manuela Bojadžijev argumentiert hingegen, dass die Widersprüchlichkeit der Maßnahmen vielmehr daraus resultiert, dass Kämpfe der Migration Auswirkungen auf das Migrationsregime und seine Regulierungsmechanismen haben, vgl. dies., Die windige Internationale (wie Anm. 9), S. 121.

recht die Liberalität, welche die Mütter und Väter des Grundgesetzes in ihm angelegt hatten.[33]

Im Zuge einer ‚Nützlichkeitserwägung' des Bundesarbeitsministeriums und der Länder zur Entlastung der kommunalen Haushalte wurden Asylsuchende im selben Jahr zum Arbeitsmarkt zugelassen und das Inländerprimat aufgeweicht, wodurch der Mangel an günstigen Arbeitskräften, der durch den Anwerbestopp entstanden war, kompensiert werden konnte. Dadurch konnte das Asylrecht „zum Vehikel einer prekären Einwanderungsstrategie"[34] werden und als irregulärer Weg der Arbeitsmigration fungieren.[35]

Sowohl die sozial-liberale als auch die liberal-konservative Bundesregierung vermied es in den 1980er Jahren, die Realität des Einwanderungslandes Deutschland öffentlich anzuerkennen. Dies erschien angesichts der historisch gewachsenen Definition dessen, was ‚deutsch' sei und wie ein ‚deutsches Volk' auszusehen habe, nicht opportun.[36] Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 fixierte diese biologistische Definition ohne substanzielle Veränderungen bis ins Jahr 1999.[37] Der Ausgleich zwischen diesem politischen Dogma und der Einwande-

[33] Geklagt hatte ein Mann jugoslawischer Staatsangehörigkeit, der zunächst Asyl in der Bundesrepublik erhalten hatte, nach mehreren strafrechtlichen Verurteilungen jedoch von der Ausländerbehörde ausgewiesen wurde. Obwohl das BVerwG anerkannte, dass das Grundrecht auf Asyl keine „immanenten Schranken" aufweise, wies es die Klage in „Rücksicht auf die Einheit der Verfassung und die von ihr geschützte gesamte Wertordnung" ab und eröffnete damit eine neue Diskussion über die Begrenzung des Grundrechts. Deutlich wird hier, dass die Betroffenen selbst, die Asylsuchenden, immer auch für seine liberale Auslegung gekämpft haben. Vgl. BverwGE 49, 202 (Urteil vom 7.10.1975); Otto Kimminich, Grundprobleme des Asylrechts, Darmstadt 1983, S. 102–105; Poutrus, Zuflucht (wie Anm. 21), S. 873; ders., Umkämpftes Asyl (wie Anm. 21), S. 70f.

[34] Karakayalı, Gespenster (wie Anm. 12), S. 170.

[35] Vgl. ebd., S. 168–171; Bojadžijev, Die windige Internationale (wie Anm. 9), S. 247; Poutrus, Zuflucht (wie Anm. 21), S. 873. Karakayalı weist darauf hin, dass diese Entwicklung eher ein Resultat unterschiedlicher und widersprüchlicher Interessen war, als dass das Anwerbeverfahren geplant durch das Asylrecht ersetzt worden sei, vgl. Karakayalı, Gespenster (wie Anm. 12), S. 170f.

[36] Vgl. Alexopoulou, Rassismus als Kontinuitätslinie (wie Anm. 15); Gassert, Bewegte Gesellschaft (wie Anm. 18), S. 243–246; Bojadžijev, Die windige Internationale (wie Anm. 9), S. 234, 248. Dass das Wissen um stattfindende Einwanderung bei den politischen Eliten durchaus existierte, erwähnen Gassert, Bewegte Gesellschaft (wie Anm. 18), S. 243, und Herbert, Ausländerpolitik (wie Anm. 14), S. 261f.

[37] Vgl. Alexopoulou, Rassismus als Kontinuitätslinie (wie Anm. 15).

rungsrealität wurde durch die diskursive Figur des „Flüchtlings“ geschaffen. Im Zuge des Übergangs vom Gastarbeiter- zum Asylregime verschob sich der gesamte Migrationsdiskurs und wurde fortan entlang der Linien Flucht und Asyl und damit vorrangig nach humanitären Gesichtspunkten strukturiert, was aber nicht bedeutete, dass die Asylpraxis von Humanität geprägt gewesen wäre.[38]

Eine Humanisierung der Asylpolitik ist maximal für die Jahre zwischen 1973 und 1980 auszumachen. Ab Ende der 1970er Jahre wurde das Asylverfahren durch mehrere Gesetzesverschärfungen und ihre restriktive Anwendung so stark beschnitten, dass unter anderem die Asylverfahrensgesetze das Grundrecht auf Asyl im Laufe der 1980er Jahre weitestgehend aushebelten, sodass selbst drohende Folter im Herkunftsland nicht mehr dazu ausreichte, als „politisch verfolgt“ anerkannt zu werden. Daraus resultierende geringe Anerkennungsquoten wiederum führten dazu, dass sich Asylsuchende mit einem pauschalen Missbrauchsvorwurf konfrontiert sahen.[39] Die politischen Eliten forcierten einen per se gegen Migrant_innen gerichteten Diskurs, in dem ihr Nutzen gegen die durch ihre Anwesenheit verursachten Kosten aufgerechnet wurde und sie als „kulturell andersartig“ und „nicht-integrierbar“ dargestellt wurden. Reell stattfindende Verteilungskämpfe um Wohnraum und Arbeitsplätze wurden auf diese Weise kulturalisiert und politisch instrumentalisiert.[40] Sie funktionierten als Ventil für den ge-

[38] Vgl. Karakayalı, Gespenster (wie Anm. 12), S. 168; ders. / Tsianos, Mapping the Order (wie Anm. 10), S. 39.

[39] Vgl. Poutrus, Umkämpftes Asyl (wie Anm. 21), S. 76–80. Gleichzeitig lebten in der Bundesrepublik viele sogenannte De-facto-Flüchtlinge, denen kein Asyl nach Artikel 16 GG gewährt worden war, die jedoch nach den Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonvention nicht abgeschoben wurden.

[40] Roger Karapin kann den häufig hergestellten Zusammenhang zwischen Armut, Arbeitslosigkeit, materiellen Verteilungskämpfen und der rassistischen Gewalt widerlegen, vgl. ders., Protest Politics (wie Anm. 22), S. 28–30, 196–198. Eine Kritik an sozioökonomischen Erklärungsmustern formuliert auch Maria Alexopoulou, da so rassistisches Verhalten durch seine Projektion auf eine gesellschaftliche Gruppe aus der Gesamtgesellschaft exkludiert und somit verleugnet werde, vgl. dies., Blinde Flecken (wie Anm. 16); dies., Rassismus als Kontinuitätslinie (wie Anm. 15).

sellschaftlichen Rassismus, der in 1980er Jahren immer aggressivere und häufig auch gewalttätige Züge annehmen konnte.[41]

3.2 Die „Asyldebatte“

Ab 1985 setzten sich Bundestagsabgeordnete der Unionsparteien für die Änderung des Grundrechts auf Asyl ein. In den Wahlkämpfen anlässlich der bayerischen Landtagswahl 1986 und der Bundestagswahl 1987 machten die beiden konservativen Parteien Asylpolitik zum zentralen Thema, wobei absurde Zahlen angeblicher Asylsuchender genannt und Szenarien entworfen wurden, die jeglicher Seriosität entbehrten. Die erbitterte Kampagne gegen vermeintliche „Asylbetrüger“ brachte selbst einige CDU-Politiker_innen dazu, vor den potentiell dramatischen Folgen der Kampagne zu warnen. Hatte der politische Diskurs gegen Migrant_innen zu Beginn der 1980er Jahre dazu beigetragen, dass sich rassistische Bilder in der Gesellschaft verfestigten und artikulierbarer wurden, nahmen im Zuge des Wahlkampfes rechte Gewalttaten zu.

Obwohl erste brennende Unterkünfte von Asylsuchenden den Warnungen bezüglich der Folgen der „Asylbetrüger“-Kampagne recht gaben, nahm die Union die zunehmende Radikalisierung der rechten Szene sowie von Teilen der Bevölkerung und eine weitere Emotionalisierung der Debatte mit Blick auf mögliche Wahlerfolge in Kauf. Mit der Absicht, keine Wähler_innen an rechtsradikale Parteien wie die Republikaner zu verlieren, die Ende der 1980er beachtliche Wahlerfolge feierten, propagierte die Union immer weitere Verschärfungen in der Asylpolitik und stellte schließlich die Forderung nach einer Änderung des Grundrechts in den Mittelpunkt ihrer Kampagne.[42]

[41] Vgl. Herbert, Ausländerpolitik (wie Anm. 14), S. 259–261; Frei u. a., Zur rechten Zeit (wie Anm. 20), S. 92–96, 99–106; Bojadžijev, Die windige Internationale (wie Anm. 9), S. 247f.; Alexopoulou, Vom Nationalen zum Lokalen (wie Anm. 15), S. 471f.

[42] Vgl. Herbert, Ausländerpolitik (wie Anm. 14), S. 262f., 268, 271–273, 280f.; Alexopoulou, Vom Nationalen zum Lokalen (wie Anm. 15), S. 471f.; Karapin, Protest Politics (wie Anm. 22), S. 43. Für die Normalisierung von Rassismus durch bürgerliche Parteien, die sich gegen rechtsradikale Parteien behaupten wollen, weist Maria Alexopoulou auf die frühe Studie von Martin Barker, New Racism: Conservatives and the Ideology of the Tribe, London 1981, hin, vgl. Alexopoulou, Blinde Flecken (wie Anm. 16).

Im Zuge des Wahlkampfes für die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl 1990 intensivierte die Union ihre Kampagne für eine Änderung von Artikel 16 erneut und stellte Asylsuchende grundsätzlich als Betrüger_innen dar, die es auf die Leistungen des deutschen Sozialstaates abgesehen hätten. Zusätzlich befeuert wurde diese Kampagne durch die Medien, insbesondere durch die auflagenstarken Blätter des Axel-Springer-Verlags, aber auch durch liberale Medien wie den *Spiegel*. Das Ziel der Union, mit der Kampagne Druck auf die SPD auszuüben, ging auf: Im Wahlkampf sprach sich Oskar Lafontaine, Kanzlerkandidat der SPD, für eine Änderung von Artikel 16 GG aus, um den angeblichen Missbrauch des Asylrechts einzudämmen. Die SPD blieb über diese Frage jedoch zunächst gespalten.[43]

In diesem Kontext formierte sich eine rassistische Bewegung, in der radikale Rechte und ‚normale' Bürger_innen kooperierten.[44] Weder die ersten Übergriffe auf Asylsuchende im vereinigten Deutschland noch die steigende Zahl von Todesopfern durch rechte Gewalt hatten die politischen Eliten, allen voran die Unionsparteien, dazu bewogen, die Kampagne einzustellen oder auch nur abzumildern. Vielmehr vermittelte ihre Fortsetzung, dass Angriffe auf Asylsuchende und Migrant_innen legitim, zumindest aber geduldet waren. Der einsetzende Enthemmungsprozess entwickelte rasch eine Eigendynamik. Zwischen 1991

[43] Vgl. Karapin, Anti-Minority Riots (wie Anm. 22), S. 331f.; Lynen von Berg, Politische Mitte (wie Anm. 23), S. 250, Fn. 231. Patrice G. Poutrus merkt an, dass die Bereitschaft der SPD, das Asylrecht neu zu verhandeln, jedoch nicht allein auf den Druck der Union und der rassistischen Bewegung zurückzuführen ist. Grund dafür war auch, dass große Teile der SPD die Vorstellung einer „ethnisch homogenen" Gesellschaft teilten und die Einwanderungsrealität deshalb als Belastung empfanden, vgl. ders., Umkämpftes Asyl (wie Anm. 21), S. 174.

[44] Vgl. zu den Allianzen zwischen Anwohner_innen und Neonazis und ihrer Vernachlässigung in der Forschung, Karapin, Protest Politics (wie Anm. 22), S. 26f., 205f. Maria Alexopoulou weist darauf hin, dass es auch vorher schon rassistische Handlungen gegenüber Migrant_innen gegeben hatte, auch in Form von Bürgerprotesten, vgl. dies., Rassismus als Kontinuitätslinie (wie Anm. 15), sowie Çağrı Kahveci / Özge Pınar Sarp, Von Solingen zum NSU. Rassistische Gewalt im kollektiven Gedächtnis von Migrant*innen türkischer Herkunft, in: Juliane Karakayalı u. a. (Hg.), Den NSU-Komplex analysieren. Aktuelle Perspektiven aus der Wissenschaft, Bielefeld 2017, S. 37–56, hier S. 44–48.

und 1993 verübten Deutsche die verheerendsten Pogrome seit dem Ende des Nationalsozialismus.[45]

Maren Möhring stellt fest, dass die „Asyldebatte" konstitutiv für die Selbstverständigung der Deutschen in West und Ost über ihre (gemeinsame) Identität war. Die Spaltung der Gesellschaft entlang rassistischer Kriterien habe somit zur gesamtdeutschen Integration beigetragen.[46] Rassismus war jedoch bereits vor der Vereinigung konstitutiv für die Bundesrepublik. Dass Rassismus als gesamtdeutscher Kitt und Nationalismus als Identifikationsangebot funktionierten, hat sicherlich zur Eskalation beigetragen, kann die massive rassistische Gewalt jedoch nicht ausreichend erklären. Einen weiteren möglichen Erklärungsansatz für die Heftigkeit der Auseinandersetzungen bietet die Reflexion über den Wandel der Migrationsregime. Wie oben erläutert, dominierte in den 1950er und 1960er Jahren Arbeitsmigration, während Asylmigration weitgehend abgewehrt worden war. Ab Mitte der 1970er und noch stärker ab Mitte der 1980er Jahre hatten immer mehr Menschen Asyl in Westdeutschland beantragt. Dies fiel zeitlich mit dem Bestreben der Bundesregierungen zusammen, die Bevölkerung nach rassistischen Kriterien zu homogenisieren, was sich auch auf die ehemaligen „Gastarbeiter_innen" richtete, über deren Anwesenheit es bis 1973 aufgrund ihres wirtschaftlichen Nutzens einen weitgehenden Kompromiss gegeben hatte. Die gesellschaftliche Verständigung über Asylsuchende beinhaltete eine solche Bezugnahme auf eine ökonomische Rationalität, wie sie das Gastarbeiterregime auszeichnete, nicht. Vielmehr wurde ein Diskurs über sie geführt, in dem sie vor allem als wirtschaftliche Belastung galten und aufgrund ihrer „Fremdheit" eine Gefahr für die imaginierte Ho-

[45] Rassistische und rechte Gewalt ist allerdings nicht auf diese Jahre begrenzt. Die vietnamesischen Geflüchteten Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân wurden 1980 durch einen rassistischen Brandanschlag in Hamburg ermordet. 1988 starben ebenfalls bei einem rassistischen Brandanschlag drei Angehörige der Familie Kellecioğlu sowie ein Nachbar im bayerischen Schwandorf. In Lübeck kostete 1996 ein rassistischer Brandanschlag zehn Menschen das Leben, vgl. Kahveci / Sarp, Von Solingen zum NSU (wie Anm. 44), S. 44f.; Herbert, Ausländerpolitik (wie Anm. 14), S. 330.

[46] Vgl. Möhring, Mobilität und Migration (wie Anm. 25), S. 401f. Rassismus sei in diesem Zusammenhang ein Kompensationsangebot für die eigene Fremdheitserfahrung von Ostdeutschen in der neuen Bundesrepublik gewesen, vgl. ebd., S. 405f.

mogenität des „Volkskörpers“ darstellten. Zudem konnte dieser Diskurs an eine weit zurückreichende Tradition der Abwehr insbesondere von Asylmigration anschließen. Diese Faktoren könnten zusammengewirkt haben und angesichts der politischen Anti-Asyl-Kampagne kulminiert sein. Dass sich die rassistischen Anschläge auch gegen ehemalige „Gastarbeiter_innen“ richteten, erscheint vor diesem Hintergrund nicht mehr so widersprüchlich.

Ab dem 17. September 1991 gab es ein eine ganze Woche anhaltendes Pogrom in Hoyerswerda, bei dem Neonazis und Einwohner_innen der Stadt zunächst vietnamesische Arbeiter_innen auf dem Marktplatz, dann eine Unterkunft ehemaliger Vertragsarbeiter_innen aus Mosambik und Tage später eine Unterkunft Asylsuchender angriffen. Während Brandsätze auf die Unterkunft flogen, applaudierten die Nachbar_innen. Rund zwei Wochen nach dem Beginn der Angriffe in Hoyerswerda, am 3. Oktober 1991, warfen Neonazis Brandsätze auf eine Unterkunft für Asylsuchende im nordrhein-westfälischen Hünxe. Zwei Kinder erlitten lebensgefährliche Verbrennungen.[47]

Kurze Zeit später gab es aus der SPD die Verlautbarung, über eine Änderung von Artikel 16 „reden“ zu wollen. Im Juni 1992 stellte die FDP ihre Zustimmung zu einer Grundgesetzänderung in Aussicht. Ein Kompromiss zwischen Regierung und Opposition zeichnete sich ab, der im Gegenzug zur Änderung des Artikel 16 die Verabschiedung eines Einwanderungsgesetzes vorsah. Am 23. August beschloss die SPD-Führung auf dem Bonner Petersberg ihre Zustimmung zur Einschränkung des Grundrechts auf Asyl.[48]

Es war der zweite Tag des fünftägigen Pogroms gegen Asylsuchende und ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter_innen im Rostocker

[47] Vgl. Poutrus, Umkämpftes Asyl (wie Anm. 21), S. 171f.; Herbert, Ausländerpolitik (wie Anm. 14), S. 302f., 308; Andreas Speit, Der Terror von rechts – 1991–1996, in: Andrea Röpke / Andreas Speit (Hg.), Blut und Ehre. Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland, Bonn 2013, S. 94–121, hier S. 100f.; Paula Tell / Sarah Kaminski, „Hoyerswerda als Vorbild“. Erinnerungen an den Brandanschlag von Hünxe im Oktober 1991, Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum e. V., 5.10.2015: [https://www.apabiz.de/2015/hoyerswerda-als-vorbild/].

[48] Vgl. Herbert, Ausländerpolitik (wie Anm. 14), S. 311, 315f.

Stadtteil Lichtenhagen. Bei Bratwurst und Bier applaudierten dort mehrere tausend Menschen, als Anwohner_innen und Neonazis gemeinsam die „Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber“ und ein Wohnheim ehemaliger Vertragsarbeiter_innen angriffen und in Brand setzten.[49] Bundesinnenminister Rudolf Seiters und der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Berndt Seite, setzten das Pogrom in einen direkten Zusammenhang mit der noch nicht beschlossenen Änderung des Grundgesetzes und äußerten Verständnis für die Gewalttaten, in denen sie einen Ausdruck eines legitimen Unwillens der Bevölkerung gegenüber dem angeblichen Missbrauch des Asylrechts sahen. „An dieser Stelle offenbarte sich eine Art informelles Bündnis zwischen den Asylkritiker[_innen] aus der Union und den rechtsradikalen Gewalttäter[_innen] auf der Straße.“[50] Der SPD-Bundesvorstand folgte der Entscheidung, welche die Parteiführung auf dem Petersberg gefällt hatte, einige Wochen später. Unter den Parteimitgliedern waren die Mehrheitsverhältnisse jedoch weniger eindeutig, und es entspann sich eine heftige Debatte, die geeignet schien, den „Asylkompromiss“ infrage zu stellen. Darauf drohte Bundeskanzler Kohl damit, den Staatsnotstand auszurufen und Asylsuchende an der Grenze ohne jegliche rechtliche Handhabe zurückweisen zu lassen. Ein Sonderparteitag der SPD machte im November 1992 den Weg für die Grundgesetzänderung schließlich frei. Wenige Tage später, in der Nacht vom 23. auf den 24. November, verübten zwei Neonazis einen rassistischen Brandanschlag mit mehreren Molotowcocktails auf zwei Wohnhäuser in Mölln. In einem der Häuser konnten sich alle Bewohner_innen, zum Teil schwer verletzt, retten, in dem Haus in der Mühlenstraße starben Bahide Arslan, Yeliz Arslan und Ayşe Yilmaz.[51]

Am 6. Dezember einigten sich die Regierungsparteien mit der SPD auf den „Asylkompromiss“. Die Bezeichnung als Kompromiss ist auch deshalb eine Farce, weil, anders als zunächst vorgesehen, Einwanderung

[49] Speit, Terror von rechts (wie Anm. 47), S. 96–99.

[50] Poutrus, Umkämpftes Asyl (wie Anm. 21), S. 171.

[51] Vgl. Herbert, Ausländerpolitik (wie Anm. 14), S. 316f.; Speit, Terror von rechts (wie Anm. 47), S. 104f.

nicht erleichtert wurde. Weder wurde das Staatsbürgerrecht reformiert, noch verabschiedete der Bundestag ein Einwanderungsgesetz. Die SPD gab das historisch begründete und liberale Grundrecht auf Asylrecht auf, ohne konkrete Verbesserungen in Bezug auf die Einwanderung zu bewirken.[52] Die massive Kritik, die zivilgesellschaftliche Akteur_innen und Fach- und Interessenverbände am Gesetzesentwurf für die Grundgesetzänderung äußerten, floss kaum in ihn ein. Am 26. Mai 1993 stimmte der Bundestag mit 521 zu 132 Stimmen für die Änderung von Artikel 16. Wenige Tage später verübten Neonazis einen Brandanschlag auf das Wohnhaus der Familie Genç in Solingen. Hatice Genç, Hülya Genç, Saime Genç, Gürsün İnce und Gülüstan Öztürk verloren dabei ihr Leben.[53] Die zeitliche Nähe der rassistischen Anschläge und Pogrome in Hoyerswerda, Hünxe, Rostock, Mölln und Solingen zu den politischen Entscheidungen in Bezug auf das Grundrecht auf Asyl legt ihre enge Verquickung mit der rassistischen Bewegung nahe. Im nächsten Kapitel wird untersucht, ob dieser Eindruck durch die Analyse der Bundestagsdebatten bestätigt werden kann.

4. Analyse der Bundestagsdebatten 1985–1993

4.1 Methode

Untersucht werden im Folgenden die Beiträge von CDU und CSU als Initiatorinnen der Gesetzesänderung und der SPD in ihrer Rolle als Beschafferin der notwendigen Zweidrittelmehrheit.[54] Dabei habe ich mich auf die Debatten beschränkt, in denen es explizit um das Grundrecht auf Asyl ging, sowie auf die Bundestagsdebatten, in denen die rassistischen Anschläge und Pogrome in Hoyerswerda ab dem 17. September 1991, in Hünxe am 2./3. Oktober 1991, in Rostock ab dem 22. August

[52] Vgl. Münch, Asylpolitik in Deutschland (wie Anm. 6), S. 80f.

[53] Vgl. Herbert, Ausländerpolitik (wie Anm. 14), S. 318f.; Speit, Terror von rechts (wie Anm. 47), S. 107.

[54] Die Beiträge der FDP nicht in die Analyse einzubeziehen, obwohl sie Koalitionspartnerin von CDU und CSU war, war in erster Linie eine arbeitsökonomische Entscheidung.

1992 und in Mölln am 23./24. November 1992 thematisiert wurden.[55] Es handelt sich um jene Anschläge, denen eine hohe mediale Aufmerksamkeit zuteil wurde und die deshalb im Bundestag eine große Rolle spielten. Die Begrenzung auf diese Anschläge soll jedoch nicht den Anschein erwecken, dass es sich bei ihnen um Einzelfälle handelte, wie die nahezu kanonisierte Aneinanderreihung der vier Ortsnamen Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen glauben macht. Dass „Deutsche Jagd auf Ausländer" machten, „sowohl vorher als auch nachher, in der Provinz und in den Städten, im Osten mehr als im Westen, mal nur mit Worten, oft auch mit Taten",[56] war Anfang der 1990er Jahre bundesdeutsche Normalität.[57]

Die ausgewählten Debatten[58] habe ich einer Topoianalyse unterzogen, welche es erlaubt, einen großen Quellenkorpus auf wiederkehrende Aussagen und Argumentationen sowie deren zeitliche und gruppenspe-

[55] Die Reaktion auf den Anschlag in Solingen wurde nicht mitberücksichtigt, da dieser nach der beschlossenen Grundgesetzänderung verübt wurde.

[56] Frei u. a., Zur rechten Zeit (wie Anm. 20), S. 163.

[57] Vgl. ebd., S. 163f.

[58] Die Plenarprotokolle der Bundestagsdebatten ab 1949 sind vollständig überliefert und online verfügbar, vgl. Drucksachen und Plenarprotokolle des Bundestages ab 1949: [http://pdok.bundestag.de/]. Nach einer systematischen Auswertung des Onlinearchivs habe ich mich auf die Debatten beschränkt, die eine direkte Reaktion auf die rassistischen Anschläge und Pogrome darstellten oder in denen Tagesordnungspunkte zum Thema Asyl angesetzt waren und die in zeitlicher Nähe zu den Anschlägen stattfanden (Debatten vom 25.9.1991, 10.10.1991, 18.10.1991, 8.–10.9.1992, 25.11.1992). Ergänzt habe ich sie um diejenigen, in denen explizit eine Diskussion von Artikel 16 vorgesehen war (Debatten vom 30.4.1992, 21.1.1993, 26.5.1993). Zusätzlich habe ich die Debatte vom 4. Oktober 1985 einbezogen, in der das erste und einzige Mal vor 1991 eine längere Diskussion um das Grundrecht auf Asyl stattfand.

Bis 1991 erhob die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag gelegentlich die Forderung nach einer Änderung des Grundgesetzes, allerdings entspann sich daran keine längere Diskussion. Dies änderte sich erst nach dem Pogrom in Hoyerswerda. Aufgrund der Tagesordnung und der (häufigen) Nennung von Artikel 16 hätten sich insbesondere vier weitere Debatten zur Analyse angeboten: 20.2.1992, 5.6.1992, 4.11.1992, 4.3.1993. Da eine Eingrenzung des ohnehin sehr umfangreichen Quellenkorpus jedoch dringend geboten war, habe ich auf die Analyse dieser Debatten verzichtet.

Quellenkritisch sei auf die Politikwissenschaft verwiesen: Die Bundestagsdebatten würden zwar suggerieren, dass sie der Meinungsbildung und Konsensfindung der Abgeordneten dienen, seien allerdings für die Öffentlichkeit bestimmte und inszenierte Streitgespräche, in denen bereits abgeschlossene Entscheidungsprozesse präsentiert und verstehbar gemacht werden sollen, vgl. Lynen von Berg, Politische Mitte (wie Anm. 23), S. 45–50, 53.

zifische Verteilung zu untersuchen.[59] Der Vorteil einer solchen Analyse besteht zudem darin, dass auf diese Weise ein Überblick gewonnen wird, ohne die sprachliche Textur der einzelnen Beiträge untersuchen zu müssen. So können die Debatten trotz personeller Veränderungen der Fraktionen analysiert werden. Es geht hierbei nicht um einzelne Argumente, die sich auf spezifische Kontexte oder Tatsachen beziehen, sondern um die Argumentations*muster*. Die Analyse von Topoi beinhaltet also eine Abstraktion, welche die Analyse vereinfacht oder überhaupt erst Vergleichbarkeit herstellt. Da sie sich auf die relevantesten Phänomene konzentriert, vermag sie große Quellenkorpora zu strukturieren.[60]

Wengeler hat zur Analyse des Migrationsdiskurses eine Typologie kontextspezifischer Topoi erarbeitet, welche ich für meine Analyse modifiziert habe.[61] Dies ergab folgende Liste: Belastung (zusammen mit: Finanzen, Zahlen) / Missbrauch / Erhalt des Grundrechts* / (drohende) „Fremdenfeindlichkeit" (zusammen mit: „Extremisten") / Europa / Mehrheit / innere Stabilität / ausgeschöpfte Mittel*.[62]

Die mit (*) gekennzeichneten Topoi habe ich selbst hinzugefügt: Erhalt des Grundrechts [„Da das Grundrecht durch Überlastung bzw. zu hohe Inanspruchnahme gefährdet ist, muss es geändert werden, um sei-

[59] Der Begriff Topos wird uneinheitlich verwendet. Nach Manfred Kienpointner und Martin Wengeler werden Topoi hier als argumentative Schlussregeln bestimmt, die den legitimen Übergang von der unstrittigen Aussage zur strittigen Schlussfolgerung gewährleisten. Kennzeichnend für diese Art von Schluss ist, dass er auf Plausibilität abzielt, nicht auf „logische Wahrheit", und dass er verkürzt ist, also mehrere Teilschritte überspringt, welche von den Zuhörer_innen ergänzt werden müssen. Gerade für die öffentlich-politische Argumentation sind die Ausrichtung auf die Herstellung von Plausibilität und fehlende Explizitheit charakteristisch, weshalb eine Topoianalyse sich hier besonders anbietet, vgl. Wengeler, Topos und Diskurs (wie Anm. 8), S. 178–181, 183–187; Manfred Kienpointner, Topoi, in: Kersten S. Roth / Martin Wengeler / Alexander Ziem (Hg.), Handbuch Sprache in Politik und Gesellschaft, Berlin, Boston / MA 2017, S. 187–211, hier S. 187.

[60] Vgl. Wengeler, Topos und Diskurs (wie Anm. 8), S. 175–181, ders., Topos und Diskurs. Möglichkeiten und Grenzen der topologischen Analyse gesellschaftlicher Debatten, in: Ingo H. Warnke (Hg.), Diskurslinguistik nach Foucault. Theorie und Gegenstände, Berlin 2007, S. 165–186, hier S. 169, 172.

[61] Aus der Typologie habe ich diejenigen ausgewählt, die nach der Lektüre der Quellen maßgeblich erschienen, und sie z. T. mit anderen zusammengeführt, da dies für die Analyse praktikabel erschien und es sich bei Wengeler um verwandte Topoi handelt.

[62] Die gesamte Typologie findet sich bei Wengeler, Topos und Diskurs (wie Anm. 8), S. 300–331.

ne Funktion wieder herzustellen"], ausgeschöpfte Mittel [„Da alle Mittel zur Begrenzung der Zahl an Zuwander_innen ausgeschöpft sind, muss nun das Grundrecht auf Asyl geändert werden"]. Zwei weitere Topoi möchte ich exemplarisch definieren: Der „Fremdenfeindlichkeit"-Topos[63] besagt: „Weil bestimmte Handlungen / Entscheidungen / Entwicklungen die Ablehnung der ‚Fremden' in der ‚einheimischen' Bevölkerung fördern, sollten sie nicht ausgeführt / nicht getroffen / sollte ihnen entgegengewirkt werden."[64] Den „Mehrheit"-Topos definiert Wengeler wie folgt: „Weil die – z. B. demoskopisch ermittelte – Mehrheit oder der common sense eine bestimmte Handlung oder Entscheidung will bzw. befürwortet, sollte diese ausgeführt / gefällt werden."[65]

[63] Der Begriff „Fremdenfeindlichkeit" wird in meinem Beitrag grundsätzlich vermieden, da er Rassismus verschleiert, anstatt ihn zu benennen. Mit dem Begriff wird Rassismus als „natürliche" Abwehr „Fremden" gegenüber interpretiert, der man durch „Gewöhnung" beikommen könne. Dies verkennt die strukturelle Funktion von Rassismus als Machtkomplex, vgl. Alexopoulou, Vom Nationalen zum Lokalen (wie Anm. 15), S. 473f., Fn. 64. In der Topoianalyse wird er als Quellenbegriff dennoch genutzt, da die Abgeordneten von „Ausländer"- und „Fremdenfeindlichkeit" sprachen, in den seltensten Fällen von Rassismus.

[64] Wengeler, Topos und Diskurs (wie Anm. 8), S. 305. Diesen habe ich mit dem Extremisten-Topos zusammengeführt, vgl. ebd., S. 327.

[65] Ebd., S. 323. Die Nennung dieser Topoi wurde nur registriert, wenn sie in einem Zusammenhang mit der Forderung nach einer Grundgesetzänderung standen. Dabei war nicht maßgeblich, wie häufig ein Topos in einem Redebeitrag verwendet wurde, sondern lediglich, ob er vorkam. Für den Zweck, die zeitliche Verteilung unterschiedlicher Topoi sichtbar zu machen, reicht diese Vorgehensweise aus. Es geht hierbei nicht um statistische Validität, sondern darum, Tendenzen aufzuzeigen und Eindrücke belegbar zu machen, vgl. Wengeler, Topos und Diskurs (wie Anm. 8), S. 297–299. Wengeler weist darauf hin, dass Textstellen manchmal nicht eindeutig zugeordnet werden können, vgl. ebd., S. 299. Um ein künstliches Aufblähen der Ergebnisse zu vermeiden, habe ich im Zweifelsfall die Topoi nicht registriert.

Abb. 1: Häufung der Topoi in Prozent

Topos	CDU/CSU	SPD
Belastung	19,1	29,1
Missbrauch	18,2	9,1
Erhalt des Grundrechts	7,6	9,1
„Fremdenfeindlichkeit“	16,4	12,7
Europa	9,8	14,5
Mehrheit	11,1	5,5
innere Stabilität	10,2	12,7
ausgeschöpfte Mittel	7,6	7,3

Abb. 2: Zeitliche Verteilung ausgewählter Topoi

Topos Bundestagsdebatte	„Fremdenfeindlichkeit“ Union / SPD	Innere Stabilität Union / SPD	Mehrheit Union / SPD
4.10.1985	1 / 0	1 / 0	0 / 0
25.9.1991 (Hoyerswerda)	4 / 0	1 / 0	1 / 0
10.10.1991 (Hoyerswerda, Hünxe)	1 / 0	0 / 0	1 / 0
18.10.1991 (Hoyerswerda, Hünxe)	2 / 0	2 / 0	1 / 0
30.4.1992	3 / 0	3 / 0	4 / 0
8.9.1992 (Rostock)	0 / 0	0 / 0	0 / 0
9.9.1992 (Rostock)	7 / 0	2 / 0	4 / 1
10.9.1992 (Rostock)	1 / 0	0 / 0	0 / 0
25.11.1992 (Mölln)	3 / 0	3 / 0	3 / 0
21.1.1993	1 / 1	2 / 1	4 / 0
26.5.1993	14 / 6	9 / 6	7 / 2

4.2 Quantifizierende Auswertung

„Belastung“ ist bei beiden Fraktionen der wichtigste Topos, was allerdings auch daran liegt, dass er relativ unspezifisch und weitreichend ist. Die Topoi der „Fremdenfeindlichkeit“ und der „Inneren Stabilität“ sind zentral. Fügt man sie zusammen, was legitim ist, weil der Topos der „Inneren Stabilität“ sich als argumentativer Topos für eine Grundgesetzänderung in der Regel auf den Rassismus in der Bevölkerung, erstarkende rechtsradikale Parteien und drohende Gewalt – aus der Bevölkerung beziehungsweise durch Neonazis – bezieht, und addiert dementsprechend die Prozentzahlen beider Topoi, kommt man bei der CDU/CSU auf 26,6 Prozent und bei der SPD auf 25,4 Prozent.[66] Das bedeutet, dass die rassistischen Anschläge und Pogrome von beiden Fraktionen gleichermaßen dazu genutzt werden, die Änderung des Grundrechts auf Asyl zu fordern beziehungsweise zu rechtfertigen. Für die Union stellen die beiden Topoi der „Fremdenfeindlichkeit“ und der „Inneren Stabilität“ zusammen die wichtigste Argumentationsgrundlage dar, für die SPD nach „Belastung“ die zweitwichtigste. „Fremdenfeindlichkeit“ wird von der CDU/CSU in allen Debatten, die sich direkt auf die Anschläge und Pogrome beziehen, vermehrt genannt.[67] Auch in der Debatte vom 26. Mai 1993, in der die Grundgesetzänderung verabschiedet wird, tritt dieses Argument gehäuft auf.

Von der SPD werden die Topoi der „Fremdenfeindlichkeit“ und der „Inneren Stabilität“ hingegen vor dem „Asylkompromiss“ vom 6. Dezember 1992 überhaupt nicht angeführt, während fünf von acht Topoi auch vor diesem Datum als Argumente für eine Änderung des Grundgesetzes genutzt werden und diese Nennungen immerhin 25 Prozent der Gesamtnennungen ausmachen. Die Topoi der „Fremdenfeindlichkeit“ und der „Inneren Stabilität“ werden somit von der SPD in keiner

[66] Die Angaben in Prozent beziehen sich jeweils auf den Anteil aller Nennungen der jeweiligen Fraktion. Dies gilt auch für folgende Angaben.

[67] Ausnahme sind die hier die Debatte vom 8.9.1992, in der zum Pogrom in Rostock nur eine kurze Erklärung des Bundestages abgegeben wurde, und die Debatte am 10.9., in der ebenfalls kaum über das Pogrom gesprochen wurde.

der Debatten genannt, die eine direkte Reaktion auf die rassistischen Anschläge darstellen. Außerdem fällt auf, dass sich die Nutzung der Topoi für die Grundgesetzänderung vor dem 6. Dezember 1992 auf zwei Debatten beschränkt. Die erste ist die Debatte vom 30. April 1992, in der ein erster Entwurf der CDU/CSU-Fraktion für eine Änderung des Grundgesetzes diskutiert wird, die zweite ist eine Haushaltsdebatte vom 9. September 1992, in der der Bundestag auf das Pogrom in Rostock reagiert. Bei der CDU/CSU ist die Verteilung der Topoi der „Fremdenfeindlichkeit" und der „Inneren Stabilität" vor und nach dem „Asylkompromiss" ziemlich ausgewogen.[68]

Die beiden genannten Topoi sollten außerdem mit dem „Mehrheit"-Topos zusammengedacht werden, da dieser sich ebenso wie der „Fremdenfeindlichkeit"-Topos auf die Gesamtheit der Bevölkerung bezieht, indem in diesem Zusammenhang häufig ihre nicht mehr hinzunehmende „Belastung" angeführt wird. Von der CDU/CSU wird der „Mehrheit"-Topos in allen Debatten argumentativ verwendet, die sich auf die rassistischen Anschläge beziehen.[69] Besonders wichtig ist der Topos auch in den Debatten zur Grundgesetzänderung vom 21. Januar und dem 26. Mai 1993. Für die SPD ist dieser Topos von keiner großen Bedeutung, er wird insgesamt nur drei Mal genannt. Jedoch fällt auf, dass dieser Topos ausgerechnet in der Debatte vom 9. September 1992 (Rostock) genannt wird.

Abschließend sei bemerkt, dass der „Europa"-Topos für die SPD eines der wichtigsten Argumente für die Grundgesetzänderung ist. Die zeitliche Verteilung der Topoi bei der CDU/CSU zeigt außerdem, dass der „Asylkompromiss", anders als bei der SPD, in der Argumentation offenbar keine Zäsur darstellt. Die Verteilung ist vor und nach dem 6. Dezember 1992 bei fünf von acht Topoi relativ ausgewogen.[70]

---

[68] Der Topos der „Fremdenfeindlichkeit" macht 59,5 Prozent aller Nennungen vor dem 6.12.1992 aus. Beim Topos der Inneren Stabilität sind es 52,2 Prozent. Beide Topoi zusammen ergeben 56,7 Prozent der Nennungen vor dem 6.12.1992.

[69] Auch hier ist die kurze Erklärung des Bundestages vom 8.9.1992 die Ausnahme.

[70] Werte zwischen 52,2 und 62,8 Prozent der Nennungen vor dem 6.12.1992. Die Ausnahmen stellen hier die Topoi „Erhalt des Grundrechts", „Europa" und die „Ausgeschöpften Mittel" dar.

4.3 Interpretation der Ergebnisse

Die Analyse belegt den vermuteten Zusammenhang zwischen den rassistischen Anschlägen und Pogromen und der Debatte um das Grundrecht auf Asyl im Bundestag. Dies mag angesichts der Erzählung im vorigen Abschnitt banal erscheinen, legte das Inbezugsetzen der historischen Ereignisse dieses Ergebnis doch bereits nahe. Varianten des Narrativs, nach dem die Grundgesetzänderung eine Folge der Pogrome sei, waren bereits zeitgenössisch kolportiert worden – von Verfechter_innen der Grundgesetzänderung, von Kritiker_innen, die beklagten, dass die Politik einem „Druck der Straße" nachgegeben habe, und von Gegner_innen, die die Anschläge für eine rassistische Politik instrumentalisiert sahen. Diese Varianten fanden Eingang in die medial vermittelte Erzählung über die frühen 1990er Jahre und in die Forschungsliteratur. Empirisch nachgewiesen wurde der Zusammenhang bisher jedoch nicht. Die Topoianalyse kann also einen ersten Baustein zur Historisierung der rassistischen Gewalt der 1990er Jahre liefern: Die CDU/CSU stellte kontinuierlich einen Zusammenhang zwischen den Anschlägen und Pogromen und der ausbleibenden Grundgesetzänderung her.[71] Die Analyse legt eine bemerkenswerte Konsistenz in der Argumentation offen und lässt keine Zäsuren erkennen. Bereits 1985 nutzte die CDU/CSU den zunehmend artikulierten Rassismus der Bevölkerung, zu dessen Normalisierung sie selbst beigetragen hatte, um die Grundgesetzänderung zu fordern. Nach den rassistischen Anschlägen und Pogromen

Der Topos des „Grundrechterhalts" wird in 74,7 Prozent der Fälle nach dem „Asylkompromiss" genannt. Der Topos der „Ausgeschöpften Mittel" wird in 70,6 Prozent der Fälle vor dem 6. Dezember 1992 genannt. Die abweichende Verteilung des „Europa"-Topos erklärt sich dadurch, dass in der Debatte vom 30. April 1992 die Aussprache zu einem ersten Gesetzesentwurf der CDU/CSU-Fraktion in Bezug auf eine Grundgesetzänderung mit einer Diskussion um die Durchführung des Schengener Abkommens zusammengelegt wurde.

[71] Zu diesem Ergebnis kommt auch Heinz Lynen von Berg mit seiner diskursanalytischen Auswertung der Bundestagsdebatten der 12. Wahlperiode. Er arbeitet heraus, dass das von der CDU/CSU so bezeichnete „ungelöste Asylproblem" bis zum Anschlag in Mölln und dem „Asylkompromiss" von der Union als Hauptursache für die zunehmende rassistische Gewalt und den erstarkenden „Rechtsextremismus" ausgemacht wird, vgl. Lynen von Berg, Politische Mitte (wie Anm. 23), S. 187–192.

konnte die Union den Topos der „Fremdenfeindlichkeit“ noch intensiver nutzen und die rassistische Gewalt für ihre politischen Ziele instrumentalisieren.[72] So äußerte sich etwa Johannes Gerster, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion und Leiter der Fraktionskommission, die Vorschläge zur Einschränkung des Asylrechts erarbeitete, zu dem Pogrom in Hoyerswerda:

> Die körperliche Unversehrtheit und den Schutz vor jeder Art gewalttätiger Bedrohung müssen wir für jeden Menschen in unserem Lande, auch für den Asylbewerber, garantieren. Um so wichtiger ist es, daß wir mit einem Ausländerrecht und einem Asylverfahrensrecht, das die Menschen insgesamt akzeptieren, ein Stück Ausländerfeindlichkeit abbauen und daß wir dazu beitragen, daß diese Ausschreitungen zu Ende gehen.[73]

Wolfgang Bötsch, Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Bundestag und gemeinsam mit Wolfgang Schäuble und Johannes Gerster Initiator des ersten Gesetzesentwurfs zur Grundgesetzänderung, sagte in Reaktion auf das Pogrom in Rostock:

> Wir haben immer gesagt: Wer die Mißbräuche des Asylrechts nicht bekämpft, der fördert, wenn auch unbewußt, die Ausländerfeindlichkeit. Leider haben wir mit dieser Warnung recht gehabt. Deshalb ist es höchste Zeit zu handeln.[74]

Der Einfluss auf die SPD stellt sich anders dar und muss differenzierter betrachtet werden. Dass die Topoi der „Fremdenfeindlichkeit“ und der „Inneren Stabilität“ zu den wichtigsten gehören, obwohl sie erst nach dem „Asylkompromiss“ in Befürwortung einer Grundgesetzänderung angeführt wurden, legt den Zusammenhang zwischen den rassistischen Anschlägen und der Befürwortung der Grundgesetzänderung nahe. Diese Interpretation wird dadurch unterstützt, dass ausgerechnet in der Bundestagsdebatte vom 9. September 1992 in Reaktion auf das Pogrom

[72] Vgl. ebd., S. 192.
[73] Johannes Gerster, Plenarprotokoll 12/43, 25.9.1991, S. 3.566.
[74] Wolfgang Bötsch, Plenarprotokoll 12/103, 9.9.1992, S. 8.723.

in Rostock 45,5 Prozent der Topoi-Nennungen zu registrieren sind, mit denen vor dem 6. Dezember 1992 eine Änderung des Grundgesetzes gefordert wurde. Eine mögliche Interpretation wäre hier auch, dass diese Äußerungen auf die Petersberger Wende zurückführen sind, die zeitgleich mit der rassistischen Mobilisierung stattgefunden hat. Dieser Zusammenhang ist allerdings unwahrscheinlich, weil es zwischen der Debatte vom 9. September und dem „Asylkompromiss" keine weiteren Nennungen der befürwortenden Topoi gibt. Dies scheint plausibel, da die Parteiführung mit Petersberg zwar eine Abkehr vom liberalen Grundrecht auf Asyl vorgegeben hatte, diese jedoch in der Partei höchst umstritten war und die Entscheidung noch durch den Bundesvorstand und die Parteimitglieder bestätigt werden musste.

Es stellt sich die Frage, ob mit diesem Dissens in der Partei auch die ausbleibende Nennung der Topoi der „Fremdenfeindlichkeit" und der „Inneren Stabilität" vor dem 6. Dezember 1992 zu erklären ist. Dagegen spricht, dass andere Topoi auch vor diesem Datum angeführt wurden und sie mit 25 Prozent aller Nennungen keine zu vernachlässigende Menge darstellen. Lynen von Berg hat in seiner Studie zur Verhandlung von „Rechtsextremismus" und rassistischer Gewalt in den Parlamentsdebatten herausgearbeitet, wie sehr die Debatten auf das Prinzip der Parteienkonkurrenz ausgerichtet sind, was zur Folge habe, dass gesellschaftliche Phänomene oder auch Problemlagen in erster Linie im Hinblick auf die Folgen für die jeweilige Partei bewertet und nach machtpolitischem Kalkül bearbeitet werden.[75]

Auf Grundlage dessen ließe sich die ausbleibende Nennung des „Fremdenfeindlichkeit"-Topos und des Topos der „Inneren Stabilität" vor dem „Asylkompromiss" als Resultat des parteipolitischen Konkurrenzkampfes erklären: Hätte die SPD vor der Einigung mit CDU/CSU und FDP den zunehmenden Rassismus und die davon ausgehende Gefahr für die innere Sicherheit der Bundesrepublik als Argument für die von der Partei noch nicht beschlossene Grundgesetzänderung genutzt, hätte sie den Eindruck erweckt, dass die CDU/CSU mit dem kontinu-

[75] Vgl. Lynen von Berg, Politische Mitte (wie Anm. 23), S. 281–284.

ierlich betonten Zusammenhang zwischen der rassistischen Gewalt und der vermeintlich notwendigen Änderung des Grundrechts auf Asyl im Recht gewesen wäre. Eine solche Thematisierung wäre somit einem indirekten Schuldeingeständnis der SPD gleichgekommen. Dass die Partei diesen Zusammenhang nach dem „Asylkompromiss“ dennoch herstellte, mag daran gelegen haben, dass sie auf diese Weise die umstrittene Zustimmung zur Änderung des Grundgesetzes mit dem Kampf gegen Rechtsradikalismus rechtfertigen konnte, welcher im Selbstverständnis der SPD zu ihren politischen Grundwerten gehört.[76] Da die Debatten bereits getroffene Entscheidungen vermitteln, kommt jenen vom 21. Januar und 26. Mai 1993 außerdem eine besondere Rolle zu. Dass die Topoi der „Fremdenfeindlichkeit“ und der „Inneren Stabilität“ hier so häufig genannt werden, ist ein weiterer Beleg für die Herstellung des Zusammenhangs.

4.4 Die Rolle der SPD

Das Ergebnis ist im Hinblick auf die CDU/CSU wenig überraschend. Allerdings differenziert die Analyse den Blick auf die Rolle der SPD und widerlegt ein Narrativ, das sowohl zeitgenössisch von der Partei gepflegt als auch später in der medialen und wissenschaftlichen Verhandlung der Pogrome fortgeschrieben wurde. Die SPD stellte sich, insbesondere zu Beginn der Debatte um die Grundgesetzänderung, aber auch in ihrem weiteren Verlauf als Bewahrerin des Grundrechts auf Asyl dar, welches sie mit der historischen Verantwortung aus der nationalsozialistischen Verfolgung und Vernichtung begründete. So formulierte der Abgeordnete Gerd Wartenberg 1986:

> Es ist eine bewußte Täuschung der Öffentlichkeit, wenn behauptet wird, daß der Art. 16 Ursache des Ansteigens der Flüchtlingszahlen ist. Wir Sozialdemokraten stellen noch einmal mit Nachdruck fest, daß Art. 16 von unseren Verfassungsvätern aus gutem Grund, eben auf Grund der Erfahrungen mit der Nazi-Zeit, in unsere Verfassung übernommen wurde. Art. 16 war und ist ein Zeichen der Wiederbegründung der politischen

[76] Vgl. ebd., S. 274–276.

> Kultur in Deutschland und darf nicht angetastet werden. Wir fordern die CDU/CSU und die Bundesregierung nochmals auf, die Diskussion um Art. 16 endlich zu beenden.[77]

Der Fraktionsvorsitzende und stellvertretende Parteivorsitzende der SPD, Hans-Jochen Vogel, äußerte wiederholt: „Mit unseren Stimmen […] wird der Art. 16 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland nicht geändert werden."[78] Lynen von Berg weist darauf hin, dass dieser historische Bezug zwar in den Debatten sehr häufig angeführt wurde, aber bei der Entscheidung zur Grundgesetzänderung nicht ausschlaggebend gewesen zu sein schien. Denn die Verpflichtung, das Grundrecht auf Asyl als Resultat aus dem Nationalsozialismus konsequent zu verteidigen, hätte doch einige der 101 Mitglieder, die gegen die Grundgesetzänderung stimmten, zum Parteiaustritt bewegen müssen. Diesen Weg nahmen jedoch nur wenige einfache Parteimitglieder und keine Mandatsträger_innen.[79]

Häufig wird die Haltung der SPD zur Grundgesetzänderung als Resultat einer linearen Entwicklung dargestellt: Zunächst habe sie sich der Änderung des Grundrechts verwehrt, um dann sehr spät, unter Druck der CDU/CSU und der rassistischen Anschläge und Pogrome, doch zuzustimmen.[80] Die Entwicklung von der mehrheitlichen Ablehnung hin zur Zustimmung war jedoch von Brüchen und Widersprüchen gekennzeichnet.

Der erste, der eine Änderung von Artikel 16 öffentlich zur Debatte stellte, war der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt, der 1980 gegenüber dem Wochenmagazin *Der Spiegel* verlauten ließ: „An Artikel 16, so Schmidt, ‚müssen wir ran'".[81] Zu diesem Zeitpunkt forderten

[77] Gerd Wartenberg, Plenarprotokoll 10/246, 13.11.1986, S. 19.000.

[78] Hans-Jochen Vogel, Plenarprotokoll 10/230, 12.9.1986, S. 17.891f. sowie ähnlich Plenarprotokoll 11/108, 22.11.1988, S. 7.424.

[79] Vgl. Lynen von Berg, Politische Mitte (wie Anm. 23), S. 276f.

[80] Vgl. u. a. Herbert, Asylpolitik (wie Anm. 14), S. 91f., 100f.

[81] „Finished, aus, you go, hau ab". Ausländerwelle: Der Mißbrauch durch Wirtschaftsflüchtlinge gefährdet den Bestand des Asylrechts, in: Der Spiegel, 25/1980, S. 32–42, hier S. 42.

nicht einmal die oppositionellen Unionsparteien im Bundestag eine Änderung des Grundrechts auf Asyl. 1990 sprach sich Oskar Lafontaine als Kanzlerkandidat der SPD für eine Änderung von Artikel 16 aus und stimmte mit seinen Äußerungen in den rassistischen Kanon ein, mit dem Asylsuchende unter den Generalverdacht des Rechtsmissbrauchs gestellt wurden.[82] Auch die Verhandlungsbereitschaft bezüglich einer Grundrechtsänderung, welche die Partei ab Herbst 1991 signalisierte, zeigt, dass der Begriff Petersberger *Wende* unpassend ist.[83] Die Topoianalyse verdeutlicht, dass bereits ab April 1992 SPD-Bundestagsabgeordnete vereinzelt die Grundgesetzänderung forderten. Nach dem Pogrom in Rostock wurde diese Forderung lauter und stellte ab diesem Zeitpunkt keine Außenseiterposition mehr dar. Die SPD kokettierte also schon lange mit der faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl – eine konsequente Weigerung hatte es diesbezüglich nie gegeben. Aussagen von SPD-Mitgliedern – wohlgemerkt Abgeordnete in Spitzenfunktionen – verdeutlichen die Widersprüchlichkeit ihrer Haltungen. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Herta Däubler-Gmelin mahnte kurz nach dem Pogrom in Hoyerswerda und dem Anschlag in Hünxe:

> Vor allen Dingen appellieren wir an Sie: Beenden Sie diesen schrecklichen Streit, die Auseinandersetzung um Art. 16 unseres Grundgesetzes. Die Abschaffung des Grundrechts auf Schutz für politisch Verfolgte ist mit uns nicht zu machen. […] Wer diesen Streit um Art. 16 des Grundgesetzes weiterführt, der löst Probleme nicht, der gibt den Gemeinden Steine statt Brot und fördert die Ausländerfeindlichkeit.[84]

Der Fraktionsvorsitzende Hans-Ulrich Klose entrüstete sich in Reaktion auf das Pogrom in Rostock über die prompten Forderungen nach einer Änderung des Artikel 16:

> Wer jetzt sagt [,…] es müsse nun ganz schnell das Asylrecht geändert werden, und daß, wenn es früher geändert worden wäre, dieses alles nicht

[82] Vgl. Poutrus, Umkämpftes Asyl (wie Anm. 21), S. 174f.
[83] Vgl. Johannes Gerster, Plenarprotokoll 12/51, 18.10.1991, S. 4.265.
[84] Herta Däubler-Gmelin, Plenarprotokoll 12/51, 18.10.1991, S. 4.219.

> geschehen wäre, der sagt nicht nur die Unwahrheit, er gibt den Gewalttätern von Rostock und anderswo auch noch recht. […] Daß wir bereit sind, auch über diesen Teilaspekt zu reden und eine Ergänzung des Art. 16 nicht ausschließen, haben wir wiederholt gesagt. Wir sind bereit, mit Ihnen darüber zu reden.[85]

In derselben Debatte hofierte Björn Engholm, zu diesem Zeitpunkt Parteivorsitzender der SPD und Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, den zunehmend offen artikulierten Rassismus in der Bevölkerung:

> Wenn Hunderttausende von Menschen in ein Asylverfahren gelangen, das nicht für sie gemacht worden ist, dann, so sage ich Ihnen, wird am Ende das Asylverfahren rein quantitativ ausgehebelt werden, nämlich durch die Überschwemmung eines Rechtes, das für die Verfolgten dieser Welt gedacht worden ist, durch Gruppen, die andere Zuwanderungswege zu diesem Kontinent gebrauchen. Da ist die Frage: Wie trennen wir es voneinander, ohne daß damit die Substanz eingeschränkt wird? Wenn man, um dies hinzubekommen, eine Ergänzung der Verfassung machen muß – bei uns ist der Konflikt ja größer als bei Ihnen –, dann will ich deutlich sagen: Ich bin dazu bereit, sie zu machen. Das Problem ist nämlich – da bin ich nicht Populist; bitte mißverstehen Sie das nicht –: Wenn das Volk anfängt, uns die Legitimation schleichend zu entziehen, und wenn das auch mit diesem Punkt zusammenhängt, dann hängt eines Tages der Art. 16 in der Luft.[86]

Etwa neun Monate, nachdem Hans-Ulrich Klose in Reaktion auf Rostock eine Grundgesetzänderung als Zugeständnis an die Gewalttäter bezeichnet hatte, äußerte er sich in der Sitzung, in der das Grundrecht auf Asyl faktisch abgeschafft wurde, wie folgt:

> Etwa 70 % der Bevölkerung – eher mehr – wollen, daß wir unser Asylrecht ändern. Diese 70 % zumindest als tendenziell ausländerfeindlich einzustufen halte ich für absolut falsch. Ich bestreite den Wahrheitsgehalt solcher Behauptungen. Wir Deutschen leben schon seit vielen Jahren mit vielen Menschen aus anderen Ländern und Kontinenten zusammen – zu-

[85] Hans-Ulrich Klose, Plenarprotokoll 12/103, 9.9.1992, S. 8.718, 8.719.
[86] Björn Engholm, Plenarprotokoll 12/103, 9.9.1992, S. 8.754.

> meist friedlich und freundlich. […] Dennoch gibt es bei vielen Menschen eine zunehmende Angst vor Überforderung und Wohlstandsverlusten durch die massenhafte mißbräuchliche Inanspruchnahme des Asylrechts. […] Es ist gefährlich, einfach untätig zuzusehen, wie sich die Verhältnisse entwickeln. Es gefährdet am Ende – das ist meine sehr konkrete Angst – die Stabilität unserer Demokratie, zumal da die Versuchung, mit diesen Problemen und den damit verbundenen Ängsten und Sorgen politisch Schindluder zu treiben, groß ist. Den demokratischen Parteien – das wissen wir inzwischen, wie ich hoffe – nützt das nicht, nur den Rattenfängern von rechts. Deren Geschäft sollten wir aber wahrlich nicht betreiben. Dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes werden wir mehrheitlich zustimmen.[87]

Eine zugespitzte Position nahm in der Debatte der spätere SPD-Innenminister Otto Schily ein. Er ging am 26. Mai so weit, zu beklagen, dass das individuelle und damit einklagbare Grundrecht auf ein Asylverfahren in der neuen Fassung des Grundgesetzes erhalten bleibe. Er hätte eine institutionelle Garantie bevorzugt. Damit nahm Schily asylpolitisch selbst gegenüber der Union eine Rechtsaußenposition ein, ähnlich wie zum Beispiel Edmund Stoiber oder Norbert Geis.[88]

4.5 Rassistische Gewalt als Argument für die Grundgesetzänderung

Die Union stellte den Zusammenhang zwischen dem zunehmend artikulierten Rassismus der Bevölkerung und einer notwendigen Änderung von Artikel 16 des Grundgesetzes von Beginn der Debatte an her und erhielt durch die rassistischen Anschläge und Pogrome zu Beginn der 1990er Jahre ein zusätzliches Argument zur Forderung der Grundgesetzänderung, welches sie auch zu nutzen wusste. Die SPD positionierte sich in den Bundestagsdebatten vor dem „Asylkompromiss“ im Dezember 1992 mehrheitlich gegen eine Änderung des Grundgesetzes. Nach

[87] Hans-Ulrich Klose, Plenarprotokoll 12/160, 26.5.1993, S. 13.508, 13.509.

[88] Vgl. Otto Schily, Plenarprotokoll 12/160, 26.5.1993, S. 13.612; Edmund Stoiber, Plenarprotokoll 12/89, 30.4.1992, S. 7.326; Norbert Geis, Plenarprotokoll 12/103, 9.9.1992, S. 8.835. An dieser Stelle sei nochmal darauf hingewiesen, dass rassistische Vorstellungen über eine anzustrebende „Homogenität“ Deutschlands auch in weiten Teilen der SPD bestanden. Vgl. Poutrus, Umkämpftes Asyl (wie Anm. 21), S. 174.

diesem Zeitpunkt verband auch die SPD die Anschläge mit einer vermeintlich notwendigen Änderung des Grundgesetzes und stellte diese Forderung als unausweichliche politische Ratio dar. Somit rechtfertigte die SPD ihre Zustimmung zur faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl mit den rassistischen Akten und Exzessen der Gewalt und vermittelte dies über die Bundestagsdebatten an die Öffentlichkeit. Die Analyse kann daher diesen häufig vermuteten Zusammenhang belegen.

Die Auswirkungen der rassistischen Anschläge und Pogrome auf die Asyldebatte im Bundestag konnte zwar nachgewiesen werden – jene in die andere Richtung, also vom Bundestag auf die Akteur_innen der Straßengewalt, können so nicht belegt werden. Dieser Wirkungszusammenhang liegt durch die Funktion des Bundestages, politische und moralische Normsetzungen und Grenzziehungen vorzunehmen, jedoch nahe. Außerdem konstatiert die Politikwissenschaft einen Zusammenhang zwischen dem politischen Diskurs und der Ausprägung davon ausgehender Handlungsorientierungen.[89] Patrice G. Poutrus ist beizupflichten, wenn er von einem „informellen Bündnis" zwischen den Asylkritiker_innen in CDU und CSU (und durchaus auch in der SPD) und den Akteur_innen der Straßengewalt spricht.[90] Eine systematische Untersuchung dieser Frage steht noch aus, bedarf allerdings anderer historischer Quellen als der hier analysierten.

5. Fazit

Die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl 1993 war das vorläufige Ende der Auseinandersetzungen um seine Auslegung. Sie

[89] Dem Bundestag komme eine zentrale Rolle bei der Verhandlung gesellschaftlicher Phänomene zu, da er maßgeblichen Einfluss auf Meinungsbildungsprozesse in der Bevölkerung habe und Deutungsangebote schaffe. Dabei würden politische und moralische Grenzen gezogen und Normen gesetzt. Der Bundestag vermittelt öffentlich, welche Meinungen und Handlungen als „normal" und welche als unerwünscht gelten. Dabei bestehe ein Zusammenhang zwischen der Verhandlung von Rassismus im Bundestag und den Handlungsorientierungen der Bevölkerung. Allerdings bestehe keine Linearität zwischen der Diskurs- und der Handlungsebene. Aus Worten müssen nicht immer Taten folgen, vgl. Lynen von Berg, Politische Mitte (wie Anm. 23), S. 18, 33f., 55, 291.

[90] Vgl. Poutrus, Umkämpftes Asyl (wie Anm. 21), S. 171.

markierte den Übergang vom Asylregime, in dem das Asylrecht zur einzigen Möglichkeit legaler Migration geworden war und in dem die Definition von „Asyl“ umkämpft blieb, zu einem Regime, das eine Illegalisierung von Migration hervorbringt.

Seit Errichtung des Grundgesetzes 1949 war von staatlicher Seite um die Einschränkung des Asylrechts gerungen und von Asylsuchenden für seine liberale Auslegung gekämpft worden. Die versuchte Abwehr der Asylmigration war daher kein Spezifikum der 1980er und 1990er Jahre. Was diese beiden Jahrzehnte, insbesondere die 1990er Jahre, jedoch besonders machte, war die massive rassistische Gewalt: Sie ging von Neonazis und ‚normalen‘ Bürger_innen aus, wurde von einer breiten rassistischen Bewegung getragen, von den Medien unterstützt und von Politiker_innen sowohl aus den Kommunen und Ländern als auch auf Bundesebene mit Verständnis aufgenommen. Der mit Ende des Gastarbeiterregimes 1973 intensivierte rassistische öffentliche Diskurs über die anzustrebende „Homogenisierung“ der Gesellschaft hatte zur tödlichen Eskalation beigetragen. Ab 1990 fungierte die „Asyldebatte“ zusätzlich als zentraler Bestandteil des Selbstverständigungsprozesses der Deutschen in West und Ost über ihre (gemeinsame) Identität. Zudem galt die ökonomisch begründete, breite Verständigung des Gastarbeiterregimes über die Rationalität von Migration nicht mehr, was den Rassismus zunehmend artikulierbarer machte.

Die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl durch eine Zweidrittelmehrheit des Bundestages wurde häufig als Konsequenz der rassistischen Anschläge und Pogrome interpretiert. Mittels einer Topoianalyse ausgewählter Bundestagsdebatten konnte dieser Zusammenhang anhand der Quellen nachvollzogen und belegt werden. Nachgewiesen werden konnte, dass CDU und CSU die Gewaltakte instrumentalisierten, um ihrer Forderung nach einer Grundgesetzänderung Nachdruck zu verleihen. Die SPD rechtfertigte ihre Zustimmung zur Änderung von Artikel 16 mit den Anschlägen.

Die vielfach verwendete Formulierung, die Politik habe sich einem „Druck der Straße“ gebeugt, hat sich bei näherer Betrachtung als zu ein-

fach herausgestellt. Die Gewalt war nicht einfach da. Die historische Einordnung der 1990er Jahre zeigt, dass die Pogromstimmung dieser Jahre durch die von den politischen Eliten forcierte Asyldebatte insbesondere der 1980er Jahre begünstigt, wenn nicht sogar hergestellt worden war. Im Gegenzug wirkten sich die rassistischen Anschläge und Pogrome massiv auf die Politik aus. Für die CDU/CSU waren sie eine Chance, das unliebsame, historisch durch den Nationalsozialismus begründete Grundrecht auf Asyl faktisch abzuschaffen und dies zynischerweise mit der „Ausländer*freundlichkeit*" der Deutschen, die dadurch erhalten werden sollte, zu begründen.[91]

Die Rolle der SPD hingegen war komplexer. Zum einen war sie nicht die „große Bewahrerin" des Grundrechts auf Asyl, für die sie sich ausgab – so hatten sich 1980 und 1990 mit dem damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt und dem Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine führende SPD-Politiker sehr früh für eine Grundgesetzänderung ausgesprochen. Die Topoianalyse hat zudem gezeigt, dass SPD-Abgeordnete im Bundestag ab April 1992, also lange vor dem „Asylkompromiss", eine Änderung des Grundgesetzes forderten. Nach dem Pogrom in Rostock wurde die Forderung lauter und stellte nun innerhalb der SPD keine Außenseiterposition mehr dar. Zum anderen dauerte es bis Ende 1992, bis die SPD mehrheitlich der faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl zustimmte. Nachgewiesen werden konnte, dass dieser Schritt intensiv mit den rassistischen Gewaltakten gerechtfertigt wurde.

Lang gehegte Narrative auf ihre Gültigkeit zu überprüfen, trägt zu der notwendigen Historisierung des „massiven Komplexes rassistischer Gewalt"[92] bei, dessen Entstehung Franka Maubach und ihre Mitautor_innen mit dem Anstieg rechter Gewalt in den 1980er Jahren ansetzen und der sich über die Pogrome der 1990er bis zur rassistischen Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) und den heutigen Mobilisierungen gegen Geflüchtete fortgesetzt hat und sich wei-

[91] Vgl. Helmut Kohl, Plenarprotokoll 12/123, 25.11.1992, S. 10.477.
[92] Frei u. a., Zur rechten Zeit (wie Anm. 20), S. 180.

terhin fortsetzt.[93] Dabei ist es für einen differenzierten Blick auf die historischen Entwicklungen nützlich, sie vor dem Hintergrund der sich wandelnden Migrationsregime zu kontextualisieren. Hier hat sich gezeigt, dass der Erklärungsansatz vom übersteigerten Nationalismus der Nachwendejahre allein nicht ausreicht, da der Pogromstimmung schon Jahre vorher in Westdeutschland der Weg bereitet worden war. Deshalb ist von der Gleichzeitigkeit mehrerer voneinander unabhängiger Entwicklungen auszugehen, die sich zu einem bestimmten Zeitpunkt miteinander verbanden. Der Übergang vom Gastarbeiterregime zum Asylregime ist eine davon.

Im vorliegenden Beitrag wurde die Verquickung der rassistischen Gewalt mit der Politik auf Bundesebene zu Beginn der 1990er Jahre untersucht. Es bliebe zu fragen, ob die politischen Eliten den Rassismus in der Gesellschaft „nur" artikulierbarer gemacht und Handlungsorientierungen gegeben hatten. Oder müsste man, mit dem Wissen um die Beteiligung des Verfassungsschutzes am NSU-Komplex, nicht sogar fragen, ob staatliche Institutionen auch bei den Pogromen der 1990er Jahre eine aktive Rolle gespielt haben?[94] Dass die politischen Eliten, insbesondere die CDU/CSU, aus den Pogromen einen politischen Nutzen ziehen konnten, ist jedenfalls unbestritten.

---

[93] Vgl. ebd., S. 180–181. Diese Linie ziehen auch Poutrus, Umkämpftes Asyl (wie Anm. 21), S. 186f., sowie Herbert, Asylpolitik (wie Anm. 14), S. 101. Erste Überlegungen zum Zusammenhang zwischen den NSU-Morden und den Migrationsdebatten der 2000er Jahre stellen Juliane Karakayalı und Bernd Kasparek an, vgl. dies., Mord im rassistischen Kontinuum, analyse & kritik, Nr. 588, 2013: [https://www.akweb.de/ak_s/ak588/26.htm].

[94] So agierten bei dem Pogrom in Rostock Neonazis der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front", die Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre die wichtigste Kaderorganisation war. Neben Michael Kühnen und Christian Worch war Kai Dalek einer ihrer zentralen Akteure. Letzterer war in den 1980er und 1990er Jahren zuerst V-Mann des Berliner und dann des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz gewesen, vgl. Speit, Terror von rechts (wie Anm. 47), S. 97; Andreas Förster, Das Versagen der Sicherheitsbehörden bei der Bekämpfung des Rechtsterrorismus, in: Röpke / Speit, Blut und Ehre (wie Anm. 47), S. 181–209, hier S. 200f.

Sabrina Apicella

Rough Terrains: Wages as Mobilizing Factor in German and Italian Amazon Distribution Centers*

In 2018, Amazon introduced a minimum hourly wage of 15 US dollars (around 13.70 euro) for all of its 250,000 permanent employees and additional 100,000 seasonal workers in the United States.[1] Yet since then, wages in Amazon's European locations have not been adjusted accordingly, and in fact continue to diverge dramatically. Workers and their trade unions have demanded higher wages and better working conditions in labor disputes at several European Amazon locations. Since 2013, industrial action has spread from Germany to France, Poland, Spain and Italy, and continues to gather momentum internationally. Nevertheless, Amazon's management refuses to negotiate contracts with most European trade unions,[2] while at the same time the global union federation UNI Global Union as well as national trade unions lack international strategies or goals to this end. Accordingly, industrial action remains widespread but by and large unsuccessful.

In this article, I critically discuss the demand for equal wages for all Amazon workers across Europe. The demand was initially proposed by the activist and grassroot union network Transnational Social Strike Platform (TSS), which has actively supported the Amazon strikes for

* I would like to thank Bartek Goldmann for his comments on this article and our shared research in Piacenza. Without the precious ideas and suggestions from Helmuth and support from Jasper and Manuela Bojadzijev, this article could not have been published. I thank Loren Balhorn for proofreading, and SGO and especially Peter Birke for their helpful comments.

[1] Amazon, Annual Report 2018, Seattle 2019, [https://ir.aboutamazon.com/annual-reports/].

[2] Two remarkable exceptions are agreements negotiated and signed in the Spanish location San Fernando de Henares with the non-union workplace committee in 2015, and in the Italian location Castel San Giovanni in 2018. See: Jörn Boewe / Johannes Schulten, The long struggle of the Amazon Employees, Brussels 2019. As these are the only cases in which agreements were signed, they are interpreted as exceptions confirming the rule.

years.[3] The demand resonates with national trade union activities to some extent, as they seek to compel Amazon to enter into (or, where already mandated by law, improve) collective bargaining agreements and thereby raise wages above sectoral standards. Trade unions criticize Amazon's one-sided wage setting, counterposing political demands for profit sharing and improved living standards for Amazon workers. Beyond that, TSS's main argument consists of the notion that equal wages across all European distribution centers would render Amazon's strategic exploitation of national differences in wage levels and labor regulations futile. In this sense, a continent-wide wage hike for Amazon workers would constitute a major step forward both politically as well as socially.

When defining an agenda for a European strike campaign, the following minimum preconditions must be met: firstly, the agenda must take up Amazon workers' demands, at least approximately, on a Europe-wide level. Secondly, demands must be addressed to an accessible (juridical) contact person. Thirdly, the agenda must overcome national particularities concerning trade unions and their respective political orientation.

In the following, I situate Amazon's wage structure in the broader, general European context. Wage levels diverge strongly across Europe, making it difficult to define the right amount to demand as the baseline for equal wages. Next, I discuss insights into workers' strike motivations, using the example of three Amazon locations in Germany and Italy. These examples demonstrate that increased wages played no significant role in either the massive strike mobilizations nor in the smaller, recurring protests and stoppages. In a third step, I discuss various trade-union strategies before concluding with suggestions for future campaigns.

This article is based on data gathered from studies on changes in sales labor and worker subjectivities conducted over the course of my doctoral dissertation (from 2016 until today). My focus lies on "simple"

[3] Transnational Social Strike Platform, Strike the Giant! Transnational Organization against Amazon, 2019, [www.transnational-strike.info/wp-content/uploads/Strike-the-Giant_TSS-Journal.pdf].

Amazon workers' perceptions of their working conditions and labor disputes in order to better examine their strike motivations. This article refers to statistical data from two surveys of 223 Amazon workers (73 strikers, 150 non-strikers) in Leipzig (2014) and Rhineberg (2016). The article's strategic deliberations are based on my analysis of interviews with six German and four Italian strikers as well as five trade union officials conducted between 2016 and 2019.

The European Wage Structure

Wages interact with all levels of society—from individuals who rely on them for their daily needs, groups of employers and workers who negotiate them, to the state that defines working conditions through, for example, statutory minimum wages. The latter is of particular importance in the context of the European Union, where minimum wages and average pay levels vary dramatically despite the existence of a common market. Minimum hourly wages in the EU range from € 11.97 in Luxembourg to € 1.72 in Bulgaria,[4] while some countries, such as Italy, have no statutory minimum wage at all. Pay levels evince a similar picture: Eurostat data shows that the average hourly wage for all 28 (now 27) EU member-states combined in 2017 was € 15.23, with € 27.61 in Denmark as the highest and € 2.34 in Bulgaria as the lowest.[5]

This dramatic inequality is also visible at a regional level, such as when comparing Northwestern, Southeastern and Southwestern Europe, where divergence between wages grew during the post-2008 crisis years. Moreover, even if the economies of Southeastern Europe are currently in the midst of a boom, wages nevertheless remain far below the European average (see graph based on Eurostat data).

In wage terms, Europe is divided into a Southern and a Northwestern region, but the graph shows that Southwestern and Southeastern Eu-

[4] WSI, WSI Mindestlohndatenbank, Düsseldorf 2019, [www.boeckler.de/pdf/ta_mldb_2019.pdf].
[5] Eurostat, Wages per hour for EU 28, EU 18 and the single states for 2017, Brussels 2017.

rope also differ profoundly.[6] This divergence appears more ambivalent when political factors are taken into account, however, as commonalities across borders and regions and differences within nations emerge in equal measure. These conditions comprise complicated ground for defining an equalized wage level throughout Europe.

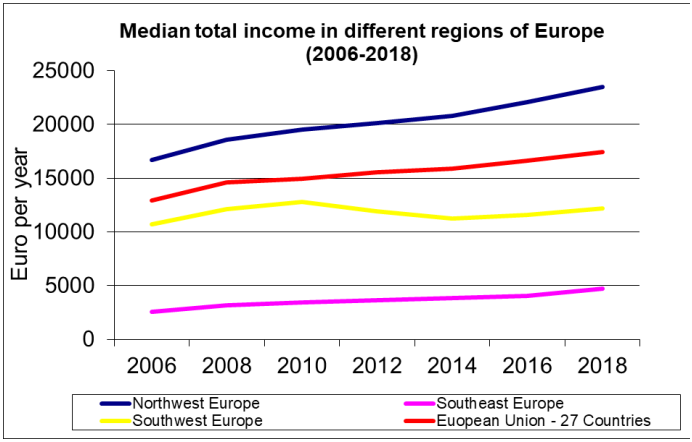

Figure 1: Median total income in different regions of Europe (2006–2018). Note: Northwestern Europe includes Belgium, Germany and the Netherlands, Southwestern Europe includes Greece, Italy, Portugal and Spain, and Southeastern Europe includes Bulgaria, Hungary, Poland and Romania. Own figure, data source: Eurostat 2020.[7]

[6] Sabrina Apicella / Helmuth Hildebrand, Ein internationalistisch-linker Projektvorschlag für Europa, OXI, July 1, 2019, [https://oxiblog.de/ein-internationalistisch-linker-projektvorschlag-fuer-europa/https://oxiblog.de/ein-internationalistisch-linker-projektvorschlag-fuer-europa/].

[7] Eurostat, Mean and median income by age and sex – EU-SILC and ECHP surveys, Brussels 2020, [http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=ilc_di03&lang=en].

Wages in German and Italian Amazon Distribution Centers

Amazon entered the European market in 1998, only four years after its founding in Seattle. Since then, the company has become Europe's largest online retailer. Amazon adheres to specific logics when selecting locations for its distribution centers—known as "fulfillment centers" (FCs) in official company jargon, in reference to the "fulfillment" of costumers' requests. Potential sites must be connected to transport infrastructures such as harbors, train stations, airports or highways in order to drag and eject goods quickly. Avoiding disruptions (such as strikes) through a tight network of FCs able to reroute deliveries has also become a factor. Moreover, Amazon positions its FCs strategically in order to better serve customers with high purchasing power. The company takes advantage of local and regional differences in wages, tax law and the support of local decision makers, who in turn are often open to establishing favorable conditions for setting up operations there (such as reduced commercial taxes or expedited building permits). Cheap labor recruitment and support from local institutions (as varied as temporary employment or welfare agencies such as Germany's so-called "Jobcenters") are crucial, as FCs are labor-intensive and characterized by high turnover. These considerations have allowed Amazon to open locations serving the German market from Poland, where workers earn little more than € 3.00 per hour (compared to around € 11.00 in Germany).[8] In this sense, Amazon's European wages reproduce inequalities throughout Europe and undercut the European average wage level.

How do the German and Italian locations fit into this picture? Alongside the United Kingdom, Germany is the most important Euro-

[8] In Germany, strike actions have taken place in nine out of 13 Fulfillment Centers. With regard to working conditions and protests in Polish Amazon locations see: Ralf Ruckus, Confronting Amazon, Jacobin, March 31, 2016, [https://www.jacobinmag.com/2016/03/amazon-poland-poznan-strikes-workers/]; Amazon workers and supporters, Stop Treating Us Like Dogs!, in: Jake Alimahomed-Wilson / Immanuel Ness, Choke Points, London 2018, pp. 96–109.

pean market for online retail.[9] According to the German service sector union ver.di, Amazon currently operates 13 FCs in Germany with a core workforce of around 13,000 employees. Each FC is formally incorporated as an independent limited liability company, which allows Amazon to avoid establishing a national, company-wide supervisory board as prescribed by German law whenever the number of employees exceeds a certain threshold.[10] Moreover, Amazon does not adhere to any regional collective bargaining agreements and instead defines wages at its various locations unilaterally. Hourly wages in German FCs therefore differ from region to region: € 10.78 in Leipzig, € 11.27 in Rhineberg (as of August 2019), and € 11.71 in Winsen (as of December 2019). If determined by collective bargaining, the starting wage for a retail worker in Leipzig would be € 12.23 per hour, while a worker at Schenker Logistics would earn € 10.33. Ralf Kleber, Amazon's "Country Manager" in Germany, recently stated in an interview that in 2020 Amazon wages begin at a minimum of € 11.10 per hour, and reach a monthly gross pay of around € 2,500 including awards and bonuses.[11]

The Italian population, by contrast, disposes over much lower purchasing power, and online ordering is not as common as in Germany. Amazon nevertheless continues to invest in the Italian market and operates four FCs in Castel San Giovanni, Passo Corese, Vercelli and Torrazza with 6,900 employees on permanent contracts as of 2019, serving both the Italian as well as neighboring markets. Unlike in other countries, most notably Germany, in Italy Amazon is obligated by law to comply with a collective bargaining agreement. In order to circum-

[9] A study by McKinsey showed that the German population has the highest annual rate of online orders per capita, namely 24, while in Italy only two orders are placed per person. See: McKinsey, Studie: Jeder Deutsche erhält im Schnitt 24 Pakete pro Jahr, 2019, [www.mckinsey.de/news/presse/2019-06-17-postal-network].

[10] For further information on specific conditions in German and Italian industrial relations and legal structures see: Bruno Cattero / Matra D'Onofrio, Organizing and Collective Bargaining in the Digitized 'Tertiary Factories' of Amazon: A Comparison Between Germany and Italy, in: Edoardo Ales et al. (Eds.), Working in digital and smart organizations, Cham 2018, pp. 141–164.

[11] Michael Gassmann, Wir zwingen niemanden, mit uns zu arbeiten, Die Welt, January 16, 2020, [www.welt.de/wirtschaft/article204976598/Amazon-Deutschlandchef-Ralf-Kleber-Wir-zahlen-ordentliche-Gehaelter-Darauf-sind-wir-stolz.html].

vent the labor disputes that have plagued the logistics sector in the Po Valley for years, the company has oriented towards commerce sector collective-bargaining standards for its FC workers in Castel San Giovanni, a town located in the Valley near Piacenza. The resulting starting salary of a worker there ranges from € 9.03 to € 10.53 per hour depending on additional remuneration (compared to the logistics sector, where € 10.43 is the norm).[12] Mariangela Marseglia, Amazon Country Manager for Italy and Spain, noted in 2018 with regard to Italian wages: "On average, a person working in one of our warehouses earns 1,400 to 1,500 euro per month, and has a range of benefits from private medical insurance to discounts."[13] She announced a 25 percent (€ 350 to € 375) wage increase in 2019, albeit without giving concrete figures for new average wages.[14] This evidences a significant gap vis-a-vis the monthly earnings of Amazon workers in Germany.

Amazon not only sets up shops in different countries with different wage levels and legal regulations (e. g. with view to the applicability of collective bargaining), but also orients towards regional wage levels within each country, as the differences in German wages show. Moreover, Amazon's starting pay actively underbids sectoral wages for industries and service work, which lie at an average of € 17.78 per hour in Germany and € 15.42 in Italy.[15]

Strike Activities

Workers in both German and Italian FCs organize in trade unions to negotiate their working conditions, including wages. In Germany, ver.di has repeatedly called for negotiations to sign a collective agreement in

[12] Amazon applied the collective contract for logistics to the other three Italian locations.

[13] Beniamino Pagliaro, Amazon bets on Italy: 800 million investments and 1,700 new jobs by end 2018, La Stampa, July 9, 2018, [www.lastampa.it/esteri/la-stampa-in-english/2018/07/09/news/amazon-bets-on-italy-800-million-investments-and-1-700-new-jobs-by-end-2018-1.34030553].

[14] Teleborsa, Amazon, nel 2019 creati in Italia oltre 1400 posti di lavoro, Il Messaggero, December 18, 2019, [www.ilmessaggero.it/economia/news/amazon_nel_2019_creati_in_italia_oltre_1400_posti_di_lavoro-4934803.htm].

[15] According to Eurostat, Mean and median income (see note 6).

line with established retail sector standards, but Amazon management refuses to even meet with the union and workplace representatives. Strike actions began in April 2013 and have totaled over 300 strike days at eight locations across the country.[16] The strikes have so far failed to achieve their goal. Amazon management claims to "orient" towards collective bargaining standards for logistics, a sector with lower wages in Germany, and points out that wages lie above the legal hourly minimum wage (€ 9.19 in 2019 and € 9.35 in 2020). Lasting remarkably long, the strikes are carried forward by active rank-and-file members and supportive local trade-union officials. A tightly knit nationwide network for exchange and strategy development is already well-established.

A different picture emerges in Italy, where in 2018 Amazon management signed its first-ever—and thus far only—agreement with trade unions anywhere in the world. This agreement supplements the collective contract imposed on Amazon by Italian law.[17] The agreement improved scheduling, introduced voluntary night shifts, distributed weekend shifts equally, and also guaranteed higher remuneration during night shifts for roughly 2,000 workers at the Castel San Giovanni FC. This result was achieved primarily due to the organizing efforts of three trade unions—CGIL, CISL and UIL[18]—and a strike of around 500 workers in November 2017 (as part of a wave of strikes and protests at Amazon in Germany, Poland and Spain on Black Friday). In contrast to ver.di, the three Italian trade unions appear to focus primarily on public outreach, political lobbying and consultation work in the plant, and

[16] See Boewe / Schulten, Long Struggle (see note 2). It is also worth mentioning that strikers in Germany are paid wage compensation by their trade union, while Italian strikers receive no compensation for pay lost due to strike activities.

[17] This supplementary agreement expired but was renewed in 2019.

[18] The three biggest unions in post-war Italy are the CGIL (General Italian Confederation of Labor), CISL (Italian Confederation of Workers' Unions) and UIL (Italian Union of Labor). They differ in terms of identity, ideology and purpose: CGIL has always been linked to left-wing parties (most importantly the Communist Party), CISL is traditionally Christian-democratic, and UIL tends to be connected to the social-democratic Left. For further information see: Salvo Leonardi, Trade unions and collective bargaining in Italy during the crisis, in: Steffen Lehndorff / Heiner Dribbusch / Thorsten Schulten, Rough waters, Brussels 2018, pp. 87–115.

less on rank-and-file activities or organizing in the FC itself.[19] They also cooperate with the far-right Unione Generale del Lavoro (UGL), which is politically close to the Lega party and the neo-fascist CasaPound movement. The UGL even signed the contract together with the other unions. Despite the existence of a local contract, no nationwide network of rank-and-file or trade-union officials has emerged, nor has any strike activity occurred at other Italian FCs since.

The Italian and German locations have differing and yet roughly similar wage levels (compared to the much lower wages at Polish FCs). The work processes are also more or less the same. Moreover, strikes have taken place in both Germany and Italy—but under different regulatory conditions (minimum wage, legally mandated collective bargaining) and against the backdrop of different trade-union strategies. Nevertheless, only a minority of workers joined the strikes throughout the campaign[20]—in most locations, a majority of Amazon workers are not unionized and do not participate in strike activities.

What do we know about Amazon workers' motivations to strike? Do they, as the trade unions' mobilizations imply, primarily point to the political side of labor at Amazon—low wages, little worker co-determination, and the refusal to accept a trade-union presence at the workplace? To what extent does the technical and organizational side of labor affect workers' decision to strike, as hinted at in the slogan "We are not robots!" that can be heard at Amazon strikes around the world, highlighting the standardized and Taylorized labor regime?

Mobilizing Factors for Strikes in Germany

Since the first strikes in German FCs in 2013, actions have spread to Poland, France, Spain, Italy, and recently also to the US. With regard to the technical-organizational side, labor at the FCs is transnationally ho-

[19] The grassroots and conflict-oriented trade union Si Cobas had members there as well, but currently has no rank-and-file base.

[20] The internationalization of trade union activities is described in Boewe / Schulten, Long Struggle (see note 2).

mogeneous. Workers execute tasks like picking goods from shelves or packing them. These routines are clocked by hand scanners equipped with software indicating the order, direction, and speed of movements, leaving no time for rest during shifts. Thus, despite being physical, work in an FC can be characterized as a form of digital Taylorism that does indeed generate resistances.[21]

According to the survey conducted in the Leipzig and Rhineberg FCs, dissatisfaction with work processes is a central motivating factor pushing workers to strike. Workers are not only frustrated by the stress caused by the work regime, but are also granted insufficient breaks, have their work constantly monitored, and worry about falling ill. Workplace hierarchies, the lack of co-determination, and limited possibilities to interact with co-workers also contribute to their dissatisfaction.[22] One worker from Rhineberg summarized her perception of the working culture as follows: "Get in line and do your job, it would be best if you didn't say anything."

The second motivating factor behind workers' decisions to strike in the two German FCs was their shared heavy reliance on the trade union. My interviews show that, one the one hand, a trusting relationship is associated with trade union officials' presence in the workplace and with ver.di's support in the confrontation with Amazon. On the other hand—and more importantly—this relationship hinges on worker self-organization creating an everyday trade-union presence as well as sustainable and self-confident structures to serve as a counterweight to management. By doing so, workers in Germany find a way out of their work-related dissatisfaction as well as a form of protection against their superiors.

---

[21] In Germany this has been discussed as the real subsumption of sales labor by Amazon, especially in Sabrina Apicella, Amazon in Leipzig, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2016, [www.rosalux.de/publikation/id/8801/amazon-in-leipzig/]; Georg Barthel / Jan Rottenbach, Reelle Subsumtion und Insubordination im Zeitalter der digitalen Maschinerie, PROKLA, 47 (2017), 2, pp. 249–269.

[22] For further reading on the results of the survey see: Sabrina Apicella / Helmut Hildebrandt, Divided we stand, in: WOLG, 13 (2019), 1, pp. 172–189; Apicella, Amazon Leipzig (see note 21).

Certainly, the precarity of workers plays also a role. One important factor in workers' decisions in Leipzig and Rhineberg was whether they were employed under permanent contracts, which tended to favor self-organization and strike activities, or whether they had temporary or seasonal contracts, which tended to hold workers back from striking.

Surprisingly, wage levels and economic security did not play a role for the German strikers, despite wages being below-average for retail workers in Germany and even if collective bargaining contracts— which are central to the trade union's mobilization—regulated wage levels. In fact, I observed a degree of contentment with the wages among strikers and non-strikers, who often compared their incomes to the lower pay found at other companies in the region.

Exploring Motivating Factors in Castel San Giovanni

Explorative interviews with strikers in Piacenza showed that they have similar attitudes towards work and strike intentions as their German colleagues. A key factor pushing workers to strike is work dissatisfaction: they named the physically and mentally demanding routines, arbitrary task and shift assignments, and unannounced overtime that conflicted with everyday life planning and leisure. They also complained that they worked "like dogs," that their performance was measured, and that everything was about "numbers" while their efforts went unappreciated.

With regard to the second factor, trust in trade unions, the protective function of a trade union membership was evident. Nevertheless, there are also key differences in strike motivation at the two locations. While German strikers fight for trade-union recognition in the company, this has already been achieved in Castel San Giovanni due to Italy's favorable national law consolidating trade-union presence and co-determination on the one hand, and the successful negotiation of an additional agreement after the mobilizations on the other. The Italian strikers problematized their trade union activities as an extra burden, claiming that it

was time-consuming and sometimes led to disadvantages in daily work routines (like assignment to unpopular tasks), not to mention disputes between workers concerning the collective agreement itself, which some perceived as insufficient. As in Germany, their pathway out of job dissatisfaction was not to commit to trade-union activities, and instead demand personal development opportunities for advancement within the company—with which Amazon failed to comply.

Wages were more openly problematized as a mobilizing factor in the interviews in Castel San Giovanni than in Rhineberg before the first strike in 2017. By that time workers expressed a feeling of injustice, arguing that their commitment to work was not adequately compensated. After wages increased due to the supplementary agreement, however, perceptions changed: now, Amazon wages were seen as decent, reliable and on-time. Workers appreciated that Amazon's wage levels did not differ based on gender, age or origin. Wages and employment were also perceived as the lesser of two evils compared to other regional employers. In the Italian logistics sector, for instance, workers were not paid on-time or at all, faced unannounced overtime, worked in non-air-conditioned distribution centers, and work processes were less well-organized. Amazon can thus take advantage of the harsh situation on the Italian labor market, permitting its own working conditions and wages to be perceived as less bad. That is an important factor in strengthening ties to employment, especially for employees with permanent contracts, which points to the last important mobilization factor for strikes: namely, temporary contracts appeared to hold workers back.

Conclusion

The proposal of equal wages for Amazon employees across Europe invites us to consider the role of wages in the labor struggles at Amazon and situate them in the context of European wage structures. We can see that the general European wage structure favors capital and economies

in some regions of the Northwest, but disadvantages European employees and poor populations, especially in Southeastern and Southwestern Europe. In this context, Amazon not only pays their employees' wages significantly below the European average, but also actively underprices labor as workers in industry and services earn an average of € 17.78 per hour in Germany and € 15.42 in Italy.[23] The German case demonstrates that one way through which Amazon seeks to lower wages is by refusing to sign collective agreements. If it does, as in Italy, it always chooses agreements that favor poorer working conditions and grant minimal concessions. Despite different national strategies, it is clear that the management orients its wages towards the low end of the scale. Both strategies affect the entire commerce and logistics sectors, where Amazon sets standards. Overall, these factors cast doubt on Amazon's self-depiction as a comparatively good employer that does not profit from its low-wage policy.

Departing from this macro-level analysis, it makes sense to confront the company with the demand for wealth redistribution. That would economically allow workers to participate in the profits and take on Amazon's unilateral definition of wage levels as one element of its political work structure. Yet one condition for developing international strategies defined at the beginning of this article was that the agenda must take up the exigencies of Amazon workers at least roughly on a Europe-wide level. Demands for equal wages and strikes do not tackle all sources of discontent with the technical-organizational as well as the political side of labor. As my research shows, poor salaries and exploitation are not the most pressing motivating factors for mobilizations. The German and Italian strikers do not even demand higher wages as a top priority. This finding is remarkable, given that within the international trade-union network, the main demands clearly point to signing collective bargaining contracts, which primarily allows for negotiated material improvements. This divergence—on one side the trade union's prime instrument and on the other side the strikers' wish to change the

[23] See Eurostat data above for the year 2017.

technical and organizational side of labor because it causes stress and illness—needs to be taken seriously.

Relative satisfaction with wages might be caused by the fact that German workers can rely on a minimum wage at any job that is rather close to wages at Amazon. On the other side, Amazon has difficulties hiring enough workers. Germany also offers unemployment benefits to persons who have not been previously employed. Even if this welfare system is highly repressive and exclusionary towards migrants, it has weakened the existential threat of unemployment. Overall, German Amazon workers are well-aware of their ability to leave the job, even if they prefer being employed.

At the same time, Italy only introduced a welfare structure for poor households and unemployed persons called "citizen's income," similar to German unemployment benefits, in 2019. Workers had no experience with it when I interviewed them, nor did they mention it as an influencing factor. Moreover, there is no regulated minimum wage in Italy, and the country's high unemployment levels make workers comparatively replaceable. Leaving the job is thus not a plausible alternative to working at Amazon, which possibly lowers willingness to participate in strikes, especially among temporary workers. Based on these considerations, my hypothesis is that the demand for higher wages resonates better with workers in the Southern parts of Europe than with Northwestern European Amazon workers. This is mainly due to different wage levels and welfare services, which give wages a different weight for individual engagement in strikes at different countries. A European campaign will thus face challenges connecting to the demands and problems of striking workers equally, should it choose wages as the dominant campaign issue.

How can we formulate a political demand for wealth redistribution that promises benefits for Amazon's core workforce as well as for seasonal workers who only stay on over the Christmas season? Who would be an accessible (juridical) contact person and what kind of agenda could overcome the national particularities of trade unions and their

political orientation? Our demand should, in my view, address the European Union instead of Amazon, as it has the greatest possible legal competencies over its 27 member-states and plays a key role in regulating the European labor market. For comprehensive, top-down wealth distribution we ought to discuss Europe-wide and largely identical welfare benefits free of repression and discriminatory exclusion. This would lead to a radical redistribution of wealth both regionally as well as in terms of the poor populations who would benefit most. We should also include a European vision of self-organized working sectors as public commons—in, for example, health care or education—which would include a vision of workers determining the technical and organizational side of their employment as well as democratic self-administration and living wages as the political side thereof. Our plan should also include serious steps towards a transnational climate plan, premised on decentralized, renewable energy and mobility as a commons, i. e., free and out of the hands of (energy) companies. This could open a debate around an utopian vision for Europe, linking up with demands for the self-determined and democratic organization of work and social security, including the natural foundations of human life. Faced with the crisis caused by the coronavirus pandemic, strikes at Amazon warehouses in Italy and the US are currently gathering momentum once again, opening a window of opportunity for reviving the debate on international strategy.[24]

A shared subjective experience among Amazon workers and strikers irrespective of their national location is the factory-like work process and the squeezing of the workforce. Working to the beat of machines and algorithms is a common reality at Amazon FCs in Europe and around the world. This experience is likely more suitable for an immediate European mobilization of Amazon workers. Appealing to these shared repressive working conditions potentially opens the debate to

[24] For further information see for example Hilary Russ, Instacart, Amazon workers strike as labor unrest grows during coronavirus crisis, Reuters, March 30, 2020, [www.reuters.com/article/us-health-coronavirus-usa-instacart/instacart-amazon-workers-strike-as-labor-unrest-grows-during-coronavirus-crisis-idUSKBN21H3AV].

workers' self-organized and self-determined control over processes and dignified working conditions. Common strike activities and developing an international strategy with Amazon workers as protagonists to tackle the company's organizational as well as political standards are paths that should be continued. They could also invite ideas for improving working conditions along the supply chain, including in transportation and production, as well as for sustainable organization of every-day consumption.

Gruppe Blauer Montag[*]

Vom Notstand der Arbeitsgesellschaft

Plötzlich ist zuvor Undenkbares möglich: Investitionen ungekannten Ausmaßes in Krankenhäuser, ja sogar eine Aufhebung der 2009 mit Verfassungsrang versehenen Schuldenbremse. Und andererseits: eine für viele Menschen lebensbedrohliche Überlastung im Gesundheitswesen, Armut und Prekarität als Massenphänomen, Ausdehnung von Arbeitszeiten hier, Null-Stunden-Woche dort, und langfristig die Gefahr einer Verschärfung der Klassenkämpfe von oben.

Nachdem in den ersten Wochen der Corona-Pandemie der öffentliche Fokus auf Verlautbarungen aus Krisenstäben fast alles andere vergessen ließ, wird seit einigen Tagen die Frage nach den sozialen Dimensionen des Lockdowns stärker in den Blick genommen: Es zeigt sich, wie schnell sich die Corona-Krise in einen Notstand der Arbeitsgesellschaft verwandelt, dessen Folgen aktuell unabsehbar sind. Spekulationen erscheinen deshalb auch ziemlich sinnlos. Nützlicher erscheint es uns zu diskutieren, was die aktuelle Situation für bereits zuvor vorhandene Tendenzen in der Erwerbsarbeit, aber auch für die gesellschaftliche Arbeitsteilung insgesamt bedeutet.[1] Beide Fragen stehen sowohl für eine kri-

[*] Die Gruppe Blauer Montag ist ein Kollektiv aus Hamburg (und Umgebung), das sich kritisch-aktivistisch mit Fragen der Arbeits- und Sozialpolitik befasst. Dieser Text gibt unsere Diskussion in der Zeit der von der Bundesregierung nahegelegten Kontaktsperre bis zum 7. April 2020 wieder. Da sich die Zahl politischer Einschnitte zurzeit ähnlich exponentiell wie die Pandemie selbst entwickelt, könnten viele unserer Einschätzungen schnell überholt sein. Dennoch zeichnen sich aus unserer Sicht bereits jetzt Tendenzen ab, die diskutiert werden müssen. Wir danken der Redaktion der Sozial.Geschichte Online für wichtige Anmerkungen.

[1] Dabei kann auf Debatten aus der vorliegenden Zeitschrift Bezug genommen werden. Der Krisenbegriff, der dort nach der Finanzkrise von 2008/09 vorgeschlagen wurde, orientiert sich (1) an der Analyse ihres „multiplen" Charakters, (2) an einem historischen Zugriff, der sie als Teil einer ungleichzeitigen, aber verbundenen Entwicklung fasst, (3) an der Frage nach der Verbindung zwischen Krise und sozialen Kämpfen. Wir beziehen uns auf Aspekte dieses Projekts, das in seiner umfassenden Anlage aber hier nicht annähernd aufgenommen werden kann: Vgl. Peter Birke / Max Henninger (Hg.), Krisen Proteste, Beiträge in Sozial.Geschichte Online, Hamburg 2012.

tische Arbeitsforschung als auch für linke, emanzipatorische Politik im Feld Arbeit aus unserer Sicht auf der Tagesordnung.

Helden der Arbeit

Sergej, Lucia, Marek, Jane, Levent und Marina. Und Mirela, Toni, Lejla, Dan und Melika. So heißen die elf Freund_innen in fußballlosen Zeiten. Unter der Überschrift „Wir versorgen Deutschland" präsentiert sie der Discounter Lidl als „Superhelden".[2] Erstmals vermutlich in der Geschichte der Süddeutschen Zeitung findet sich dort in Corona-Zeiten eine ganzseitige Anzeige dieses Unternehmens, in der „tausenden Kolleginnen und Kollegen in den Filialen, im Lager und den Fachbereichen für die herausragende Arbeit gedankt wird". Whitewashing als Krisenefekt: Ein Unternehmen, das ansonsten lange eher für die Misshandlung von Arbeiter_innen und Missachtung von Arbeitsrechten bekannt war, nutzt die Gelegenheit, sich selbst als Teil einer guten Sache zu präsentieren.

Aber auch sonst ist die Aufwertung von in der soziologischen Debatte neuerdings als „Fundamentalökonomie" bezeichneten Tätigkeiten unübersehbar,[3] die man in hergebrachter Weise auch als gesellschaftlich notwendige Arbeit bezeichnen könnte: Fußballfans nutzen die Beschäftigungslosigkeit, um den „Held_innen" in den Krankenhäusern zu danken, bekannte Musiker_innen spielen ein Ständchen für die „Superfrauen und -männer" in der Altenpflege, Bürgerinnen und Bürger nehmen auf dem Balkon Handyvideos auf, auf denen zu sehen ist, wie sie den Verkäufer_innen und Pflegepersonen Beifall klatschen.[4] Auch unabhängig davon, dass die Gewerkschaften einen Zuschlag für die wachsen-

[2] Süddeutsche Zeitung, 23.3.2020, S. 13. Dem Kleingedruckten ist zu entnehmen, dass das entsprechende Gruppenbild „vor der Corona-Krise" entstanden sei.

[3] Foundational Economy Collective, Die Ökonomie des Alltagslebens. Für eine neue Infrastrukturpolitik, Frankfurt am Main 2019.

[4] Zu den Aktionen von Ultra- und anderen Fan-Gruppen in vielen bundesdeutschen Städten: [https://www.faszination-fankurve.de/index.php?head=Ultragruppen-mit-Spruchbaendern-an-Krankenhaeusern&folder=sites&site=news_detail&news_id=21600].

de Arbeitsbelastung der Held_innenschaft fordern,[5] und auch abgesehen von der Frage, ob das Geld für die sicher nicht ganz billige ganzseitige Lidl-Annonce nicht lieber zur Verbesserung der schon im normalen Alltag prekären und schlecht entlohnten Tätigkeiten von Sergej und Kolleg_innen hätte verwendet werden können: Es ist sicher ein wichtiger Punkt, dass die Leistungen von arbeitenden Menschen, die die für die Einzelnen und die Gesellschaft existenziellen Güter und Dienstleistungen schaffen, erst bei einem drohenden Ausfall sichtbar gemacht werden. Lidl sei Dank, weiß in der Folge nun auch die Leserin oder der Leser der Süddeutschen Zeitung, dass beispielsweise ohne die Kassiererin im Supermarkt, die man sonst zwischen zwei wichtigen Geschäftsterminen gerne übersieht, auch die Organisation des eigenen Alltags möglicherweise ziemlich schwierig sein könnte.

Dieser Punkt ist deshalb wichtig, weil an ihm klar wird, dass das, was in der soziologischen Debatte „öffentliche Güter" genannt wird,[6] nicht identisch ist mit dem, was gesellschaftlich notwendige Arbeit insgesamt umfasst: Es geht um Tätigkeiten, die in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten einem extremen Ökonomisierungs- und Privatisierungsdruck ausgesetzt waren, was aktuell vor allem der Blick in das Gesund-

[5] Am 27.3.2020 veröffentlichte ver.di eine Erklärung, in der ein Zuschlag von 500 Euro pro Monat für „existenziell notwendige Bereiche" gefordert wurde, eine nachvollziehbare Forderung mit dennoch problematischen langfristigen Implikationen insofern, als sie a) mit der Notstandsituation argumentierend, grundlegende Verbesserungen nicht in den Blick nimmt und b) Löhne traditionell wie eine Kompensationsmaschine für Belastungen aller Art genommen werden, auch als Kompensation von Belastungen von lebensbedrohlichem Charakter (wie etwa die Exposition mit Giftstoffen, entgrenzte Arbeitszeiten usw.). Am 30.3.2020 wurde bekannt, dass die meisten Discounter solche Prämien bereits freiwillig zugestanden haben. Die selbstgerechten Kommentare aus der Branche sprechen Bände und verweisen im Grunde bereits auf die Zeit, in der die Superhelden sich wieder in normale Kassierer_innen verwandeln: So titelt ein Organ der Unternehmer, dass „die Schwarz-Gruppe den Mitarbeitern ein millionenschweres Dankeschön schenkt": [https://www.lebensmittelzeitung.net/handel/Corona-Krise-Schwarz-Gruppe-schenkt-Mitarbeitern-ein-millionenschweres-Dankeschoen-145488]. In der Pflege wurden zunächst einmalige Zuschläge von bis zu 1.500 Euro teils durch die Regierung, teils, wie in der Altenpflege, durch Vereinbarungen zwischen ver.di und Arbeitgeberverbänden eingeführt (Stand Anfang April 2020).

[6] Zu diesem Begriff und seiner Herkunft aus der französischen Soziologie siehe bspw.: Jörg Flecker / Franz Schultheis / Berthold Vogel (Hg.), Im Dienste öffentlicher Güter. Metamorphosen der Arbeit aus der Sicht der Beschäftigten, Berlin 2014.

heitswesen zeigt. Aber es geht auch um Tätigkeiten, die zumindest in der Bundesrepublik niemals in nennenswertem Maße durch ein zum Staat geronnenes Gemeinwesen organisiert waren. In sonst so unterschiedlich wahrgenommenen Feldern wie dem Einzelhandel und der Pflege wird nun deutlich, dass gesellschaftlich notwendige Arbeit in einem ganz umfassendem Sinne verstanden werden muss. Es ist ein fließender Begriff, in ständiger Bewegung, und seine Wendungen und Fügungen werden in Krisensituationen stärker wahrgenommen als sonst. Wovon sprechen wir überhaupt, wenn wir von „Gesellschaft" sprechen? Diese Frage zieht analytisch und politisch gleich mehrere Fragen nach sich: Welche Tätigkeiten sind überhaupt von existenzieller Bedeutung für den Alltag der meisten Menschen? Wer verrichtet diese Tätigkeiten, und zu welchen Bedingungen? Wie sind diese Tätigkeiten organisiert, wer eignet sich die produzierten Werte an? Dies sind „einfache" Fragen, bei denen es auf den ersten Blick nicht um die Analyse von Staat, Kapital und Revolution geht. Will man jedoch die Frage stellen, was die aktuelle Rede von der „Systemrelevanz" bedeutet, dann sind solche Fragen entscheidend.

Zudem könnten sich solche Fragen für die Profiteure der aktuellen Situation als Bumerang erweisen: Keineswegs selbstverständlich erscheint vor ihrem Hintergrund etwa, dass die Discounter oder die Onlineversandhändler und ihre Oligopole eine gesellschaftlich sinnvolle Form darstellen, Versorgung zu organisieren: Als unmittelbare Folge der Krise könnte die Kritik an Lidl, Amazon und Co. deshalb wachsen, könnte die Suche nach Alternativen gestärkt werden. Dabei ginge es nicht nur um die Randbereiche, es folgt nämlich ganz logisch die Forderung, dass die aktuellen heldenhaften Einsätze von Kolleginnen und Kollegen in den genannten Bereichen in Zukunft weitaus bessere Rahmenbedingungen brauchen würden: Weniger prekäre Beschäftigung, Anerkennung von erworbenen Qualifikationen, Zurückdrängung der teils extremen Kontrolle und des Arbeitsdrucks, existenzsichernde Löhne. Angesichts dessen, dass der Einzelhandel eine Domäne weiblich konnotierter Arbeit ist, würden solche Veränderungen auch das über die

gesellschaftliche Arbeitsteilung vermittelte System patriarchaler Herrschaft angreifen.

*

Es ist wichtig zu bemerken, dass es hier keinesfalls nur um einen „Diskurs“ in engerem Sinne geht. Es ist nicht das alte Lieblingsspiel einer bürgerlich geprägten Linken, kein „Kampf um Positionen“, keine Sache, bei der es zentral um die „Hegemonie in der Debatte“ usw. geht. Vielmehr wird die Verbindung zwischen dem, was wir Diskurs nennen, und den Alltagskämpfen selten deutlicher als aktuell. Dies freilich nicht, ohne dass diese Verbindung in der aktuellen Krise eine existenzielle Dramatik erhält. So sind die laufenden weltweiten Kämpfe um die Gefährdung von Arbeitenden in den Distributionszentren von Amazon ein gutes Beispiel dafür, dass der Kampf um die Definition der „Systemrelevanz“ eine *aktive Grundlage* hat, dass es sich in der Tat um einen *Arbeitskampf* handelt.

Auf die Kritik von Arbeitenden an der Aufrechterhaltung des Betriebs in den Distributionszentren in Frankreich, Spanien und den USA, verbunden sogar mit der Suche nach zehntausenden neuen Arbeiter_innen, die die Erkrankten und aus dem Betrieb Flüchtenden ersetzen, antwortete der Versandriese mit einer dreifachen Maßnahme: Repressionen gegen Streikende, einer Bonuszahlung für Anwesenheit, sowie mit der Behauptung, der Onlineversand sei systemrelevant.[7] Zwei dieser drei Maßnahmen sind keinesfalls „diskursiv“, aber die öffentliche Aneignung der Position, die sich auch Lidl und die anderen Menschenfreunde des

[7] Nebenbei sei erwähnt, dass fast alles, was Amazon verteilt, und nicht nur die Waren, die das Unternehmen jetzt tatsächlich später verschickt, auch noch in ein paar Wochen eingetütet werden könnte. Zur Situation bei Amazon wäre aktuell eine eigene Untersuchung wichtig, vor allem über die Konflikte und Streiks in Frankreich, Spanien und den USA, die das Ziel einer sofortigen Schließung der DCs teils erfolgreich durchsetzten. Zur Situation in Deutschland siehe unter anderem Sören Götz, in: Die Zeit, 26.3.2020, [https://www.zeit.de/wirtschaft/unternehmen/2020-03/coronavirus-amazon-covid-19-deutschland-mitarbeiter-desinfektionsmittel-streik].

deutschen Einzelhandels zuschreiben, ist im Kontext dieses laufenden transnationalen Arbeitskampfs dennoch wichtig.[8]

Pflegearbeit

Einzelhandel und Pflege haben gemeinsam, dass es sich um Tätigkeitsfelder handelt, die nicht erst seit der der jüngsten Krise, sondern bereits seit langer Zeit durch Arbeitsüberlastung, zu niedrige oder nicht vorhandene Personalschlüssel sowie einen grassierenden Personal- und Nachwuchsmangel charakterisiert sind. Innerhalb des Gesundheitswesens haben politische Entscheidungen seit den 1990ern eine lange Krise-vor-der-Krise hervorgebracht. Eine ihrer Grundlagen war der flächendeckende Verkauf von Krankenhäusern an private Gesundheitskonzerne wie Asklepios oder Helios. Damit verbunden kam es zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und einer Zuspitzung auf „lukrative" Formen der Medizin. Und, in einer leider ganz unvollständigen Liste der Grausamkeiten, zu einer Auslagerung der gesamten notwendigen Infrastruktur, von der Essensversorgung bis zum Patiententransport, an Subunternehmen mit prekären Arbeitsbedingungen.[9] Voraussetzung war die verallgemeinerte Form der Abrechnung über Fall-

[8] Es ist schwierig, dieses Beispiel auf andere soziale Kämpfe zu übertragen, weil es zugleich als hervorgehoben und ungewöhnlich erscheinen mag. Deshalb hier nur als Merkposten: Auch wenn es eher marginal wahrgenommene Auseinandersetzungen sind, so ist doch ist auch die Forderung nach einer Auflösung von Lagern / Sammelunterkünften für Geflüchtete oder Obdachlose, inklusive der Forderung einer Öffnung von Hotels und leerstehenden Immobilien, geeignet, jene krasse Selbstverständlichkeit anzugreifen, mit der Güter wie Wohnungen / Immobilien privat bewirtschaftet werden und damit zur sozialen Polarisierung beitragen. Oder anders gesagt: Während der Krise wird nach einer konkreten gesellschaftliche Alternative verlangt, die angesichts der Katastrophe mitunter sogar kurzfristig eingelöst wird, jedoch absehbar nur, um in der Phase der Normalisierung Gegenstand des Rollbacks zu werden. Ob sich Einschränkungen der privaten Verfügungsgewalt über Eigentum durchsetzen können, hängt natürlich auch von der Dauer der Krise ab, die zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar ist.

[9] In den vergangenen Jahren sind einige aufschlussreiche Studien zur Privatisierung von Gesundheits- und Altenpflege bei der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) durchgeführt worden. Vgl. diese Übersicht über die Resultate: [https://www.boeckler.de/de/auf-einen-blick-17945-zahlen-und-studien-zum-pflegenotstand-und-wege-hinaus-17962.htm]. Zur Bedeutung der Pflege siehe auch die Thesen von Mike Davis in: [https://www.wildcat-www.de/aktuell/a113_monster.html].

pauschalen (DRG-Gruppen),[10] eine Abrechnungsform, die das Risiko mangelnder Auslastung auf die Träger der Häuser verlagert, während die notwendige Infrastruktur aus den Gewinnen finanziert werden muss, die die Behandlungen generieren. Die Konsequenz ist, wie die Kampagne *Krankenhaus statt Fabrik* lange vor der Krise zusammenfasste, eine Mischung aus Mangel und Vergeudung, in der profitable Leistungen gegenüber den weniger attraktiven Standards eine höhere Bedeutung erlangen.[11]

Entsprechend ist die Kranken- und Gesundheitspflege mit einer hohen Fluktuation an Arbeitskräften konfrontiert. So etwa, wenn die dort Ausgebildeten feststellen müssen, wie sehr sie dazu gezwungen sind, ihre Arbeitskraft unter den ebenfalls bereits in Vorkrisenzeiten vorgefundenen Bedingungen zu verschleißen. Man hat das als „Pflegenotstand" bezeichnet: Etwa hunderttausend ausgebildete Pfleger_innen fehlen allein in den Krankenhäusern.[12] Vor Corona wurden händeringend Leute gesucht, und jener Staat, der die Misere mitverursacht hatte, half bei der Rekrutierung eifrig mit, vom massiven Anwerben von ausgebildeten Pfleger_innen, die in Italien und Spanien (!) oder den Philippinen angeworben wurden, bis hin zur Aufwertung der Ausbildung.[13] Noch verzweifelter ist die Situation in der Altenpflege, die zudem noch eine Abwanderung von Pflegenden in die Einrichtungen des Gesundheitswesens zu verzeichnen hat, weil die Arbeitsbedingungen in vielen

[10] Die Finanzierung der Krankenhäuser geschieht auf der Grundlage von Fallgruppen, den sog. „Diagnosis Related Groups" , vgl. [https://www.krankenhaus-statt-fabrik.de/122].

[11] Ebd. Das Ärzteblatt nennt das DRG-System ein „System ohne Ethik", vgl. [https://www.aerzteblatt.de/archiv/131138/Abrechnung-von-Krankenhausleistungen-Ein-System-frei-von-Ethik]. Dass die Aushöhlung des Gesundheitswesens in den seit der letzten Krise 2008/09 noch intensiver von Austeritätspolitiken geprägten südeuropäischen Ländern sich in der Corona-Krise möglicherweise als noch tödlicher als normalerweise zeigt, sollte kein Grund für eine Verharmlosung des Umstands sein, dass auch schon in Vorkrisenzeiten in der Bundesrepublik intensivmedizinische Leistungen nur unzureichend finanziert wurden.

[12] Michael Simon, Von der Unterbesetzung in der Krankenhauspflege zur bedarfsgerechten Personalausstattung, Düsseldorf 2018, [https://www.boeckler.de/pdf/p_fofoe_WP_096_2018.pdf].

[13] Robert Pütz / Maria Kontos / Christa Larsen / Sigrid Rand / Minna-Kristiina Ruokonen-Engler, Betriebliche Integration von Pflegefachkräften aus dem Ausland, HBS, Nr. 416, Februar 2019, [https://www.boeckler.de/pdf/p_study_hbs_416.pdf].

und gerade auch den privat geführten Altenheimen noch schlechter sind: Der Burn-out ist schon in friedlicheren Zeiten ein weit verbreitetes Phänomen bei Altenpfleger_innen.[14]

Es mag vor diesem Hintergrund kaum überraschen, dass der Pflegesektor bereits lange vor der Krise Hotspot neuer Arbeitskämpfe wurde, deren Besonderheit eine Bezugnahme auf Pflege als öffentliches Gut war.[15] Die Kämpfe in Krankenhäusern und – leider wesentlich weniger und schwächer – in Altersheimen sind Beispiele für das, was man als Sorge-Kämpfe zusammenfassen kann: Arbeitskonflikte, die nicht alleine für eine Aufwertung von Sorgearbeit eintreten, die darin besteht, dass, wie im Sozial- und Erziehungsdienst, Lohngruppen angepasst und Löhne erhöht werden, sondern die auch die Arbeitsbedingungen im weiteren Sinne zum Gegenstand der Debatte machen, und damit auch die Bedingungen unter denen Kinder betreut, Alte gepflegt und Kranke operiert werden. Sorge-Kämpfe, die eine überwiegend von Frauen geleistete Tätigkeit radikal aufwerten wollen.

Auch im Bereich der Pflege stellt sich also über die unmittelbare Verbesserung der Arbeitsbedingungen hinaus die Frage, wie und unter welchen Bedingungen gesellschaftlich notwendige Arbeit geleistet werden soll. Sehr naheliegend ist unter Krisenbedingungen die Forderung nach einem Ende der neoliberalen Strukturierung des Gesundheitswesens. Die kurzfristige und in ihrer Form umstrittene Aufhebung von Dokumentationspflichten ist insofern nicht nur ein Hinweis auf die Notstandssituation, in der „überflüssige" Arbeiten wegfallen müssen, sondern verweist auch auf den Umstand, dass die Zuspitzung der Profitorientierung im Gesundheitswesen und in den Altenheimen (und übrigens auch im Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes) faktisch

[14] Ebd.

[15] Vgl. für eine Übersicht: Ingrid Artus / Peter Birke / Wolfgang Menz / Stefan Kerber-Clasen (Hg.), Sorge-Kämpfe. Auseinandersetzungen um die Arbeit in sozialen Dienstleistungen, Hamburg 2017, vgl. neuerdings die Textauswahl in der Zeitschrift Industrielle Beziehungen, Heft 4/2019, [https://shop.budrich-academic.de/produkt/industrielle-beziehungen-4-2019-industrielle-beziehungen-und-sorgearbeit/]. Am bekanntesten sind wahrscheinlich noch immer die Kämpfe um Personalausstattung in der Charité in Berlin.

keineswegs mit der neoliberalen Rhetorik der „Entbürokratisierung" in Einklang zu bringen ist. Das Zugestehen von umfassenden Finanzhilfen für die Krankenhäuser – in der aktuellen Situation eine richtige und doch noch unzureichende Maßnahme – weist zudem darauf hin, dass es keinesfalls, wie Neoliberale immer behauptet haben, ein Art Naturgesetz ist, dass Pflege immer dann „effizient" ist, wenn sie profitorientiert geleistet wird.[16] Mit der Pflege und dem Handel sind allerdings leider schon fast alle Tätigkeitsbereiche benannt, die im aktuellen öffentlichen Diskurs aufgewertet werden.[17]

Sorgearbeit

Nimmt man das Spektrum an Tätigkeiten, das in den Sorge-Kämpfen eine wichtige Rolle gespielt hat, so fällt beispielsweise auf, dass die berufstätige Betreuung und Erziehung von Kindern und jungen Erwachsenen angesichts des Gebots des „social distancing" massiv privatisiert worden ist, das heißt, an Familien und Alleinerziehende delegiert wird. Die dadurch entstehenden kurz- und mittelfristigen Probleme werden zum Teil öffentlich verhandelt: In einer Klassengesellschaft ist „Familie" eine zentrale Instanz der Reproduktion sozialer Unterschiede, mit der Folge, dass die genannte Verlagerung der Erziehung in die Privatsphäre die ohnehin schon heftige soziale Polarisierung in der Altersgruppe der Kinder und Jugendlichen weiter verschärfen wird; etwa für Alleinerziehende oder für Menschen, die darüber hinaus weitere Angehörige be-

[16] Die zuständige Einzelgewerkschaft ver.di scheint diesbezüglich zumindest partiell in eine Art Lähmung verfallen zu sein. In der letzten Ausgabe der ver.di publik findet sich auf Seite 1 eine staatsmännische Erklärung des Vorsitzenden, in der er mit keinem Wort auf die strukturellen (Vorkrisen-)Probleme des Sektors eingeht und sich stattdessen auf das allfällige „Wir-sind-für-Euch-da" beschränkt: „Es wird trotz des Pflegenotstands Großartiges geleistet". Siehe hingegen neuerdings den offenen Brief zur Pandemie, den betriebliche Interessenvertreter_innen in Niedersachsen dort an das Land gerichtet haben: [https://nds-bremen.verdi.de/branchen-und-berufe/gesundheit-soziale-dienste-wohlfahrt-und-kirchen/aktuelles/++co++57b87dec-7998-11ea-acd8-001a4a160110].

[17] Nicht einmal alle in der Krise entscheidenden Tätigkeiten in Pflege und Versorgung werden in den Heldenstatus gehoben. Das gilt etwa für das Beispiel der Trucker"innen, die deutlich schlechter behandelt werden als die anderen „systemrelevanten" Berufsgruppen: [https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Corona-Lkw-Fahrer-beklagen-mangelhafte-Versorgung,fernfahrer110.html].

treuen, wird sie kaum zu bewältigende physische und psychische Belastungen zur Folge haben.[18] Das zeigt etwa das Beispiel des „Homeschooling“: Eltern mit hierfür ausreichenden Ressourcen treiben ihre Kinder auch zu Hause zum Abarbeiten von Schulaufgaben an, und nicht wenige sind in dieser Hinsicht fordernd, damit der Kleine oder die Kleine nun ja nichts verpasst, was später für den Aufstieg auf der Karriereleiter wesentlich wäre. Alle anderen, besonders Alleinerziehende und/oder solche, die weiterhin Vollzeit arbeiten müssen, stoßen in Nullkommanichts an schier unüberwindbare nervliche und soziale Grenzen.

Je länger die Phase anhält, in der Kindertagesstätten und Schulen geschlossen sind, desto stärker wird sich diese Polarisierung zeigen, die eine massive Benachteiligung und weitere Verarmung von Kindern und Jugendlichen aus dem Proletariat beinhaltet, ein Notstand im Notstand, der mit einem Wiedererstarken des Patriarchats einhergeht. Die Ausweitung von Hilfen für betroffene Familien, Organisierung von Nachbarschaftshilfe, das Aussetzen von Leistungsanforderungen in Schulen und Universitäten[19] – all dies sind in dieser Situation sinnvolle Initiativen und Forderungen, die aber zunächst nur lindernd wirken und das grundlegende Problem nicht lösen. Hinzu kommt, dass eine bezahlte Freistellung von der Erwerbsarbeit, wie kaum anders zu erwarten, von vielen Betrieben und Unternehmen nur in einem ganz engen und völlig unzureichendem Maßstab akzeptiert und gegebenenfalls finanziert wird. Ohne eine Existenzsicherung, die auch unabhängig von Familienstruk-

[18] Die Medien berichteten ausführlich, vgl. u. a. Tageszeitung, 28.3.2020, [https://taz.de/Haeusliche-Gewalt-in-der-Corona-Quarantaene/!5675012/]. Aber auch jenseits solcher Befürchtungen findet die Privatisierung von Betreuung und Beschulung unter den Bedingungen einer vergeschlechtlichten Teilung der Hausarbeit statt.

[19] Einige linke Initiativen verbinden die Solidarität in der Corona-Krise mit politischen Forderungen nach sozialen Rechten und Ansprüchen für alle Menschen, die derzeit in Deutschland leben. Ein Beispiel ist „Wilhelmsburg Solidarisch“: [http://solidarisch.org/] in Hamburg, ein anderes die ALSO in Oldenburg: [https://www.also-zentrum.de/]. Zur Forderung nach dem „Nicht-Semester“ an den Universitäten, die ausdrücklich mit der sozialen Schieflage, die im sogenannten Online-Teaching entsteht, begründet wird, siehe: [https://www.uni-goettingen-unbefristet.de/auch-wir-unterstuetzen-die-forderung-nach-einem-nicht-semester/].

tur und Erwerbsarbeit bestehen kann, wird das Problem nicht zu lösen sein.[20]

*

Vorläufig zusammengefasst ergibt sich das Bild einer Dreiteilung jener „Fundamentalökonomie" im aktuellen Corona-Diskurs: Erstens werden bestimmte gesellschaftlich notwendige Tätigkeiten sichtbar gemacht, und dabei werden auch systemische Probleme und Defizite exponiert, die die Diskurshegemonie des Neoliberalismus weiter angreifen könnten. Zweitens werden andere lebenswichtige Tätigkeiten buchstäblich in den Schatten gestellt und unsichtbar gemacht, was die Chancen für politische Initiativen im Sinne einer „neuen Infrastrukturpolitik", die abgesehen von den erwähnten Bereichen auch andere wie Wasser- und Stromversorgung, Verkehrsinfrastruktur etc. umfassen müsste, erschweren könnte. Und drittens wird unbezahlt und unsichtbar geleistete Sorgearbeit in einem gesellschaftlich kaum gesehenen Maßstab abverlangt und – wie stark zu vermuten ist – vor allem von Frauen geleistet.

Freiwilligenarbeit

Der unsichtbaren Sorgearbeit in Familien und Haushalten, bei der „privaten" Versorgung und Betreuung von Kindern und Alten, steht außerdem eine sehr sichtbare Freiwilligenarbeit gegenüber: Das Engagement von Menschen, die in der Krise anderen helfen wollen. Sawsan Chebli, Staatssekretärin für bürgerschaftliches Engagement in Berlin, schreibt

[20] Es wird mancherorts auch die Nachrangigkeit vieler sozialer Leistungen demonstriert. So sind Einrichtungen der Weiterbildung und/oder Volkshochschulen ebenso von der Existenz bedroht wie Träger der sozialen Arbeit, und der Rettungsschirm, der von der Bundesregierung für die betroffenen Einrichtungen im Konsens mit den Sozialverbänden gebastelt wurde, enthält offenbar – mit noch nicht abschließend auszumachenden Folgen – das Zugeständnis an den Staat, gegebenenfalls stärker in die Inhalte der Bildungs- und sozialen Einrichtungen eingreifen und zentral auf „überflüssige" Arbeitskraft zugreifen zu können. Wir kommen zum Thema der Zwangsbewirtschaftung von Arbeitskraft unten zurück.

im *Tagesspiegel*, das „Ehrenamt“ sei „systemrelevant geworden“.[21] Tatsächlich gibt es in jeder größeren Stadt Initiativen, die Nachbar_innen in besonderen Notlagen helfen, für Obdachlose an Zäunen und vor Kirchen Sammlungen veranstalten und anderes mehr. Die meisten Städte reagieren auf diesen Trend, indem sie Freiwilligenbörsen anbieten, ehrenamtliche Besuchsdienste, Einkaufshilfen, spezifische Aufrufe an Studierende starten usw. Freiwilliges, unbezahltes Engagement verbindet sich dabei mit einem starken und bedeutenden Angebot, sowohl Überstunden als auch unbezahlte Arbeit insbesondere in der Pflege zu leisten: In Göttingen sollen sich 500 Studierende zur Unterstützung der Arbeit im Universitätsklinikum gemeldet haben,[22] eine Pinneberger Leiharbeitsfirma sucht keine Arbeitskräfte mehr, sondern „Altenpfleger, Helden im Kampf gegen Corona (m/w/d)“.[23]

Freiwilligenarbeit und Pflegeethos sind widersprüchliche Erscheinungen, sowohl für sich als auch gerade in ihrer Verbindung.[24] Auf der einen Seite ist es geradezu existenziell wichtig, daran anzuknüpfen: Das Engagement für und mit Nachbar_innen verändert die Nachbarschaft, und eine Alltagssolidarität ist das Rückgrat oppositionellen, gewerkschaftlichen und systemkritischen Handelns.[25] Auf der anderen Seite treten zwei Probleme in diesem Zusammenhang auf, die aus unserer Sicht auch diskutiert werden müssen: Erstens ist in dem Begriffspaar systemrelevant – systemkritisch eine Spannung angelegt. Einfach gesagt, findet freiwillige, solidarische Hilfe auf der Bruchlinie zwischen System und

[21] Tagesspiegel, 26.3.2020.

[22] Vgl. den Bericht über freiwillige Hilfsangebote von Studierenden: [https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/braunschweig_harz_goettingen/Corona-Zahlreiche-Freiwillige-wollen-helfen,aktuellbraunschweig4176.html].

[23] Vgl. [https://stellenangebot.monster.de/altenpfleger-m-w-d-helden-im-kampf-gegen-corona-kiel-schleswig-holstein-de-pluss-personalmanagement-pinneberg-gmbh-nl-kiel/217104010].

[24] Es soll hier keinesfalls nahegelegt werden, dass es in der Krise zu einer einseitigen Stärkung des Pflegeethos im Sinne einer „aufopfernden“ Haltung im Arbeitsbewusstsein des Pflegepersonals komme. Vielmehr, so wird hier argumentiert, wird das Pflegeethos nicht nur, aber auch von denjenigen angerufen, die nicht im entferntesten daran denken, den Worten auch Taten folgen zu lassen, wenn es um eine Rücknahme der Neoliberalisierung des Gesundheitswesens geht.

[25] Sie darf zudem nicht rechten Aktivist_innen überlassen werden, die die Gelegenheit nutzen könnten, um eine volksgemeinschaftliche Stimmung zu fördern. Vgl. auch Anm. 19.

Kritik statt, und nur wenn man sich fälschlicherweise die Illusion macht, außerhalb des Feldes zu sitzen, das von dieser Bruchlinie durchzogen wird, kann man diese Spannung leichthändig ignorieren.

Freiwilligenarbeit und Selbstorganisation ersetzen dringend notwendige Aufgaben, die gar nicht, nicht mehr oder noch nicht im Rahmen von staatlich oder subsidiär verwalteten Leistungen erbracht werden. Das passiert immer, nicht nur in der Krise, mal spontan, mal konzeptionell ausgerichtet: Bürger_innen betreiben ein Schwimmbad oder eine Bücherei weiter, das die Kommune unter Austeritätsbedingungen zu schließen droht, Selbsthilfe geschieht in Form von Repair-Cafés oder Tauschläden usw. Aber in der Krise passiert es eben in einer besonderen Dringlichkeit und im Rahmen eines öffentlichen Diskurses, der sehr stark auf die Freiwilligenarbeit fokussiert ist.

Die letzte große Solidaritätswelle haben wir 2015 im Sommer der Migration erlebt. Auch wenn sich sowohl Bedingungen als auch Schwerpunkte verändert haben (was eine antirassistische Perspektive in der Nachbarschaftshilfe und im Freiwilligenengagement um so notwendiger erscheinen lässt),[26] ist es interessant, sich kurz mit der Fortsetzungsgeschichte der Welcome-Bewegung zu befassen: Die Aussetzung und Ersetzung staatlicher Funktionen und Leistungen hat mit der Zeit zu erheblichen Konflikten mit Verwaltungen und staatlicher Politik geführt.[27] Selbstorganisation gegenüber den Ämtern, Ämterbegleitung in

[26] Heute ist auffällig, dass Solidarität mit Geflüchteten als Thema eher an den Rand und faktisch durch die katastrophale, und zudem angesichts der Aufenthaltsbeschränkungen für die meisten Antirassist_innen unerreichbare, Lage an den europäischen Außengrenzen verschoben ist. Andererseits bezieht sich ein Rest der Welcome-Bewegung aktuell unter anderem auf die Solidarität mit Menschen, die in miserablen Unterkünften die Corona-Krise überstehen müssen. Sehr schön zeigt diese Verbindung eine Aktion aus Göttingen, die nahezu ausschließlich im Zeichnen von Parolen mit Kreide im Stadtraum durch Einzelne bestand (außerdem wurden Demo-Teilnehmende durch Schuhe ersetzt). Die Polizei löste die „Nicht-Versammlung" dennoch mit der fadenscheinigen Begründung auf, dass „Personen sich zu nahe gekommen" seien, vgl. Göttinger Tageblatt, 6.4.2020, [https://www.goettinger-tageblatt.de/Die-Region/Goettingen/Goettinger-Polizei-loest-Demonstration-auf].

[27] Siehe hierzu Blauer Montag, Flüchtlingskrise und autoritäre Integration. Zu einigen Aspekten der Reorganisation staatlicher Kontrollpolitiken, in: Sozial.Geschichte Online 20, 2015, S. 175–195, [https://duepublico2.uni-due.de/receive/duepublico_mods_00043558]. Vgl. zur Welcome-Bewegung: Olaf Kleist / Serhat Karakayalı, EFA-Studie Strukturen und Motive der ehrenamtlichen

Ausländer- und Sozialbehörde, medizinische und juristische Hilfe, Aktionen gegen Abschiebungen waren dem lokalen Staat ein Dorn im Auge. Dieser Aspekt ist in einer Situation, in der die Krisenstäbe regieren und Selbstorganisation deshalb als eine Art Refugium der Demokratie gelten kann, enorm wichtig.

Andererseits hatte auch „Welcome" durchaus eine paternalistische Tendenz, die nach der Schließung der Grenzen entweder zum Rückzug der überlasteten Aktivist_innen führte oder dazu, dass Einzelne sich in den staatlichen und parastaatlichen Apparat integrieren ließen. Eine Grundlage dieser Art des Übergangs war der Umstand, dass die soziale Zusammensetzung der Welcome-Bewegung sich stark von den Klassenpositionen vieler unterstützter Migrant_innen unterschied:[28] Das Ehrenamt war nicht nur der Maßstab der sozialen Nähe, sondern auch eine Art Abstandhalter. Ähnliches könnte in der aktuellen Krise auch bevorstehen: Es werden nur wenige alleinerziehende Kassierer_innen in der Lage sein, sich an der Nachbarschaftshilfe zu beteiligen. In der Freiwilligenarbeit findet so auch eine Neuvermessung der Klassengesellschaft statt. Es erscheint also wichtig, dass die Auseinandersetzung um Solidarität vs. Paternalismus innerhalb der Initiativen geführt wird, eine Auseinandersetzung, die zu führen in den heftigen Zeiten der Krise oft unmöglich erscheint (und die nach 2015, zumindest in der Welcome-Bewegung, weithin ebenfalls nicht geführt wurde).

Dies gilt umso mehr, als die aktuelle Pandemie das Pflegeethos in den Mittelpunkt stellt: Die Ambivalenz der Selbstorganisation wird dadurch noch stärker ins Licht gerückt. Die „sittliche" Definition von Ansprüchen an Pflegende hat historisch einerseits die Dimension einer vergeschlechtlichten Zuschreibung von „weiblichen Eigenschaften", positiv konnotiert als Pflege, Fürsorge, Nähe usw. Andererseits konnten sich vor allem bürgerliche Frauen in diesem Feld eine Sphäre selbstständigen und selbstbewussten Handelns eröffnen. In der Arbeitskampfforschung

Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland. Berlin 2015; Serhat Karakayalı, ‚Infra-Politik' der Willkommensgesellschaft, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 30 (3), 2017, S. 16–24.

[28] Sie beinhaltete zudem auch in ihrem Inneren unterschiedliche soziale Positionen und Ressourcen, die im linken Aktivismus aber seit vielen Jahren regelmäßig Anathema sind.

gilt das sich wandelnde Pflegeethos als Drehmoment, das kollektiven und gewerkschaftlichen Aktionen von Pflegenden harte, traditionelle Grenzen entgegensetzen kann, aber auch Impulse des Aufbruchs hervorbringt, vor allem auf der Grundlage des Widerspruchs zwischen Pflegeansprüchen und Pflegerealität.

Oder anders gesagt: Entgrenzung, aber auch soziale Ansprüche, Universalismus und Gerechtigkeit – Burn-out, aber auch Widerstand gegen die Zumutungen der Austerität – all dies ist mit der Dialektik des Pflegeethos verbunden. Im besten Fall kommen hier Konfliktfelder zusammen, verbinden sich praktische Solidarität und Selbstorganisation in der Forderung nach mehr Geschlechtergerechtigkeit, sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit: wird die Kritik an der Klassengesellschaft gestärkt. Im schlechteren Fall verbinden sich Überarbeitung Einzelner und Paternalismus: wird die Klassengesellschaft legitimiert und gefestigt.

In der aktuellen Debatte wird öffentlich wahrnehmbar durchaus auch an kritische Positionen angeknüpft, und man könnte es nicht besser ausdrücken als ein Pfleger auf Deutschlandradio Kultur: „Wir Pflegekräfte […] wollen […] keine Merci-Schokolade und warme Worte! Wir brauchen 4.000 Euro brutto, mehr Personal, Gefahrenzulagen und ein entprivatisiertes Gesundheitssystem!“ Zu dieser Position gehört auch die massive Forderung nach einem besseren Schutz der Pflegepersonen, unter anderem durch eine hinreichende Ausrüstung mit Schutzkleidung und Schutzmasken.[29]

Massenhafte Prekarität

Auch in anderer Hinsicht könnte aus den Erfahrungen vergangener gesellschaftlicher Krisen gelernt werden: Austeritätspolitik scheint wie eine Krankheit, die sich jahrzehntelang ohne Virenschutzprogramm ausbreiten konnte, über die Schließung öffentlicher Einrichtungen bis hin

[29] Vgl. hierzu u. a. [https://www.deutschlandfunkkultur.de/pflegekraefte-in-der-coronakrise-sie-brauchen-mehr-als.2165.de.html?dram:article_id=473239], dort auch das Zitat.

zur Verdammung eines relevanten Anteils der Bevölkerung, dauerhaft am Rande des Existenzminimum zu leben, mit der Folge einer alltäglichen sozialräumlichen Polarisierung.[30] Auf Erwerbsarbeit bezogen, hat zu dieser Polarisierung beigetragen, dass sich in den vergangenen rund zehn Jahren die Einkommen in jenen Bereichen stabilisiert haben, in denen Tarifverträge und Betriebsräte eine Rolle spielen, mit relativ ansehnlichen Steigerungsraten in der Metall- und Elektroindustrie, der chemischen Industrie und am Ende der Dekade auch im öffentlichen Dienst.[31] Zugleich stagnierten oder sanken die Einkommen von Menschen, die in Niedriglohnbereichen arbeiten. Zu diesen gehören einige der Bereiche, die aktuell und plötzlich als systemrelevant erscheinen: Einzelhandel, Nahrungsmittelindustrie etc. – Bereiche, in denen die Arbeitenden häufiger auf ergänzende Lohnersatzleitungen angewiesen sind als anderswo. Obwohl statistisch gesehen die ökonomischen Probleme 2008/09 am stärksten die industriellen Branchen betrafen,[32] hat sich die Polarisierung der Einkommen insbesondere in Bezug auf sogenannte einfache Dienstleistungen vertieft.

Die aktuell sich täglich verändernden Konjunkturprognosen gehen für das Jahr 2020 von einer Rezession bislang unbekannten Ausmaßes aus. Je nachdem, wie lange der sogenannte Lockdown anhält, sprechen unterschiedliche Institute von einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts zwischen einem und zwanzig Prozent, wobei das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung bei der Bundesanstalt für Arbeit aktuell von rund zwei bis fünf Prozent ausgeht.[33] Unterschiedlichen Schätzungen zufolge wird gleichzeitig von einer steigenden Erwerbslosigkeit von offiziell etwa 2,2 auf über drei Millionen Menschen ausgegangen.[34] Das Bundesarbeitsministerium spricht von mehr als einer Mil-

[30] Ausführlich siehe neben vielen anderen Christoph Butterwegge, Die zerissene Republik. Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit in Deutschland, Wiesbaden 2019.

[31] Vgl. Heiner Dribbusch, Peter Birke, Gewerkschaften in Deutschland: Herausforderungen in Zeiten des Umbruchs, Berlin 2019, S. 19–26. Im Detail siehe die Berichte im Tarifarchiv des WSI: [https://www.wsi.de/de/tarifarchiv-15262.htm].

[32] Ebd.

[33] IAB-Kurzbericht, 7/2020, [http://doku.iab.de/kurzber/2020/kb0720.pdf].

[34] Ebd.

lion zusätzlichen Empfänger_innen von Leistungen nach dem SGB II.[35] Die in der Krise 2008/09 bedeutsam gewordene Abfederung durch Kurzarbeit wird auch diesmal wieder wichtig: Die Zahl der Kurzarbeiter_innen ist bereits im März 2020 von durchschnittlich 150.000 bis 250.000 Personen (2019) auf über eine Million gestiegen, und Schätzungen gehen davon aus, dass bis zu einem Viertel der Erwerbstätigen im Verlaufe der Krise betroffen sein könnten.[36] In Deutschland wird bei Kurzarbeit regelmäßig eine Lohnersatzleistung von 60 bzw. 67 Prozent gezahlt, eine im nordeuropäischen Vergleich relativ geringe Leistung.[37] Tarifvertraglich ergänzende Regelungen wie in der Metall- und Elektroindustrie, wo im März 2020 IG Metall und Unternehmer ein „Krisenpaket" unterschrieben haben, oder betriebliche Vereinbarungen, erhöhen den Anteil in einigen Fällen. Sie verhindern aber nicht, dass auch dieses Moment der Krisenpolitik die Polarisierung der Einkommen zwischen Arbeitenden in mehr oder weniger gut durch Tarifverträge abgesicherten Sektoren verstärkt.[38] Es ist also zu vermuten, dass diese massenhafte Prekarisierung sozial ungleich verteilt und ungleich abgefedert wird. Mögliche Verluste von hunderttausend Arbeitsplätzen in der ohnehin vorkrisengeschüttelten Autoindustrie bedeuten insofern sozial etwas anderes als die möglicherweise Millionen Entlassungen von Menschen in „Arbeitnehmerüberlassung", die bereits in der letzten Krise als „Puffer" dienten. Und die „natürlich" zuvor weder durchgehend

[35] Vgl. zu den Maßnahmen des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung: [https://www.tagesschau.de/inland/corona-regierung-101.html].

[36] Zur Statistik der Kurzarbeit ausführlich siehe die Daten der Bundesagentur: [https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Lohnersatzleistungen-SGBIII/Kurzarbeitergeld/Kurzarbeitergeld-Nav.html].

[37] Eine sehr lesenswerte Analyse sowie kritische Würdigung der bisherigen Regelungen zum Kurzarbeitergeld unter „Corona" bietet: Thorsten Schulten / Torsten Müller, Kurzarbeitergeld in der Corona-Krise, WSI-Policy-Paper, Düsseldorf 2020. Ergänzend sei hinzugefügt, dass zur Tendenz der Einkommenspolarisierung auch beiträgt, dass viele Betriebe, wie in der Krise 2008/09, Leiharbeit – mitunter leider ohne großen Widerstand von Gewerkschaften und Betriebsräten – als „Puffer" benutzen.

[38] Vgl. im Einzelnen die Erklärung der IG Metall Nordrhein-Westfalen zu ihrem Pilotabkommen: [https://www.igmetall.de/tarif/tarifrunden/metall-und-elektro/sicherheiten-fuer-beschaeftigte-in-metall-elektroindustrie].

existenzsichernde Löhne hatten noch mit einem vergleichbaren Ausgleich durch Kurzarbeiter_innengeld rechnen können.

Aber die Krise betrifft doch ökonomisch zugleich in der Tat alle, die in Bereichen arbeiten, die schließen oder deren Unternehmen massiv von der Insolvenz bedroht sind. Es ist auf dieser Grundlage nicht falsch, von einer kurzfristig ausgedehnten, geteilten Unterschichtserfahrung auszugehen. Außerdem sind Ausgangsbeschränkungen eine Erfahrung massiver Verunsicherung, die kurzfristige Aufhebung einer privilegierten Mobilität. Die Krisenbetroffenheit weitet sich tendenziell aus, was die schnelle Abkehr von der Schuldenbremse ebenso erklärt wie den Aufbau von milliardenschweren Schutzschirmen, die massenhafte Insolvenzen zumindest herausschieben sollen. Regierung und Verwaltung haben auf eine potenziell soziale Konflikte provozierende Situation mit einem Programm reagiert, das vor allem die Mittelschicht schützen soll, und dies mit Maßnahmen verbunden, die das Arbeitskräfteangebot in den sogenannten systemrelevanten Bereichen sichern helfen soll: Die Arbeitsagenturen melden, dass sie sich derzeit vor allem auf die Sicherung von Auszahlungen konzentrieren werden, was den Sanktions- und Zwangscharakter des SGB II kurzfristig erheblich verringert.[39] Zugleich ist der Zugang erleichtert worden: Explizit an Soloselbstständige und Kleinunternehmer gerichtet, wurde per Gesetz eine Prüfung des vorhandenen Vermögens zunächst ausgesetzt, während gleichzeitig die von Sozialverbänden in der Vergangenheit immer wieder kritisierte Deckelung der Übernahme von Mietkosten, Heizung und Stromkosten vorübergehend aufgehoben wurde.[40] Die Übergangsrichtlinien können bis zum 31. Dezember 2020 verlängert werden.

Fest steht allerdings bereits jetzt, dass der Sozialschutz als Notstandsmaßnahme verstanden wird. Ähnlich wie die Lohnzuschläge für Menschen in bestimmten Sektoren sollen sie explizit keine dauerhaften Veränderungen präjudizieren. Die Maßnahmen könnten eine kurzfristig

[39] Vgl. das FAQ der Agentur auf: [https://www.arbeitsagentur.de/corona-faq-grundsicherung].

[40] Informationen zu den Gesetzesänderungen im Zuge des Corona-„Sozialschutzes“ finden sich hier: [https://www.bmas.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/sozialschutzpaket.html].

konfliktreduzierende Wirkung entfalten, langfristig ist jedoch offen, wie sich die Tendenz einer verallgemeinerten Prekarisierungserfahrung auswirkt. Es kann zu einer starken Konzentration von Eigentum, Macht und politischen Entscheidungen, aber auch zu neuen, überraschenden Bündnissen kommen, die die Randständigkeit und Minderheitserfahrung von Initiativen gegen die Prekarisierung von Arbeits- und Lebensbedingungen relativieren, wobei weder das eine noch das andere automatisch geschieht, sondern politischer Initiativen und Entscheidungen bedarf.

Arbeitszwang

Ein zweiter Blick auf das Sozialschutzpaket zeigt, dass es sich zwar vom Gedanken der Aktivierung – nicht zuletzt aufgrund eines drohenden Zusammenbruchs der Arbeitsverwaltung und der Arbeitsagenturen bei einem massenhaften Andrang von neuen Leistungsberechtigten – kurzfristig verabschiedet, die Logik des Förderns und Forderns jedoch auf einer anderen Ebene erhält. Das Paket umfasst nämlich auch Regeln: erstens zur Aussetzung arbeitsrechtlicher Schutzbestimmungen (vor allem aus dem Arbeitszeitgesetz) bei extensiver Mehrarbeit und zweitens eine (noch „sanft" erscheinende, unauffällige) Lenkung des Arbeitsbedarfs in Richtung Notstandsarbeiten. So wird die Anrechnung von Kurzarbeitergeld bei der freiwilligen Aufnahme von Tätigkeiten etwa in der Landwirtschaft befristet aufgehoben, ebenso eine geringfügige Beschäftigung in der Landwirtschaft erlaubt; Sozialeinrichtungen erhalten einen sogenannten Schutzschirm, sollen ihre Beschäftigten aber gegebenenfalls auch für systemrelevante Arbeiten zur Verfügung stellen.[41]

Die auffallende Bedeutung der Landwirtschaft im Krisenpaket zeigt, dass eine weitere Figur, die im Sternenhimmel der „Helden der Arbeit" bislang noch nicht vertreten ist, ein bisschen mehr Aufmerksamkeit ver-

[41] Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, FAQ zum Sozialdienstleister-Einsatzgesetz, SodEG, 30.3.2020.

dient hätte: Die des oder der migrantischen Saisonarbeiter_in in der Nahrungsmittelproduktion, wo auch in Vorkrisenzeiten schlechte Arbeitsbedingungen, Gesundheitsgefährdung der Arbeitenden, Lohn- und Mietbetrug usw. verbreitet waren.[42] Es ist derzeit nicht leicht herauszufinden, wie sich die Bedingungen in diesen Bereichen verändern. Jedenfalls hat der Arbeitskräftemangel bei der Ernte sowie vermutlich auch die Debatte über den Einsatz anderer Arbeitskräfte als der traditionell in diesen Sektoren Ausgebeuteten dazu geführt, dass das Prinzip der geschlossenen Grenzen für „40.000 Saisonarbeitskräfte" – bei strengen Bestimmungen über die Formen der Einreise – Anfang April kurzfristig durchbrochen wurde, wobei die weitere Entwicklung diesbezüglich, wie so vieles aktuell, völlig unklar bleibt.[43]

Berater_innen und Beschäftigte berichten von widersprüchlichen Tendenzen, wenn man den Blick auf migrantische Arbeiter_innen in Deutschland insgesamt erweitert: Ein Teil der Arbeiter_innen wird an der Grenze festgehalten, entweder bei der Einreise nach Deutschland oder bei der Ausreise ins Herkunftsland. Ein Teil scheint in Deutschland festzuhängen, nachdem Betriebe geschlossen wurden, oft ohne Anspruch auf Sozialleistungen und Krankenversicherung. Für Menschen mit Pässen aus Drittstaaten macht sich zudem die seit dem Integrationsgesetz von 2016 verschärfte Verknüpfung von Erwerbsarbeit und Aufenthaltsrechten spürbar.[44] Die Erklärung, dass Unternehmen wie Amazon oder Schlacht- und Zerlegebetriebe, die sämtlich im Arbeitsalltag mitnichten in der Lage sind, das Gebot des Social Distancing einzuhalten, nicht noch stärker als ohnehin von Massenkrankschreibungen getroffen werden, muss man wohl leider wesentlich im Umstand su-

[42] Peter Birke / Felix Bluhm, Arbeitskräfte willkommen. Neue Migration zwischen Grenzregime und Erwerbsarbeit, in: Sozial.Geschichte Online, 25 (2019), S. 11–45, [https://duepublico2.uni-due.de/servlets/MCRFileNodeServlet/duepublico_derivate_00070503/03_Birke_Bluhm_Arbeitskraefte_willkommen.pdf].

[43] Zu dem sogenannten Einreisekonzept siehe die interministerielle Erklärung auf: [https://www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/2020/062-corona-saisonarbeitskraefte-einreise-konzept.html].

[44] Ebd.

chen, dass Menschen ohne deutschen Pass auf unterschiedlichen Ebenen dazu gezwungen sind, irgendeiner Erwerbsarbeit nachzugehen.

Unter anderem von Karl Heinz Roth und Marcel van der Linden haben wir gelernt, dass die Grenze zwischen freier und unfreier Lohnarbeit historisch als fließend betrachtet werden muss.[45] Diese Einsicht könnte eine ungeahnte Aktualität gewinnen: Die Schutzgesetze der Bundesregierung enthalten die Ansage, dass eine Versorgung von Mangelbereichen mit Arbeitskräften im Notstand durch Zwangsmaßnahmen durchgesetzt werden müsse. Die Sichtbarmachung der Arbeits-Held_innen könnte eine fast dystopische Wendung erhalten, indem die Erfahrung des Ausgesetztseins, des ökonomisch-juridischen Zwangs zur Lohnarbeit in Bereichen mit bislang als unakzeptabel geltenden Arbeitsbedingungen ebenfalls erweitert wird. Eine Ablehnung jeder Form des Arbeitszwangs und die Forderung nach sozialen Rechten für alle in der Bundesrepublik sich aufhaltenden Menschen ebenso wie nach einem allgemeinen Schutz vor Abschiebung stehen aktuell in einem vorher kaum sichtbaren Zusammenhang.

Arbeitskämpfe im Notstand

Hinter der Corona-Krise tritt nach und nach ein Notstand der Arbeitsgesellschaft hervor. Die Tendenzen, die sich abzeichnen, lassen sich derzeit noch schwerer als sonst in einigermaßen haltbare Prognosen verwandeln. Aber es lassen sich vielleicht einige Thesen ableiten, die aktuelle mit zukünftigen sozialen Kämpfen verbinden:

Eine *erste* These ist, dass die Aufwertung lebenswichtiger Bereiche eine Chance bietet, dort eine nachhaltige Verbesserung der Bedingungen einzufordern, die über den Notstand selbst hinaus trägt. Gegen eine Verallgemeinerung dieser Strategie spricht jedoch die Tatsache, dass nicht per se aufgewertet wird, sondern eher eine Sortierung stattfindet,

[45] Marcel van der Linden / Karl Heinz Roth, Karl Marx und das Problem der Sklavenarbeit, in: dies. (Hg.), Über Marx hinaus. Arbeitsgeschichte und Arbeitsbegriff in der Konfrontation mit den Arbeitsverhältnissen des 21. Jahrhunderts, unter Mitarbeit von Max Henninger, Berlin / Hamburg 2009, S. 581–586.

die einige Tätigkeiten ins Rampenlicht stellt und andere abwertet. So oder so zeigt sich die Bedeutung von Sorgearbeit für die Analyse von Arbeitsverhältnissen insgesamt, einschließlich der unbezahlt geleisteten Familienarbeit.

Eine *zweite* These ist, dass die Krise bereits jetzt, und eventuell zukünftig noch deutlicher, Verbindungen zwischen Konflikten aufzeigt, die sonst eher verdeckt sind: Selbstorganisation, Nachbarschaftshilfe werden zu Teilen der „Fundamentalökonomie", Prekarisierung ist nicht nur wie zu Bourdieus Zeiten virtuell „überall",[46] sondern wird wirklich verallgemeinert usw.

Dies heißt jedoch zugleich, dass politische und insbesondere auch gewerkschaftliche Initiativen, die auf eine Regulierung der Krise der Arbeitsgesellschaft setzen, indem sie sich lediglich auf den Arbeitsplatz beziehen, von vornherein zum Scheitern verurteilt sind. Eine Erweiterung linker, kritischer Arbeitspolitik ist mehr als dringlich: Es erscheint immer weniger plausibel, Lohnersatzleistungen, Grundeinkommen, Migrationsverhältnisse, Geschlechterverhältnisse, Sozialleistungen, Mietverhältnisse *nicht* zu thematisieren, wenn es um eine Verbesserung von Arbeitsverhältnissen geht. Kämpfe um Arbeit werden zudem ohne einen Bezug auf Kämpfe im Stadtteil und in der Nachbarschaft den aktuellen Herausforderungen kaum gerecht werden. Und nicht zuletzt in diesem Rahmen wird der Bezug auf Selbstorganisation und Selbsthilfe wichtiger, und damit Felder, die von den skizzierten Ambivalenzen geprägt sind: zwischen Paternalismus und Universalismus, Vergemeinschaftung und Verallgemeinerung, Emanzipation und Volksgemeinschaft. Insofern geht es nicht nur um eine inhaltliche und sozialräumliche Erweiterung von Arbeitskämpfen, sondern auch um Positionierungen auf der „richtigen" Seite innerhalb dieser Ambivalenzen.[47]

---

[46] Pierre Bourdieu, Prekarität ist überall, in: ders.: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion, Konstanz 1998, S. 96–102.

[47] Vgl. zu diesem Problem die Debatte über die Situation in Frankreich in den Heften 25 und 26 dieser Zeitschrift.

Dabei muss *drittens* mit dem multiplen Charakter der Krise gerechnet werden, die auch deshalb eine eigene, wenig berechenbare Dynamik erhält, weil sie eben nicht nur Ökonomie und Arbeit, sondern nahezu alle Lebensbereiche betrifft. Mit dem Bezug auf frühere Krisen tritt auch eine weitere bereits früher gemachte Erfahrung auf den Plan: Auch 2008/09 kam es zu einer kurzen Phase der Öffnung von Möglichkeiten, die vorher unerreichbar erschienen – Krise des Neoliberalismus, staatliche Nachfrageprogramme, bedingungslose Gewährung von Sozialeinkommen, Anerkennung von gesellschaftlich notwendiger Arbeit dort, wo vorher die eiserne Regel „Profit = Effizienz" galt. In einer zweiten Phase wurde dann genau mit diesen Elementen, die Gewerkschaften und Sozialverbände schon 2010 in eine Art korporatistische Euphorie getrieben haben,[48] „aufgeräumt". Auch heute kann es keinerlei Illusionen darüber geben, dass irgendjemand in der derzeitigen Regierung plant, die solidarischen Aspekte staatlicher Krisenbewältigungsstrategien auf Dauer zu stellen oder gar zu einem politischen Prinzip zu machen. Ob dieses nach 2010 sichtbare Modell der Öffnung und anschließenden Verfestigung (oder sagen wir nicht besser sogar: „Rettung") neoliberaler Politik sich in der Bundesrepublik wieder ähnlich gut geschmiert durchsetzt, ist allerdings auch vom Verlauf der Corona-Krise selbst abhängig: Es könnte durch ihre Intensität und zyklische Wiederholung modifiziert werden.

Wie dem auch sei, die Wahrscheinlichkeit, dass es auch in Deutschland verfrüht ist, dem Neoliberalismus das Totenglöckchen zu läuten, ist noch immer sehr hoch. Es mag sich vielmehr eine andere Tendenz durchsetzen, die wir anhand der Analysen zu den Klassenkämpfen in Frankreich in dieser Zeitschrift bereits thematisiert haben: Eher als eine bruchlose Durchsetzung von Rechtsentwicklung und Faschisierung erscheint aktuell eine Art europaweiter Macronismus am Horizont – nicht Höcke also, eher Söder. Oder Merz, ein harter Neoliberaler, der

[48] Peter Birke, Widersprüche des Korporatismus: die Situation der Gewerkschaften und die aktuellen Arbeitskämpfe in Deutschland, Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS), Hamburg 2011.

auch durch seinen Rassismus auffällt, aber, wie wir der Münsterländischen Zeitung entnehmen dürfen,[49] Blut für die Uniklinik spendet. Einer, der ähnlich wie Macron exemplarisch für den sich verbreiternden Kult demokratiefreier Expertise steht, die durch die Regierung der großen, kleinen und ganz kleinen Krisenstäbe aktuell eine schreckliche Konjunktur erlebt. Für die sozialen Bewegungen würde eine solche Konstellation vor allem bedeuten, dass wir es mit einer neuen, harten Kompromisslosigkeit des „Durchregierens" zu tun bekommen könnten.

Sieht man auch diesbezüglich Frankreich als Vorkrisen-Labor, dann würden grundlegende Projekte der Herrschenden, wie dort die Rentenreform, quasi mit geschlossenen Augen durchgesetzt. Sie würden im Zweifel auch gegen massivsten Protest von (nach der Ausgangsbeschränkung hoffentlich wieder sichtbaren) Massenbewegungen durchgesetzt. Diese Wendung würde zugleich bedeuten, dass kleine, reformistische Alltagsforderungen die Systemgrenzen zunehmend unmittelbar berühren würden. Keine Frage: Es besteht eine große Dringlichkeit, aktuell Kritik und Forderungen zu formulieren, wie das ja auch schon vielfach geschieht, auch Alltagssolidarität zu organisieren. Aber es besteht auch die ebenso dringliche Notwendigkeit, Räume zu schaffen, in denen die strategische Bedeutung der Krise für langfristige Orientierungen einer kritischen, emanzipatorischen Arbeits- und Klassenpolitik diskutiert werden können. Die skizzierten Fragen und Thesen bilden diesbezüglich nur einen kleinen Ausschnitt der großen Fragen ab, die zu besprechen sind.

[49] Münsterländische Zeitung, 28.3.2020.

Wolfgang Völker[*]

Auf Freiwilligenarbeit ist kein Verlass, schon gar nicht im Notstand

Beim Lesen des Textes „Vom Notstand in der Arbeitsgesellschaft" der *Gruppe Blauer Montag* sind mir einige Argumente und Diskussionsstränge zu Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement in Erinnerung gekommen, auf die ich im Folgenden hinweisen möchte. Dass mir diese Argumente in den Sinn gekommen sind, liegt daran, dass im Text der Gruppe Blauer Montag a) Freiwilligenarbeit, Nachbarschaftshilfe und Selbstorganisation deutlich genug getrennt sind, b) ein Zusammenhang zwischen diesen Praktiken und der notwendigen „Fundamentalökonomie"[1] unserer Gesellschaft hergestellt wird und c) auf die Ambivalenzen und Widersprüche solcher Praktiken hingewiesen wird, nicht zuletzt im Verhältnis zum Innehaben und Verwirklichen sozialer

[*] Da es mir um politische Einschätzungen in der Diskussion geht, will ich auch sagen, vor welchem Hintergrund ich schreibe. Erstens bin ich seit mehreren Jahren in Hamburg in einem Gruppenzusammenhang aktiv, in dem sich Leute aus der Sozialen Arbeit, sozialpolitisch interessierte Leute mit anderem beruflichen Hintergrund in unterschiedlichen Intensitäten, auch unter der Beteiligung von Erwerbslosen und Rechtsanwälten, organisieren. Sie mischten und mischen sich auf verschiedene Art und Weise in Hamburg in Konflikte um materielle Existenzsicherung, sozialstaatliche Leistungen („Hartz IV") ein. Zum Zweiten habe ich seit mehreren Jahren einen Lehrauftrag an der hiesigen Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit und Diakonie, bei dem ich mit den Studierenden, die alle im Sozial- oder Gesundheitsbereich berufstätig sind, das Thema „Soziale Arbeit und Zivilgesellschaft" bearbeite. Zum Dritten mache ich von Anfang an in unterschiedlicher Intensität bei der Zeitschrift „Widersprüche" mit [https://www.widersprueche-zeitschrift.de/], in der immer wieder die Fragen, was kritische Soziale Arbeit sein kann und welche Alternativen es zur herrschenden und herrschaftlichen Sozialstaatlichkeit gibt, diskutiert werden. Schließlich habe ich den Großteil meines Berufslebens in kirchlichen und diakonischen Organisationen gearbeitet und war dort auch immer wieder mit Diskussionen um die Rolle von Freiwilligenengagement und privater Wohltätigkeit konfrontiert.

[1] Der Begriff „Fundamentalökonomie" beschreibt im Text des Blauen Montag „gesellschaftlich notwendige Arbeit". Er geht insofern über den Begriff der „öffentlichen Güter" hinaus, wie zuletzt auch durch das Foundational Economy Collective ausgeführt, siehe dies., Die Ökonomie des Alltagslebens. Für eine neue Infrastukturpolitik, Frankfurt am Main 2019, S. 47ff.

Rechte, sowie auf Gefahren des Paternalismus und Anfragen an Klassenverhältnisse im Freiwilligenengagement.

Freiwilligenarbeit und aktivierender Staat

Der erste Diskussionsstrang, der mir bei und nach dem Lesen des Textes in den Sinn kam, war der über den Zusammenhang von Freiwilligenarbeit, Freiwilligenengagement, bürgerschaftlichem Engagement und aktivierendem Sozialstaat. Theoretisch wird dieser Zusammenhang aus meiner Sicht sehr gut und auch politisch zugespitzt von Stephan Lessenich, Silke van Dyk und Elène Misbach auf den Punkt gebracht. Stephan Lessenich schreibt:

> Im Zentrum der aktivierungspolitischen wohlfahrtsstaatlichen Programmatik steht der tendenzielle Übergang von der ‚Staatsversorgung' zur Selbstsorge, vom kollektiven zum individuellen Risikomanagement. Immer aber geht es dabei nicht nur um Aktivität an – und für – sich, sondern um die individuelle Bewegung in ‚höherer', sozialer Absicht. Die neue Rationalität wohlfahrtsstaatlichen Handels realisiert sich in der sozialpolitischen Konstruktion doppelt verantwortungsbewusster, nämlich nicht allein sich selbst, sondern auch ‚der Gesellschaft' gegenüber verantwortlicher Subjekte.[2]

Es geht im Programm des aktivierenden Sozialstaats also nicht nur um mehr Eigenverantwortung für die Risiken des proletarischen / lohnabhängigen Lebenslaufs (Angriffe auf paritätische Finanzierungen in der Krankenversicherung und Rentenversicherung, Erhöhung des Zwang zur privaten Absicherung bzw. Versicherung, Erhöhung des Zwangs zur Arbeit um jeden Preis), sondern auch darum, dass die Bürger*innen selber aktiv werden und ihren Beitrag zum sogenannten sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft leisten.

[2] Stephan Lessenich, Mobilität und Kontrolle. Zur Dialektik der Aktivgesellschaft, in: Klaus Dörre / Stephan Lessenich / Hartmut Rosa: Soziologie – Kapitalismus – Kritik, Frankfurt am Main 2009, S. 163.

Gefordert und gefördert wird auf verschiedenen staatlichen Ebenen Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement. Silke van Dyk und Elène Misbach schreiben von einer

> Re-Strukturierung (wohlfahrts-)staatlicher Politik, im Zuge derer das sorgende Potenzial unbezahlter Arbeit – auch jenseits der Familie – an Bedeutung gewinnt. Die gezielte Indienstnahme der ‚Ressource Gemeinschaft' in Gestalt von Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und zivilgesellschaftlichem Engagement ist Ausdruck dieser Entwicklung.[3]

Nun blieb und bleibt die Aktivierungspolitik nicht nur auf einer programmatischen Ebene. 1999 setzte der Deutsche Bundestag eine Enquete-Kommission zur Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements ein. Die Verantwortung für die Engagementpolitik wurde beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend angesiedelt. 2009 wurde die Bundesregierung vom Bundestag beauftragt, möglichst in jeder Legislaturperiode einen Bericht über den Stand des bürgerschaftlichen Engagements vorzulegen und eine Stellungnahme dazu abzugeben. Seither gab es zwei Engagementberichte. Im ersten Bericht wurde stark in Richtung einer moralischen Pflicht der Bürger*innen zum Engagement argumentiert, im zweiten Bericht wieder mehr auf das Prinzip tatsächlicher Freiwilligkeit des Engagements hingewiesen.

Ob aus freien Stücken oder Pflichtbewusstsein – inzwischen wird staatlicherseits fest mit der Tatkraft des freiwilligen, bürgerschaftlichen Engagements gerechnet, nicht zuletzt im Sozialbereich. Es gibt kaum noch Stadtentwicklungsprogramme und andere Politikfelder, in denen keine Initiierung von Freiwilligenengagement als wichtiger Baustein vorgesehen ist. Ziemlich flächendeckend gibt es Freiwilligenagenturen, in denen Angebot und Nachfrage von / an Freiwilligenarbeit zusammengebracht werden. In der Quartierspolitik etwa steht die Förderung von Nachbarschaftshilfe hoch im Kurs. In der Altenhilfe wird nach „sorgenden Gemeinschaften" gerufen beziehungsweise auf sie gehofft, in der

[3] Silke van Dyk / Elène Misbach, Zur politischen Ökonomie des Helfens. Flüchtlingspolitik und Engagement im flexiblen Kapitalismus, in: PROKLA, 46 (2016), 183, S. 205–227, hier S. 208.

Pflege spricht man vom „Pflegemix“ aus professioneller, bezahlter und freiwilliger, unbezahlter Arbeit, im öffentlichen Nahverkehr wird mancherorts auf „Bürgerbusse“ zurückgegriffen und „Dorfläden“ werden als Ersatz für abgewanderten (Lebensmittel-)Einzelhandel in Bürgerhand betrieben.

Auch in der aktuellen Pandemiesituation wird staatlicherseits auf Möglichkeiten des freiwilligen Engagements hingewiesen. „Ich möchte mich freiwillig engagieren. An wen kann ich mich wenden?“: Diese Frage steht im Fragenkatalog zum Corona-Virus, auf der Website der zuständigen Hamburger Behörde dem Themenbereich ‚Soziales und Integration‘ zugeordnet, gleich an dritter Stelle. Dort findet man nicht nur einen Überblick über die neu entstandenen Angebote von Freiwilligenengagement und Nachbarschaftshilfe, sondern auch Tipps zu Versicherungsfragen und Datenschutz im Zusammenhang mit den auf die Pandemie bezogenen Hilfsangeboten.

Freiwilligendienste bieten ein breites, von Wohlfahrtsverbänden fachlich begleitetes Betätigungsfeld für junge Leute nach Beendigung der Schule, für Flüchtlinge, für Erwerbslose und Rentner*innen. Die sogenannte Arbeitsmarktneutralität des Engagements wird allenthalben unterstellt. Diese Beispiele bestätigen, dass die Werbung für freiwilliges bürgerschaftliches Engagement Ausdruck eines neu interpretierten Sozialstaatsgebots ist: „[S]ozial ist, wenn sich die Gesellschaftsmitglieder selbst – ohne staatliche Leistungsgarantie – um diejenigen kümmern, die beispielsweise zu alt oder zu jung sind, um für sich selber zu sorgen.“[4]

Silke van Dyk und Elène Misbach weisen darauf hin, dass die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement parallel zu weiteren „Grenzverschiebungen“ umgesetzt wird, neben der eben angesprochenen Verschiebung von der Staatsversorgung zur Selbstsorge etwa die Neuerung, dass Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, „nicht mehr als Träger_innen von Rechten betrachtet [werden], sondern als zur Eigenverantwortung Verpflichtete“.[5] Schließlich charakterisieren die

[4] Van Dyk et al., Politische Ökonomie des Helfens (wie Anm. 2), S. 209.
[5] Ebd.

Autorinnen auch die „zunehmende[.] Unterfinanzierung öffentlicher Infrastruktur und Verwaltung“, die im Rahmen einer Politik der Schuldenbremse und Anbetung der schwarzen Null herbeigeführt wird, als eine solche Grenzverschiebung.

Auch wenn mir klar ist, dass zwischen Programmatik und Realisierung Unterschiede bestehen und die Leute in ihrer Praxis nicht vom Programm in ihrem Verhalten gesteuert werden, fällt es mir schwer, bei Freiwilligenarbeit noch, wie die Gruppe Blauer Montag es tut, von Ambivalenzen zu sprechen. Freiwilligenarbeit erscheint mir auf gewisse Weise als instrumentalisiert und auf eine gewisse Art verstaatlicht. Schließlich sehe ich in diesem Feld, das inzwischen nicht nur von der Nutzung unbezahlter Arbeit lebt, sondern auf verschiedene Art und Weise „monetarisiert“ ist, auch eine Zone von letztlich prekären Beschäftigungsformen, in denen sich für einen Teil der Beteiligten der Wunsch nach gesellschaftlich anerkannten Tätigkeiten mit der Notwendigkeit verbindet, etwas Geld „dazu“ zu verdienen. Im „Notstand der Arbeitsgesellschaft“ werden diese Arbeiten und ihre Verbreitung als Bestandteil der Normalität der Gesellschaft zweifellos sichtbarer, wie die Gruppe Blauer Montag in ihrem Text ja auch betont.

„Rechte statt Reste“

Der zweite Diskussionsstrang, der mir in den Sinn kam, betrifft den Charakter der mit Freiwilligenarbeit erbrachten Unterstützungsleistungen. Eine derzeit laufende Petition von kirchlichen Akteuren aus Bayern und *ver.di* Bayern bringt es auf den Punkt: „Rechte statt Reste“.[6] Mit der Petition fordert die Initiative derzeit die Erhöhung der Regelsätze im SGB II um 100 €. Im Rahmen dieser Initiative wird betont, dass die freiwilligen Unterstützungsleistungen nicht auf sozialen Rechtsansprüchen von Menschen basieren, sondern letztlich auf dem guten Willen der Engagierten und ihrer Organisationen.

[6] Vgl. [https://www.change.org/o/initiative_rechte_statt_reste].

Auch wenn ich den herrschenden und herrschaftlichen Sozialstaat kritisiere, würde ich immer verteidigen, dass er in der Form einklagbarer Rechte Sozialleistungen gewährt, und eben nicht auf Basis moralischer oder willkürlicher Entscheidungen in Ansehung der Person[7]. Dies ist, das zeigen Erzählungen und Forschungen von und über das klassische Beispiel der Tafeln, ein strukturelles Problem dieser Form der Hilfe:

> Das, was auf den ersten Blick so schön klingt […], basiert tatsächlich auf dem Abbau sozialer Rechte und stärkt anti-emanzipatorische Formen des Helfens, die durch persönliche Abhängigkeit, Ungewissheit und Hierarchien zwischen vermeintlichen Wohltäter_innen und Hilfsbedürftigen geprägt sind. Was nach Wärme und Entbürokratisierung klingt, ist tatsächlich die Preisgabe einer der wesentlichen Errungenschaften im modernen Wohlfahrtsstaat: die Entkopplung von sozialer Sicherung und sozialer Beziehung in Gestalt eines verlässlichen, anonymen Ausgleichsmechanismus.[8]

Diese Formen der Hilfe schaffen Formen persönlicher Abhängigkeiten und setzten an Stelle von verrechtlichten Beziehungen Gabenbeziehungen von „Bitte“ und „Danke“.

Des weiteren ist die Frage zu stellen, ob solche Hilfen bedarfsgerecht sind. Man kann sowohl innerhalb des Sozialstaats als auch gegen ihn darüber streiten, was jeweils als bedarfsgerecht definiert wird. Bei Tafeln kann man das nicht. Man muss von dem nehmen, was da ist. Es fällt also auseinander, was freiwillige Nothilfeeinrichtungen wie Tafeln bieten, und das, was die Leute in Not brauchen. Es sind erstens eben die Reste,

---

[7] Vgl. Niko Diemer / Wolfgang Völker, Verteidigen, Kritisieren, Überwinden zugleich? Probleme mit dem Sozialstaat, in: Widersprüche, 2 (1982), 4/5, [https://www.widersprueche-zeitschrift.de/article69.html]. In diesem Text haben wir in der Redaktion der Zeitschrift Widersprüche uns mit damals aktuellen Debatten um die Reform oder Verteidigung des Sozialstaats auseinandergesetzt. Dabei haben wir z. B. grün-alternativen und linksradikalen Kritikern an den bürokratische und verrechtlichten Formen entgegengehalten: „Die an die Form bürgerlichen Rechts gebundene Utopie des Gleichheitspostulats wird im Abseits belassen. Die Forderung nach sozialer Gleichheit, die sich in der Allgemeinheit des Rechtsanspruchs findet, enthält nämlich die politisch-moralische Anerkennung eines sozialen Menschenrechts. Des Menschenrechts auf ein Leben ohne Armut, Not und Hunger. Allerdings bedeutet dies auch nur den Anspruch auf eine staatliche Leistung und nicht die materielle Realisierung eines bestimmten Lebensniveaus.“

[8] Van Dyk, Politische Ökonomie des Helfens (wie Anm. 2), S. 213.

die ihnen angeboten werden, und nicht mehr Geld, mit dem sie dann einkaufen gehen könnten. Und zweitens ist das Angebot alles andere als verlässlich – und das zeigen nicht erst die Notrufe der Tafeln in Zeiten der C-V-Pandemie.

Diese Problematisierung findet sich ja auch im Text der Gruppe Blauer Montag. Auf die anti-emanzipatorischen Seiten des Freiwilligenengagements weisen auch die Positionen hin, die sich mit diesen Veränderungen des Sozialstaates unter dem Titel der „neuen Mitleidsökonomie" auseinandersetzen:

> Wir möchten im Folgenden die These vertreten, dass sich seit den 1990er Jahren mit der Implementierung dieses neuen Verteilungssystems auf der einen Seite ein spezifisches Segment des kapitalistischen Wirtschaftssystems entsteht, welches zur kostenschonenden Beseitigung von Überproduktionsanteilen und Konsumresten qua ‚Redistribution' an ‚Bedürftige' beiträgt und dabei sowohl auf unbezahlte wie bezahlte Arbeitskraft zurückgreift und eigene organisatorische und logistische Kapazitäten aufbaut und in vorherrschende Produktions- und Wertschöpfungsketten eingebunden ist. Auf der anderen Seite weist das Segment auch über die Logiken der vorherrschenden Marktökonomien hinaus, insofern es auch nach der Logik einer Almosen- und Gabenökonomie arrangiert ist […]. Gerade in der widersprüchlichen Gleichzeitigkeit dieser beiden Elemente scheint uns ein Schlüssel für den rasanten Erfolg eines Systems zu liegen, dass wir […] als neue Mitleidsökonomie beschreiben wollen.[9]

Oben–Mitte–Unten

Im Text der Gruppe Blauer Montag ist auch von der Neuvermessung der Klassengesellschaft in der Freiwilligenarbeit die Rede. Diese Aussage erinnert an die Frage, wer sich denn freiwillig engagiert und wem dann freiwillig geholfen wird. Antworten auf diese Frage kann ich unter anderem finden in Forschungen zum zivilgesellschaftlichen und politischen Engagement. In den meisten Ergebnissen wird belegt, dass, ähn-

[9] Fabian Kessl / Thomas Wagner, „Was vom Tisch der Reichen fällt …". Zur neuen politischen Ökonomie des Mitleids, in: Widersprüche, 31 (2011), 119/120, S. 58f.

lich wie im klassischen Fall der Beteiligung an demokratischen Verfahren wie Wahlen, diejenigen unterrepräsentiert sind, die über einen niedrigen sozioökonomischen Status, gemessen an Einkommen und formalen Bildungszertifikaten, verfügen.

In diesem Verhalten drückt sich nicht zuletzt ein Bewusstsein davon aus, als Angehöriger dieser sozialen Gruppen wenig Einfluss auf politische Entscheidungen zu haben.[10] Erwerbslose sind ebenfalls in wesentlichen Bereichen der Freiwilligenarbeit und zivilgesellschaftlichen Formen des politischen Engagements nur in geringem Maße vertreten.[11] In Freiwilligenarbeit begeben sich vorwiegend Menschen mit höheren formalen Bildungsabschlüssen und Einkommenspositionen. Andere Argumentationslinien weisen darauf hin, dass a) in den dominanten Engagementformen von Freiwilligen Ausgrenzung von Einzelnen und Gruppen stattfindet, die sogenannten Mittelschichtsnormen der Kommunikation nicht entsprechen, es b) ein soziales Gefälle zwischen denen gibt, die helfen, und denen, welchen geholfen wird und c) Erwerbslose und Arme bürgerschaftliches oder politisches Engagement nicht oder nur beschränkt wahrnehmen.

Zu a): Chantal Munsch[12] bietet verschiedene Erklärungsversuche an, weshalb Angehörige unterer Schichten, also diejenigen, die meist als „sozial Benachteiligte“ bezeichnet werden, in der Freiwilligenarbeit, im bürgerschaftlichen Engagement wenig Chancen haben, ihre Interessen zu artikulieren. Sie spricht von der Dominanz von Kommunikationsformen, die auf vernünftigen Austausch von Argumenten, auf Sachlichkeit und das Einhalten von zielführenden Verfahrensregeln setzen. Auch bezüglich der Themensetzungen finden Ausschlüsse statt, da die Themen allesamt einen Bezug zum Allgemeinwohl haben müssen. Andere

[10] Vgl. Sebastian Boedeker, Soziale Ungleichheit und Politische Partizipation in Deutschland, [https://bibliothek.wzb.eu/wzbrief-zivilengagement/WZBriefZivilengagement052012_boedeker.pdf].

[11] Vgl. Britta Baumgarten, Abseits in der Zivilgesellschaft. Lobby und Engagement Arbeitsloser sind schwach, [https://bibliothek.wzb.eu/wzbrief-zivilengagement/WZBrief_zivilengagement042011_baumgarten.pdf].

[12] Chantal Munsch, Engagement und Ausgrenzung. Theoretische Zugänge zur Klärung eines ambivalenten Verhältnisses, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 24 (2011), 3, S. 48–55.

Themen werden als Privatangelegenheit aus der Engagement-Öffentlichkeit verdrängt und im besten Fall noch als Angelegenheit von Selbsthilfegruppen wahrgenommen.

Chantal Munsch beschreibt solche Ausgrenzungsprozesse einerseits als Ausdruck einer „Effektivitätsfalle": Die Erwartung der Effektivität des Engagements führt zur Etablierung von Effektivitätsregeln in der Interaktion und Kommunikation. Andere, diesen Regeln und Erwartungen nicht entsprechende Verhaltensweisen werden als störend empfunden, insbesondere von den im Freiwilligenengagement dominierenden Menschen aus der sogenannten Mittelschicht. Andererseits besteht Munsch in ihrer Argumentation auch darauf, dass es letztlich Strukturen der sozialen Ungleichheit sind, die auch die Verteilung der Ressourcen bestimmen, welche erst ermöglichen, sich überhaupt an Freiwilligenarbeit, bürgerschaftlichem Engagement etc. zu beteiligen. Die Beschränkung der Zugänge zum Engagement beruht „auf sozialen Differenzierungen, insbesondere in Bezug auf soziale Klasse, Geschlecht, Nationalität, Hautfarbe oder Wohnort",[13] und „gerade in existenziellen Notlagen bleiben zumeist nur noch wenige Ressourcen, um sich ‚für andere', ‚für die Allgemeinheit' zu engagieren, wie es das herrschende Verständnis von bürgerschaftlichem Engagement vorsieht".[14]

Zu b): Freiwilligenengagement / Freiwilligenarbeit ist im Unterschied zu Selbstorganisation oder Selbsthilfe immer eine Praxis *für andere*. Bei den Tafeln oder Kleiderkammern organisieren Menschen, die nicht in materiellen Notlagen sind, Hilfen zur Linderung von Notlagen anderer Menschen. Im Rahmen von Patenschaften stellen sich Menschen, die im bürgerlichen und beruflichen Leben erfolgreich waren und sind, als Ratgeber*innen und Unterstützer*innen für meist jüngere Menschen zur Verfügung, um ihnen bessere Chancen in der Konkurrenz um Bildungszertifikate und Berufseinstiege zu ermöglichen. Bei ehrenamtlichen Ämterbegleitungen unterstützen Menschen, die sich in gesetzlichen Regelungen wie auch im Umgang mit Behörden auskennen und mit

[13] Ebd., S. 53.
[14] Ebd.

einem Selbstbewusstsein gegenüber den bürokratischen Institutionen und Verfahren ausgestattet sind, Menschen, die von Behörden diskriminiert werden, herabwürdigend oder schlicht nicht entsprechend dem geltenden Recht behandelt werden. In der Kluft, die sich zwischen diesen ungleichen Positionen der Beteiligten auftut, gedeiht die Möglichkeit des Paternalismus, die Gefahr des stellvertretenden Handelns, letztlich also einer Reproduktion der sozialen Ungleichheit und der Hierarchie bezüglich der Gestaltungsmacht (des eigenen Lebens) in der Hilfe. Die Helfenden scheinen zu wissen, was für die anderen gut ist. Die Helfenden sind die Subjekte des Engagements, das Engagement wird gewählt, weil es gerade in ihre aktuelle biografische Phase passt.

Zu c): Nun werden Leser*innen dieses Textes sicher genau wie ich Menschen kennen, die sich trotz prekärer Lebenslage in Freiwilligenarbeit betätigen, sei es bei Lebensmittelausgaben oder bei Ämterbegleitungen, und die sich darüber hinaus auch in bestehende Verhältnisse einmischen. In der Literatur zu freiwilligem und politischem Engagement dominiert die These, dass „sich in Milieus, die durch Armut und Arbeitslosigkeit geprägt sind, eher informelle Formen der Solidarität in der Familie, unter Freunden, aber auch informelle Formen der Widerständigkeit finden lassen".[15] Hier drückt sich aus, dass die Wahrnehmung von Engagement und Einmischung letztlich auch klassenmäßig strukturiert ist. Hier zeigt sich auch, dass wir uns bei der Betrachtung dieser Formen der Einmischung schon auf dem Weg zu Praktiken der Selbstorganisation und gegenseitiger Alltagshilfen befinden, die eben nicht mehr vom Prinzip geprägt sind, etwas „für andere" oder „für das Allgemeinwohl" zu tun.

Leiv Eirik Voigtländer unterscheidet in seiner Arbeit zum zivilgesellschaftlichen Engagement von Menschen in prekären Lebenslagen deswegen auch zwischen Forschungen aus der Perspektive bürgerschaftlichen Engagements und Forschungen, die aus der Perspektive sozialer Bewegungen auf ihren Untersuchungsgegenstand blicken.[16] Im ersten Fall, stellt er fest, stehen oft Defizitzuschreibungen im Vordergrund,

[15] Ebd., S. 52.

und gefragt wird womöglich primär danach, ob und wie ehrenamtliches Engagement für Arbeitsmarktchancen der Engagierten förderlich ist. Im zweiten Fall loten die Forschungen soziale Ungleichheit als „Konfliktfeld umkämpfter und vorenthaltener Lebenschancen" und „Möglichkeiten und Grenzen, […] Interessen und Rechte gemeinsam engagiert zu behaupten", aus.[17]

Als weitere Autoren, die zu diesem Grenzbereich von bürgerschaftlichem Engagement, Freiwilligenarbeit und Selbstorganisation zu befragen wären, fallen mir Harald Rein und Stephan Nagel ein. Harald Rein schenkt in seinen Texten zur Geschichte von Erwerbslosenprotesten und Erwerbslosenorganisation immer wieder dem stummen Protest und den alltäglichen Kämpfen vieler Einzelner in der Verteidigung ihrer Würde Aufmerksamkeit.[18] Stephan Nagel befasst sich unter anderem mit Möglichkeiten neuer politischer Bündnisse in einer Politik gegen Wohnungslosigkeit. Hierbei geht er auch auf die seltenen Prozesse der Selbstorganisation von Wohnungslosen und auf einzelne Solidarisierungsprozesse von eher etablierten Organisationen mit Wohnungslosen ein. Er beschreibt dabei auch Voraussetzungen für gelingende, öffentlich sichtbar werdende Proteste und Prozesse der Selbstorganisation. Dazu gehören unter anderem die Unterstützung mit materiellen Ressourcen wie Geld und Räumlichkeiten, mit rechtlicher Beratung und der Hilfe mit Ressourcen der Öffentlichkeitsarbeit, die ohne Einmischung und weitere Bedingungen von etablierten Organisationen zur Verfügung gestellt werden.[19]

[16] Leiv Eirik Voigtländer, Armut und Engagement. Zur zivilgesellschaftlichen Partizipation von Menschen in prekären Lebenslagen, Bielefeld 2005.

[17] Ebd., S. 55.

[18] Exemplarisch: Harald Rein, Wenn arme Leute sich nicht mehr fügen…! Bemerkungen über den Zusammenhang von Alltag und Protest, Neu-Ulm 2017.

[19] Vgl. Stephan Nagel, Impulse für eine Politik gegen Wohnungslosigkeit. Neue Akteure und politische Rahmungen, in: Stefan Gillich / Rolf Keicher / Sebastian Kirsch, Alternativen zu Entrechtung und Ausgrenzung, Freiburg im Breisgau 2019, S. 115–134.

Ambivalenzen und Widersprüche

Nochmal ein paar Anmerkungen zur immer wieder betonten Ambivalenz von Freiwilligenarbeit: Die wesentliche Basis des Arguments scheint mir zur sein, dass die Hilfe für Menschen in Not einfach unstrittig ist. Es gibt schlicht kein mit guten Gründen vertretbares Argument, warum man Menschen in Notlagen nicht helfen sollte. Niemand will sich mit der eigenen Notlage abfinden. Und Bereitschaft zur bedingungslosen Hilfe ist Ausdruck schlichter Humanität. Das Problem der Ambivalenz lässt sich vielleicht mit einer zugespitzten Frage an die Geschichte vom barmherzigen Samariter verdeutlichen. Die Geschichte wird ja immer wieder als klassisches und gutes Beispiel für bedingungslose, humanitäre, auf Nächstenliebe basierende Hilfe erzählt, ja manchmal sogar zur Grundlagenerzählung von Sozialstaatlichkeit erhoben.

Die zugespitzte Frage an diese Erzählung ist: Wer sind im übertragenen Sinne heute die „Räuber", die Menschen in Notlagen bringen? Dies ist die Frage nach den gesellschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnissen, die jene prekären Situationen und sozialen Verwundbarkeiten hervorrufen, die dann mit Freiwilligenengagement bearbeitet werden. Es ist bekannt, wie lange zum Beispiel der Bundesverband der Tafeln gebraucht hat, um sich zur mangelnden Höhe der Regelsätze in den Grundsicherungen zu äußern und sich damit auch politisch einzumischen. An der Basis der Tafeln herrscht immer noch in großem Ausmaß das Selbstmissverständnis, dass Tafelarbeit unpolitisch sei, dass es dabei nur um Hilfe für Menschen gehe. In Hamburg habe ich die mehr als paradoxe Situation erlebt, dass die Senatsbehörde Hamburgs, die in der Arbeitsgemeinschaft mit der Hamburger Arbeitsagentur, also mit dem Jobcenter für die Umsetzung des SGB II in der Stadt verantwortlich ist, den „Ämterlotsen" einen Preis für bürgerschaftliches Engagement verlieh. Die Mehrzahl der Ämterbegleitungen, die diese viel genutzte diakonische Initiative durchführt, findet zu Jobcenterstandorten in Hamburg statt: Genau dort werden für Leistungsberechtigte und Antragsteller*innen die meisten Probleme produziert.

Van Dyk und Misbach zitieren in ihrem schon genannten Text den Flüchtlingsaktivisten Bino Byansi Byakuleka, dem in der Willkommenskultur die politische Diskussion fehlt: „Die meisten sind zufrieden damit zu ‚helfen'. Sie wollen uns nicht als menschliche Wesen sehen, die die gleichen Rechte haben."[20] Vor dem Hintergrund des Engagements in der Flüchtlingshilfe fragen die Autorinnen nach Möglichkeiten der Politisierung von Freiwilligenhilfe. Sie gehen mit dem Verweis auf öffentliche Stellungnahmen und Protesten von Medibüros und Initiativen wie *Moabit hilft* oder *Kreuzberg hilft* davon aus, dass sich das „Schließen staatlicher Versorgungslücken und politische Gegenmacht" nicht zwingend ausschließen.[21] Die von Byakuleka aufgeworfene Frage nach dem Innehaben von Rechten und der Forderung nach gleichen Rechten, die der Staat herstellen muss, begreifen sie als wichtiges Kriterium zur politischen Bewertung von freiwilliger Hilfe, nicht nur bezogen auf die Situation von Flüchtlingen. Und sie betonen – hier sind sie im Gleichklang etwa mit Organisationen wie *medico international* – dass die Hilfe versuchen muss, sich überflüssig zu machen. Sie nehmen auch wahr, dass freiwillig Engagierte geehrt werden und gleichzeitig „Kämpfe der selbstorganisierten Refugee-Gruppen unsichtbar gemacht oder gar als zu radikal diskreditiert werden".[22] Sie stellen fest, dass „in der sogenannten Willkommenskultur […] die Geflüchteten so gut wie nie als aktive (Rechts)Subjekte auf(tauchen), die sich selbstorganisiert und selbstbestimmt für ihre Rechte und Interessen einsetzen".[23]

In ihrer Argumentation versuchen sie, eine Unterscheidung zwischen rebellischem „widerspenstigem Engagement" und „konformistisch-caritativem Engagement" zu treffen. Letzteres schließt lediglich Versorgungslücken und spricht nicht über die Zusammenhänge des Engagements mit herrschenden Verhältnissen und Interessen. Ersteres dagegen skandalisiert die Bedingungen der ambivalenten Hilfe, macht gesellschaftliche Ursachen, staatliche Verantwortlichkeit, soziale Spaltungen

[20] Van Dyk et al., Politische Ökonomie des Helfens (wie Anm. 2), S. 215.
[21] Ebd., S. 218.
[22] Ebd., S. 220.
[23] Ebd.

und Machtverhältnisse sichtbar und fragt schließlich, wie „Orte des Helfens zu Orten des Protests und der Kritik am Community-Kapitalismus werden könnten".[24] Ein aktuelles Beispiel, in dem Akteure diese Ambivalenzen und Widersprüche klar und deutlich ansprechen, ist der offene Brief der Medibüros und Medinetze an den Bundesgesundheitsminister und andere, in dem sie die Folgen der C-V-Pandemie für Menschen darstellen, die als Illegalisierte oder EU-Bürger*innen hier leben und aus der medizinischen Regelversorgung ausgeschlossen sind. Im Brief mit der Überschrift „Zugang zu medizinischer Versorgung: für alle – jetzt sofort – für immer" wird die Unzulänglichkeit von Parallelsystemen von befristeten Projekten und ehrenamtliche Unterstützung kritisiert.[25]

Schluss mit Fragen

Zusammenfassend gehe ich davon aus, dass es aufgrund der staatlichen strategischen Indienstnahme von Freiwilligenengagement sinnvoll ist, dieses Feld in der politischen Diskussion vom Feld der solidarischen gegenseitigen Alltagshilfe, der Selbstorganisation und Selbsthilfe abzugrenzen. Unter Selbstorganisation und Selbsthilfe verstehe ich eine Praxis, in der sich Leute um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern und ihr Leben mittels Organisation oder Selbsthilfe verbessern wollen.

Aber auch hier stellt sich für mich die Frage: Wer organisiert sich selbst wozu? Wer hat die sozialen Ressourcen, sich mit anderen für eine gemeinsame Sache zu organisieren? In welchem Verhältnis stehen Organisationen, die Selbstorganisation mit materiellen Ressourcen unterstützen wollen, zu denen, die sich organisieren? Geht es bei der Organisierung um Existenzsicherung, Hilfen im Alltag, um gegenseitige Unterstützung gegen private wie staatliche Zumutungen, um die gemeinsame Produktion von Gütern? Wie offen ist Selbstorganisation für

[24] Ebd., S. 224.

[25] Vgl. [https://www.vdaeae.de/images/Offener_Brief_Medibros___Medinetze_Corona-Krise_13-04-2020-ergaenzt.pdf].

andere? „Gleich und gleich gesellt sich gern“ ist ja ein Spruch, der darauf hinweist, dass sowohl formelle wie informelle soziale Beziehungen davon geprägt sind, welchen sozialen Klassen und Milieus die Beteiligten angehören. In welchem Verhältnis stehen Selbstorganisation, die Verfolgung besonderer / partikularer Interessen und Ideen universeller ziviler, politischer und sozialer Rechte? Wenn ich auf Mietenwahnsinn-Demonstrationen Transparente wie „Die Viertel denen, die drin wohnen“ sehe, habe ich Diskussionsbedarf.

Da es in dem Text der Gruppe Blauer Montag ja wesentlich auch darum geht, was gesellschaftlich notwendige Arbeiten sind, wie sie organisiert sind und welche Kämpfe es darum gibt, und weil es darum geht, wie eine „Fundamentalökonomie“ gestaltet wird, lande ich immer wieder bei der Frage nach dem Verhältnis der vielfältigen Praxis, die zu dieser Fundamentalökonomie beiträgt, zu dem, was an einer Stelle des Textes so schön „zum Staat geronnenes Gemeinwesen“ genannt wird. Ohne eine Form von demokratisch organisierter Allgemeinheit / Staatlichkeit kann ich mir weder kollektive Absicherungen noch eine Fundamentalökonomie vorstellen, die eine ist, auf deren Basis alle ihr Leben (gut) führen können. Zumindest wenn die Absicherungen den Leuten nicht als zahlungsfähigen Marktakteuren zur Verfügung stehen sollen, sondern als kollektives Gut. Und wenn das, was wir heute unter „sozialer Sicherheit“ verstehen oder für künftige Zeiten erwarten, allen in Form von sozialen Rechten garantiert werden soll. Denn wer kann Rechte garantieren, wenn nicht ein Staat? Mit dem Überhang an Fragen kann ich der Gruppe Blauer Montag nur Recht geben, dass es viele kleine und große Fragen – nicht nur hinsichtlich emanzipatorischer Ausgänge aus dem gegenwärtigen Schlamassel – zu diskutieren gibt.

Dies ist eine Veröffentlichung der ***Sozial.Geschichte Online***
lizenziert nach [Creative Commons – CC BY-NC-ND 3.0]

Sozial.Geschichte Online ist **kostenfrei und offen** im Internet zugänglich. Wir widmen uns Themen wie dem Nationalsozialismus, dessen Fortwirken und Aufarbeitung, Arbeit und Arbeitskämpfen im globalen Maßstab sowie Protesten und sozialen Bewegungen im 20. und 21. Jahrhundert. Wichtig ist uns die Verbindung wissenschaftlicher Untersuchungen mit aktuellen politischen Kämpfen und sozialen Bewegungen.

Während die Redaktionsarbeit, Lektorate und die Beiträge der AutorInnen unbezahlt sind, müssen wir für einige technische und administrative Aufgaben pro Jahr einen knapp fünfstelligen Betrag aufbringen.

Wir rufen deshalb alle LeserInnen auf, uns durch eine **Spende** oder eine **(Förder-)Mitgliedschaft** im *Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.* zu unterstützen, der diese Zeitschrift herausgibt und gemeinnützig ist.

Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerabzugsfähig, deswegen bitten wir, uns eine E-Mail- und eine Post-Adresse zu schicken, damit wir eine Spendenquittung schicken können.

Die Vereinsmitgliedschaft kostet für NormalverdienerInnen 80 € und für GeringverdienerInnen 10 € jährlich; Fördermitglieder legen ihren Beitrag selbst fest.

Mitgliedsanträge und andere Anliegen bitte an

SGO-Verein [at] janus-projekte.de oder den

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.
Cuvrystraße 20a
(Briefkasten 30)
D-10997 Berlin

Überweisungen von Spenden und Mitgliedsbeiträgen bitte an

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.
IBAN: DE09 1002 0500 0001 4225 00, BIC: BFSWDE33BER,
Bank für Sozialwirtschaft

Peter Birke[*]

Coesfeld und die Folgen: Arbeit und Migration in der Pandemie

> Sie hatten es niemals nötig gehabt, dass man ihnen die Geheimnisse der Herrschaft erklärte, denn ihr Problem war ein ganz anderes. Es ging darum, sich intellektuell und materiell den Formen zu entziehen, durch die diese sich in ihren Körper einschrieb, ihnen Gesten, Wahrnehmungsweisen, Haltungen und eine Sprache aufzwang.
>
> J. Rancière, Die Nacht der Proletarier, 2009

1. Licht und Schatten

Wer für das alltägliche Überleben in der Gesellschaft sorgt, ist angesichts der Pandemie vielfach sichtbar geworden: Das war der Ausgangspunkt des Texts der Gruppe Blauer Montag, der Anfang April in dieser Zeitschrift erschienen ist.[1] Seitdem hat sich der Blick der Medien auf systemrelevante Bereiche von Woche zu Woche ausgedehnt, zuletzt auf Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft, der Fleischindustrie und im Versandhandel. In allen drei Branchen ist der Anteil von Beschäftigten ohne deutschen Pass sehr hoch. Im Zusammenhang mit Skandalen wie der Positivtestung von gleich mehreren hundert Arbeiter*innen in ei-

[*] Peter Birke arbeitet im Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen und ist Mitglied der Redaktion von Sozial.Geschichte Online. Der vorliegende Text wurde am 26. Mai 2020 abgeschlossen. Es gelten für ihn ähnliche Vorbehalte bezüglich der rasanten Entwicklung der Verhältnisse wie für die bisher erschienenen Texte in Sozial.Geschichte Online über die Wirkungen der Pandemie auf Arbeitsverhältnisse und Klassenkämpfe. Der Autor dankt Sarah Graber Majrchzak, Norbert Meder, Thomas Stieber, Lars Stubbe, Felix Bluhm und Anda Nicolae Vladu für Anmerkungen.

[1] Gruppe Blauer Montag, Vom Notstand der Arbeitsgesellschaft, in: Sozial.Geschichte Online, 27 (2020), Vorveröffentlichung: [https://sozialgeschichte-online.org/2020/04/09/aus-aktuellem-anlass-vom-notstand-der-arbeitsgesellschaft/].

nem Schlacht- und Zerlegebetrieb der Firma Westfleisch in Coesfeld (NRW) wurden die dort vorherrschenden Arbeits- und Wohnverhältnisse thematisiert.[2] Die Fabrik wurde für einige Wochen geschlossen und dann in einem stark kontrollierten Probebetrieb erst Ende Mai wieder angefahren. Doch schnell stellte sich der „Westfleisch-Skandal" als alles andere als ein Einzelfall heraus. Die Befürchtung, dass durch derartige Vorkommnisse wie in Coesfeld auch anderswo die aktuell festgelegte Grenze von fünfzig Neuansteckungen pro 100.000 Einwohner*innen überschritten werden könnte, hat in der Folge den Fokus auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Migrant*innen weiter verstärkt und zugleich hektische Maßnahmen zur Abwehr der Infektionsgefahr ausgelöst, einschließlich einer Debatte über die Notwendigkeit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Am 20. Mai beschloss dann das Bundeskabinett ein Verbot von Werkverträgen in der Fleischindustrie, die als Grund des Übels identifiziert wurden.[3] Auch dieser Beschluss schaffte es auf die Titelseiten der Tageszeitungen und in die Hauptnachrichten. Sehr selten kamen dabei allerdings die Arbeiter*innen selbst zu Wort.[4]

*

Es entsteht der Eindruck, dass sich die öffentliche Wahrnehmung wie eine starke Taschenlampe durch einen abgedunkelten Raum bewegt. Plötzlich erscheint etwas in einem grellen Licht, während der Rest um

[2] Eine Chronologie im Westfälischen Anzeiger listet auch andere Skandale in der Fleischindustrie auf: [https://www.wa.de/nordrhein-westfalen/coronavirus-coesfeld-westfleisch-hamm-nrw-sars-cov2-covid19-betriebzr-zr-13755098.html].

[3] Das Verbot muss allerdings noch die Parlamentsdebatten überstehen und soll auch in der vorliegenden Version erst ab 1. Januar 2021 gelten, was der Fleischindustrie noch einige Zeit für Lobbyarbeit gibt. Außerdem sollen Kontrollen und Bußgelder bei Gesetzesverstößen verschärft werden. Vgl. [https://www.tagesschau.de/inland/kabinett-fleischindustrie-arbeitsbedingungen-105.html].

[4] Eine Ausnahme ist Manfred Götzkes Reportage zu Coesfeld. Aber auch dort ist die Schilderung des Besuchs einer Unterkunft rumänischer Arbeiter*innen sprachlich fast wie bei Conrads Reise in das „Herz der Finsternis" verfasst. Eine kritische Diskursanalyse auch sympathisierender Berichterstattung über Migration in der aktuellen Krise scheint mir dringend erforderlich: Manfred Götzke, Abgezogen, betrogen, gefährdet. Rumänen und Bulgaren in Deutschland, Deutschlandfunk, 23. Mai 2020, [https://www.deutschlandfunk.de/das-wochenendjournal.1664.de.html].

so mehr in Dunkelheit getaucht wird. Dieser Effekt bestimmt auch die aktuellen Schlaglichter. Anlass der partiellen Sichtbarmachung von Arbeitsbedingungen ist durchgehend die Ausbreitung des Corona-Virus. Gleichzeitig werden jedoch die Migrationsverhältnisse selbst als wesentliches und entscheidendes Moment der Ausbeutung kaum thematisiert. Vor allem bleibt die Verknüpfung zwischen Aufenthaltsrecht, Sozialrecht und Arbeitszwang, die in den letzten Jahren enorm verschärft worden ist, fast durchgehend außerhalb des Lichtkreises jener Taschenlampe.[5] Und schließlich erscheint das „Werkvertragsunwesen" (Hubertus Heil) nicht als strukturelles Problem: So als wären die Fleischbarone Kinder, die nicht mit einem Feuerzeug umgehen können, das man ihnen deswegen wegnehmen muss, während es anderswo viele Erwachsene gibt, die weiterhin mit dem gefährlichen Gegenstand spielen dürfen, von der Baustelle um die Ecke bis zur Automobilindustrie.

2. Eine halbe Reform

Auch schon vor Corona gab es in den Schlacht- und Zerlegebetrieben mitunter Arbeitszeiten wie in der Epoche der frühen Industrialisierung,[6]

[5] Siehe hierzu in dieser Zeitschrift: Anne Lisa Carstensen / Lisa-Marie Heimeshoff / Lisa Riedner, Der Zwang zur Arbeit. Verwertungslogiken in den umkämpften Regimen der Anwerbe-, Flucht- und EU-Migration, in: Sozial.Geschichte Online, 23 (2018), S. 235–269, [https://duepublico2.uni-due.de/servlets/MCRFileNodeServlet/duepublico_derivate_00046215/08_Carstensen_et_al_Zwang_zur_Arbeit.pdf]. Zuletzt vertrat Sebastian Muy in einem sehr informativen Text, dass die Vorstellung, das Migrationsregime würde zunehmend „verwertungsorientiert" gestaltet, von der eigenständigen Rolle des Rassismus absehe. Dies soll auch hier gar nicht bestritten werden – eher soll die Frage gestellt werden, wie sich Verwertungsorientierung und Rassismus neu verbinden, in einer Zeit, die angesichts der geschwächten Verhandlungsmacht der Arbeitenden geradezu idealtypisch den aufenthaltsrechtlich restringierten Zugang zu Arbeitskräften hervorbringt: Sebastian Muy, Verwertung, Entrechtung. Ein Blick auf die Debatte um Migration und Arbeit in Sozial.Geschichte Online nach dem „Migrationspaket" vom 7. Juni 2019, in: Sozial.Geschichte Online, 26 (2020), S. 71–90, [https://duepublico2.uni-due.de/receive/duepublico_mods_00071714].

[6] Vgl. u. a.: Guido Grüner, Migrantische Arbeit und Fleischproduktion in Niedersachsen. Ergebnisse zweier Untersuchungen im Auftrag französischer Bäuerinnen und Bauern in Oldenburg, Oldenburg 2014; Matthias Fiedler / Lee Hielscher, Aus den Kreisläufen des ‚Schweinesystems'. Die Fleischindustrie im Oldenburger Münsterland als Regime von Mobilität und Ausbeutung, in: movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies, 3 (2017), 1; Hans-Böckler-Stiftung (Hg.), Branchenmonitor Schlachten und Fleischverarbeitung, Düsseldorf 2017; Peter

und weit jenseits von den Bestimmungen des Arbeitszeitgesetzes. Subunternehmen drückten die Löhne, durch Betrug bei den Arbeitszeiten, durch das Streichen von Pausen, durch „Gebühren“ für Werkzeuge oder „Strafen“ für angebliche oder tatsächliche Fehler. Mangelnde Einweisung und das stets noch etwas zu steigernde Arbeitstempo führten zu teils schwersten Arbeitsunfällen. Wer von der Arbeit kam, fand sich im günstigen Falle in einem Vierbettzimmer für 250 Euro im Monat wieder, nicht selten aber auch in menschenunwürdigen Baracken oder auf Campingplätzen, die zum Teil von denselben Subunternehmen verwaltet wurden, die für die Belieferung der Fleischkonzerne mit Arbeitskraft zuständig waren. Und selbst die Ansteckungsgefahr ist in diesem Sektor nichts Neues, siehe etwa die Skandale von 2018 um Tbc-Fälle bei Arbeitenden.[7] Dass so etwas möglich wurde, lag aber nicht nur am Werkvertragssystem. Im Gegenteil gab es in dieser Hinsicht durchaus einige Veränderungen, etwa durch die Einführung eines für alle Beschäftigten gültigen Mindestlohns von zwischen 7,75 (2014) und 8,75 Euro (2018). Damit lag dieser zwar einige Cent unter dem damals gesetzlichen Minimum, zugleich führte seine Einführung jedoch immerhin dazu, dass die Entsendung zu südost- und osteuropäischen Löhnen stark zurückging.[8]

Dass sich dennoch grundlegend wenig an den geschilderten Ausbeutungsverhältnissen änderte, lag auch und vor allem daran, dass Arbeitende gezwungen waren, aufgrund ihrer Aufenthaltssituation und der Nichtanerkennung ausländischer Berufsabschlüsse physisch und psychisch zerstörerische Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. Oder weil

---

Birke / Felix Bluhm, Arbeitskräfte willkommen. Neue Migration zwischen Arbeitsregime und Erwerbsarbeit, in Sozial.Geschichte Online, 25 (2019), S. 11–44, [https://duepublico2.uni-due.de/receive/duepublico_mods_00070543].

[7] Schlachthof-Mitarbeiter stirbt an Tuberkulose, HAZ, 14.12.2018, [https://www.haz.de/Nachrichten/Der-Norden/Tuberkulose-Schlachthof-in-Cloppenburg-Mitarbeiter-stirbt-an-TBC].

[8] Vgl. Claudia Weinkopf / Frederic Hüttenhoff, Der Mindestlohn in der Fleischindustrie, in: WSI-Mitteilungen, 7/2017, S. 533–539. Der Tarifvertrag wurde mit der Regel verbunden, dass alle Beschäftigten der Industrie zu in Deutschland gültigen Bedingungen angestellt werden. Nach seinem Auslaufen entfiel 2018 die Allgemeinverbindlichkeit. Seitdem gilt in der Fleischindustrie der allgemeine Mindestlohn.

sie als Unionsbürger*innen keinen oder einen verminderten Anspruch auf Sozialleistungen hatten. Dass Einwanderung nach 2015 immer mehr von Erwerbstätigkeit abhängig gemacht wurde, haben die kleinen und großen Chefs bis heute nicht vergessen. Und es wurde und wird regelmäßig und systematisch dazu genutzt, Arbeitsverhältnisse zu schaffen, die zwar auf dem Papier in Ordnung sind, in der Realität aber weit jenseits der Grenzen dessen liegen, was die Arbeitsgesetze zulassen. So wird auch in der aktuellen Debatte immer wieder konstatiert, dass Verstöße gegen das Arbeitszeitgesetz oder illegale Lohnabzüge in der Industrie eher die Regel als die Ausnahme sind.[9]

Die Empörung vieler Politiker*innen über die Verhältnisse in der Fleischindustrie hat freilich bislang noch jedes Mal das peinliche Thema des Migrationsregimes umschifft, das dem System der Arbeitsausbeutung ebenso zu Grunde liegt wie die Delegation von Verantwortung und Kontrolle an Subunternehmen. Denn jene Ausbeutung, über die er in seiner Arbeitspolitik die Nase rümpft, bringt der Staat durch seine Migrationspolitik regelmäßig und systematisch selbst mit hervor.

3. Risse im Putz?

Auch insofern sind die angesichts von Massenpositivtestungen in Coesfeld und anderswo etwa durch das Arbeitsministerium abgegebenen Erklärungen über die Notwendigkeit der Bekämpfung der Ausbeutung keineswegs neu. Sie können nicht über die geringe Wirkung von bisherigen staatlichen Eingriffen hinweg täuschen. In der Vergangenheit hat sich beispielsweise ein Sigmar Gabriel in seiner Zeit als Bundeswirtschaftsminister mit Kritik an der Fleischindustrie und spektakulären Besuchen „vor Ort" profiliert, und er war damit keinesfalls alleine.[10] Seit etwa zehn Jahren schon ist es bis weit in die CDU *Common Sense*, dass

[9] Auch hier kann die Coesfeld-Berichterstattung angeführt werden, s. unter anderem Götzke, Abgezogen (wie Anm. 4).

[10] Wirtschaftsminister entsetzt. Gabriel: Fleischindustrie drängt Menschen in Zwangsarbeit, RP online, 15. Dezember 2014, [https://rp-online.de/politik/Deutschland/sigmar-gabriel-fleischindustrie-draengt-menschen-zu-zwangsarbeit_aid-16287779].

die Arbeitsbedingungen dort zu verbessern seien. Es wurden sogar einige entsprechende Gesetze erlassen, die beispielsweise die residuale Verantwortung der auftraggebenden Unternehmen für Sozialversicherungsabgaben festlegten.[11] Größere Betriebe der Fleischindustrie unterschrieben bereits 2015 eine Selbstverpflichtungserklärung, mit dem Ziel einer stetigen Verringerung des Subunternehmertums. Damals erklärte Gabriel:

> Ich freue mich über die Zusage der Unternehmen, ihre Stammbelegschaft mit dieser Selbstverpflichtung weiter aufzubauen. Das ist ein deutlicher Schritt nach vorn. Das klare Bekenntnis zu den Informationsrechten der Betriebsräte unterstreicht deren Bedeutung in der betrieblichen Praxis. Mit Hilfe des vereinbarten jährlichen Branchenberichts begleitet die Politik die Fortschritte bei der Umsetzung.[12]

Schon der Begriff „Standortoffensive der Fleischindustrie", der mit der Selbstverpflichtung einherging, hätte vielleicht ein gewisses Misstrauen hervorrufen können: Wie dem auch sei, aus eben jenen „Branchenberichten", die allerdings nicht durch „die Politik", sondern durch den Verband der Fleischindustrie selbst erstellt werden, geht aktuell hervor, dass der Anteil der Werkverträge und damit auch der mit ihr verknüpften Systeme der Massenunterbringung etc. in den Selbstverpflichtungsbetrieben leicht *gestiegen* ist, eine Folge des anhaltenden Booms und gestiegener Schlachtzahlen in den größten Betrieben.[13]

Selbstverständlich wäre ein Verbot von Werkverträgen insofern ein wichtiger Schritt, und er hätte vielleicht das Potenzial, in weitere Bereiche auszustrahlen. Es handelt sich, wenn man so will, um eine Erweite-

[11] Gesetz zur Sicherung von Arbeitnehmerrechten in der Fleischwirtschaft (GSA-Fleisch), [https://www.gesetze-im-internet.de/safleischwig/BJNR257200017.html]. Die Anwendungsfälle des 2017 erlassenen Gesetzes ließen sich bis vor kurzem an einer Hand abzählen.

[12] Bundeswirtschaftsministerium, Fleischwirtschaft beschließt Selbstverpflichtung, 21. September 2015, [https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2015/20150921-fleischwirtschaft-beschliesst-selbstverpflichtung-arbeitsbedingungen.html].

[13] Sozialpolitischer Ausschuss der Fleischwirtschaft, 3. Bericht: Standortoffensive der Fleischwirtschaft – Selbstverpflichtung der Unternehmen für bessere Arbeitsbedingungen, Hannover, Dezember 2018.

rung der Risse, die sich im Putz von Zeitarbeit und Leiharbeit schon seit einigen Jahren zeigen. Es wird interessant sein zu sehen, ob der aktuelle Arbeitsminister sich hiermit letztlich in einer durchaus nicht unbedeutenden und seit Jahren rasant wachsenden Exportindustrie gegen den Widerstand aus den Arbeitgeberverbänden durchsetzen wird. Es ist eine anhaltende Auseinandersetzung, die mit dem Gesetzesvorhaben vom 20. Mai keineswegs abgeschlossen ist.

4. Spargelstreik

Entscheidend wird in dieser Hinsicht sein, ob und wie die Stimme der Arbeitenden selbst in diesem Kampf zur Geltung gebracht werden kann, und zwar auch dort, wo es um die ganz praktische *Durchsetzung* von sozialen Ansprüchen geht: Zumindest bislang sind Klagen auf Zahlung verwehrter Lohnansprüche vor den Arbeitsgerichten das wirksamste Mittel, um Interessen von Beschäftigten zu wahren. Diese werden meistens durch Beratungseinrichtungen wie Faire Mobilität, Faire Integration oder die Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg vermittelt. Sie haben aber den Nachteil, dass mit ihnen unmittelbar kaum betriebliche Organisierung verbunden ist, da der Klageweg einerseits individuell und somit individualisierend wirkt, andererseits auch bei Sammelklagen die Klagenden in aller Regel nicht mehr bei dem beklagten Kapitalisten beschäftigt sind.[14]

Der durch die Freie Arbeiter*innen Union unterstützte wilde Streik, der vor kurzem im rheinischen Bornheim stattfand, basiert grundlegend auf derselben Konstellation. Er trägt jedoch vielleicht auch zu ihrer Überwindung bei, indem es sich zumindest am Anfang um eine kollektive und keine individuelle Aktion handelte. Der Arbeitskampf wurde nicht in der Fleischindustrie, sondern unter Erntehelfer*innen der Firma Spargel Ritter organisiert, die gleichwohl ganz ähnliche Bedingungen vorfinden. In Bornheim sind Mitte Mai einige hundert Beschäftigte in

[14] Vgl. diesbezüglich, aber auch zu den aktuellen Ereignissen, die Facebookseite von Faire Mobilität: [https://m.facebook.com/DGBFaireMobilitaet/posts/1089424534593840].

ihrer Unterkunft geblieben, mit der Forderung nach einer Zahlung ausbleibender Löhne und verbesserten Wohnbedingungen angesichts der Corona-Pandemie. Auch dort geht die Sache nunmehr vor Gericht: Die Anwält*innen der Arbeitenden prüfen Stand 24. Mai 180 Klagen auf Lohnnachzahlungen gegen den insolventen Auftraggeber. Insgesamt ist die Situation durch die Pleite des Auftraggebers geprägt, potenziell also auch durch das Verschwinden der Streikenden „aus dem Spargel" nach Ende der Aktion.[15]

Die Verstetigung und Vernetzung derartiger Aktionen bleibt, auch in der Fleischindustrie, wichtige Aufgabe und offene Frage.[16] Im Rahmen einer Studie, die wir zwischen 2017 und 2019 am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen durchgeführt haben,[17] sind auch für die Fleischindustrie Aktionen und kleine Streiks dokumentiert worden, die zeigen, dass die Arbeitenden auch dort alles andere als wehrlos sind. In Ermangelung betrieblicher kollektiver Organisierung sind die von uns dokumentierten Aktionen freilich vor allem durch die Arbeitsmarktmacht der Beschäftigten geprägt.[18] Ihre Substanz ist, damit drohen zu können, am nächsten Tage einzeln oder gemeinsam nicht mehr zu erscheinen. Abzuwarten bleibt insofern, inwieweit Handlungsmöglichkeiten dieser Art durch die aktuellen Grenzschließungen beschnitten werden: Der „Spargelstreik" bei der Firma Ritter mag deshalb vor allem als Signal dafür gesehen werden, dass auch angesichts der Verschärfung der Grenzregime das Mittel der Arbeitsverweigerung alles andere als erschöpft ist. „Bornheim" kann insofern in gewisser Weise als Gegenmodell von „Coesfeld" gelten, während man sich gleichzeitig keine Illusionen über die aktuelle Verbreitung dieses Gegenmodells machen sollte.

---

[15] Vgl. [https://www.general-anzeiger-bonn.de/region/voreifel-und-vorgebirge/bornheim/bornheim-erntehelfer-bei-spargel-ritter-muessen-am-montag-ausziehen_aid-51288429].

[16] Diese Frage hat bislang auch die linke-gewerkschaftliche Kampagne gegen Werkverträge, so richtig und wichtig sie auch ist, nicht beantwortet. Vgl. zu Schleswig-Holstein: Einblick, 28. August 2019, [https://www.dgb.de/themen/++co++de82a71a-c964-11e9-a6c7-52540088cada].

[17] Vgl. zu dieser Studie: [http://www.sofi-goettingen.de/projekte/refugeeswork-perspektiven-der-betrieblichen-integration-von-fluechtlingen-in-niedersachsen/projektinhalt/]. Zur Fleischindustrie: [https://idw-online.de/de/news747768].

[18] Birke / Bluhm, Arbeitskräfte willkommen, (wie Anm. 6), S. 33f.

5. Ansteckende Arbeit

Denn trotz Bornheim dringt die Stimme der Arbeitenden selten in die medialisierte Öffentlichkeit vor. Ein Grund für diese Nichtwahrnehmung ist nicht allein die Marginalisierung der betroffenen Gruppen. Dort, wo berichtet wird, werden sich überwiegend einseitig als *Opfer* vorgestellt. Wiederum anschließend an die Frage der Gruppe Blauer Montag danach, welche Orte von Herrschaft und Widerstand die aktuelle Berichterstattung beleuchtet und welche sie im Dunkeln lässt, würde ich die letzten Wochen so zusammenfassen: Ging es in der ersten Phase der Pandemie vor allem darum, den gesellschaftlichen Sinn der Arbeit in Krankenhäusern oder im Einzelhandel zu betonen, auch darum, die *Leistungen* der Arbeitenden hervorzuheben, wurde in der zweiten Phase stärker die *Ausbeutung* derselben betont.

In diesem Motiv wurden die Held*innen der Arbeit zu Opfern der Arbeit, und es wurde betont, dass Migrant*innen keine Alternative haben als weiterhin trotz Ansteckungsgefahr zur Arbeit zu gehen. Von der „unentbehrlichen Arbeit" wanderte der Diskurs zur „ansteckenden Arbeit". Zeitweise schien es dabei so, als habe sich das Bild der Städte komplett verändert. Unter einem wolkenlosen Himmel ohne Flugzeuge und in leeren Stadtzentren traf man auf diejenigen, für die „social distancing" keine Option war und denen nichts anderes übrig blieb, als sich auf der Straße aufzuhalten. Aus einer engagierten und an der Verteidigung der sozialen Rechte von Arbeitenden interessierten Perspektive berichteten dazu Jennifer Stange und Nina Scholz im Deutschlandradio:

> In Frankfurt am Main wirkt der Lockdown wie ein Kontrastmittel für soziale Ungleichheit. Die Anzüge, die Krawatten und Kostüme der Bankerinnen, der Broker und Berater sind von den Straßen verschwunden. Die Frauen und Männer, die sich morgens in einem Frankfurter Linienbus unterhalten oder telefonieren, tun das mehrheitlich nicht auf Deutsch. Bei den Männern mit leuchtenden Helmen und Warnwesten auf den Baustellen im Zentrum ist es ähnlich. Dort arbeitet Radu, der seinen Nachnamen nicht sagen will, er hat sich in einem Einkaufszentrum einen Kaffee geholt. ‚Angst hat jeder, will niemand krank stehen irgendwo in einem Kran-

kenhaus.‘ Reporterin: ‚Was wäre dann?‘ Radu: ‚Wir haben nicht mehr Geld, ohne Geld kannst du nicht mehr überleben und so weiter.‘[19]

Ein Problem ist, dass der Schwerpunkt auch der sympathisierenden Berichterstattung auf der Darstellung der Abhängigkeit und Alternativlosigkeit liegt, der migrantische Arbeitende ausgesetzt sind. Das aktuell sich schnell entwickelnde radikalisierte Grenzregime mit seiner Totalsperre aller Ein- und Ausreisen oder dem „Zulassen“ von Kontingenten für Erntehelfer*innen, das sich in geradezu dystopischer Weise der Verknüpfung von Arbeit und Aufenthalt annähert, die in *Sozial.Geschichte* schon nach dem Erlass des sogenannten Integrationsgesetzes Thema war,[20] verstärkt dieses Motiv.

Es ist durchaus denkbar, dass der Diskurs jenseits der kritischen Medien von der „ansteckenden Arbeit“ im nächsten Schritt zu den „ansteckenden Arbeitenden“ wandert. Zumindest in Bezug auf Coesfeld legt der Ausgangspunkt der Berichterstattung – die Positivtestungen mit dem COVID-Virus – eine solche Verschiebung durchaus nahe. Sie könnte verstärkt werden durch die augenblicklich im Aufwind befindliche Strategie, kleinräumige Formen der Viruskontrolle zu etablieren, mithin also die Identifikation von „Herden“ ansteckender Arbeit / ansteckender Arbeiter*innen als Methode der Eindämmung der Pandemie, inklusive der Auferlegung von Quarantäne.

Coesfeld oder Bornheim – ja, die aktuelle Situation bietet die Chance, Lebens- und Arbeitsbedingungen migrantischer Arbeitender mit der Forderung nach ihrer Verbesserung zu thematisieren, wie etwa der Forderung, dass Betriebsschließungen nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der gelebten Realität Arbeitsverträge genauso wenig aufheben wie Ansprüche auf Lohnweiterzahlung.[21] Aber sie enthält auch die Gefahr, dass Migration und Infektion mit einem rassistischen Diskurs und

[19] Jennifer Stange / Nina Scholz, Arbeitsbedingungen in der Coronakrise. Wenn der Job zur Gefahr wird, Deutschlandfunk, [https://www.deutschlandfunk.de/arbeitsbedingungen-in-der-coronakrise-wenn-der-job-zur.724.de.html?dram:article_id=476541].

[20] Basisdemokratische Linke, Arbeit um jeden Preis. Das „Integrationsgesetz“ soll Kontrolle und Verwertung migrantischer Arbeitskraft verbessern, in: Sozial.Geschichte Online, 21 (2017), S. 193–217.

Ausgrenzung verbunden werden. Dabei würden die jetzigen Opfer in *Schuldige* verwandelt: Der Verantwortungsmythos, der im Social-Distancing-Diskurs enthalten ist, legt diese Wendung leider nahe. Auch vor diesem Hintergrund ist es aus antirassistischer Perspektive zentral, dass die Leute in Schlachtung und Zerlegung und anderen Niedriglohnbereichen eine eigene, andere Stimme bekommen. Dabei taucht jedoch zugleich die Schwierigkeit auf, dass es weder eine einzige Form der Migration gibt, noch eine einzige Form migrantischer Arbeit: Wie kann diese potenzielle Vielstimmigkeit dokumentiert werden und welche allgemeine Bedeutung kann sie tragen?

6. Die Anderen und der Rest

Für Menschen ohne sicheren Aufenthalt wird Arbeit in der Krise immer zum Problem: Wo zu viel Arbeit da ist, aber auch wo keine da ist. So wird anders als in der Nahrungsmittelproduktion in Sektoren wie dem Gastgewerbe aktuell die Erwerbslosigkeit zum Verhängnis. Die Folge: Arbeit weg, Wohnung weg, mitunter nicht einmal ein Anspruch auf Sozialleistungen und Krankenversicherung. Diesem Teufelskreis wurden in einigen Kommunen Ausnahmeregelungen entgegengesetzt, nach einigen Kämpfen wurden Obdachlosenunterkünfte geöffnet, manchmal sogar Alternativen zu Massenunterkünften geschaffen, Ansprüche auf Leistungen nach dem SGB II leichter zugänglich gemacht.[22] Dies alles sind sehr wichtige Ansatzpunkte für lokale Initiativen, und der einseitige Fokus auf bestimmte Branchen wie zurzeit die Fleischindustrie hilft diesen Initiativen nur dann, wenn das Problem mangelnder sozialer Rechte als strukturell und allgemein verstanden wird, und nicht nur als Ausdruck einer bestimmten Art böser Bosse, die sich mit besonders ekligen Produkten beschäftigen.[23] Um das zu illustrieren, kehren wir nochmal zu dem bereits zitierten Beitrag aus dem Deutschlandradio zurück.

[21] ALSO u. a., Pressemitteilung: Billigproduktion gefährdet Menschenleben, 14. Mai 2020, [https://www.also-zentrum.de/archiv/beitrag/Pressemitteilung.html].

[22] Eine der vielen Erklärungen hierzu ist jene der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg vom 26. März 2020: [https://www.also-zentrum.de/archiv/archivliste.html?year=2020&page_a12=3].

Unter dem ausnahmsweise klaren Himmel von Frankfurt am Main, unter dem sich während der Ausgangsbeschränkungen ebenso wie im Linienbus nur Leute aufhalten, die verschiedene Fremdsprachen sprechen, gibt es eine ziemlich deutliche Lücke. Nach einer Studie der Universität Mannheim arbeiteten Anfang April nur etwa ein Viertel der Beschäftigten in Homeoffice.[24] Zudem wäre bei dieser Zahl zu berücksichtigen, dass auch das Zuhausearbeiten nicht gleichbedeutend mit der Abwesenheit von Prekarität ist. Wie dem auch sei, es stellt sich in jedem Falle die Frage, wo bloß die *75 Prozent* waren. Schon in Kurzarbeit? Gut, das wäre eine Möglichkeit, aber das kaum so viele. Oder schon erwerbslos? Eher nicht, vielleicht später. Also, wo sonst? Wo ist der Rest? Die auffällige Lücke zu füllen scheint mir eine wichtige Aufgabe zu sein. Ohne sie zu füllen, wird Ausbeutung auch beim besten Willen und den schönsten Zielen *migrantisiert*, zu einem Sonderproblem erhoben jenseits des Allgemeinen. Unstrittig ist zwar, dass die Zusammensetzung der Arbeitenden in den bisher in diesem Text angesprochenen Branchen stark von einer Segregierung geprägt ist: In der Tat ist in der Ernte, in Schlachtung und Zerlegung die große Mehrheit der Arbeitenden ohne deutschen Pass, und es wurde ja schon gesagt, dass ihre besondere Rechtsposition die Inanspruchnahme sozialer und politischer Rechte erschwert. Dennoch sind viele der skizzierten Probleme *auch* allgemeiner Natur.

Prekarität war nie nur eine Folge von Migration. Schon vor Corona gab es Soloselbständige, Taxifahrer*innen, Menschen, die mehr als einen Job machen mussten, um über die Runden zu kommen, und es ist zu befürchten, dass für diese vorher schon prekär lebenden Menschen sich die Situation nochmal verschärft. Und dass zusätzlich wahrscheinlich

[23] Der Hinweis aus Wohlfahrtsverbänden, dass die Fleischindustrie nur ein einziges Beispiel aus einer Vielzahl von vergleichbaren Übergriffen und Gefährdungen sei, ist vor diesem Hintergrund sehr wichtig. Vgl. Erklärung der Diakonie Deutschland zur EU-Binnenmobilität vom Mai 2020, [https://www.diakonie.de/fileadmin/user_upload/Diakonie_Position_zur_EU-Binnenmobilitaet_Mai_2020.pdf].

[24] Universität Mannheim, Mannheimer Corona-Studie: Starke soziale Ungleichheit bei Kurzarbeit und Home-Office, 9. April 2020, [https://www.uni-mannheim.de/news/mannheimer-corona-studie-starke-soziale-ungleichheit-bei-home-office-und-kurzarbeit/].

noch viel mehr Menschen in prekäre Arbeits- und Lebenssituationen geraten kommen werden, die bis jetzt ein relativ stabiles Leben geführt haben. Es geht also darum, die besonderen Bedingungen von Migrant*innen in ein Verhältnis zu setzen zu ihrer allgemeinen Bedeutung. Bourdieus alter Satz dass „die Prekarität überall" sei wird zunehmend zur Banalität, zu einem Allgemeinplatz, und die bisher weitergehend unaufgelöste Schwierigkeit besteht gerade darin, diese soziale Tatsache in emanzipatorische, antirassistische Politik zu übersetzen. Bis dahin finden Solidarisierungen sporadisch auf der Grundlage der Überwindung jener Lücke zwischen Besonderem und Allgemeinem statt: So ist die Forderung nach der Anerkennung sozialer Rechte und Ansprüche für alle hier lebenden Menschen ein Versuch, sowohl die Besonderheit, die Vielfalt von Migration zu verstehen, und zugleich universelle Rechte auf eine menschenwürdige Existenz zu fordern.

7. Fotos aus der Nachtschicht

In einem anderen Betrieb, der nicht zur Fleischindustrie gehört, verschicken Arbeitende schon seit Wochen Bilder und Texte in einer internen Instant-Messenger-Gruppe.[25] Es sind des Nachts aufgenommene Filme, beim Drängeln in den Bus auf dem Weg zur Arbeit, Fotos von verdreckten Toiletten in der Tagschicht, Packungsaufschriften von unzureichenden Reinigungsmitteln, Bekanntmachungen des Unternehmens mit undurchführbaren Anweisungen zum Abstandhalten. Hauptbotschaft der Textkommentare: Hier geht nichts mit Social Distancing, aber das interessiert weder das Unternehmen noch das Gesundheitsamt.

*

[25] Mein Zugang zu dieser Gruppe entstand, weil der Betrieb Teil unseres in Anm. 17 erwähnten Forschungsprojekts ist. An dieser Stelle im Text geht es lediglich um das Beispiel, nicht um den konkreten Konflikt in seiner strukturellen Dimension. Deshalb bleibt das Beispiel hier, nicht zuletzt zum Schutze der Beteiligten, auch anonymisiert. Für eine quellentransparente Auswertung der Empirie zu „Betrieb B" wird auf spätere Veröffentlichungen verwiesen.

Bald wird bekannt, dass es positiv getestete Kolleginnen und Kollegen gibt. Erst bleiben viele Vorgesetzte zuhause, dann meldet sich ein großer Anteil der Arbeiter*innen krank. Die Zahl der Coronafälle steigt danach von Tag zu Tag, aber es gibt zunächst nur Gerüchte, wodurch der Vorwurf aufkommt, dass der Betrieb gemeinsam mit den lokalen Behörden, die den Standort nicht gefährden wollen, die Lage schönredet. Das Management beginnt nun eine hektische Neurekrutierung, um die durch die Krankmeldungen gerissenen Lücken zu füllen. Es folgen neue Positivtests, 13, 28, 65 und jedes Mal wird die Wut größer, die sich in der Messenger-Gruppe ausdrückt. Manche Arbeiter*innen haben Kinder oder ältere Verwandte, die zur Risikogruppe gehören. Sich krankschreiben zu lassen ist nur für kurze Zeit eine Waffe, denn die meisten Leute sind auf den Job angewiesen. Sehr viele sind befristet beschäftigt und bangen um die Weiterbeschäftigung. Der allergrößte Teil hat keinen sicheren Aufenthalt in Deutschland.

8. Après-Ski und Aluhut

Die Bilder und die Texte, die diese Arbeiter*innen an ihre kleine, innere Öffentlichkeit verschicken, thematisieren deren massive Verwundbarkeit, die in einem krassen Gegensatz zum Diskurs des Social Distancing steht. Von vornherein war dort das Idealbild von frei handelnden Menschen präsent, in den Appellen an die „Vernunft des Einzelnen“, daran, dass „jeder von uns mithelfen kann“, ganz so als sei es in den Zeiten der Pandemie nur eine persönliche Entscheidung, ob man soziale Kontakte außerhalb des engsten Umfeldes aufrecht erhalten würde oder nicht. Jeder kleine und große, offizielle oder selbsternannte Krisenstab übernahm diesen Diskurs.

Er war nicht zuletzt durch den Schock des Après-Ski geprägt, durch die Eigenheit einer Infektionskrankheit, die die Leute unabhängig vom Inhalt ihres Portemonnaies trifft. Dieser Schock wurde in eine Vorstellung transportiert, die dem Virus die Fiktion entgegenhält, dass alle insofern auch die gleiche Möglichkeit hätten, sich gegen ihn zu schützen,

wenn sie sich nur bemühten. Keineswegs zufällig findet sich hier eine Analogie zum Diskurs der Aktivierung: Indem auch schon außerhalb des Notstands eine fiktive Wahlfreiheit als Ausgangspunkt von jeglichem individuellen Handeln einschließlich der Arbeitsaufnahme erklärt wurde, folgte er einem Idealbild bürgerlichen Handelns, an dem sich alle zu orientieren haben, die in dieser Gesellschaft Anerkennung erfahren wollen. Wer diesem Idealbild nicht folgt, muss Entmündigung und Entrechtung in Kauf nehmen. Das Geschäft, das jetzt die rechten Verschwörungstheoretiker mit der Krise zu machen versuchen, ist so etwas wie die Kehrseite dieser Fiktion: Die Bewegung mit dem Aluhut bringt die Forderung nach einer ebenfalls individualisierten Freiheit heraus, aber „der eigenen", die nichts mit Demokratie zu tun hat und sich schnell verbündet mit dem Alptraum einer brutalisierten Gemeinschaft, die gegenüber einem Diskurs der individuellen Vernunft die allgemeine Unvernunft in allen ihren Schattierungen propagiert, einschließlich einer noch weiter verbreiteten rassistischen Ausgrenzung.

9. Contre-feux / Gegenfeuer

Die Bilder aus dem Inneren der Fabrik, die die Arbeitenden über ihre Social-Media-Gruppe schicken, markieren eine *Gegenposition.* Sie lebt von der Ironie, die dem Widerspruch zwischen abstrakten Ansprüchen und persönlich beobachteter Realität entnommen wird. Und von der Empörung, die ein starkes Bedürfnis ausdrückt, in der verzweifelten Situation eine eigene Sprache zu entwickeln. Diese Stimme leugnet keinesfalls die Vernunft des Abstandhaltens oder gar die Gefahr der Ansteckung. Sie fordert ganz im Gegenteil ein Recht auf körperliche Unversehrtheit für alle Menschen. Sie stellt sich dabei gerade der Vorstellung entgegen, dass es nunmehr nur noch darum gehe, dass jede und jeder individuell Anstrengungen unternehme.

Tatsächlich ist die Forderung nach einem Recht auf körperliche Unversehrtheit aktuell zu einem transnational verbindenden Moment von Arbeitskämpfen geworden, ob es sich um die wilden Streiks von

Amazon-Beschäftigten in Frankreich, USA, Italien, Spanien handelt oder um die Kämpfe in der Fleischindustrie, die ebenfalls in vielen Ländern mit der Forderung nach Schutzmaßnahmen und Firmenschließungen aufgetreten sind. Oft werden Forderungen nach Schutz vor der Pandemie mit solchen nach besseren Arbeitsbedingungen und höheren Löhnen verbunden. Berichte über die betroffenen Branchen lesen sich wie ein Ausschnitt aus jener Liste der „systemrelevanten" Arbeiten, die dem Text der Gruppe Blauer Montag vor einigen Wochen zu entnehmen war: Lebensmittelproduktion, Speditionen, Fast-Food-Betriebe, Fleischindustrie. Streiks fanden aber auch im Bergbau statt, mit einer ähnlichen Ausrichtung. Oder in Kliniken und Altenheimen, nicht nur in Deutschland, sondern von Hongkong bis Belgien, von Südafrika bis Schweden.[26] Ein Warnung vor Euphorie ist angebracht, aber dennoch wäre es falsch, solche allgemeinen Bezugnahmen schlicht zu überhören. Sie breiten eine Perspektive aus, in der die oben erwähnten Forderungen nach sozialen und politischen Rechten mit der Forderung nach menschenwürdigen Arbeitsbedingungen verbunden werden kann, im Rahmen einer unmittelbaren Politisierung von Arbeitskämpfen.

10. Palimpsest

Nachdem sie erst völlig ungehört blieb, wird die Stimme aus der oben erwähnten Instant-Messenger-Gruppe in den Wochen danach von der Presse aufgesogen, als auch dieser Betrieb zum sogenannten Corona-Hotspot wird. Die Berichte folgen im Großen und Ganzen drei Richtungen. Erstens der Richtung des *Skandals*, der den Individualismus des Pandemie-Diskurses gegen den Betrieb wendet. Man würde dort die Menschen „gnadenlos ausbeuten", eine Variante auf den Diskurs zur Ausbeutung in der Fleischindustrie, die richtig ist und von Herzen kommt, aber eben auch dieses oben angesprochene Problem der Besonderung mit sich bringt. *Zweitens,* und nach einiger Zeit in nicht unbeträchtlichem Ausmaß, geht der medialisierte Diskurs mehr in Richtung

[26] Eine Auflistung findet sich hier: [https://www.labourstart.org/covid-19.php].

der *Rechtfertigung*: Der Betrieb macht, was er kann, und die Bedingungen seien doch im Grunde immer noch besser als anderswo. Und drittens geht es dann in Richtung der *Verschiebung*: Die Infektionen seien in Wirklichkeit nicht bei der Arbeit, sondern in den Massenunterkünften entstanden, in denen insbesondere die Geflüchteten wohnen, die im Betrieb beschäftigt sind. In vielen der Texte über den Konflikt erscheinen alle drei Motive gleichzeitig, wobei Zielgruppe wie politische Orientierung der Medien die jeweils konkrete Zusammensetzung bestimmen. Alles in allem werden die Bilder der Arbeitenden durchaus zitiert, aber zugleich überschrieben. Sie bleiben, in diesem Falle noch unfähig zu weiteren konkreten Schritten wie offenen Aktionen oder Streiks, nur wie in einem Palimpsest erhalten: Nur in wenigen Fällen der Kategorie 1 („Skandal") bleibt es möglich, ihren Text unter dem zu erkennen, was über sie geschrieben wurde.

*

Im Rahmen unseres bereits erwähnten Forschungsprojekts haben wir Diskurse über die Fleischindustrie in Radio, TV und Zeitungen untersucht. Das Ergebnis ist ernüchternd: Zwischen Anfang 2017 und Ende 2019 wurden in fast 300 untersuchten Medienberichten in nur einem halben Dutzend Fällen Arbeitende selbst direkt oder in indirekter Rede zitiert.[27] Einer der wesentlichen Ausgangspunkte einer möglichen Verallgemeinerung ist deshalb schlicht, Positionen, Geschichten und Kämpfe von Arbeitenden zu dokumentieren. Die in der in der vorliegenden Zeitschrift laufenden Diskussion formulierte Frage nach möglichen Szenarien für die soziale und politische Klassenzusammensetzung nach der Pandemie müsste also ergänzt werden um die Frage nach Dokumenten, die nichts über die Zukunft aussagen können, aber wohl etwas über die Empörung in und Unzufriedenheit mit der Jetztzeit.

[27] Eine umfassende Auswertung des Projekts erscheint in den nächsten Monaten in unterschiedlichen Formaten, dort wird auch der diskursanalytische Teil des Projekts vorgestellt werden.

Die Suche bezöge sich auf das, was in der Krise selbst exponiert wird, wie in einer Dunkelkammer, in der sich in der Analogfotografie aus der Latenz heraus Bilder entwickeln. Aufgabe der Dokumentierenden wäre, am Bau jener Lichtlabyrinthe mitzuwirken, aus denen die Dunkelkammern gemacht werden, die die Exposition dieser Bilder ermöglichen. Oder anders gesagt: Die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass sie nicht sofort dem Licht ausgesetzt werden, interpretiert werden, sondern als Grundlage oppositioneller Strategien gedacht und gemacht werden können. Dies legte auch eine andere Bezugnahme auf die bürgerliche Öffentlichkeit nahe, eine, die nicht naiv mit ihr als Machtmittel in sozialen Kämpfen rechnete oder sie als Profilierungsfeld für allerneuste akademische Ideen instrumentalisierte, sondern vor allem daran misst, ob sie als Ressource dient, um Ungehörtes und Unerhörtes zu teilen. Dort, wo das nicht der Fall ist, müssen dringend und gewiss auch außerhalb der universitären Forschung Formen gesucht und unterstützt werden, die dieses Teilen ermöglichen.

Die sozialen Bewegungen in Frankreich in Zeiten der Pandemie. Ein Gespräch mit Willi Hajek* und Lou Marin**

Die Corona-Krise hat auch die sozialen Bewegungen vorläufig zum Halten gebracht, besonders auffällig in Frankreich, das in den vergangenen rund zwei Jahren nicht nur die Bewegung der Gelbwesten erlebte, sondern im Herbst und Winter 2019/20 auch den gegen die Rentenreform der Macron-Regierung gerichteten Massenstreik. Wir haben Lou Marin und Willi Hajek im Februar in Marseille interviewt, um ihre damals aktuelle Einschätzung zum Verlauf der Kämpfe zu erfahren. Der Text ist danach in das Durcheinander der ersten Wochen der Pandemie geraten und wurde Mitte Mai per Mail auf unsere Nachfragen hin von beiden um neue Einschätzungen ergänzt.[1] Das Gespräch führten Lars Stubbe und Peter Birke.

* Willi Hajek ist Gewerkschafter und Bildungsarbeiter. Er lebt in La Ciotat bei Marseille und hat unter anderem zur Bewegung der Gilet Jaunes zahlreiche Texte veröffentlicht. Im Verlag Die Buchmacherei erschien zuletzt: Willi Hajek (Hg.), „Gelb ist das neue Rot", Gelbwesten und Gewerkschaften in Frankreich, Berlin 2020, [https://diebuchmacherei.de/produkt/gelb-ist-das-neue-rot-gewerkschaften-und-gelbwestrn-in-frankreich/].

** Lou Marin ist unter anderem Redakteur der Zeitschrift Graswurzelrevolution [https://www.graswurzel.net/gwr/]. Er lebt seit fast zwanzig Jahren in Marseille und ist Autor zahlreicher Texte zum Anarchismus, so unter anderem zur Beziehung der Arbeiten von Albert Camus zur libertären Bewegung. In deutscher Sprache erschien: Lou Marin, Albert Camus – libertäre Schriften, Hamburg 2013.

[1] Das Interview ist damit zugleich unversehens der vierte Beitrag in unserer Reihe zu den Folgen der Pandemie für Arbeitskämpfe und sozialen Bewegungen geworden. Abgeschlossen wurde die Bearbeitung – parallel zur ersten weitergehenden Lockerung des *confinement* in Frankreich – am 1.Juni 2020. Wie bei den vorigen Beiträgen zur Frage der Veränderung von Arbeitsverhältnissen und Klassenkämpfen in der Pandemie gilt auch hier der Vorbehalt, dass sich die Situation aktuell schnell ändert und die Einschätzungen und Prognosen vor diesem Hintergrund zu bewerten sind.

Die Massenstreiks im Winter 2019/2020

Frage: Wie würdet ihr rückblickend die Bewegung gegen die Rentenreform bewerten?

Lou Marin: Die Proteste gegen die Rentenreform waren seit Anfang Dezember 2019 sehr, sehr stark, vor allem im Transportwesen. Die Streiks haben großen ökonomischen Schaden angerichtet, vor allem bei der SNCF und bei den anderen Transportgesellschaften. Es war nicht nur einer der längsten Streiks, sondern der längste Streik überhaupt, länger sogar als der des Jahres 1995. Bis in den Februar 2020 hinein gab es noch Nachstreiks. Ich nenne sie Nachstreiks, weil da der eigentliche, 46 Tage durchgängige Streik im Transportwesen schon vorbei war. Es wurde zunächst auch ein bisschen was erreicht, etwa die Rücknahme des Plans, das Renteneintrittsalter auf 64 Jahre zu erhöhen – allerdings stand das zu Beginn der Covid-19-Krise noch zur Disposition, weil das Finanzierungskonzept noch hätte diskutiert werden sollen. Die Einführung des Punktesystems sollte aber beibehalten werden, sie fand sich auch noch im ersten Gesetzesentwurf. Durch die Covid-19-Krise und die Erklärung Macrons am 19. März 2020 ist die Reform inzwischen praktisch suspendiert, sowohl was das Punktesystem als auch was Einstiegsalter anbelangt, bis auf einen unbestimmten Zeitpunkt nach der Krise. Ob allerdings die sozialpolitischen Mängel, die während Covid-19 vor allem im Gesundheitswesen und in den Altenheimen offensichtlich geworden sind, ein schnelles Durchpeitschen der Reform überhaupt noch zulassen, werden wir sehen.

Willi Hajek: Ich sehe das ähnlich. Der Schwerpunkt für diese ganze Bewegung, schon bevor am 5. Dezember 2019 der Streik ausgelöst wurde, war der Transportbereich. Was ein bisschen aus dem Blick gerät, ist die Tatsache, dass die Mobilisierung schon im September anlief, vor allem in Paris, in den Bahnhöfen. Der Kernpunkt, um den es bei den Versammlungen jener Gewerkschaften ging, die eher kämpferisch orientiert sind, war, dass es nicht erneut wie beim letzten großen Streik im Transportwesen, etwas mehr als zwei Jahre zuvor, zu zeitversetzten Ak-

tionen kommen dürfe, das hieß damals: immer drei Tage keine Arbeit, zwei Tage arbeiten. Deshalb kam dann der ununterbrochene Streik seit Anfang Dezember. Das zweite ganz Wichtige war, dass allen klar war, dass die Entscheidung über Fortführung oder Abbruch des Kampfes an der Basis getroffen werden müsse. Am 5. Dezember hat die CGT[2] dann erklärt: Streikbewegung, aber *reconductible*, das heißt, mit einer ständigen Erneuerung einer Entscheidung der Basis für oder gegen Streikfortsetzung. Das war eigentlich eine neue Situation, auch bezogen auf die CGT, denn schließlich war das normalerweise eine Forderung der Basis.

Frage: Was heißt „normalerweise"?

Willi Hajek: Eine klassische Forderung, traditionell, überliefert. In den Streiks von 1995 war sie von zentraler Bedeutung, und seitdem wurde sie immer wieder erhoben: ‚Wir lassen uns den Streik nicht aus der Hand nehmen, sondern versuchen, die Kontrolle zu übernehmen, indem immer wieder neu auf Basisversammlungen entschieden wird.' Und 2017 lief der Streik ja anders, nämlich mit einem Konzept, das *von oben* über drei Monate definiert wurde und bei dem die Streiktage de facto festgelegt wurden. Also mal rein, mal raus – das hat wirklich viele Leute total frustriert. Das Management konnte sich so natürlich darauf einstellen, weil alles schon öffentlich geplant war. Und klar, die Nutzerinnen und Nutzer konnten sich eben auch darauf einstellen, wann Streiktage waren und wann nicht.

Frage: Wie würdet ihr überhaupt die Vorgeschichte der Streiks beschreiben?

Willi Hajek: Zwischen der Gelbwestenbewegung und der Streikbewegung gab es auf jeden Fall ein Abflachen, aber insgesamt kein wirkliches Abbrechen oder Aussetzen der sozialen Bewegungen. Und auch „zwischen" den Bewegungen gab es Kontinuität: Hier in Marseille zum Beispiel liefen das ganze Jahr über Proteste in Krankenhäusern. Es gab seit März 2019 eine Koordination quer durch die Krankenhäuser, mit

[2] CGT = *Confédération générale du travail*, Allgemeiner Gewerkschaftsbund, zweitgrößter Dachverband in Frankreich, früher der Kommunistischen Partei nahestehend, etwa 650.000 Mitglieder.

Schwerpunkt in den Notaufnahmen. Und es gab relativ viele Aktionen, die eine Verbesserung der Ausstattung und der Arbeitsbedingungen forderten, die aber nie so eine Breitenwirkung entfalteten. Auch sonst gab es viel Unruhe, insbesondere in den Bereichen des öffentlichen Dienstes und der Daseinsvorsorge, beispielsweise bei den Feuerwehrleuten. Nur waren das 2019 eben punktuelle Aktionen, die nur regionale Aufmerksamkeit erfuhren, in Bordeaux zum Beispiel. Sie waren in den landesweiten Medien kaum präsent. Es gab lokale Koordination, aber kaum eine landesweite Verständigung. Im Dezember hat sich das dann wieder geändert, und am Anfang hatte die Bewegung wirklich eine große Dynamik. Das kann man etwa daran sehen, wie die Vollversammlungen abliefen. Solche Versammlungen können stark von oben bestimmt sein, manchmal reden da nur Gewerkschaftsvertreter. Aber auf den Versammlungen, die seit Dezember in den Bahnhöfen stattgefunden haben, gab es unheimlich viele Vorschläge von den Teilnehmenden, und zwar nicht nur, Versammlungen zu machen, sondern auch, Berührungspunkte zu anderen Bereichen zu suchen. Es wurde hier in Marseille zum Beispiel eine Aktion zusammen mit den Beschäftigten am Flughafen gemacht, und da ging es nicht nur um die Rentenreform, sondern auch um andere Forderungen. Dann die Aktionen mit den Dockern am Hafen. Diese *convergance de luttes*, das Verbinden, Zusammengehen der Kämpfe – ich finde, das ist eigentlich einer der wichtigsten Aspekte, der durchaus auch dazu beigetragen hat, dass im Winter die Gewerkschaften, die CGT und auch die SUD,[3] einen größeren Zuspruch hatten.

Lou Marin: Na ja, einerseits stimmt das, aber was man auch wissen muss, ist, dass die Gewerkschaften gespalten sind. Der Höhepunkt war erreicht, als die CFDT[4] gesagt hat, der Sieg sei da, weil die Regierung das erhöhte Renteneinstiegsalter erst mal zurückgenommen hatte. Da-

[3] SUD = Akronym für *solidaires*, *unitaires*, *démocratiques*, solidarisch, vereint, demokratisch: Linker Dachverband „neuer" Gewerkschaften, die aus den Streiks der 1980er und 1990er Jahre hervorgingen. Seit 1998 kurz „Solidaires", hat heute ca. 120.000 Mitglieder.

[4] CFDT = *Confédération française démocratique du travail*, Französischer Demokratischer Gewerkschafttsbund, früher christlicher Dachverband, seit den 1970ern der Sozialdemokratie (Sozialistische Partei) nahestehend.

raufhin kam es zu einer Besetzung der CFDT-Zentrale, einerseits gut und wichtig, aber andererseits auch Ausdruck innerer Kämpfe. Im Vergleich mit der BRD ist die Gewerkschaftsszenerie enorm zersplittert. Und gerade im Transportsektor, bei Bus, Metro und so weiter, gibt es neue Basisgewerkschaften, die Kritik am Zentralismus üben, an den Verhandlungsstrategien und an den Verhandlungen überhaupt, die zwischen Gewerkschaftszentralen und Regierung geführt werden. Aber das war auch 1995 so, und daraus entwickelte sich ja die SUD, die heute die stärkste Basisgewerkschaft ist. Diese dezentrale Struktur führt auch dazu, dass Gewerkschaften oft dort losschlagen, wo sie besonders stark sind. Und nicht erst auf das Ablaufen der Friedenspflicht warten und auf dieses ganze bürokratische Moment Rücksicht nehmen, das die Gewerkschaften in Deutschland oft prägt. Aber der Nachteil ist: Wenn es ein bisschen zerfasert, wenn die Regierung nicht sofort nachgibt, dann folgt auf eine Stärkephase nicht selten auch eine Phase interner Kämpfe. Dann geht es vielleicht in einzelnen Bereichen oder einzelnen Städten weiter, wie das im Januar der Fall war, aber anderswo dann eben nicht mehr so richtig.

Frage: Wie hat sich die Mobilisierung gegen die Rentenreform überhaupt bis zum Einsetzen der Coronakrise verändert?

Willi Hajek: Etwa Mitte Januar 2020 zeichnete sich relativ deutlich ab, dass diese Regierung nicht zurückweichen wird. Das hat mehr oder weniger automatisch dazu geführt, dass die Demonstrationen eher einen symbolischen Charakter angenommen haben und die Bewegung langsam nachließ. Zudem kam es zu einer gewissen Spaltung. Das gilt für den Richtungsstreit der Gewerkschaften, den Lou schon erwähnt hat, aber auch für andere Aspekte. Bei den Protesten gegen die Rentenreform war die Polizei sehr friedlich, im krassen Gegensatz zu ihrer unheimlichen Brutalität gegenüber den Gelbwesten, die auch im Januar noch regelmäßig zusammengeprügelt wurden. Gleichzeitig gab es heftige Diskussionen auf den Vollversammlungen, wie es weitergehen solle. Die Blockaden verschwanden dann mehr oder weniger ganz, und es gab eine gewisse Stagnation. Alle warteten auf die erste Runde der Kommu-

nalwahlen, die am 15. März trotz Coronakrise stattfand, mit einer sehr schwachen Wahlbeteiligung und gemischten Ergebnissen, allerdings fast überall mit einer heftigen Niederlage der Regierungspartei.

Gilets Jaunes und Arbeitskämpfe

Frage: Waren die Massenstreiks – verglichen mit der Bewegung der Gelbwesten – auch eine Art Rückkehr zu den Aktionsformen der Arbeiter*innenbewegung?
Lou Marin: Es kommt darauf an, worüber wir da genau sprechen. Zum Beispiel ist das Verhältnis zwischen Paris und dem übrigen Frankreich immer wichtig, und das gilt selbstverständlich für beide Bewegungen. Auch die Aktionen der *Gilets Jaunes* waren ja nicht einfach nur dezentral. Die Bewegung begann zwar an den *rondpoints*, an den teilweise dauerhaft blockierten Verkehrsknotenpunkten, oft auf dem Land, doch Demos und Konflikte in Paris standen im Mittelpunkt der Berichterstattung. Außerdem gab es auch in den *Gilets Jaunes,* anschließend an das, was Willi gerade über „symbolische" Demos gesagt hat, eine Kritik an rituellen Mobilisierungen der Gewerkschaften, die zu harmlos seien. Bei den Gelbwesten gab es den *cortège de tête*, also den Demoanfang, wo sich Black-Block-Gruppen oder neue Gruppen von „Aufständischen", wie man die hier so nennt, an die Spitze stellten und versuchten, die Demo in eine militante Auseinandersetzung zu ziehen. Das hat auch hier Marseille zu recht hässlichen Konflikten innerhalb der *Gilets Jaunes* geführt, zwischen gewerkschaftlichen Demo-Ordnungsleuten und Leuten vom *cortège de tête*. Diese Scharmützel sind seit dem Winter zum Glück zurückgegangen, auch weil es die Sonntagsdemos der Gelbwesten-Frauen gab, die das ablehnten. Aber zusammengefasst: Der Unterschied zwischen Gelbwestenbewegung und der Bewegung gegen die Rentenreform ist mehrdimensional, auch auf das, wenn man so will, Innere der Gelbwestenbewegung bezogen, die sich ja selbst mehrmals neu definiert und zusammengesetzt hat.

Andererseits kann man feststellen, dass die Gelbwesten eine andere Mobilisierungsform hatten: über soziale Netzwerke statt über gewerkschaftliche Basisgruppen. Seit dem Winter haben sich die Gewerkschaften jedoch wieder ein bisschen Terrain zurückerobert. Es gab hier ja eine Diskussion über die „Gelbwestisierung" der Gewerkschaften, aber der wichtige Unterschied scheint mir doch zu sein, dass die Gewerkschaften im Winter die Federführenden gewesen sind und dass es zentral um Arbeitskämpfe ging, was bei den *Gilets Jaunes* eher zweitrangig war. Betriebsbesetzungen gab es zwar auch im Winter fast keine, aber es hat doch das Ziel, durch Streiks und Blockaden ökonomischen Druck auszuüben, wieder eine stärkere Rolle gespielt. Zum Beispiel: In Fos-sur-Mer, einem Ort in der Nähe von Marseille, gibt es eine große Raffinerie. Vor der Fabrik gab es verschiedene Aktionen, und es hat immer wieder Berichte gegeben, dass das Benzin an Tankstellen knapp werden könnte. Ist dann zwar nie dazu gekommen, aber es wurde schon als Drohszenario entwickelt.

Frage: Wo lag der räumliche Schwerpunkt der Streiks?

Lou Marin: Meiner Wahrnehmung nach war der Schwerpunkt des Streiks Paris, Île-de-France. Hier in Marseille ist der Hafen zwar einmal blockiert worden, aber die Auswirkungen waren bei weitem nicht so stark wie in Paris. Als ich im Dezember fünf Tage dort war, lief wirklich gar nichts mehr. Ich habe, um von einem Stadtteil zum anderen zu kommen, einen halben oder einen ganzen Tag gebraucht. Die Metro war dicht, die Regionalbahnen fuhren nicht, die Auswirkungen des Streiks waren unübersehbar. In Marseille dagegen fuhr die Straßenbahn an den Demotagen lediglich in der Innenstadt nicht planmäßig, in den Außenbezirken aber wohl.

Willi Hajek: Das hat vielleicht auch damit zu tun, dass in der Pariser Metro und anderen Verkehrsbetrieben die UNSA[5] als Gewerkschaft re-

[5] *Union nationale des syndikats autonomes* = Dachverband der autonomen Gewerkschaften, 1993 gegründet, organisiert vor allem Angestellte und Techniker*innen, etwa 360.000 Mitglieder.

lativ stark ist, die eben auch das oben erwähnte Konzept der Basisentscheidungen vertritt.

Frage: Willi, würdest Du die Einschätzung teilen, dass der Schwerpunkt der Aktion seit September Paris war?

Willi Hajek: Ja und nein. Klar war Paris in der Bewegung gegen die Rentenreform wichtig. Das Bild von Paris als Zentrum des Landes und damit auch der sozialen Kämpfe wird aber doch auch durch die Medien geprägt. In den Berichten geht es immer nur um Paris. Man übersieht leicht die Ereignisse im Rest des Landes, zum Beispiel in den regionalen Metropolen wie Bordeaux oder Toulouse, oder in der Normandie. Auch dort gab es teilweise starke Mobilisierungen. An mehreren Demonstrationen in Bordeaux nahmen zwischen 5.000 und 10.000 Leuten teil, etwas sehr Ungewöhnliches in dieser Stadt.

In den Medien gibt es aber auch zwei Welten. Die großen Printmedien und Tageszeitungen, die meisten TV-Sender konzentrieren sich auf Paris. Daneben gibt es aber auch die andere Medienwelt, bei der es bei den Gelbwesten schon klar war: Die verfolgen alle ihre Facebook-Nachrichten, und da finden sie auch die regionalen Berichte. Es ist also eine differenzierte Bewegung, die ihre regionalen Besonderheiten hat, und in der sich vor allem in den Social Media auch lokale und regionale Medienwelten ausprägen, in denen eine Verständigung über Ziele stattfinden kann und die dazu beitragen, dass auch in den kleineren Städten und auf Kreisebene Informationen zirkulieren und sich Strukturen bilden können.

Lou Marin: Ich teile diese Einschätzung, möchte aber gerne ergänzen, dass dies auch für die großen Städte als solche gilt. Beispielsweise war ich im Dezember in Paris, hielt dort einen Vortrag in Malakoff, einem Stadtteil ganz im Süden, in einer Bibliothek. Die Linie 13, die dahin fährt, war total geschlossen, schon seit Tagen, Wochen, und die Veranstalter*innen haben gesagt, ‚tut uns leid, es wird da wahrscheinlich niemand kommen heute Abend'. Aber am Abend waren dann vierzig Leute da, und zwar alle aus dem Viertel, also aus Malakoff und aus Vanves, die waren dann zu Fuß gekommen oder mit dem Fahrrad. Ich habe die ge-

fragt, ‚wie kommt ihr hier hin', und die haben mir gesagt, ‚ja wir schauen seit neuestem wieder verstärkt, was eigentlich lokal, örtlich und so passiert'. Wenn wir diese Riesenstadt nur mit der Metro passieren können, dann orientieren wir uns jetzt mal, wenn die Metro bestreikt wird, wieder auf die Zusammenarbeit im Stadtviertel. Hat man ja praktisch auch ganz vergessen.

Frage: Wie beziehen sich diese lokalen Besonderheiten, von denen ihr sprecht, auf gemeinsame Ziele der Bewegung?

Willi Hajek: Das müssten wir uns nochmal genauer anschauen, finde ich. Einerseits ist die Vielfalt der Aktionen und Perspektiven ganz positiv. Es gab beispielsweise Aktionen gegen BlackRock Inc., ein Unternehmen, das Renten kapitalisiert und im Zusammenhang mit der Rentenreform natürlich ein gutes Ziel abgab: Jede Woche ging eine andere Gruppe hin und hat etwas gegen die unternommen. Das fand in Paris statt, aber in einer zugleich dezentralen und fokussierten Form.

Dennoch gibt es in der Vielfalt und in den vielen lokalen Bezügen auch das Moment der Zersplitterung. Um wieder von zu Marseille sprechen: Hier gibt es ja seit langem die Bewegung gegen Gentrifizierung und miserable Wohnbedingungen. Es gab massive Proteste gegen einstürzende und baufällige Häuser. Das hat in den besten Momenten dazu geführt, dass es gemeinsame Demos gab, auch schon bei den Gelbwesten. Aber nach und nach läuft dann auch viel wieder nebeneinander her, und die gemeinsamen Ziele geraten aus dem Blick. Ähnlich ist das in Bezug auf die Revolte in Algerien, ein Punkt, der hier in Marseille enorm wichtig ist, weil es hier eine sehr, sehr große algerische Community gibt. Wie in Algerien selbst findet hier jede Woche eine Demonstration statt, aber das läuft eher unverbunden nebenher.

Jetzt haben wir in knapp zwei Jahren zwei unglaublich massive Bewegungszyklen gehabt, und beide sahen am Anfang sehr vielversprechend aus. Aber je länger es dann dauerte, desto mehr ist das nebeneinander gelaufen, man hat sich wieder auf die eigenen, einzelnen Sachen konzentriert. Die sind natürlich auch wichtig, aber dann ist das so ein Ausufern. Auch bei den Gelbwesten, natürlich ist es bewundernswert, wie lange

diese Bewegung ausgehalten hat, aber an einem bestimmten Punkt war auch klar, dass sie Anhänger*innen verliert und der Druck nachlässt, der am Anfang da war.

Lou Marin: Es ist in diesem Zusammenhang interessant, dass sich die Rechten überhaupt nicht in der Bewegung gegen die Rentenreform engagierten, aber am Start waren und sind, wo es um lokale Konflikte ging. Sie agitieren zum Beispiel auch gegen den schlechten Zustand von Wohnungen. Da mieten sie große Lokale, mitten in den Zentren, wo sie mit ihren Forderungen nach Verbesserungen beim Wohnen sehr offensiv auftreten, natürlich nicht für Migrant*innen. Oder sie treten auf gegen Parkgebühren, Wassergebühren für Boote und so etwas.

Man muss auch sehen, dass die Rechten ihre Basis lokal weiterentwickeln. Hier in der Gegend hat es ja über Jahre hinweg Bürgermeister vom *Front National* gegeben, etwa in den großen Vorstädten im Norden, Vitrolles oder Bollène zum Beispiel. Und die haben Kommunalpolitik gemacht, total übel, haben Wohnblocks mit vielen Migrant*innen völlig verkommen lassen, die städtische Müllabfuhr gar nicht mehr oder nur noch viel seltener als zuvor da hinausfahren lassen. Danach haben sie irgendwann die Zeitung hingeschickt und gesagt, ‚schaut mal, wie verdreckt das hier aussieht', während sie die ganzen kommunalen Mittel ins Stadtzentrum haben fließen lassen, um eine schöne Kulisse für Touristen zu haben. Das wird meiner Meinung nach von der Linken viel zu wenig skandalisiert, unter anderem wohl deswegen, weil sie in den migrantischen Vierteln nicht so stark verankert ist.

Willi Hajek: Ja, das ist ein Problem. Ich wohne in La Ciotat, das ist genau so eine Stadt, wie du sie beschreibst. Mit einer geteilten Bevölkerung. Du hast zum Beispiel diese ganzen Innenstadtzonen. Die sind abends, wenn es dunkel wird, ab 18 Uhr, 18:30 Uhr, verlassen. Alles ist zu, nur die Jugendlichen sind da. Und die rechten Bürgermeister, auch jene, die nicht bei Le Pen sind, reden dann nur noch über Sicherheit: Um zu vermeiden, dass in den Innenstädten ‚die falschen Leute' unterwegs sind, werden die Buslinien aus den Vororten um 19:33 Uhr eingestellt. In La Ciotat hat der Bürgermeister zudem überall Kameras auf-

stellen lassen. Aber was machen wir mit diesen tristen Innenstädten? Bei uns fordern die linken Gruppen, dass Treffpunkte geschaffen werden, soziale Zentren. Im Wahlkampf hast du trotzdem nur drei Themen: erstens Sicherheit, zweitens Sicherheit, drittens mehr Polizei. Das trägt dazu bei, dass die Stadt wirklich zweigeteilt ist.

Alte und neue Gewerkschaften

Frage: Stichwort Vielfalt versus Fragmentierung: Gibt es auch in der Gewerkschaftsszene eine Zersplitterung, zum Beispiel als Rückfall in Berufsgewerkschaften?

Lou Marin: Neue Gewerkschaften sind vorwiegend im Transportsektor entstanden. Aber ich finde, es ist relativ schwierig, etwas dazu zu sagen, welche Form von Basisgruppen das sind. Sie können aufgrund einer großen Unzufriedenheit vor Ort entstehen, aber auch aus einer Kritik an der Orientierung der Streikbewegung heraus.

Willi Hajek: Es gibt auch innerhalb der SUD-Solidaires unterschiedliche Strömungen, und nicht erst seit der gegenwärtigen Bewegung. Über ein Jahr lang gab es einen sehr militanten Poststreik in der Region 92, also im Pariser Umland, der sich gegen Umstrukturierungen und auch gegen die Entlassung von einigen Delegierten richtete. Träger und aktive Kerne in dieser Bewegung waren Militante, die von linksradikalen politischen Gruppen aktiv unterstützt wurden. Sie haben einige Erfolge in diesem Streik erzielt. Aber genau dieses Spannungsverhältnis zwischen einer militanten gewerkschaftlichen Basisbewegung und eingreifenden Politaktivisten gehört zu einer realen gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Genau da müssen Formen gefunden werden, die nicht auf Spaltung ausgehen, sondern die es ermöglichen, trotz aller Vielfalt gemeinsam zu handeln.

Berücksichtigt werden muss auch das spontane Moment der ganzen Bewegung. Die Versammlungen laufen im Moment so ab, dass zuerst breit über den Stand der Streikbewegung und die Aktionen diskutiert wird, und dann gehen einzelne Kolleg*innen vor und machen konkrete

Vorschläge. Eine Aktion finde ich exemplarisch: Da wurde bei der öffentlichen Müllabfuhr ein Kollege entlassen, weil er sich ein bisschen neben seinem Fahrzeug ausgeruht hat. Das hatte jemand gefilmt, ins Netz gestellt, und daraufhin wurde dieser Kollege entlassen. Daraufhin haben Kolleg*innen das Mülldepot besetzt und gefordert, dass die Entlassung zurückgenommen wird. Das hat mit der Rentenreform erst einmal nichts zu tun, und dennoch: Solche solidarischen Aktionen und Vorschläge, die nehmen spürbar zu! Ich glaube auch, dass das dazu führen kann, dass sich wirkliche Kollektive bilden, die sagen, ‚selbst wenn die SUD-Führung da nicht mitmacht oder wenn die SUD es einfach aus Zeitgründen und Überforderung nicht auf die Reihe bekommt … dann machen wir das trotzdem!' Gerade in solchen breiten Bewegungen entstehen Initiativen, die vorher nicht von einer Zentrale geplant waren, und entwickeln eine überraschende Eigendynamik.

Frage: Also im Prinzip jenseits des Gewerkschaftsapparats…

Willi Hajek: Ja. Interessant wird, wie sich in diesem Zusammenhang die Streikkassen entwickeln. Es gibt so etwas in Frankreich ja traditionell nicht in zentralisierter Form. Aber in der jetzigen Situation wurde zur Bildung von dezentralen Streikkassen aufgerufen, wovon es inzwischen über 400 gibt. Und wenn die Leute die Idee haben, eine Streikkasse einzurichten, dann wird das auch ein Kollektiv. Dass es heute so was gibt, auch bei der CGT, halte ich für sehr wichtig. Und wichtig ist auch, dass diese Gelder nicht exklusiv ausbezahlt werden, sondern teilweise so, dass jemand, der drei Tage gestreikt hat, Geld bekommen kann, auch wenn er kein Mitglied einer Gewerkschaft ist, die Kassen also selbstorganisiert und frei zugänglich sind. Das ist ein ganz neues Phänomen.

Lou Marin: Bei Streiks hier sind auf lokaler Ebene immer ganz, ganz viele dabei, die nirgendwo formal organisiert sind. Einerseits ist es eine Schwäche: Es gibt wenig ökonomische Unterstützung. Aber man kommt natürlich schneller zur Selbstorganisierung, weil die einzelnen Gewerkschaften viel weniger Mitglieder haben, als wir es zum Beispiel aus der BRD kennen. In der BRD sind die Streikkassen zwar voll, aber über die Streiks wird grundsätzlich immer ganz oben entschieden.

Frage: Nochmal zurück zu der Frage des Abflauens der Bewegung. Es gibt ja eine Diskussion darüber, dass die Mobilisierungsfähigkeit von gesellschaftlichen Bewegungen zunehmend geringer wird, weil Regierung und Unternehmer eine sehr harte, kompromisslose Linie fahren und man trotz stärkerer Mobilisierung eigentlich weniger erreicht. Da gibt es ja so eine Dialektik, in dem Sinne: Wenn man mehr erreichen kann, macht man vielleicht auch mehr. Gelegenheit macht Streiks. Ähnlich bei den Gelbwesten und bei den Streiks gegen die Rentenreform: Die Zugeständnisse von Macron passen ja auf einen Bierdeckel. Was bedeutet das aus strategischer Sicht?

Lou Marin: Das ist eine interessante Frage, aber schwer zu beantworten, natürlich, weil das auch etwas spekulativ ist. Was ich aber sehe, ist, dass es selbst zu den Hochzeiten des Streiks zwar in den Meinungsumfragen eine Mehrheit in der Bevölkerung gab, die sie befürwortete, aber es waren immer „nur" knapp über die Hälfte, nie 80 oder mehr Prozent. Auch bei den Gelbwesten war das so. Was derzeit fehlt, ist ein, wie soll ich das nennen, ein polit-gesamtkultureller Umschwung in eine emanzipatorische linke, libertäre Richtung. Wenn man die gegenwärtige Situation etwa mit 1968 vergleicht, wo es so etwas ja gegeben hat. Einen Schwung nach links, mehr Emanzipation, sekundäre Effekte, durch die in der BRD etwa Willy Brandt an die Macht gespült wurde usw.; in Frankreich ließ sich das bis zur Aufbruchsstimmung Anfang der 1980er mit der Linkskoalition unter Mitterand verfolgen, die zwar eine Enttäuschung wurde, aber doch eine gesellschaftliche Verschiebung zum Ausdruck gebracht hat.

Davon gibt es jetzt nicht viel, teilweise im Gegenteil: Das *Rassemblement National* profitiert ja zum Teil von der Situation, auch in der ersten Runde der Kommunalwahlen – obwohl es sich, wie gesagt, zu keinem Zeitpunkt positiv oder irgendwie aktiv-demagogisch auf die Proteste bezogen hat. Die gegenwärtige kulturelle Situation ist ähnlich der in der BRD, mit der Präsenz der AfD oder einer autoritären Fraktion innerhalb der CDU oder der FDP. Auch in Frankreich wird das nicht gebrochen, obwohl die Massenbewegungen hier da sind und in Deutschland

nicht. Und das fehlt mir eigentlich noch, dass müsste sich irgendwie ausdrücken, sonst kommt man da nicht voran.

Willi Hajek: Das sehe ich ganz anders. Vor allem in den Gewerkschaften hat sich schon sehr viel verändert, zum Beispiel in Teilen der CGT. Da können jetzt offene Fragen gestellt werden und Strategien besprochen werden, das gab es früher bestimmt nicht in vergleichbarem Maße. Das Suchen nach Formen der eigenen Aktion, wo wir selber entscheiden, wo wir selber Vorstellungen entwickeln, das geht weit über dieses Gewerkschaftliche, Repräsentative hinaus. Außerdem werden Sektoren aktiv, wie zum Beispiel die Vereinigungen der Anwälte und Richter, die gegen Kürzungen ihrer Renten eintreten, sich auch verbinden mit den Streiks und auf ihr gemeinsames Interesse hinweisen, weil auch die Beihilfen gekürzt werden, die Leute kriegen, die ihre Rechte aus Arbeitsverhältnissen einklagen. Ich weiß nicht, das ist auf eine Art viel faszinierender als nach '68. Ich habe nach '68 eher keine Operntänzerinnen gesehen, die über Wochen streiken und sich vor der Oper tanzend solidarisieren. Der gesamte Bereich von Dienstleistungen und gesellschaftlicher Arbeit – eben von der Oper bis zum Krankenhaus – hat eine enorme, neue Bedeutung bekommen, die er früher nicht gehabt hat.

Lou Marin: In dieser Hinsicht habe ich keinen Widerspruch. Ja, du hast recht, die Feuerwehrleute streiken … und der Louvre war auch geschlossen, das ist etwas Besonderes. Und es gibt eine neue Diskussion: Was brauchen wir eigentlich, was nicht, wer macht welche Arbeit und wozu.

Willi Hajek: Besonders im Gesundheitswesen, und schon vor der Coronakrise. Die Forderung, dass öffentliche Güter frei zugänglich sein müssen. Dass über 1.000 Stationsleiter*innen erklären, dass ein System abgeschafft werden muss, das Rentabilität um jeden Preis verlangt. Es bilden sich neue Allianzen zwischen Beschäftigten und mittleren Führungsebenen, die keine Lust haben, immer nur die nächste Effektivierung durchzusetzen. Das ist für mich eine ganz neue Dimension.

Lou Marin: Aber ich bin mir nicht sicher, ob diese Diskussion wirklich auf so breiter Ebene geführt wird, wie du es schilderst, oder ob das mehr ein Eindruck ist, der durch die Berichterstattung über bestimmte Sektoren in den Medien verstärkt wird. In Bezug auf die Schulen etwa hatte ich manchmal sogar einen umgekehrten Eindruck. Da heißt es zwar in der Zeitung, 70, 80 Prozent der Lehrer*innen und Schüler*innen streiken, aber wenn ich dann hier mit Lehrer*innen aus den nördlichen Stadtvierteln spreche, erfahre ich: Sie sind fast allein. Sie würden ja gerne streiken, aber die Lehrer*innen machen da nicht mit. Also unheimlich viel aufgestauter Frust ohne Ventil auch in Sektoren, von denen öffentlich behauptet wird, dort fänden Streiks in großem Ausmaß statt.

Willi Hajek: Vielleicht kommt man da ja auch nicht zu einem einheitlichen Bild. Wieder ein anderer Eindruck. Ich komme ja mit dem Regionalexpress nach Marseille, der fuhr die ganze Zeit nur ausnahmsweise. Wenn du dich nicht morgens erkundigt hast, wann einer geht, dann konnte es sein, dass da gerade drei Stunden Pause war. Dadurch hat sich aber etwas entwickelt. *Covoiturage* – das ist verrückt: An diesen Zahlstellen haben sich dann die Leute getroffen, sich über Social Media zu Fahrgemeinschaften zusammengefunden. Und inzwischen, bei den Kommunalwahlen, haben mehrere Gruppen den Vorschlag aufgestellt, diese Praxis allgemein einzuführen und Plätze an den Zahlstellen der Autobahn zu schaffen, an denen sich die Leute, die in die Stadt rein wollen, Mitfahrgelegenheiten suchen können.

Frage: Wie sah es in Bezug auf den Streik in den Bereichen aus, die privat organisiert sind, die aber dennoch wichtige infrastrukturelle Funktionen erfüllen?

Lou Marin: Ein weiteres Problem. Da gab es eine relativ schwache Beteiligung. Nehmen wir die Lkw-Fahrer*innen, die beim großen Streik von 1995 bei Blockaden, gerade der großen Straßen um Paris herum, ganz wichtig waren, die lange Zeit mitgemacht haben, weswegen das auch so eine große Wirkung gehabt hat. Diesmal hat es einige Tage gegeben, an denen auch LKW-Fahrer*innen gestreikt haben, aber nicht lange. Überhaupt gab es wenig Beteiligung von Belegschaften aus dem

Privatsektor jenseits des Transportsektors. Schon bei den Busfahrern war die Beteiligung oft niedrig, auch weil diese inzwischen ebenfalls stark prekarisiert sind. Viele von ihnen waren bei den Busstationen, wo sie über Nacht die Busse stehen lassen, schon um fünf Uhr morgens präsent. Als sie losfahren wollten, sind sie aber an den Toren blockiert worden – von Streikenden, aber eben nicht von Busfahrern. Die Prekarisierten entschuldigten sich eher damit, auf den Lohn angewiesen zu sein, Familie zu haben und anderes. Da kommen die ganzen ökonomischen Zwangslagen: ‚Ich kann es mir nicht leisten, ich habe vielleicht auch nicht die Unterstützung von Streikkassen'.

Soziale Bewegungen während der Krise

Frage: Wie hat sich die Debatte über das, was hier „systemrelevante Bereiche" genannt wird, in der Coronakrise verändert? Würdet ihr sagen, dass Forderungen nach einer besseren Versorgung und Infrastruktur eher gestärkt wurden? Oder sind sie im Gegenteil verstummt?

Lou Marin: Im Vergleich zur BRD war der Virus in Frankreich schon zwei, drei Wochen früher verbreitet, vor allem beim französischen Riesen-Hotspot Mulhouse, wo eine evangelikale Sekte mit 2.000 Anhänger*innen eine Woche gemeinsam fastete, was der Auslöser der starken Verbreitung in Frankreich war. Macron hat ja am 15. März noch Kommunalwahlen abgehalten und verfügte den Shutdown erst am 17. März, gleichzeitig wie in der BRD – viel zu spät, das hat er später selbst zugegeben.

Für „systemrelevante" Bereiche verfügte er gleich Ende März ein „Ausnahme"-Arbeitsrecht, das viel schlimmer war als das geltende, das an sich schon sehr umstritten ist. Die Arbeitszeit wurde von der gesetzlich geltenden 35-Stunden-Woche auf 60 (!) Wochenstunden erhöht; die Nachtarbeitszeit von regulär zehn auf zwölf Stunden erhöht, auch die Rechte der Personalvertretungen wurden beschnitten. Diese Maßnahmen trafen vor allem das Pflegepersonal im Gesundheitsbereich, das ja schon seit März 2019 gegen Streichungen von Belegbetten und

Dumpinglöhne gestreikt hatte. Das französische Gesundheitssystem war, wie in diesem Streik bereits sichtbar wurde, extrem schlecht vorbereitet; die neoliberalen Kürzungen sind in Frankreich weiter fortgeschritten als in der BRD. Und in der Krise fehlte es an allem, an Beatmungsgeräten auf Intensivstationen, an Masken, an Schutzkleidung. Oftmals stülpten sich Krankenpfleger*innen blaue Müllsäcke über. Diese ausgesprochen schlechte Versorgungslage ist – neben dem heftigen Ausbruch in Mulhouse – Ursache für die im Vergleich zur BRD hohe Zahl von Coronatoten in Frankreich (gegenwärtig: 30.000 Tote in Frankreich, etwa 8.000 in der BRD). In den ersten Wochen der Krise ging es somit allen vorrangig darum, durchzuhalten und Leben zu retten, wo sie nur konnten. Gleichzeit hob diese Praxis aber auch das neoliberale Registrieren und Aufzählen von Dienstleistungstätigkeiten nach Rentabilitätskriterien, die bisher eingehalten werden mussten, auf: Es wurde einfach gemacht und getan, was nötig war.

Frage: Im April gab es einen Streikaufruf für den öffentlichen Dienst. Was waren die zentralen Forderungen? Wurde der Aufruf befolgt?

Willi Hajek: Die Bedeutung des Aufrufs lag darin, dass er allen Beschäftigtengruppen nahelegte, in den Streik zu treten oder nicht zur Lohnarbeit zu gehen, wenn zum Beispiel bestimmte Sicherheitsbedingungen vor Ort von den Unternehmen nicht erfüllt wurden. Und das hat eben im öffentlichen Dienst angefangen. Später gab es dann auch entsprechende Gerichtsurteile, etwa gegen Renault oder Amazon.

Lou Marin: Zuerst ging das bei der Post los. Die in SUD-PTT[6] organisierten und streikerfahrenen Postbediensteten machten von einem spezifischen Recht Gebrauch, dem *droit de retrait*, dem Recht, zuhause zu bleiben, wenn die Arbeitsbedingungen die Gesundheit gefährden – und das ist bei Corona ja der Fall. Am 9. April 2020 verurteilte ein Pariser Arbeitsgericht erstmals ein Management, das der Post, dazu, konkrete Schutzmaßnahmen für die Arbeiter*innen einzuführen und irrelevante Dienstleistungsbereiche zurückzufahren. Das war der erste Erfolg der Gewerkschaften in diesen Pandemiezeiten.

[6] Branchenorganisation der SUD bei Post und Telekommunikationsdiensten, siehe Anm. 3.

Frage: Ging es auch bei den Streiks bei Amazon um diese Frage?

Lou Marin: Der Erfolg bei der Post hatte unmittelbare Auswirkungen auf Amazon France. Amazon hatte sich selbst als „systemrelevant" erklärt, um ungebrochen weiter Profite machen zu können. Die dortigen Arbeiter*innen, ebenfalls in einer Branchengewerkschaft der SUD organisiert, streikten bei den sechs Logistikzentren von Amazon France vom 17. bis zum 19. März – mit dem Ergebnis, dass das Management geradezu lächerliche und rein symbolische Hygienemaßnahmen einführte, die aber nichts daran änderten, dass die Arbeiter*innen zuhause blieben. Wie das Management nun reagierte, ist schon ein Hammer. Es zeigt nur, wie wenig effektiv Verhandlungen zwischen Leitung und Belegschaft in Frankreich tatsächlich sind: Amazon France hat nun nämlich die eigenen Logistikzentren geschlossen und die Auslieferung von Bestellungen in ganz Frankreich einfach über Amazon-Logistikzentren und -Warenlager in anderen Ländern, in Italien, Spanien, der BRD und Polen organisiert, wo nicht gestreikt wurde. Dabei waren damals schon die Grenzen zu – aber die Güter kamen durch! In keinem anderen Land hat Amazon das gemacht!

Am 16. April ging die SUD mit Hilfe der Anwaltsabteilung ihrer Kolleg*innen bei der Post, die die Amazon-Kolleg*innen berieten, vor Gericht und erreichte durch ein Urteil vom 24. April, dass die Arbeiter*innen von Amazon France nun immerhin vom 16. April bis in den späten Mai hinein zuhause bleiben konnten. Erst am 20. Mai kam es in den Distributionszentren in Marseille und Montélimar zu einer betrieblichen Einigung, die die Durchführung einer Risikoabschätzung und einer in Konsultation mit den Gewerkschaften koordinierten Umsetzung von weitreichenden Schutzmaßnahmen bei der Arbeit vorsah. Unter diesen Bedingungen wurde der Betrieb wieder aufgenommen. Aus diesen beiden Erfolgen bei der Post und bei Amazon entwickelte sich eine Strategie, Arbeitsniederlegungen aus Hygienegründen von Klagen vor Gericht zu begleiten. Fast immer waren die Urteile für die Beschäftigten positiv. Die Strategie wurde dann bei Michelin, bei Renault oder der Speditionsfirma Cogepart aufgegriffen

und war auch da erfolgreich. Erst später kam heraus, dass der Autobauer PSA-Citroën den Betrieb bereits am 16. März nur auf den Druck der Arbeiter*innen hin geschlossen hatte.

Etwas überspitzt könnte man also sagen, dass der französische Shutdown im Gegensatz zur BRD deutlich weniger durch staatliche Verordnungen, sondern durch den Druck der Arbeiter*innenbewegung durchgesetzt wurde.

Gesellschaftlich notwendige Arbeit

Frage: Wie würdet ihr kurz die Situation im Gesundheitswesen beschreiben? Haben sich die am Anfang beispielsweise für Marseille geschilderten Konflikte fortgesetzt? Und wenn ja, in welcher Form?

Lou Marin: Macron hat am 25. März Krankenhäuser am Hotspot Mulhouse besucht, die völlig überlastet waren und Kranke in Zügen in andere Regionen verfrachten mussten. Er hat dort den Eindruck der Betroffenheit erweckt und für das Personal im Gesundheitswesen einen massiven Investitions- und Aufwertungsplan versprochen. Später hat er sogar seine neoliberale Krankenhausreform von vor zwei Jahren als Fehler bezeichnet. Doch passiert ist bis Ende Mai nichts, im Gegenteil. Umgesetzt wurde lediglich eine lächerliche einmalige Zusatzprämie, bei der auch noch je nach Funktion differenziert wird; die Kolleg*innen bekommen zwischen 500 und 1.500 Euro. Außerdem bekommen sie eine Medaille für ihr Engagement – die Pflegekräfte empfinden das angesichts ihrer Forderung nach substantiell höheren Löhnen als Hohn.

Ein Marseiller Krankenhauspsychologe, der die Familien der Toten betreut und dabei seine Überstunden gar nicht gezählt hat, hat als Anerkennung für seine Arbeit auch jetzt noch eine Erneuerung seines befristeten Arbeitsvertrages um nur einen einzigen Monat (!) erhalten. Die Unterstützung der hochverschuldeten Krankenhäuser mit staatlichen Geldern fiel bereits vor der Krise so gering aus, dass bis Mitte Januar insgesamt 1.600 Personalchefs in ganz Frankreich ihren Verwaltungsposten aufgegeben hatten. In den Marseiller Krankenhäusern

wurden nach Ausbruch der Krise 200 zusätzliche Pflegekräfte eingestellt sowie Beatmungsgeräte und Schutzausrüstung im Wert von 200.000 Euro angeschafft, was vor kurzem angesichts der Rentabilitätskriterien noch unvorstellbar schien. Aber das haben die Krankenhäuser auf eigene Faust durchgeführt, ohne Absprache mit dem Gesundheitsministerium, und bis heute ist unklar, wer die Rechnung zahlt.

Niemand vom Personal will wieder in die neoliberale Zeit zurück, in der mit Exceltabellen jeder einzelne Handgriff erfasst wurde, um die Rentabilitätsforderungen des Gesetzes zu erfüllen. Aber den Worten von Macron sind bisher noch keine Taten gefolgt; in die jüngsten Verlautbarungen mischte sich sogar schon wieder die Rede von einer Aufweichung der eigentlich noch immer geltenden 35-Stunden-Woche im Gesundheitswesen. Deshalb geht das Pflegepersonal in Marseille seit Samstag, 16. Mai, wieder protestierend auf die Straße; eine frankreichweite Protestdemo ist für Mitte Juni angekündigt.

Willi Hajek: Ich würde das so zusammenfassen: Das Gesundheitswesen wird in den nächsten Monaten im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte und der sozialen Bewegungen stehen. Dabei geht es gerade um die Gebrauchswertseite und den gesellschaftlichen Nutzen aller Tätigkeiten in diesem Bereich – für eine solidarische Gesellschaftlichkeit. In Verbindung mit der geplanten Rentenreform und dem fortschreitenden Prekarisierungsprozess kann das zum Brennpunkt einer demokratisch-sozialen Aufstandsbewegung werden.

Frage: In den Vorstädten gab es heftige Proteste, die sich auch auf das beziehen, was vorher schon zum Rassismus und der Teilung der Städte gesagt wurde. Wie würdet ihr diese Entwicklungen beschreiben, und wie bezieht sich die Linke darauf?

Willi Hajek: Die Polizeigewalt und die Straflosigkeit der Polizeitrupps polarisiert die französische Gesellschaft immer weiter. Das öffentliche Auftreten gegen die Polizeigewalt wird auch in Frankreich, wie jetzt ja aktuell auch in den USA, dokumentiert in Bildern und Berichten. Aber es wird geleugnet und gerechtfertigt: vom Innenministerium, den Ordnungsparteien, dem größten Teil der herrschenden Medien. Das

Problem der Polizeigewalt ist auch ein Problem der sozialen Bewegungen insgesamt, es ist eine wichtige Erfahrung der Gelbwesten.

Lou Marin: Es ist im Grund ähnlich wie in den Arbeitskonflikten. Die Wohnbedingungen in den Vorstädten sind einfach nicht für eine Ausgangssperre kompatibel, in jeder Beziehung, bei Familien mit fünf, sechs Leuten pro Zimmer. Gerade erst ist in Marseille ein neuer Corona-Cluster nach Beginn der Lockerungen entdeckt worden, bei Obdachlosen, die im 13. Arrondissement, in den nördlichen Problemvierteln ein paar Wohnungen der Sozialwohnungs-Hochhäuser besetzt hatten. Obdachlose werden kaum erfasst, sie haben Angst und gehen daher auch nicht mit einem Rezept zum Testen. Die Dunkelziffer dort muss hoch sein. Leute von MDM (*Médecins du Monde*) und MSF (*Médecins sans Frontières*) kümmern sich um sie, suchen sie vor Ort auf und sensibilisieren sie, sich testen zu lassen.

In einem McDonald's, der lange bestreikt und jetzt sogar besetzt wurde, im 14. Arrondissement, haben Aktivist*innen seit Anfang April mehr als 3.200 Lebensmittelpakete für insgesamt 45.000 Personen aus den armen Vierteln verteilt. Die für die Mittelstufe zuständige Lehrer*innengewerkschaft schätzt, dass ca. 60 Prozent der Kinder aus den Vorstädten während der Schulschließungen abgehängt wurden, also den Lernstoff nicht mitverfolgen konnten. Oft gibt es in den überfüllten Wohnungen nicht mal einen Computer. In der ersten Woche nach den Wiedereröffnungen der Schulen kamen nur rund zehn Prozent der Schüler*innen überhaupt zum Unterricht.

Linke Aktivist*innen sind an Besetzungen wie bei McDonald's und an den Aktivitäten der medizinischen Hilfsorganisationen beteiligt. Aber es gibt meines Erachtens keine wirkliche Strategie, weil die räumliche Separation der Vorstädte von den Stadtzentren über Jahrzehnte hinweg so verfestigt ist, dass es kaum eine Perspektive gibt, kurzfristig etwas daran zu ändern. In Marseille bleibt die Vorstadtbevölkerung seit Jahren sogar bei Kommunalwahlen weg. Das hat zur Folge, dass die genannten 13. und 14. Arrondissements im Marseiller Norden in den letzten fünf Jahren von einem *Front-* bzw. *Rassemblement-Natio-*

nal-Vizebürgermeister regiert werden, obwohl dort mehrheitlich Leute mit maghrebinischer Herkunft wohnen. Vielleicht bringt die neue, zwischendurch abgebrochene kommunalpolitische Kampagne mit einer neuen linken Liste Abhilfe, aber sicher ist das nicht.

Frage: Wie erklärt ihr euch den mangelnden Bezug linker Organisierung zur Situation in den Vorstädten?

Lou Marin: Das Problem ist, dass die klassische Arbeiter*innenbewegung und die über soziale Bewegungen sozialisierte Linke seit Jahrzehnten keinen Zugang zu den Leuten in den Vorstädten finden, zum Beispiel, weil die meist atheistischen Aktivist*innen diesen pauschal Islamismus oder Salafismus unterstellen. Das war schon bei den Aufständen 2005 in den Pariser Vorstädten ein Problem. Und es hat sich tatsächlich ein Sammelsurium an identitären Rückzugsbewegungen in den Vorstädten gebildet, die alle darauf hinauslaufen, nur ja keine Aktionsbündnisse mit weißen Aktiven in den Stadtzentren zu schließen. Teilweise haben sie sogar deren Lokale und Treffs überfallen, unter anderem auch einen linken Treff in Marseille, das *Mille Babords*.

Das ist eine katastrophale Spaltung, die sich ständig ausweitet und die aufgebrochen werden müsste. Wenn nicht, bleibt es, wie es ist. Es gibt ständig, immer wieder Hunderte von isolierten Schlachten der Vorstadtjugendlichen mit der oft brutal vorgehenden Polizei – und es interessiert kein Schwein, nicht die Presse, nicht die Vizebürgermeister, niemanden. Das verpufft jedes Mal ohne jede Konsequenz. Und ihre eigene Revolte ist so isoliert und klein, dass daraus nie eine Massenbewegung entstehen kann, wie bei den Gelbwesten, wie bei der Bewegung gegen das Rentengesetz.

Willi Hajek: Ich würde auch das etwas anders sehen. Es gibt ja durchaus Verbindungen zwischen den Linken und migrantischen Kämpfen, in den Stadtzentren selbst, aber auch in Bezug auf die Vorstädte. Du hast ja selbst ein paar Beispiele genannt, im April gab es tagelange Proteste in den Vorstädten, unter anderem von Paris, gegen Polizeigewalt, und das wurde von vielen linken Gruppen durchaus aufgegriffen. Sicher, mit wenig konkreten Verbindungen, und vor allem mit dem Schwerpunkt des

Protests gegen soziale Ausgrenzung, Rassismus und konkrete Menschenrechtsverletzungen, aber das ist ja auch sehr wichtig!

Frage: Wie würdet ihr grundsätzlich die Situation der sozialen Bewegungen in Frankreich in der Coronakrise beschreiben? Wie geht es post Corona eurer Vermutung nach weiter?

Lou Marin: Wie oben schon gesagt, sind die sozialen Bewegungen ganz und gar nicht verschwunden, sie waren während Corona weiter aktiv, und sie werden sicherlich nach der derzeit laufenden Lockerungsphase weitergehen. Denn Macron ist durch seine späte Reaktion auf Corona und aktuell durch seine von vielen Leuten als verfrüht angesehenen und nur der kapitalistischen Wirtschaft dienenden Lockerungen völlig unten durch – noch weiter unten durch als vorher schon. Während der Krise wirkte Macron bei seinen Besuchen der überlasteten Krankenhäuser sichtlich erschüttert; er hat Fehler öffentlich zugegeben und Finanzhilfen für die Ausstattung und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen angekündigt. Daran wird er nun natürlich gemessen. Die Gewerkschaften, in denen das Pflegepersonal organisiert ist, machen Druck, weil sie jetzt noch im Mittelpunkt der medialen Aufmerksamkeit stehen. Denn wenn jetzt jedermann über ihre außergewöhnlichen Leistungen angesichts einer katastrophalen Ausgangslage redet, Leistungen, die immerhin dazu geführt haben, dass es lediglich 30.000 und nicht etwa 300.000 Tote in Frankreich gegeben hat, dann können die Pflegekräfte die geforderten Lohnerhöhungen und radikalen Ausrüstungsverbesserungen im Gesundheitswesen und in den Altenheimen aktuell möglicherweise durchsetzen.

Frage: Wenn ihr die Situation in Deutschland und Frankreich vergleicht: Welche Unterschiede seht ihr?

Lou Marin: Ich hatte bereits erwähnt, dass der Shutdown in Frankreich, im Gegensatz zur BRD, zu einem Großteil durch Streiks, Arbeitsverweigerungen und Gerichtsklagen aus der Arbeiter*innenbewegung durchgesetzt wurde. Das entspricht ein wenig dem oft genannten Unterschied, dass die Sozialpartnerschaft in der BRD, verdoppelt ja auch durch die CDU/SPD-Koalition, relativ besser funktio-

niert. In Frankreich gibt es noch immer eine unglaubliche Dickköpfigkeit der alten Firmenpatriarchen, aber auch des modernen Managements, die bei sozialen Auseinandersetzungen schnell dazu führt, von oben rücksichtslos in den Konflikt mit den Arbeiter*innen und Gewerkschaften einzutreten, ohne den geringsten Willen, auch nur die kleinsten Zugeständnisse zu machen, um Streiks zu vermeiden. Dass etwa das französische Management von Amazon die Verteilung vollständig in andere EU-Ländern verlegt hat, spricht Bände.

Ein weiterer Unterschied, den ich wahrgenommen habe, weil ich in der Zeit der Ausgangssperre sowohl in der BRD als auch zu Hause in Marseille war, war der Wegfall jeglicher Kriegsrhetorik in den Verlautbarungen der Merkel-Regierung. Macron dagegen sprach, nachdem er noch am 15. März verlauten ließ, dass wer einkaufen gehe, auch bei den Kommunalwahlen wählen gehen könne, schon am nächsten Tag davon, dass Frankreich sich jetzt im Krieg gegen Corona befinde. Das ist typisch. Diese Kriegsrhetorik setzt sich auch in den Köpfen der Opposition fest, die sich an martialischen Slogans fast überschlägt, besonders bei den Gelbwesten. So etwa bei einem Gelbwestenaktivist der ersten Stunde, Christoph Chalençon aus der Vaucluse, östlich von Marseille. Er veröffentlichte Videos mit der Forderung, es solle eine Bürgerarmee geben, die auf Paris marschieren solle. Dann wieder wollte er einen Bürgerkrieg, dann den Einsatz von Paramilitärs gegen Macron, jüngst forderte er wieder die Absetzung des Präsidenten durch eine Übergangsregierung von drei Armeegenerälen. Wie bei einigen anderen Aktivist*innen auch, zeigt sich hier ein autoritär-gewaltsames Bewusstsein, das nur als direkte Übernahme von Macrons ungebrochenem Regierungsmilitarismus zu verstehen ist. Seine Tendenz, alles auf Begriffe des Kriegs oder der Armee oder zumindest der Französischen Revolution inklusive Guillotine zu bringen, finde ich ganz schlimm, denn sie trägt zu einer Militarisierung und Brutalisierung der Politik bei, die sich auch auf die Kultur der sozialen Bewegungen auswirken kann. Damit sind wir bei einem Schlag von Leuten, die man mit den Querfrontler*innen in der BRD in den Nach-Corona-Hygienedemos vergleichen kann.

Aber es gibt in dieser Hinsicht auch einen Riesenunterschied. In der BRD könnte die Rechte und Nazis den Protest gegen zu strenge Quarantäne tatsächlich kapern, denn die dort geäußerten Freiheitsvorstellungen sind egozentrisch und von jeder sozialen Solidarität entfernt. Dagegen hat die Tatsache, dass die Arbeiter*innenbewegung in Frankreich den Shutdown in den Schlüsselindustrien gegen Macrons zögerliche Regierung durchgesetzt hat, auch ein ganz anderes Bewusstsein über Corona entstehen lassen. Kaum jemand in Frankreich behauptet, dass Corona gar nicht existiert oder Bill Gates an allem schuld ist. Dafür sorgen schon die 30.000 Toten, die zu beklagen sind. Die Corona-Leugner*innen in der BRD wissen gar nicht, wie gut sie vergleichsweise durch die Krise gekommen sind, weil sie den Vergleich mit anderen Ländern gar nicht wahrnehmen wollen!

Willi Hajek: Auf den ersten Blick ist die Situation in Frankreich völlig anders, aber es gibt ja auch viele Parallelen, wie zum Beispiel in den Auseinandersetzungen um das Gesundheitswesen, um die Situation in bestimmten Betrieben, wie bei Amazon. Sicher ist die Situation nicht in jeder Hinsicht identisch, und das, was Lou gesagt hat, weist ja auch auf einige Unterschiede hin. Aber es gilt ja auch, das Gemeinsame und das Verschiedene diesseits und jenseits des Rheins zu verstehen, was Voraussetzung für eine transnationale soziale Bewegung wäre.

Dies ist eine Veröffentlichung der ***Sozial.Geschichte Online***
lizenziert nach [Creative Commons – CC BY-NC-ND 3.0]

Sozial.Geschichte Online ist **kostenfrei und offen** im Internet zugänglich. Wir widmen uns Themen wie dem Nationalsozialismus, dessen Fortwirken und Aufarbeitung, Arbeit und Arbeitskämpfen im globalen Maßstab sowie Protesten und sozialen Bewegungen im 20. und 21. Jahrhundert. Wichtig ist uns die Verbindung wissenschaftlicher Untersuchungen mit aktuellen politischen Kämpfen und sozialen Bewegungen.

Während die Redaktionsarbeit, Lektorate und die Beiträge der AutorInnen unbezahlt sind, müssen wir für einige technische und administrative Aufgaben pro Jahr einen knapp fünfstelligen Betrag aufbringen.

Wir rufen deshalb alle LeserInnen auf, uns durch eine **Spende** oder eine **(Förder-)Mitgliedschaft** im *Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.* zu unterstützen, der diese Zeitschrift herausgibt und gemeinnützig ist.

Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerabzugsfähig, deswegen bitten wir, uns eine E-Mail- und eine Post-Adresse zu schicken, damit wir eine Spendenquittung schicken können.

Die Vereinsmitgliedschaft kostet für NormalverdienerInnen 80 € und für GeringverdienerInnen 10 € jährlich; Fördermitglieder legen ihren Beitrag selbst fest.

Mitgliedsanträge und andere Anliegen bitte an

SGO-Verein [at] janus-projekte.de oder den

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.
Cuvrystraße 20a
(Briefkasten 30)
D-10997 Berlin

Überweisungen von Spenden und Mitgliedsbeiträgen bitte an

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.
IBAN: DE09 1002 0500 0001 4225 00, BIC: BFSWDE33BER,
Bank für Sozialwirtschaft

Saïd Belguidoum

Der Hirak und die Krise des neopatrimonialen Systems in Algerien. Auf dem Weg zu einer zweiten Unabhängigkeit?*

Am 22. Februar 2019 hat in Algerien eine völlig neue historische Phase begonnen. Die massive, pazifistische und entschlossene Mobilisierung der Bevölkerung gegen das seit der Unabhängigkeit 1962 bestehende Re-

* Der Artikel geht auf den Stand der Bewegung bis zum 07.03.2020 ein. Im Postscriptum vom 14.04.2020 finden sich Anmerkungen zum Umgang mit der aktuellen Sars-CoV-2-Pandemie in Algerien. Der Artikel wurde ursprünglich für Veranstaltungen in Hamburg und Berlin verfasst. Die Nachweise des Autors finden sich in Fn. 1.

Für Max Weber ist der idealtypisch verstandene Begriff „Patrimonialismus" eine Unterform der traditionalen Herrschaft, eine der drei Formen legitimer Herrschaft:

„Patrimoniale Herrschaft soll jede primär traditional orientierte, aber kraft vollen Eigenrechts ausgeübte, *sultanistische* eine in der Art ihrer Verwaltung sich primär in der Sphäre freier traditionsungebundener Willkür bewegende Patrimonialherrschaft heißen. Der Unterschied ist *durchaus* fließend. Vom *primären* Patriarchalismus scheidet beide, auch den Sultanismus, die Existenz des persönlichen *Verwaltungsstabs*", (Max Weber, Grundriss der Sozialökonomik. 3. Abteilung, Wirtschaft und Gesellschaft, 1. Halbband, 3. Aufl., Tübingen 1958, S. 134).

Weber verstand diese Kategorisierungen immer idealtypisch, also als in der Realität nicht in reiner Form anzutreffende Herrschaftsformen. In der Entwicklungsdiskussion hat sich insbesondere für afrikanische Gesellschaften der Begriff des „Neopatrimonialismus" (S. Eisenstadt 1973) durchgesetzt, der die hybride Realität vieler Länder nach dem 2. Weltkrieg abzubilden und insbesondere die private Nutzung der legal-rationalen bürokratischen Herrschaft durch das System der patrimonialen Herrschaft zu erfassen sucht:

„Neopatrimonialism is, then, a mix of two types of domination. Elements of patrimonial and legal-rational bureaucratic domination penetrate each other. The distinction between the private and the public sphere formally exists, but in the social and political practice it is often not observed. Thus, two role systems or logics coexist, the patrimonial of personal relations and the bureaucratic of impersonal legal-rational relations", (Gero Erdmann, Ulf Engel, Neopatrimonialism Revisited – Beyond a Catch-All Concept, GIGA working papers, Nr. 16, 2006).

Für eine Kritik an dem Konzept des „Neopatrimonialismus" s. Gerhard Hauck / Reinhart Kößler / Daniel Kumitz / Ingrid Wehr, Neopatrimonialismus? Von Sinn und Unsinn eines Diskurses, in: Peripherie, 33 (2013), 130/131, S. 303–326, [https://www.budrich-journals.de/index.php/peripherie/article/view/22741]. Alle Anm. v. L. S.

gime ist Ausdruck einer sich entwickelnden Revolution, verkörpert in der sozialen Bewegung *Hirak* („die Bewegung").

Algerien, ein Land mit 43 Millionen Einwohner*innen,[1] dessen Reichtum im Wesentlichen aus Erdölressourcen generiert wird (35 Prozent seines Bruttoinlandsproduktes, 75 Prozent seiner Steuereinnahmen und 97 Prozent seiner Exporterlöse), wird mittels eines neopatrimonialen Systems und einer Rentenökonomie regiert, von der im Wesentlichen eine mächtige Oligarchie profitiert, die mit den unterschiedlichen multinationalen Unternehmen weltweit vernetzt ist. Heute weist alles darauf hin, dass das Regime an sein Ende gelangt ist. Der Hirak ist Ausdruck einer sich grundlegend verändernden Gesellschaft und kündigt ein neues Algerien an.

In meinem Beitrag interpretiere ich die Situation in Algerien auf der Grundlage einer Analyse der Krise des neopatrimonialen Staates sowie des Gesellschaftsvertrages, auf dem er beruhte. Ausgehend von der Analyse des herrschenden Systems und der Veränderungen, die das Land durchlaufen hat, zeige ich, wie die gesellschaftliche Umverteilung aktuell auf einer Fiktion gründet, die es ermöglicht, eine Klientelwirtschaft zu erhalten, die nur einer Oligarchie nutzt. Wie ist das Kräfteverhältnis zwischen dem Hirak und der aktuellen Herrschaft? Welche neuen Perspektiven eröffnet der Hirak?

[1] Alle statistischen Angaben entstammen den folgenden Quellen: ANSEJ, Agence Nationale de Soutien à l'Emploi des Jeunes, Statistiques, 2020: [http://www.ansej.org.dz/index.php/fr/nos-statistiques] (Zugriff am 09.03.2020); Office National des Statistiques (ONS), Premier recensement économique – 201 – Résultats définitifs de la première phase, Collections Statistiques, 172/2012, Série E: Statistiques Économiques 69, Alger 2012; Office National des Statistiques (ONS), Enquête emploi auprès des ménages en 2014, Collections Statistiques N° 198 Série S: Statistiques Sociales – Enquête emploi auprès des ménages en 2014, Alger 2016; Office National des Statistiques (ONS), démographie de l'Algérie, 2020, [http://www.ons.dz/Collection-statistique-No198-serie] (Zugriff am 09.03.2020); UNESCO, Rapport mondial de suivi sur l'éducation, résumé sur l'égalité des genres 2018: Tenir nos engagements en faveur de l'égalité des genres dans l'éducation, 2018 : [https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000261655], [Kommunikation d. Autors v. 12.05.2020].

Der Hirak: Aufstand der Bürger*innen, Ausdruck der Veränderungen in der Gesellschaft

Die ersten Demonstrant*innen des 22. Februar 2019, die dem Repressionsapparat trotzten, zu Zehntausenden durch die algerischen Städte zogen und die „Mauer der Angst" durchbrachen, bahnten damit einer starken Widerstandsbewegung den Weg, die seitdem jeden Freitag (die gesamte Bevölkerung) und Dienstag (die Student*innen) sichtbar ist. Die Märsche versammelten Hunderttausende von Demonstrant*innen und fanden im Frühjahr 2019 mit mehreren Millionen Demonstrant*innen in ganz Algerien ihren Höhepunkt. Während sie sich zunächst gegen eine fünfte Amtszeit wandten, für die Präsident Bouteflika kandidieren wollte, wurden die Demonstrationen unmittelbar zu einer radikalen Infragestellung des seit Jahrzehnten herrschenden Systems: Sie klagten dessen autoritären Charakter und die Vetternwirtschaft an und forderten eine neue Republik, einen Rechtsstaat und soziale Gerechtigkeit. Diese den Formen nach spontane, gewaltige Woge ist allerdings das Ergebnis wachsender Verzweiflung über die Widersprüche einer Gesellschaft, die unter der Herrschaft einer immer arroganter werdenden Oligarchie lebt.

Nach dem schwarzen Jahrzehnt mit dem islamistischen Aufstand der 1990er Jahre und dem darauf folgenden starken Wirtschaftswachstum, begünstigt durch die Konjunktur der Erdöl- und Erdgasmärkte, von denen die algerische Ökonomie abhängt, ist das Land in eine latente, aber tiefe Krise geraten. Seit dem arabischen Frühling ab 2011 war die algerische Revolte erwartet worden. Die vierte Amtszeit Präsident Bouteflikas, der seit 1999 regiert hatte, zeigte, dass die Mächtigen über keine Alternative verfügten und das politische System am Ende war. Die niedrigen Erdölpreise, die eine Art Barometer für die algerische Wirtschaft und die politische Stabilität sind, trugen zur erneuten Zuspitzung der sozialen Frage bei. Das Beschäftigungsproblem, die dauerhaften Spannungen in der Wohnraumversorgung, die regelmäßig von der Presse hervorgehobenen Korruptionsaffären, die Rolle einer omnipotenten

Bürokratie und die Aufrechterhaltung eines als *hogra* (volkstümlicher Ausdruck für die Verachtung, die die Reichen und Mächtigen den besitzlosen Klassen entgegenbringen) bezeichneten Systems im Alltag – all das waren Anzeichen für eine explosive Situation, die bereits seit mehreren Jahren in verschiedenen Wirtschaftsbranchen (soziale Bewegungen in Branchen, Erwerbslosenbewegung) oder in ganzen Regionen (Kabylei, Süden des Landes) vermehrt zutage trat. Alles deutete darauf hin, dass sich die Gesellschaft am Rande eines Bruchs befand. Aber es war schwierig vorauszusehen, dass eine Bewegung einer solchen Breite und Tiefe, einer solchen Entschlossenheit entstehen und sich dauerhaft etablieren würde. Der Hirak war der Beweis dafür, dass die schwelende Krise ihren Zenit erreicht hatte.

Wenn auch verschiedene Zeichen auf Rot standen, muss man paradoxerweise in den toten Winkeln der Forschung lesen, dort, wo sich die tiefgreifenden Veränderungen der Gesellschaft realisierten, aber noch nicht vollständig wahrnehmbar waren, um die neuen Dynamiken zu verstehen. Der Hirak ist ein Bruch zwischen den Generationen, der eine neue Zeitrechnung ankündigt und diejenigen gesellschaftlichen Gruppen in den Vordergrund stellt, die einen neuen Gesellschaftsvertrag, eine neue Gesellschaft einfordern.

Die Krise der Gesellschaft und die Macht des Symbolischen: die zwei Körper des Königs

Als Bouteflika 1999 an die Macht kam, hatte er die Unterstützung des Militärs als wichtigster Kraft mit wirklicher Macht. Seine erste Mission bestand darin, ein Gesetz zur nationalen Versöhnung zu erlassen, um den bewaffneten Aufstand der islamistischen Kräfte zu beenden, der das Land seit zehn Jahren gelähmt hatte.

Bouteflika, der allmächtige und allgegenwärtige Präsident, ein sehr guter Redner, der über starkes Charisma verfügte, gab sich wie ein Monarch, der seine Person und Algerien in eins setzte. Während seiner ersten zwei Amtszeiten nutzte er das aufgrund der hohen Erdölpreise besonders große Wirtschaftswachstum und die damit verbundenen Ef-

fekte der gesellschaftlichen Umverteilung, um eine gewisse Stabilität herzustellen. Aber wenige Monate vor den neuen Präsidentschaftswahlen, die ihn zu seiner vierten Amtszeit führen sollten, wurde seine Allmacht 2013 durch einen Schlaganfall aufgehalten, der ihn bewegungsunfähig machte. Zur großen Überraschung aller hielt er jedoch seine Kandidatur aufrecht, obgleich seine wenigen Auftritte zeigten, dass er außerstande war, seine Funktion auszuüben.

Die von den herrschenden Kreisen (das Militär und die Parteien der präsidentiellen Mehrheit) getroffene Entscheidung, ihn eine vierte Amtszeit antreten zu lassen, war Ausdruck eines provisorischen *status quo*, der sich im Inneren einer undurchsichtigen, von starken internen Kämpfen durchzogenen Macht etabliert hatte, während sie ebenfalls symptomatisch für die gegenüber den besitzlosen Klassen zur Schau gestellte Verachtung war. Solange Bouteflika noch atmete, wollte man die Entscheidung über seinen Nachfolger verschieben. Die Unfähigkeit der herrschenden Kreise, den Austausch des Präsidenten vorausschauend zu planen, ging jedoch mit einer Unterschätzung des Symbolischen einher, das in einer Gesellschaft von großer Bedeutung ist, in der die tiefgreifenden politischen Missstände ein wachsendes Maß an Orientierung erfordern. Indem sie einen unfähigen Präsidenten an der Macht hielten, handelten die herrschenden Kreise wie erbärmliche Drehbuchautoren, die eine schlechte Tragikomödie verfassen. Der charismatische und allgegenwärtige Monarch, der Algerien verkörperte, war zum Invaliden geworden, zum Gefangenen seines kranken Körpers, eine einfache Marionette in den Händen der tatsächlichen Entscheidungsträger, die im Schatten handelten. Der einst allmächtig scheinende Präsident des Gottesstaats war zu einem behinderten, gelähmten Schatten seiner selbst geworden, der sich nur zu seltenen Anlässen auf einem fahrenden Sessel anstelle eines Thrones zeigte: ein kranker Monarch, der nicht länger die Allmacht eines Staates repräsentierte, sondern ein sterbendes Regime.

Die Ankündigung einer fünften Amtszeit sollte der Ausgangspunkt einer mächtigen Protestbewegung werden, die sich gegen das gesamte System richtete. Die Mobilisierung, die zu Beginn noch unspezifischer

Ausdruck einer allgemeinen Empörung war, wandelte sich zu einer kraftvollen Erhebung der besitzlosen Klassen und Bürger, die seitdem eine vollständige Krise der Gesellschaft auf wirtschaftlicher, sozialer, politischer, moralischer und symbolischer Ebene enthüllt.

Der neopatrimoniale Staat und der Sozialpakt des Rentenstaats

Zu den Grundlagen des Neopatrimonialismus: die Rentenökonomie und der antikoloniale Nationalismus

Um die gegenwärtige Situation in Algerien zu verstehen, muss man sich dem Wesen des neopatrimonialen Staats zuwenden. Der Neopatrimonialismus ist das Ergebnis der Kombination eines bürokratischen Systems und den einem modernen demokratischen Staat entsprechenden Institutionen mit einem patrimonialen System, das auf klientelistischen Praktiken und Verpflichtungen gegenüber der Macht begründet ist, die die Erlangung ungerechtfertigter Vergünstigungen, insbesondere beim Zugang zur Kontrolle wirtschaftlicher Ressourcen, erlauben. Ein solches System erhält eine dauerhafte Verwirrung zwischen der öffentlichen Sphäre und der Privatsphäre aufrecht und gründet auf der Durchlässigkeit der Grenzen zwischen Politik und Wirtschaft. Eine der Besonderheiten des neopatrimonialen Systems ist dessen Fähigkeit, auf unterschiedlichen Niveaus neue Klientelen zu schaffen, die ihm gegenüber zu Dank verpflichtet sind, also die soziale Basis seiner Herrschaft selbst gezielt zu formen. Der Sozialpakt des Rentenstaats stellt die Grundlage dafür dar.

Der Gesellschaftsvertrag, auf dem der neopatrimoniale Staat aufgebaut ist, zieht seine Legitimität aus der nationalen Befreiungsbewegung und der Erklärung vom 1. November 1954,[2] die im nationalen kollektiven Gedächtnis als Gründungsakt des neuen Algeriens an die erste Stelle gesetzt wurde. Errichtet auf dem Antikolonialismus, ruht der Gesell-

[2] Erste Erklärung der FLN an das algerische Volk. Engl. Text: [https://middleeast.library.cornell.edu/content/proclamation-algerian-national-liberation-front-fln-november-1-195] (01.06.2020).

schaftsvertrag auf Kriterien der Souveränität und der Wiedererlangung der Reichtümer des Landes, die sich die Kolonialmacht über einen langen Zeitraum angeeignet hatte. Die Legitimität der Staatsmacht als Erbin des nationalen Befreiungskrieges ist also auf der Verpflichtung gegründet, das Land auf der Grundlage der Erhaltung der nationalen Reichtümer zum Wohle des ganzen Volkes zu entwickeln.

Für den neopatrimonialen Staat besteht das Problem darin, die Geschichte und den Befreiungskrieg weiterhin wie eine politische und symbolische Rente einsetzen zu können, die es ihm ermöglicht, die ökonomische Rente, das heißt die Ausbeutung der Erdöl- und Erdgasvorkommen, zu kontrollieren. Die FLN,[3] zuerst eine Einheitspartei, mit der Entstehung des Mehrparteiensystems ab 1990 Hauptbestandteil der Präsidentschaftsmehrheit, sichert die Rolle des Verwalters dieser politischen Rente.

Das neopatrimoniale System stützt sich auf die Einrichtung von Netzwerken, Einflussbereichen und Allianzen, die auf persönlichen Beziehungen gegenseitiger Verpflichtung, auf Klientelen und Clanzugehörigkeiten gegründet sind und auf diese Weise ein soziales Kapital konstituieren, das sich in politische und ökonomische Macht verwandelt hat. Die führenden Vertreter (Staatsbourgeoisie, Oligarchen und Geschäftsmänner, hohe Beamte) stützen ihre Macht auf ein dauerhaftes, mehr oder weniger institutionalisiertes Beziehungsgeflecht, auf ihre Position innerhalb von Interessengruppen, deren Mitglieder durch ständige und nutzbringende Verbindungen vereint sind. Das Gewicht des sozialen Kapitals, das einzelne Vertreter jeweils besitzen, hängt vom Ausdehnungsgrad ihrer Beziehungsnetzwerke ab, die sie tatsächlich im Schoße des Staatsapparats (Verwaltung und Militär) zu mobilisieren imstande sind, sowie von den verschiedenen Kapitalien (politischen und ökonomischen Beziehungen), die jedes einzelne Glied des Netzwerks besitzt, mit dem sie in Beziehung stehen. Hierin liegt die Stärke des Systems, das die Bildung einer aus Eingeweihten konstituierten Oligarchie ermöglicht hat, die unter dem Schutz der staatlichen Institutionen ver-

[3] Front de Libération Nationale: Nationale Befreiungsfront, 1954 gegründet.

schiedene Vorteile (öffentliche Märkte, Bankkredite, Genehmigungen zur Ein- und Ausfuhr von Devisen, Unternehmensgründungen…) erworben hat. In zwanzig Jahren Präsidentschaft unter Bouteflika haben diese neuen Kapitalisten durch Ausnutzung ihrer monopolisierten Positionen die Steuerung der Wirtschaft übernommen.

Der neopatrimoniale Staat verteilt Positionen und Privilegien in der Wirtschaft, während er gleichzeitig in ganzen Wirtschaftszweigen die Informalität blühen lässt: als Grundlage für einen unkontrollierten Kapitalismus. So entsteht das Paradox einer Gesellschaft, in der die Wirtschaft zwischen einem zügellosen *Laisser-faire* in verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Sektoren (insbesondere in der Vertriebs- und Einzelhandelsbranche) und einer allgegenwärtigen Bürokratie oszilliert, verbunden mit dem Zwang, auf den Klientelismus zurückgreifen zu müssen.

Neopatrimonialismus und Oligarchie

Die Entstehung der Oligarchie im Schatten des neopatrimonialen Systems lässt sich nicht verstehen, ohne an den allgemeinen Kontext dieses Landes und die vorherrschende Rolle zu erinnern, die der Staat seit der Unabhängigkeit in allen Bereichen der Gesellschaft gespielt hat. In den auf die Unabhängigkeit folgenden Jahren (1962–1979) basierte der gewählte Entwicklungsweg auf einer Wirtschaft, die durch den allgegenwärtigen Staat verwaltet wurde, der gleichzeitig Regulierer und zentraler Betreiber der Wirtschaft war.

Durch seine voluntaristischen und interventionistischen Politiken, seine Reglementierungen und seine Bürokratie hat der Staat die Rolle des ökonomischen Impulsgebers gespielt und den Rahmen für wesentliche Veränderungen der algerischen Gesellschaft vorgegeben. Privatinitiativen standen dagegen lange am Rande öffentlicher Politiken.

In den Jahren unter Boumedienne (1965–1979) triumphierte die von der nationalen Befreiungsarmee vererbte Entwicklungsideologie, der zufolge der Staat wie ein Orchesterchef und Manöverleiter für die Entwicklung der Wirtschaft verantwortlich ist. Während dieser Periode wur-

den die Grundlagen des neopatrimonialen Staats gelegt, indem man sich auf eine Umverteilungspolitik stützte, die dank der Erdölrente möglich geworden war. In der Form eines Staatskapitalismus setzte das Regime Instrumente ein, die dem Handeln der öffentlichen Hand Vorrang einräumen: Nationalisierungen, Planung und Politiken für große Infrastrukturprojekte, Agrarreform, umfassende Industrialisierungsprogramme.

Diese Phase des Staatskapitalismus machte in den 1990er Jahren einer Teilliberalisierung der Wirtschaft Platz, ohne dass dabei die Zwänge der verwalteten Wirtschaft aufgehoben worden wären. Die großen Zielsetzungen der industriellen Entwicklung im nationalen Rahmen wurden aufgegeben, Algerien griff in zunehmendem Maße massiv auf den Weltmarkt für Ausrüstungs- und Verbrauchsgüter zurück. Die heutige Beschäftigungsstruktur ist die Folge dieser Entscheidung: Der Dienstleistungssektor beschäftigt 61 Prozent, die Baubranche 18 Prozent der Arbeitnehmer; Industrie und Landwirtschaft repräsentieren demgegenüber lediglich einen Anteil von 12,5 Prozent beziehungsweise 8,5 Prozent der Beschäftigten.

Parallel dazu begann der Staat seine monopolistischen Vorrechte an private Gruppen zu übertragen. Diesen räumte er das Recht ein, auf Importmärkten mit bestimmten Waren, etwa Grundnahrungsmitteln wie Weizen, Öl, Zucker oder Kaffee, pharmazeutischen Produkten, Baumaterialien und Industrieanlagen, Handel zu treiben. In dieser Umgebung entwickelte sich der algerische Privatsektor. Seit der wirtschaftlichen Öffnung in vollem Aufschwung (76 Prozent dieser Unternehmen wurden zwischen 2000 und 2011 gegründet), repräsentiert er heute 98 Prozent der algerischen Wirtschaftsunternehmen und beschäftigt 73,2 Prozent der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung (ohne Landwirtschaft, Verwaltung und Bildung), das heißt 60 Prozent der gesamten wirtschaftlich aktiven Bevölkerung.

Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Kleinunternehmen, die nur über eine schwache Kapitalstruktur verfügen und auf eine unmittelbare Rentabilität zielen. Jedoch haben sich auch wichtige Privatunternehmen

herausgebildet. Bestimmte große Gruppen sind öffentlich bekannt: CEVITAL (ein Konsortium von rund hundert Unternehmen, die vom Großhändler bis zur Ausrüstungsgüter- und Haushaltsgeräteindustrie reichen und die 2014 den Haushaltegerätehersteller Fagor–Brandt aufgekauft hat), die Gruppe Kouninef (Erdölbohrungen, Hoch- und Tiefbau, Nahrungsmittelindustrie), ETRHB (öffentliche Aufträge und Bauträger, Nahrungsmittel- und chemische Industrie) und BIOPHARM (pharmazeutische Industrie), um nur einige der bedeutendsten zu nennen.

Die im Jahr 2000 erfolgte Gründung des *Forum des Entrepreneurs*, des algerischen Unternehmerverbands, markierte sodann eine weitere Etappe in der Strukturierung der Oligarchie als sozialer Klasse. Die regelmäßigen öffentlichen Stellungnahmen des Vorsitzenden dieses Unternehmerforums und seine offene Beteiligung an der Führung der Wirtschaftsangelegenheiten – er steht dem Clan von Präsident Bouteflika nahe – illustrieren den Aufstieg der Oligarchen unter der Kontrolle des neopatrimonialen Staates.

Die Phase des Entwicklungsstaates in den 1970er Jahren hatte es erlaubt, in Algerien den Neopatrimonialismus zu etablieren. Die liberale Phase erlaubte es ihm nun, sich auszubreiten und eine Oligarchie, eine Geschäftsbourgeoisie, entstehen zu lassen, die vom Transfer der staatlichen Monopole in ganze Wirtschaftszweige (insbesondere die Einfuhr von lebensnotwendigen Gütern und von Ausrüstungsgütern) profitiert.

Die Zuverlässigkeit dieser Geschäftsbourgeoisie besteht nur in den Beziehungen, die sie zum Weltmarkt und den großen multinationalen Unternehmen unterhält, die von den großen Märkten für Ausrüstungs- und Konsumgüter, von großen Bau- und Infrastrukturprogrammen und von Konzessionen für die Ausbeutung von Erdöl- und Erdgasvorkommen profitieren.

Gesellschaftsvertrag und Sozialpakt des Rentenstaates

Sozialpolitiken und Warteschlangen: Klientelismus und Korporatismus

Das seit der Unabhängigkeit etablierte Regime hat sich durch den dauerhaft finanzierten Sozialpakt des Rentenstaats und das Spiel mit den beiden Pfeilern der Staatssouveränität (Sicherheitspolitik und Sozialpolitik) seine Fortexistenz und Reproduktion gesichert. Diese Politik hat es ihm ermöglicht, eine Vielzahl an Krisen zu überwinden. Während der von Jugendlichen getragenen Aufstände im Oktober 1988, des „schwarzen Jahrzehnts" (1990–2000),[4] des „Berberfrühlings" 1980 und des „Schwarzen Frühlings" 2001[5] hat es eine bemerkenswerte Widerstandsfähigkeit gezeigt. Gestärkt durch seinen Repressionsapparat und sein Gewaltmonopol, zögert das Regime bis heute nicht, jeden Protest zu unterdrücken und dabei für die Armee die Rolle eines Wächters des Regimes zu reklamieren.

Der Neopatrimonialismus sichert die Sozialstaatsfunktion, indem er sich auf einen Gesellschaftsvertrag stützt, dessen große Linien fixiert sind und durch den er seine Wirtschafts- und Sozialpolitiken entwickelt. Während der Jahre unter Boumedienne (1965–1979) nahm der Neopatrimonialismus die Form des Wohlfahrtsstaats an. Eine voluntaristische Nationalisierungspolitik, große Industrialisierungs- und Beschäftigungsprogramme, eine Agrarreform, die Einrichtung einer kostenlosen öffentlichen Gesundheitsversorgung, die Ausweitung der Bildungseinrichtungen und Wohnungsbauprogramme verschafften Algerien einen wichtigen Aufschwung. Es kam zu einer gesellschaftlichen Neuzusammensetzung; die Lebensbedingungen der Bevölkerung verbesserten sich kontinuierlich während der gesamten Periode.

[4] Jahrzehnt des Bürgerkriegs in Algerien zwischen islamistischen Gruppen und dem Staat, der nach einem nicht anerkannten Wahlsieg der islamistischen Kräfte ausbrach und in dem sich der Staat militärisch durchsetzte.

[5] Im „Berberfühling" 1980 und im „Schwarzen Frühling" 2001 war es vor allem in der Region der Kabylei zu Aufständen der Amazigh gekommen. Diese forderten ihre sprachliche und Bildungsautonomie ein, nachdem der Staat von 1960 bis 1980 eine massive Arabisierung vorangetrieben hatte.

Ausgehend von den Strukturanpassungsprogrammen, die die Weltbank Algerien ab den 1990er Jahren auferlegte, verringerte das Regime, das gegen den islamistischen Aufstand kämpfte, schließlich seine Anstrengungen in den Bereichen wirtschaftlicher Entwicklung und sozialstaatlicher Maßnahmen. Es verzichtete auf einen Teil seiner Vorrechte und privatisierte eine große Anzahl staatlicher Unternehmen. Insbesondere das Gesundheitssystem und der soziale Wohnungsbau wurden sehr viel selektiver gefördert.

Während der folgenden Amtszeiten Bouteflikas entwickelte sich die Sozialpolitik sodann eindeutig in Richtung eines Klientelsystems. Während des letzten Jahrzehnts verfügte der Staat über ein durchschnittliches jährliches Budget in Höhe von 65 Milliarden US-Dollar (7.000 Milliarden algerische Dinare), von denen 75 Prozent aus der Erdöl- und Erdgasförderung stammten; ein Drittel des Budgets fließt in Industrieinvestitionen, zwei Drittel in Sozialausgaben.

In der Praxis werden die Staatsfinanzen durch ein System umverteilt, das ‚Warteschlangen' einrichtet, in denen soziale Gruppen, in Abhängigkeit von den jeweils herrschenden Kräfteverhältnissen, entweder nach vorne rücken oder ans Ende gestellt werden. Das neopatrimoniale System funktioniert mittels einer Logik von Schleusen,[6] die den Gesellschaftskörper nach Klientelen organisieren, die es für Treue und Ergebenheit belohnt oder mit denen es einen gesellschaftlichen Frieden sucht.

Der Sozialstaat handelt in vielen verschiedenen Politikfeldern: der Beschäftigung, dem Wohnungsbau, der Subventionierung der Grundnahrungsmittel (Mehl, Kaffee, Öl, Zucker…), der Gesundheitsversorgung und der sozialen Sicherheit, Arbeit, Lohnpolitik, Renten, Bildungswe-

[6] Im Original *guichet* = Schalter. Gemeint ist eine sogenannte „politique du guichet", also das (sozial-)staatliche Dispositiv, mit dem der direkte Kontakt zwischen Beamten / Funktionären und „Klienten" hergestellt wird und damit eine neue, andere Barriere zwischen den Klassen errichtet wird. Der Begriff, der aktuell in der französischen Soziologie wieder aufgegriffen wird, s. Vincent Dubois, „Politiques au guichet, politiques du guichet", 2010, [https://halshs.archives-ouvertes.fr/halshs-00498010], geht auf den französischen Schriftsteller Charles Péguy (1873–1914) zurück. „Schleuse" kommt dem französischen „guichet" in diesem Sinne näher als das im Zusammenhang mit dem Sozialstaat heute selten gebrauchte Wort „Schalter".

sen. Die öffentliche Beschäftigungsquote illustriert die Art und Weise, auf die der Staat seine Rolle als großer Organisator der Gesellschaft sichert. Bei einer wirtschaftlich aktiven Bevölkerung von zwölf Millionen Menschen und einer offiziellen Erwerbslosenquote von elf Prozent (davon 25 Prozent junge Menschen) liegt die Staatsquote (Beschäftigung in öffentlichen Ämtern und Funktionen sowie in Staatsunternehmen) bei 40 Prozent. Bei staatlich Beschäftigten und damit geschützt Beschäftigten mit sozialen Rechten (Zugehörigkeit zu sozialen Sicherungs- und Rentensystemen) kommen die Verteilungsformen des lokalen Klientelismus voll zum Tragen. Staatsbeschäftigte*r zu sein ist folglich ein „Privileg": Im weitgehend durch Informalität geprägten Privatsektor existieren diese sozialen Rechte entweder gar nicht oder nur in geringem Ausmaß, die Beschäftigungsverhältnisse sind weitgehend prekär.

Ein weiteres bedeutsames Beispiel der Sozialpolitik ist das Unterstützungsprogramm für junge Menschen. Das mitten im arabischen Frühling 2011 aufgelegte Programm sollte ganz offensichtlich die sich abzeichnenden Proteste bereits im Keim ersticken. Zwischen 2001 und 2016 finanzierte die Staatsagentur ANSEJ[7] 370.000 Projekte zur Gründung von Mikrounternehmen für junge Menschen, die jedoch weder evaluiert noch begleitet wurden. Es gab keine Vergabeübersichten, und im September 2019, mitten im Hirak, verzichtete die Regierung auf die Rückzahlung der Kredite und tilgte dadurch mit einem Streich sämtliche Forderungen gegen die von den Programmen Begünstigten.

Die Wohnungsbaupolitik charakterisiert auf perfekte Weise die oben beschriebene Schleusenfunktion der Politik, auf deren Grundlage jeder Einzelne für sich vom Staat kleine Vorteile zu erheischen sucht. Als wichtigster Auftraggeber und Bauherr des Wohnungsbaus organisiert der Staat auch dessen Verteilung. Alles in allem ließ der Staat zwischen 2015 und 2019 insgesamt 1.600.000 Wohneinheiten bauen, die Hälfte davon als Sozialwohnungen, ein Viertel als zu erwerbendes Wohnungs-

[7] Agence Nationale de Soutien à l'Emploi des Jeunes: Nationale Agentur zur Unterstützung der Beschäftigung junger Menschen.

eigentum und ein weiteres Viertel als gefördertes Eigentum.[8] Die Sozialwohnungen sollen den Anspruchsberechtigten überlassen werden, und tatsächlich befindet sich der Bestand an Mehrfamilienhäusern heutzutage zu 70 Prozent in Miteigentümerschaft. Wartelisten sind auch hier von großer Bedeutung; die klientelistische Verteilung ungerechtfertigter Vergünstigungen ist die Regel.

Die allgegenwärtige soziale Frage: die Grenzen des neopatrimonialen Staats

Die Finanzierung der Sozialpolitik wird im Wesentlichen durch die Einnahmen aus der Erdöl- und Erdgasförderung gesichert, und das Problem der Politiken der öffentlichen Hand besteht ausschließlich darin, den „sozialen Rentenpakt", der für die politische Stabilität erforderlich ist, funktionsfähig zu machen. Die Kalkulation der Mächtigen basiert auf folgender Gleichung: Solange es etwas umzuverteilen gibt, solange das Wirtschaftswachstum eine Verbesserung des Lebensniveaus bietet, wird die politische Stabilität gesichert sein und eine Kanalisierung der Protestbestrebungen gelingen. Aber es gibt vielfältige widersinnige Effekte dieser Sozialpolitik. Angesichts des ausufernden Sozialsektors zeigen sich die Grenzen des neopatrimonialen Staats.

Das Alltagsleben in Algerien ist durch soziale, branchenspezifische und korporatistische Kämpfe geprägt. Der Sozialpolitik fehlt die Kohärenz, sie erzeugt neue soziale und territoriale Ungleichheiten. Die vor allem im Süden des Landes sehr aktive Erwerbslosenbewegung hat besonders deutlich aufgezeigt, wie soziale mit territorialen Ungleichheiten einhergehen. Die Wohnungsbauprogramme wurden zu Auslösern zahlreicher, häufig gewalttätiger Proteste. Das Entstehen neuer Elendsviertel an den Rändern der Städte zeigte weitere Grenzen dieser Wohnungspolitik auf.

Streiks, Straßenblockaden und Aufstände haben das Alltagsleben in den letzten Jahren geprägt. Wissenschaftler*innen haben ermittelt, dass

[8] Das Programm „logement public promotionnel" (LPP) fördert das Wohneigentum der Mittelschichten durch gesicherte Kredite und direkte Förderung, die zusätzlich zu einer Eigenfinanzierungsquote den Erwerb ermöglichen.

es 2010, in einem für die Proteste besonders herausragenden Jahr, im ganzen Land nicht weniger als 9.700 Demonstrationen gab, bei denen es zu Gewalt kam: das sind nicht weniger als 26 pro Tag. Obgleich das erwähnte Programm zur Beschäftigungsunterstützung von jungen Menschen (ANSEJ) und die Forcierung des Wohnungsbauprogramms die Situation ein wenig befriedet haben, bleiben die Forderungen bestehen. Das Unbehagen der Jugend drückt sich in einem Anstieg der klandestinen Emigration (*Harraga*) aus – mit aller damit verbundenen Dramatik: das Kentern seeuntüchtiger Boote, zahllose Ertrunkene, die desaströse Situation der Aufnahmelager in den europäischen Häfen …

Und obwohl die Sozialpolitiken es erlaubt haben, das Lebensniveau der besitzlosen Klassen anzuheben, ist die Schere zwischen Arm und Reich noch nie so groß gewesen wie heute. Die Fehlfunktionen des Sozialstaats bringen die Fiktion der gesellschaftlichen Umverteilung und die Grenzen des sozialen Rentierstaats ans Tageslicht.

Der mit Ewigkeitsanspruch auftretende neopatrimoniale Staat vertritt eine kurzlebige Vision. Seine auf den Hirak antwortenden Gegenmaßnahmen zeigen deutlich, dass die herrschenden Kreise unfähig sind, ihre Zukunft zu planen, dass sie weder neue politische noch wirtschaftliche Projekte haben, die in der Lage wären, die skizzierten Widersprüche des Systems zu überwinden. Sie lassen vielmehr zu, dass sich die Widersprüche, die Frustrationen, das Unrecht akkumulieren. Heute jedoch weist alles darauf hin, dass diese Politik an ihr Ende gekommen ist.

Die Krise des Politischen und die neopatrimoniale Hegemonie

Ein autoritäres und prätorianisches Regime

Durch seine formelle und moderne Fassade funktioniert der Staat auf dem Prinzip der Teilung der drei Gewalten (Exekutive, Legislative und Judikative), von denen jede mit verfassungsmäßigen Vorrechten ausgestattet ist. Die Konzentration der Gewalten im präsidentiellen Regime erlaubt es der Exekutive jedoch, die Legislative und die Judikative zu

kontrollieren. Unter den Institutionen ist die Armee das Herzstück, das wirkliche Gerüst, auf dem der Staat ruht. Mit einer prätorianischen Macht[9] ausgestattet, spielt sie seit der Unabhängigkeit eine grundlegende Rolle im politischen Leben Algeriens, insbesondere als Stütze und Kontrolleur der anderen Institutionen. Im Falle von tiefen Krisen des Systems kommt ihr die Rolle des Schiedsrichters zu, der Lösungen in autoritärer Form durchsetzen kann: mittels Anweisungen, durch Repression, durch Interventionen, die bis hin zum Staatsstreich reichen. Diese prätorianische Macht übt die Armee durch die Auswahl der Präsidenten und des politischen Personals aus, und indem sie es durch die Delegierung der laufenden Angelegenheiten an die FLN vermeidet, an die erste Stelle zu treten.

Ein abgeriegeltes politisches Feld und ein defektes System

Die großen Aufstände, die das System im Oktober 1989 erschüttert haben, haben das politische Feld vorübergehend geöffnet und das System der Einheitspartei, das von der FLN seit der Unabhängigkeit getragen wurden, beendet. Aber der islamistische Aufstand, der auf die ersten Mehrparteienwahlen folgte, führte zu einer unmittelbaren Erschütterung des politischen Lebens. Die Opposition war nicht imstande, sich als Alternative aufzustellen. Die durch den Geheimdienst der Armee (DRS)[10] erfolgte Manipulation der politischen Parteien sowie Korruption und Abwerbung erklären teilweise die Passivität dieser Oppositionsparteien (demokratische und islamistische). Die Ursachen sind aber vor allem auf der Ebene der politischen Kultur zu suchen: Die politischen Parteien haben sich auf die immanente Logik des Apparats beschränkt, ihre Funktionsweise ahmt jene der FLN und ihres hegemonialen Modells nach. Es gibt in den Parteien weder Formen des Aktivismus noch wirkliche Programme, die einen Bruch mit dem Sys-

[9] Gardetruppe der römischen Kaiser, im übertragenen Sinne besonders herausgehobene Gruppe von der Macht nahestehenden Personen.

[10] Département du Renseignement et de la Sécurité: Abteilung für Nachrichtendienst und Sicherheit, 2016 durch die DSS (Direction des Services de Sécurité: Direktorat der Sicherheitsdienste) ersetzt.

tem intendieren. Die etablierten Parteien sind schließlich durch den Hirak, eine Bewegung, die sie nicht vorauszusehen imstande waren, entblößt worden.

Kämpfe der Clans und Kämpfe um Orte

Angesichts dieser Krise des Politischen stellen sich die Probleme der Macht in Form von Klankämpfen dar, deren Ziel die Erlangung von Machtpositionen ist. Im neopatrimonialen Staat kämpfen tatsächlich beständig verschiedene Gruppen und Netzwerke um Einfluss, die mächtige wirtschaftliche Interessen repräsentieren und für die die Kontrolle der Rente der Erdöl- und Erdgasförderung auf dem Spiel steht. Die Klans entstehen und zerfallen in Abhängigkeit von den Posten und Positionen, die im jeweiligen Räderwerk der Staatsapparate eingenommen werden können. Die politischen Parteien, die die präsidentielle Mehrheit bilden (FLN, RND),[11] bilden Räume, innerhalb derer sich die Klientelen organisieren und über ihre Vorteile verhandeln. Die monopolistische Funktionsweise der Oligarchie führt zu internen, gelegentlich gewalttätig geführten Konfrontationen (Abrechnungen, Inhaftierungen, politische Vernichtung, Versetzung aufs Rententeil …). Während des vergangenen Jahrzehnts ist es durch den Versuch eines sich um den Bruder des Präsidenten scharenden Klans, die Hegemonie zu übernehmen, zu einer Reihe von Abrechnungen im Inneren des Systems gekommen. Die Säuberung in der Militärhierarchie, die Verhaftungen ehemaliger Minister und Geschäftsleute sind Ausdruck dieser Kämpfe innerhalb der Oligarchie.

Von einer entzauberten Gesellschaft zu einer erwachenden Gesellschaft

Mit der Annahme der aus den großen Aufständen des Oktobers 1988 hervorgegangenen Verfassung machte die algerische Gesellschaft die ersten Erfahrungen mit dem politischen Pluralismus; dieser mündete jedoch in den islamistischen Aufstand. In den Augen vieler Algerier*innen hat dies die offizielle Politik disqualifiziert. Die Macht hat mit der

[11] Rassemblement National Démocratique: Nationale Demokratische Versammlung, regimetreue, liberale Partei, stellte 2019 den Interimsstaatschef Abdelkader Bensalah.

Enttäuschung der Bevölkerung gespielt, die auf das „schwarze Jahrzehnt“ folgte, das viele unbewältigte Traumata hinterlassen hat.

Dennoch hat die algerische Zivilgesellschaft angefangen, sich zu organisieren. In ihr entwickelten sich zunehmend Antworten, um aus der politischen Sackgasse herauszukommen. Im Laufe der vergangenen zwanzig Jahre gründete sich eine Vielzahl kultureller und sozialer Gruppen. Die Entstehung unabhängiger Gewerkschaften stellte die Vorherrschaft der UGTA,[12] der der Macht nahestehenden Gewerkschaft, infrage. Antikorruptionsgruppen und Menschenrechtsgruppen informieren die Öffentlichkeit und rufen alle Mitglieder der Gesellschaft auf, selbst aktiv zu werden, während sie gleichzeitig eine demokratische Überwachung aufrechterhalten. Inzwischen hat sich eine pluralistische Presselandschaft herausgebildet, die es der Bevölkerung erlaubt, sich anders als nur über die Quellen der Macht zu informieren. In den Rissen der Gesellschaft haben sich in diesen letzten Jahren die Bedingungen für einen Bruch vorbereitet.

Der Generationenbruch und die Geburt einer Zivilgesellschaft

Soziologie der Bewegung

Als Ausdruck einer in Entstehung begriffenen Zivilgesellschaft ist der Hirak Ergebnis eines Generationenbruchs, der eine neue Zeitrechnung einleitet. Getragen von der demographischen Mehrheit der Jugend, betrifft diese Bewegung die ganze Gesellschaft, deren soziologische Eigenschaften sie in vielen Punkten spiegelt. Diese landesweite Bewegung, die alle Regionen betrifft, mobilisiert alle Altersklassen, Männer und Frauen, Arbeiter*innen wie Angestellte, die Mittelschichten bis hin zu den leitenden Angestellten und den freien Berufen. In einer immer noch patriarchal geprägten Gesellschaft muss der große Anteil von Frauen betont werden. Als gesellschaftliche Basisbewegung verweist der Hirak auf eine Gesellschaft, die sich jetzt, wo das System versagt, bewegt.

[12] Union Générale des Travailleurs Algériens: Allgemeine Arbeitergewerkschaft Algeriens.

Diese Veränderungen der algerischen Gesellschaft zeigen sich an einer Vielzahl von Indikatoren, wie zum Beispiel an den neuen, durch die Verstädterung entstandenen Lebensformen, an der Veränderung der Familienstrukturen, der Verallgemeinerung der weiterführenden Bildung und des Zugangs zur Hochschulbildung, der Öffnung gegenüber der Welt und dem allgemeinen Zugang zum Internet. Dieser Generationenbruch ist zuallererst (aber nicht alleine) demographisch begründet. Unbeeinflusst von der Abschwächung des jährlichen Bevölkerungswachstums auf 2,1 Prozent, ist die Bevölkerung in den letzten zwanzig Jahren von 31 auf 43 Millionen gewachsen. Im Jahr 2019 waren 54 Prozent der Bevölkerung jünger als dreißig Jahre. 87 Prozent der Algerier*innen wurden erst nach der Unabhängigkeit geboren. Die über 60-jährigen dagegen repräsentieren lediglich neun Prozent der Bevölkerung.

Noch bis Ende der 1960er Jahre ländlich geprägt, hat Algerien inzwischen eine Verstädterung erlebt, die den Hauptfaktor einer raschen Veränderung der Gesellschaft darstellt. Heute leben siebzig Prozent der Bevölkerung, also dreißig Millionen Menschen, in einem Umfeld, das von zunehmend verdichteten Städten geprägt ist (sechzig Städte zählen mehr als 100.000 Einwohner*innen; Algier, Oran, Constantine sind Millionenmetropolen). Diese starke Verstädterung führt zu scharfen Spannungen (Wohnraumkrise, neue Formen sozialer Beziehungen), neuen Formen der sozialen Ungleichheit, aber auch zu neuen Bedürfnissen und Forderungen.

Angesichts dieser Veränderungen der Lebenswelten kommt es zu gleichermaßen bemerkenswerten Veränderungen der Familienstrukturen. Die Haushalte werden tendenziell kleiner (in den großen Städten bestehen sie durchschnittlich aus fünf Personen). Durch längere Schulzeiten und den wachsenden Anteil junger Studierender steigt das Heiratsalter (26 Jahre für die Frauen und 30 für die Männer). Es ist ebenfalls bedeutend, dass Eheschließungen heute auf einer freien Wahl basieren: ein Ergebnis der Individualisierung als *gesellschaftlicher* Emanzipation von *gemeinschaftlichen* Bindungen.

Die wachsende Bedeutung der Frauen in der Öffentlichkeit ist gleichfalls bemerkenswert, in einer Gesellschaft, in der das Gewicht des Patriarchats weiterhin sehr stark ist. Auch wenn Frauen noch überwiegend auf den häuslichen Bereich verwiesen sind und nur 17 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung ausmachen, behaupten sie sich doch in Sektoren, in denen gesellschaftliche Veränderungen in besonderem Maße sichtbar werden; hier haben sie bereits jetzt eine relative Autonomie und einen zunehmend legitimen Platz erobern können. Heute sind 65 Prozent der Studierenden Frauen; sie setzen sich zunehmend in den qualifiziertesten Berufen durch. In den intellektuellen und wissenschaftlichen Berufen haben die Frauen einen Anteil von 49 und in den intermediären Berufen[13] von 32 Prozent.

Die Ausweitung der Bildung und der zunehmende Anteil von jungen Menschen, die einer Hochschulausbildung nachgehen, hat weitgehende Auswirkungen: Durch die Eröffnung neuer Horizonte und durch die Globalisierung hat diese neue Generation eine veränderte Beziehung zur Welt; sie lässt die offiziellen Medien zunehmend hinter sich und verständigt sich über soziale Netzwerke im Internet, die zu den Hauptkommunikationsmitteln des Hirak geworden sind.

Auf dem Weg zu einer säkularisierten Gesellschaft

Dieses neue Algerien wird durch den Hirak enthüllt. Ein Algerien, das sich zunehmend weniger in der verstümmelten nationalen Erzählung wiederfindet, die wenig Sinn für eine Bevölkerung ergibt, die zu 87 Prozent nach der Unabhängigkeit geboren wurde. Das symbolische Universum dieser Generation korrespondiert nicht mehr mit demjenigen, das dazu diente, den Sozialpakt zu etablieren, der es der FLN und der ALN (Nationale Befreiungsarmee) erlaubte, die Gesellschaft zu kontrollieren. Der großen historischen Erzählung, die ein Schuldverhältnis aller Staatsbürger gegenüber den nationalen Befreiern entwarf, ist der Atem ausge-

[13] Im Original „professions intermédiaires". Das frz. INSEE (Nationales Statistik- und Wirtschaftsforschungsinstitut) ordnet in diese Kategorie Berufe ein, deren Ausbildungs- und Anforderungsgrad zwischen Arbeitern / Angestellten und Leitungsfunktionen liegt, [https://www.insee.fr/fr/metadonnees/pcs2003/categorieSocioprofessionnelleAgregee/4?champRecherche=false#].

gangen. Die Bevölkerung sehnt sich nach einer „neuen Unabhängigkeit“: ein Slogan, der wiederholt auf den Demonstrationen aufgetaucht ist. Diese neue Zeitrechnung, die mit dem Hirak eröffnet wurde, ermöglicht gleichzeitig den Bruch mit der „Kultur der Gewalt“, die ein Erbe der Epoche des Befreiungskrieges ist und die das große Charakteristikum der sozialen und politischen Bewegungen darstellt, die das Land seit 1962 prägten und für die der städtische Aufstand zur einzigen Ausdrucksform geworden ist.

Der Hirak markiert den Übergang von einer Gesellschaft, die mit dem vom neopatrimonialen System gepflegten Gemeinschaftsmythos fortlebte, hin zu einer auf organischen sozialen Beziehungen gegründeten Gesellschaft. Dieser Generationenbruch nimmt die Entstehung einer Zivilgesellschaft vorweg, die sich des Jochs der patrimonialen Ordnung entledigt hat.

Aber dieser Bruch findet auf paradoxe Weise statt; das Phänomen der Religion illustriert dies. Nach dem „schwarzen Jahrzehnt“ hat Algerien, beeinflusst durch die salafistische Ideologie, einen Prozess der Re-Islamisierung, der fundamentalistischen Neuinterpretation religiöser Praktiken, durchgemacht, dessen sichtbarste Zeichen das Tragen des *hijab*, die Errichtung neuer Moscheen und der verallgemeinerte Rückgriff auf religiöse Bezüge im Alltagsleben sind. Aber diese unterschiedlichen Elemente ähneln mehr einer Orthopraxie als einer Orthodoxie, das heißt, man beugt sich den religiösen Ritualen als formalen Konventionen, ohne jedoch im strengen Sinne daran zu glauben. Dies zeigt sich auch daran, dass die Islamisierung des Alltagslebens von neuen, globalisierten Formen des Massenkonsums begleitet wird, die in deutlichem Kontrast zu den Praktiken eines strengen Islams stehen. Die Eröffnung von großen Einkaufszentren, den neuen Tempeln eines globalisierten Konsums, insbesondere in den Städten, bieten neue, von religiösen Instanzen nicht reglementierte Räume der Bewegungsfreiheit für Frauen, die es bisher in Algerien nicht gegeben hat.

Was das Tragen des *hijab* angeht, so bedeutet sein fast allgemeiner Gebrauch nicht, dass deswegen die Frauen im öffentlichen Raum unsicht-

bar wären. Viele Frauen legen ihn eher aus Gründen der sozialen Konformität an, nicht um religiöse Regeln zu befolgen; sie verwenden ihn auch nur in der Form des Kopftuchs. Sicher, die Islamisierung der moralischen Referenzen geschieht tatsächlich; das Gute und das Schlechte werden immer auf Gott und die Achtung der Prinzipien des Korans bezogen. Aber gleichzeitig kommt es zu einer Art der Banalisierung religiöser Referenzen, die sie aus dem politischen Feld heraustreten lässt. Dies hat der Hirak klar gezeigt.

Schlussfolgerung: Das Jahr 2 des Hirak

Innerhalb eines Jahres hat sich der Hirak tiefgreifend und dauerhaft in die algerische Gesellschaft eingeschrieben. Mit seinen wöchentlichen Demonstrationen hat er sich den öffentlichen Raum angeeignet, den er für die demokratische Debatte wieder eröffnet. Er hat das Wesen der Macht, die dieses Land beherrscht, bloßgestellt.

Jeder Freitag wird zu einem Moment der kollektiven Kreativität, der freudigen Revolution, in der sich eine Feierstimmung mit offensiven Losungen verbindet. Schilder, Transparente, Losungen werden in den sozialen Netzen ausgetauscht und in Abhängigkeit von der Entwicklung der politischen Situation wöchentlich aktualisiert. Sie weisen in zwei großen Punkten in die gleiche Richtung: Pazifismus (verkörpert durch die Losung „*Silmyia*“) und die entschlossene Forderung nach einem Rechtsstaat („ziviler Staat, kein Militärstaat“; „Nein zu den Generälen“; „Wir wollen die Unabhängigkeit“). Die Demonstrant*innen schwenken Fahnen mit dem Emblem der Amazigh[14] und umhüllen sich mit der Nationalflagge, um ihr Algerisch-Sein zu betonen, das durch die Ideologie des Arabismus der FLN ihrer Ansicht nach lange Zeit verdeckt wurde. Durch das mehrfach wiederholte Skandieren der Losung „Wir wollen die Unabhängigkeit“, insbesondere am 5. Juli, dem Tag der Unabhängigkeit, klagt die Bevölkerung die geheime Zusammenarbeit zwischen der Macht und den multinationalen Unternehmen an. Aber vor allem

[14] Eigenbezeichnung der „Berber“, autochthone, hauptsächlich in Nordafrika lebende Bevölkerungsgruppen, die tamazight sprechen, das im Schriftsystem tifinagh verschriftlicht ist.

zeigt dies, dass die Bewegung die Emanzipation der Zivilgesellschaft, die jegliche Bevormundung ablehnt, fordert.

Auch wenn das neopatrimoniale Regime verurteilt wird, steht die Formulierung einer alternativen Politik noch aus. Die Widerstandskräfte der Macht beruhen zu einem großen Teil auf dem Fehlen dieser Alternative. Ihre Strategie ist nicht neu. Ihre Funktionsweise basiert auf der Austauschbarkeit des herrschenden Personals. Nachdem die Armee die Dinge wieder in die Hand genommen hat, überträgt sie die Macht an ziviles Personal, das damit beauftragt ist, die Fassade zu renovieren, ohne dabei etwas am Wesen dieses Systems zu verändern.

Die von der Macht organisierten Präsidentschaftswahlen, mit einer offiziellen Wahlbeteiligung von lediglich 39 Prozent (davon 35 Prozent abgegebene Stimmen), verweist auf die schwache soziale Basis, über die die Macht nur noch verfügt. Abdelmadjid Tebboune, der eher als ernannter denn als gewählter Präsident gelten muss, verfügt über keinerlei Legitimität (nach den sehr zweifelhaften offiziellen Ergebnissen erhielt er nur 58 Prozent der Stimmen, was 20 Prozent der Wähler*innen entspricht). Außerdem ist es symptomatisch, dass der neue Präsident in der ersten Rede nach seiner Wahl am 12. Dezember 2019 eine ökonomischen Wiederbelebung ausgerechnet durch die Ausbeutung von Schiefergas in Aussicht stellt, von dem Algerien über enorme Reserven verfügt. Diese Ankündigung reagiert auf eine Aufforderung der multinationalen Unternehmen, sie zeigt auch, dass die Grundlagen dieser Macht auch unter der neuen Präsidentschaft dieselben bleiben: die Verteilung der durch die Energieressourcen erwirtschafteten Renten.

Eine tiefgreifende Bewegung ergreift die Gesellschaft von innen und wird notgedrungen zu alternativen Lösungen führen. Eine Rekonfiguration des politischen Feldes hat begonnen, und der Hirak ist in die Phase seiner Reifung eingetreten. Für einen Rechtsstaat einzutreten, stellt die absolute Priorität dar und ist das einigende Ziel des Hirak. Die gewaltige Woge, die sie trägt, zeigt auf, dass Algerien nie mehr so sein wird wie zuvor.

Postscriptum (14.04.2020)

Algerien wurde vom Coronavirus ziemlich früh getroffen; seit dem 22. März haben die Behörden die Pandemiestufe 3 ausgerufen. Die Grenzen wurden geschlossen, auch die Bildungseinrichtungen und die Universitäten. Die Moscheen folgten, auch wenn bestimmte Geistliche Vorbehalte hatten. Es wurde eine Teilquarantäne verhängt; von 22 Uhr bis 5 Uhr morgens galten Ausgangssperren.

Das algerische Gesundheitssystem verfügt nur über sehr begrenzte Mittel, um diese Situation zu bewältigen. Es fehlt an Nachweistests, und die Aufnahmekapazitäten der Krankenhäuser, insbesondere auf den Intensivstationen, sind sehr unzureichend. Die wenigen hundert Intensivbetten konzentrieren sich in den großen Städten. Die durch die öffentliche Gesundheitspolitik während vieler Jahre entstandenen Lücken machen sich jetzt bemerkbar.

Die (vermutlich viel zu niedrige) offizielle Bilanz vom 14. April spricht von 2.000 bestätigten Fällen und 330 festgestellten Toten. Einige Städte sind stärker als andere betroffen. Insbesondere Blida, eine Stadt 60 Kilometer südlich von Algier, wurde vollständig unter Quarantäne gestellt. Angesichts des Mangels an Nachweistests ist es unmöglich zu wissen, in welcher Phase der Pandemie sich das Land aktuell befindet.

Die Macht nutzt diese außergewöhnliche Situation, um den Hirak niederzuschlagen und noch stärker als bisher zu unterdrücken. Sie nutzt die Aussetzung der Demonstrationen aus. Die Gerichtsverhandlungen laufen währenddessen weiter, und weiterhin werden Aktivisten verurteilt. Schlimmer noch: In der zweiten Instanz fiel das Strafmaß für prominente Protagonisten des Hirak oft weitaus höher aus als in der ersten Instanz. Dies traf insbesondere Kamel Tabbou, den Anführer einer im Hirak sehr beliebten Oppositionspartei, und bekannte Journalisten wie Khaled Drareni. Eine weitere Verschärfung der Repression: Eine präsidentielle Anordnung verbietet unter Androhung von Haft jegliche Kritik am Handeln der Regierung.

Die soziale Situation ist durch die Schließung einer Vielzahl von Produktionsbetrieben und Baustellen besonders angespannt. In Algerien gibt es keine Kurzarbeit, und die unbeschäftigten Arbeiter*innen erhalten keine Entschädigung. Aufgrund von Versorgungsschwierigkeiten sind die Preise explodiert, der nahende Ramadan macht die Situation noch komplexer.

Übersetzung aus dem Französischen: Lars Stubbe

Dies ist eine Veröffentlichung der ***Sozial.Geschichte Online***
lizenziert nach [Creative Commons – CC BY-NC-ND 3.0]

Sozial.Geschichte Online ist **kostenfrei und offen** im Internet zugänglich. Wir widmen uns Themen wie dem Nationalsozialismus, dessen Fortwirken und Aufarbeitung, Arbeit und Arbeitskämpfen im globalen Maßstab sowie Protesten und sozialen Bewegungen im 20. und 21. Jahrhundert. Wichtig ist uns die Verbindung wissenschaftlicher Untersuchungen mit aktuellen politischen Kämpfen und sozialen Bewegungen.

Während die Redaktionsarbeit, Lektorate und die Beiträge der AutorInnen unbezahlt sind, müssen wir für einige technische und administrative Aufgaben pro Jahr einen knapp fünfstelligen Betrag aufbringen.

Wir rufen deshalb alle LeserInnen auf, uns durch eine **Spende** oder eine **(Förder-)Mitgliedschaft** im *Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.* zu unterstützen, der diese Zeitschrift herausgibt und gemeinnützig ist.

Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerabzugsfähig, deswegen bitten wir, uns eine E-Mail- und eine Post-Adresse zu schicken, damit wir eine Spendenquittung schicken können.

Die Vereinsmitgliedschaft kostet für NormalverdienerInnen 80 € und für GeringverdienerInnen 10 € jährlich; Fördermitglieder legen ihren Beitrag selbst fest.

Mitgliedsanträge und andere Anliegen bitte an

SGO-Verein [at] janus-projekte.de oder den

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.
Cuvrystraße 20a
(Briefkasten 30)
D-10997 Berlin

Überweisungen von Spenden und Mitgliedsbeiträgen bitte an

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.
IBAN: DE09 1002 0500 0001 4225 00, BIC: BFSWDE33BER,
Bank für Sozialwirtschaft

Ahlrich Meyer

Die Schwelle des Zeugnisses überschritten. David Roussets *L'Univers concentrationnaire* liegt endlich auf Deutsch vor

Warum hat die intellektuelle Öffentlichkeit im Nachkriegsdeutschland, warum hat die undogmatische Linke der 1968er-Ära das Werk von David Rousset nicht für sich entdeckt? Wir haben damals Sartre und Camus gelesen – Autoren, denen wir Rousset an die Seite hätten stellen können. Der 1912 geborene Journalist, Schriftsteller und politische Aktivist hatte sich vor dem Zweiten Weltkrieg dem Trotzkismus angeschlossen. Im Oktober 1943 war er als Angehöriger einer gewerkschaftsnahen französischen Widerstandsgruppe bei dem Versuch, die deutsche Wehrmacht zu unterwandern, von der Gestapo verhaftet und in das Konzentrationslager Buchenwald deportiert worden. Nach 1945 legte er mehrere Bücher vor, in denen er seine Erfahrungen festhielt und das nationalsozialistische Lagersystem einer ersten Analyse unterzog. Zugleich trat er als engagierter Kämpfer gegen die sowjetischen Lager hervor, was ihm die erbitterte Feindschaft der stalinistischen Kommunisten eintrug. 1950 brachte er eine internationale Kommission gegen Konzentrationslager auf den Weg, die *Commission internationale contre le régime concentrationnaire*, die Untersuchungen zu den Haftbedingungen in der Sowjetunion, China, dem franquistischen Spanien, Griechenland und Französisch-Algerien durchführte. Von Sartre, mit dem zusammen er 1948 die linksradikale politische Gruppierung *Rassemblement démocratique révolutionnaire* gegründet hatte, trennte ihn dessen zeitweilige Hinwendung zum Parteikommunismus. Er selbst gehörte als „Linksgaullist" einige Jahre der französischen Nationalversammlung an. Zeitlebens blieb er auch der antikolonialen Bewegung verbunden. Als Rousset 1997 in Paris starb, würdigte der Verleger François Maspero ihn

in einem Nachruf in *Libération* als einen dieser „Irren, die die Welt verändern wollen". Das war eine Selbstbeschreibung Roussets gewesen, wobei er hinzugefügt hatte: „Möglicherweise ändert sich die Welt nicht. Um so schlimmer für sie."

Nun erscheint im Abstand eines Dreivierteljahrhunderts erstmals eine deutsche Übersetzung von Roussets wohl bedeutendstem Buch, das unter dem sprichwörtlich gewordenen Titel *L'Univers concentrationnaire* 1945 verfasst und 1946 veröffentlicht wurde.[1] In Frankreich mit dem renommierten Prix Renaudot bedacht und als Klassiker bis heute immer wieder aufgelegt, wurde es sogleich nach seinem Erscheinen in mehrere Sprachen übersetzt. Bereits 1947 kam *Les Jours de notre mort* heraus, Roussets zweites, umfangreicheres Werk, in welchem er eine Vielfalt von authentischen Stimmen aus den Lagern zu einer romanhaften Komposition zusammenfügte. Beide Bücher unterscheiden sich von allen anderen frühen Häftlingsberichten. Jorge Semprún, der ebenfalls in Buchenwald inhaftiert war, hat das in einer prägnanten Formulierung festgehalten. Rousset sei, so schrieb er, „der erste gewesen, der in seinen Schriften über die Nazilager die Schwelle des Zeugnisses überschritten hatte, um ein Gesamtbild, einen globalen Versuch der Analyse zu entwickeln".[2]

*

Nicht der individuelle Leidensweg eines Häftlings, der die Lager Buchenwald, Porta Westfalica, Neuengamme, Helmstedt und Wöbbelin überlebt hatte, stand im Mittelpunkt von Roussets Darstellung, sondern sein Bemühen, das völlig neuartige, totalitäre Phänomen der Konzentrationslager zu verstehen und deren Aufbau und Funktion so genau wie möglich zu beschreiben. Dazu bediente er sich, vor allem zu Anfang von *L'Univers concentrationnaire*, einer fast atemlosen Sprache und griff auf

[1] David Rousset, Das KZ-Universum. Mit einem Nachw. von Jeremy Adler. Aus dem Franz. von Olga Radetzkaja und Volker Weichsel, Berlin 2020, 144 Seiten. Die folgenden Seitenangaben im Text beziehen sich auf diese Ausgabe.

[2] Was für ein schöner Sonntag!, Frankfurt/M. 1984, S. 209 f.

einen Bildvorrat zurück, der an den französischen Symbolismus und Surrealismus erinnert. Wir finden explizite Bezüge auf die Dramen Alfred Jarrys (*König Ubu*), Anklänge an Kafkas *Prozeß*, an die Welt der Figuren Célines. Kapitelüberschriften sind von einem quasi-religiösen Duktus getragen. Das alles kongenial ins Deutsche gebracht zu haben, ist das große Verdienst von Olga Radetzkaja und Volker Weichsel, denen wir die Übersetzung des Buches und, zusammen mit Nicolas Bertrand, einige nützliche Anmerkungen verdanken.[3]

Rousset beschreibt die Konzentrationslager-Gesellschaft – aus der Innensicht der Häftlinge – als ein geschlossenes Universum, isoliert von der Außenwelt, jenseits von Leben und Tod, in dem nicht nur alles erlaubt, sondern schlechthin alles möglich ist. Die Häftlinge sind von den anderen Menschen durch eine nicht vermittelbare Erfahrung getrennt: „Normale Menschen wissen nicht, dass alles möglich ist" (S. 100). Erklärter Zweck aller Lager ist die physische Vernichtung, doch der Tod allein löst bei den Häftlingen kaum Schrecken aus. Es ist die auf Dauer gestellte Folter, der allgegenwärtige Terror, die das Lagerdasein zum Albtraum machen. Terror ist die *raison d'être* des Konzentrationslagers, er dient dem eigentlichen Ziel der SS, der Auslöschung des Bösen, dessen aktive Verkörperung der politische Gegner, dessen Ausdruck durch Geburt und „Rasse" der Jude, der Pole, der Russe ist. „Wer zu sterben hat, soll kalkuliert langsam in den Tod gehen, damit sein schrittweise herbeigeführter physischer und moralischer Verfall ihm bewusst macht, dass er ein Verfluchter ist, ein Ausdruck des Bösen, kein Mensch" (S. 62). Daher Roussets eindrückliche Wortschöpfung, die Konzentrationslager seien eine komplexe „Sühnemaschinerie" (*machine de l'expiation*), angelegt auf den absoluten Zerfall des Individuums.

Man mag einwenden, zumal im Lichte jüngerer historischer Forschungsarbeiten, dass die deutschen Konzentrationslager keine exterri-

[3] Über die eine oder andere Eindeutschung ließe sich diskutieren; *les « droit commun »* sind keine „Strafrechtler", sondern Strafgefangene. Wie gelungen die Übersetzung insgesamt ist, zeigt folgendes Beispiel. Wo Rousset gleich zu Beginn schreibt: „Les camps sont d'inspiration ubuesque", verstärken Olga Radetzkaja und Volker Weichsel den Duktus des Einleitungskapitels noch, indem sie auf die Sprache der Lutherbibel zurückgreifen: „Der Geist König Ubus schwebt über dem Lager." (S. 10)

torialen Orte waren, dass es zahlreiche soziale und wirtschaftliche Verbindungen zur deutschen Gesellschaft gab. Roussets Bild des abgeschotteten Lageruniversums ist vielfach übernommen worden, hat sich lange gehalten und scheint – vom Autor gänzlich unbeabsichtigt – das in Deutschland nach dem Krieg verbreitete Entlastungsargument zu bestätigen, man habe „nicht gewusst", was in den Lagern vorging. Auch dass Rousset die ökonomische Funktion der Zwangsarbeit im Rahmen des Lagersystems eher für nachrangig hielt, lässt sich heute wohl kaum mehr halten.

Größeren Widerspruch hat Roussets prinzipielle Gleichsetzung von Konzentrations- und Vernichtungslagern hervorgerufen: „Zwischen diesen Vernichtungslagern und den ‚normalen' Lagern gibt es keinen grundsätzlichen Unterschied, lediglich einen graduellen" (S. 31). Roussets eigene Erfahrung beschränkte sich auf die Lager in Deutschland. Er richtete den Fokus auf die politischen Gefangenen, die Kommunisten, und deren Kämpfe mit den sogenannten Kriminellen um die Vorherrschaft im Lager („Das neue Gesicht des Klassenkampfs", S. 87 ff.). Er analysierte die bürokratische Organisation der Lagerverwaltung durch die Häftlinge selbst und legte die Kohabitation zwischen einer mit Machtbefugnissen und Privilegien ausgestatteten Häftlingsaristokratie und der SS schonungslos offen. Die Vernichtungsstätten im Osten kannte Rousset nur aus Zeugnissen von Überlebenden. Allerdings hatten Berichte über Vergasungen in Auschwitz-Birkenau offensichtlich schon während des Krieges auch das KZ Buchenwald erreicht.[4] So enthält bereits sein erstes Buch *L'Univers concentrationnaire* einen kurzen Abschnitt über die Lager vom Typ Auschwitz. „In den Lagern für Polen und Juden herrschen Folter und Vernichtung in industriellem Maßstab", heißt es dort. Birkenau sei „die größte Stadt des Todes", in der „die mächtigen Tore der Gaskammer sich unaufhaltsam schließen" (S. 30 f.). Als Rousset dies festhielt, hatte sich – das sollte der heutige

[4] Siehe David Rousset, Les Jours de notre mort, Paris 1947, S. 213 f.; Neuausg. Paris 1993, Bd. I, S. 264 f.

Leser bedenken – die Weltöffentlichkeit noch kaum bewusst gemacht, dass in Auschwitz und anderswo ein Genozid geschehen war.

*

Es ist leicht zu sehen, warum Hannah Arendt sich frühzeitig auf Rousset bezogen hat. Sie teilte die Vorstellung eines von der Außenwelt vollkommen isolierten „Lageruniversums", dessen Zweck das permanente Sterben, die schrittweise Zerstörung der menschlichen Person ist.[5] Ob Arendt ihr Verständnis des „radikal Bösen" Rousset verdankt, wie Jeremy Adler im Nachwort vermutet, sei dahingestellt. Bei Rousset gehört die Existenz des Bösen zum ideologischen Feindbild der SS, für die Kantianerin Arendt bezeichnet das radikal Böse die Aussetzung aller moralischen Maßstäbe – etwas, das man weder bestrafen noch verzeihen kann.

Wie gewichtig Arendts Anleihen tatsächlich waren, ist allerdings wenig bekannt. 1948 veröffentlichte sie einen Aufsatz über „Konzentrationsläger" in der unter Mitwirkung von Karl Jaspers herausgegebenen Monatschrift *Die Wandlung*, der einen frühen Grundriss ihrer Theorie totaler Herrschaft enthielt. Dem Text war ein Motto Roussets vorangestellt: „*Les SS ont fait des camps la société la plus totalitaire encore réalisée*" („Die SS hat die Lager zu der totalitärsten Gesellschaft gemacht, die bisher verwirklicht wurde").[6] Gleichzeitig plante Arendt ein Forschungsprojekt über nationalsozialistische und stalinistische Kon-

[5] Siehe z. B. Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München [5]1980, S. 677, 682 f., 696.

[6] Hannah Arendt, „Konzentrationsläger", in: Die Wandlung, 3 (1948), H. 4, S. 309–330; die abweichende englische Fassung erschien u. d. T. „The Concentration Camps", in: Partisan Review, 15 (1948), H. 7, S. 743–763. Der Aufsatz wurde in den Schlussabschnitt der *Origins of Totalitarianism* eingearbeitet; s. Elemente und Ursprünge (wie Anm. 5), S. 676 ff. – Verweise auf Rousset finden sich auch in Arendts Studie „Social Science Techniques and the Study of Concentration Camps" aus dem Jahr 1950, die in deutscher Übersetzung u. d. T. „Die vollendete Sinnlosigkeit" erstmals veröffentlicht wurde in: Hannah Arendt, Nach Auschwitz. Essays und Kommentare 1, Berlin 1989, S. 7–30; jetzt auch in: Hannah Arendt, Wir Juden. Schriften 1932 bis 1996, zusammengestellt und hrsg. von Marie Luise Knott und Ursula Ludz, München 2019, S. 326–345.

zentrationslager, das dann nicht zustande kam.[7] In diesem Zusammenhang fertigte sie ein umfangreiches Exzerpt aus Roussets *Les Jours de notre mort* an,[8] und ihre Publikationen aus der Zeit bis zum Erscheinen der *Origins of Totalitarianism* im Jahr 1951 enthalten nicht wenige Rousset-Zitate und noch mehr versteckte Hinweise auf die beiden damals vorliegenden Bücher des Franzosen.[9] Wiederholt kam sie auf Roussets Feststellung zurück, dass im Konzentrationslager schlechthin „alles möglich" sei.[10] Dies wird geradezu zum Grundmotiv von Arendts Lageranalyse. Auch für ihren Befund, dass allen Häftlingsberichten das „Odium der Unglaubwürdigkeit" anhaftete, weil das berichtete Geschehen unvorstellbar war, führte sie Rousset als Zeugen an.[11] Und sie entwickelte ihren Gedanken, zur Erkenntnis der Lagerrealität sei ein „Verweilen beim Grauen" unerlässlich, geradezu gegen eine bestimmte zeitgenössische Rezeption von Roussets Werk.[12] Zugleich setzte Arendt, die keiner Kontroverse aus dem Weg ging, zu einer scharfen Kritik an Roussets Schlussfolgerungen an.

Dabei bezog sie sich vor allem auf *Les Jours de notre mort* und zudem auf Eugen Kogons Buchenwald-Report *Der SS-Staat*.[13] Beide Bücher, schrieb Arendt, seien „unerläßlich zum Verständnis nicht nur der Kon-

---

[7] Im ersten „Memo" für dieses Forschungsprojekt heißt es unter deutlicher Bezugnahme auf Rousset: „Although history has known many kinds of societies of the oppressed, we never yet were confronted with a hermetically closed group that lives as though it existed on another planet." Hannah Arendt Papers (Speeches and Writings File, Outlines and research memoranda), Cont. 76.5, unpag.; Kopie im Hannah-Arendt-Archiv Oldenburg. Ich danke für die freundliche Genehmigung zur Einsicht.

[8] Hannah Arendt Papers (Speeches and Writings File, Excerpts and notes, Literature about Nazism), Cont. 69.8, Bl. 26346–26354; Kopie im Hannah-Arendt-Archiv Oldenburg.

[9] Roussets *L'Univers concentrationnaire* las sie in der amerikanischen Übersetzung (*The Other Kingdom*, New York 1947) und zitierte danach.

[10] Arendt, Elemente und Ursprünge (wie Anm. 5), S. 676, 679: „Was der gesunde Menschenverstand, was ‚normale Menschen' nicht glauben, ist, daß alles möglich ist." Arendt fügte an: „Dies hat als erster Rousset gesehen in seinem *Univers concentrationnaire*."

[11] Arendt, „Konzentrationsläger" (wie Anm. 6), S. 310 f.

[12] Ebd., S. 312; vgl. Arendt, Elemente und Ursprünge (wie Anm. 5), S. 680, sowie die Kritik Arendts an Georges Batailles Besprechung von *Les Jours de notre mort* in ihrer amerikanischen Fassung von „Konzentrationsläger": „The Concentration Camps" (wie Anm. 6), S. 762 f. – Diese Kritik bedürfte ebenso wie Batailles Rousset-Verständnis einer genaueren Darstellung; Georges Bataille, „Reflexions sur le bourreau et la victime", in: Critique, 17 (October 1947), S. 337–342.

zentrationsläger, sondern des totalitären Regimes überhaupt", sie würden aber „unbrauchbar und sogar gefährlich", sobald sie versuchten, „positiv zu interpretieren" oder zu verklären, „was sich doch unter keinen Umständen je auf der Erde wiederholen darf".[14] Das richtete sich gegen psychologische oder soziologische Erklärungen, die das präzedenzlose Phänomen der Lager ihrer Ansicht nach nicht zu fassen vermochten, mehr noch gegen alle Versuche, dem Leiden einen Sinn abzugewinnen. Rousset habe den „Trost einer ‚extremen Erfahrung'" gesucht und sei zu einer „Lebensbejahung im Sinnlosen" gekommen.[15]

In der Tat finden sich bereits in *L'Univers concentrationnaire* Passagen, die Arendts Kritik nicht unbegründet erscheinen lassen. Die Bilanz sei nicht negativ, so beendete Rousset sein Buch: „Es ist noch zu früh, um die positiven Seiten der KZ-Erfahrung zu erfassen, doch schon heute zeigt sich, dass es viele sind. Dynamisches Bewusstwerden der Kraft und der Schönheit der schieren Tatsache, am Leben zu sein – des Lebens an sich, roh und ohne jeden Überbau, trotz der schlimmsten Erschütterungen und härtesten Rückschläge. Eine frische, sinnliche Freude, die auf dem umfassenden Wissen von der Vernichtung basiert, und daraus folgend Entschlossenheit im Handeln und Klarheit im Urteil, kurz, eine umfassendere und ungemein schöpferische Gesundheit" (S. 102). Dieser vitale Gestus stieß Arendt ab, und er klingt im Nachhinein befremdlich. Er dürfte dem Lebensgefühl und den Hoffnungen einer Schicht französischer Intellektueller in der unmittelbaren Nachkriegszeit entsprochen haben. Aber nicht alle aus den deutschen Lagern Repatriierten teilten dies Gefühl. Die aus Frankreich deportierten Juden, die überlebt hatten und zurückkehrten, waren nicht immer willkommen, sie genos-

[13] Eugen Kogon, Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, Frankfurt/M. 1946.

[14] Arendt, „Konzentrationsläger" (wie Anm. 6), S. 310.

[15] Ebd.; an anderer Stelle spricht Arendt mit Blick auf Roussets Feststellung, Opfer und Henker seien gleichermaßen niederträchtig gewesen (*que la victime comme le bourreau étaient ignoble*), von „nihilistischen Banalitäten"; ebd., S. 313; Arendt, Elemente und Ursprünge (wie Anm. 5), S. 681; Zitat Rousset, Les Jours de notre mort (wie Anm. 4), Bd. 2, S. 368.

sen nicht das Prestige der Widerstandskämpfer und sie trafen damals mit ihren Berichten auf taube Ohren.

*

Die nun vorliegende deutsche Übersetzung von *L'Univers concentrationnaire* ist im Jüdischen Verlag des Hauses Suhrkamp erschienen. Welchen sachlichen Grund könnte das haben? David Rousset wurde in einem protestantischen Elternhaus geboren, er kam als politischer Gefangener nach Buchenwald. Sein Buch behandelt kein spezifisch jüdisches Thema. Von Holocaust oder Shoah wurde 1946 nicht gesprochen. Das Schicksal der Juden wird von Rousset erwähnt, doch zugleich relativiert er die Unterschiede zwischen Konzentrations- und Vernichtungslagern. Jeremy Adler, emeritierter Professor für Deutsche Sprache und ausweislich des Klappentextes in letzter Zeit mit der „Literatur der Shoah" befasst, bemüht sich in seinem Nachwort so gut es geht, die offensichtliche Lücke zu füllen, die zwischen Roussets Darstellung und eben dieser Literatur besteht.

Adler hebt zu Recht hervor, dass sich ein Bewusstsein der jüdischen Katastrophe nach dem Krieg erst langsam herausgebildet hat. Auch Rousset sei nicht näher auf die Juden „als die eigentlich intendierten Opfer" eingegangen, habe die Rolle des Antisemitismus nicht betont. Doch anders als manche Zeitgenossen habe er, indem er an zentraler Stelle in *L'Univers concentrationnaire* Auschwitz mit den Selektionen, den Gaskammern, dem Morden beim Namen nenne und beschwöre, das Schicksal der Juden erfasst (S. 130). Das kann man so sehen. Zumal wenn man weiß, dass Rousset kurze Zeit später in Zusammenarbeit mit Léon Poliakov eine Sammlung von Dokumenten aus dem Pariser *Centre de Documentation Juive Contemporaine* publiziert hat, die die Judenverfolgung in den Mittelpunkt stellte.[16] Man darf es aber auch für überzogen halten. Vielleicht verlangt Adler dem Buch etwas ab, was dieses

[16] David Rousset, Le Pitre ne rit pas, Paris 1948. Die Dokumente werden innerhalb einer grotesken Rahmenerzählung präsentiert, die in das kriegszerstörte Berlin führt.

nicht hergibt – zum Zeitpunkt seines Erscheinens nicht hergeben konnte.

Störend ist zudem der hohe Ton, den Adler in seiner Würdigung Roussets gelegentlich anschlägt. Ein Beispiel: „Stets begegnet einem Substanz, stets Wirklichkeitsnähe, dargestellt aus einer Haltung heraus, die man als tragische Würde bezeichnen könnte, und erzählt mit einer versengenden Melodie“ (S. 136). Offenbar ist es gerade die von Arendt so kategorisch zurückgewiesene Sinnsuche im Leiden, die Adler an Rousset beeindruckt: „Trotz allem insistiert er [Rousset] darauf, dass die Opfer einen Sinn aus dem Erlittenen mitgenommen, ja eine Art ‚Bildung‘ erfahren haben“ (S. 116). Das führt dazu, dass Adler das singuläre Werk seines Vaters, des Historikers, Soziologen und Schriftstellers H.G. Adler, mit Rousset in Verbindung bringt. Ich bezweifle nicht, dass beide Autoren einem „humanen Geist“ verpflichtet waren, der „das Dumpfe und Grausame“ der Lagerwelt durchdringen und einen „Beitrag zur Verbesserung der sozialen Ordnung“ leisten sollte (S. 115). Ich weiß nur nicht, ob man mit solchen Formeln der Bedeutung gerecht wird, die Rousset oder H.G. Adler für die Gegenwart zukommt. Beide stehen heute für die erste Generation der Erforschung des Nationalsozialismus und Totalitarismus, und ihre Berichte aus den Konzentrationslagern sind in erster Linie historische Dokumente. Mit etwas größerem editorischen Aufwand hätte man das in der vorliegenden Ausgabe auch deutlich machen können.

Im Übrigen bietet das informative Nachwort einen guten Zugang zu Roussets Buch. Adler zeichnet die geistige Situation des Jahres 1946 in Paris anschaulich nach und verweist auf die literarischen und philosophischen Werke von Sartre, de Beauvoir, Camus, auf die Lyrik von Jacques Prévert, Paul Éluard, René Char, auf das Musikleben, neue Filme und wichtige Kunstausstellungen. In diesen „schillernden Kontext von Existentialismus und Kommunismus“, zu diesem kreativen Neuanfang nach Krieg und Okkupation gehört Rousset: „Der Zeitpunkt des Erscheinens von *L'Univers concentrationnaire* war eine Sternstunde der französischen Kultur“ (S. 132 f.). Und in diesem Kontext erschließt sich

das Buch womöglich leichter, als wenn man eine humanistische Botschaft darin sucht.

Eine Anmerkung zum Schluss: Wenn im Nachwort gesagt wird, es handle sich bei Roussets Buch um ein „unentdecktes Meisterwerk" (S. 114), so gilt das vielleicht für ein größeres deutschsprachiges Publikum. Doch es hat seit den 1990er Jahren nicht an Versuchen gefehlt, einen deutschen Verlag für die Herausgabe zu interessieren. 2011 hat der ehemalige Leiter der KZ-Gedenkstätte Beendorf, Björn Kooger, der sich seit langem darum bemüht, Rousset in Deutschland bekannt zu machen, seine eigene Übersetzung vergeblich dem Wallstein-Verlag angeboten; 2016 schlug er dem Suhrkamp-Verlag die Veröffentlichung vor, und auch dort verfolgte man das Projekt zunächst nicht weiter. Nun ist es erfreulicherweise anders gekommen. *Habent sua fata libelli*.

Markus Börner / Anja Jungfer / Jakob Stürmann (Hg.), Judentum und Arbeiterbewegung. Das Ringen um die Emanzipation in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts

De Gruyter: Berlin 2018. 397 Seiten, € 119,95

Mit dem Paradigmenwechsel von der Sozialgeschichte zur „neuen Kulturgeschichte" in den 1980er Jahren gerieten Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegungen auf ein akademisches Abstellgleis. Dagegen haben Antisemitismusforschung und deutsch-jüdische Geschichte von dieser Trendwende profitiert, wurden aber nur selten im Kontext von Arbeiter- und Arbeiterbewegungsgeschichte beleuchtet. Wenn dies geschah, dann oft unter dem Einfluss einer geschichtspolitischen Überfrachtung aus Kaltem Krieg und Nahostkonflikt. Überwunden geglaubte Verschwörungstheorien, spektakuläre Thesen und fragwürdige Hermeneutiken hielten in die Debatte Einzug. Mit grotesk anmutenden Methoden wurde die Legende vom „jüdischen Bolschewismus" auf ihren Realitätsgehalt überprüft oder ein „linker Antisemitismus" aus anti-antisemitischen Quellen konstruiert. Erst in jüngster Zeit ist es gelungen, das Thema Judentum und Arbeiterbewegung der Geschichtspolitik zu entreißen und in solide wissenschaftliche Bahnen zurückzulenken (Trotz etlicher Schwächen im Detail gilt dies für William Brustein / Louisa Roberts, The Socialism of Fools? Leftist origins of modern Anti-Semitism, Cambridge 2015).

Der von Markus Börner, Anja Jungfer und Jakob Stürmann herausgegebene Sammelband leistet dazu einen wichtigen Beitrag. Er fasst die Referate einer international besetzten Konferenz vom Februar 2016 zusammen, die vom Moses-Mendelssohn-Zentrum und der Hans-Böckler-Stiftung organisiert wurde. Der einleitende Beitrag von Jack Jacobs

tritt ideengeschichtlichen Thesen von einem wesensmäßigen Zusammenhang von Judentum und sozialistischer Ideologie entgegen. Die überproportionale Beteiligung von Jüdinnen und Juden an sozialistischen und kommunistischen Bewegungen sei aus den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts erklärbar. In Osteuropa fand diese Verbindung im Holocaust und in den Säuberungen der kommunistischen Regime ein gewaltsames Ende. In Frankreich und den USA zerbrach sie an der Assimilation und dem sozialen Aufstieg der Juden.

Alle anderen Beiträge betonen ebenfalls die historische Kontingenz. Die Auseinandersetzung mit dem aufkommenden modernen Antisemitismus habe die Möglichkeiten und Grenzen der politischen Orientierung bestimmt und unter den westeuropäischen Jüdinnen und Juden, trotz ihrer weit fortgeschrittenen Verbürgerlichung, die Hinwendung zu linken Bewegungen und Parteien ausgelöst. Ähnlich wie zuvor mit dem Liberalismus seien die Jüdinnen und Juden mit der Linken eine Weggemeinschaft auf Zeit eingegangen. Sie beruhte vor allem auf der Annahme, die Emanzipation des Proletariats sei gleichbedeutend mit der Emanzipation der gesamten Menschheit und somit auch der Juden. Dabei ging es den überwiegend assimilierten westeuropäischen Jüdinnen und Juden nicht um die Bewahrung religiöser oder ethnischer Identität, sondern um die Freiheit von Diskriminierung. Es fielen also Fremd- und Eigenwahrnehmung auseinander. So zeigen die Beiträge von Jens Becker, Christoph Gollasch und Jan Gerber, dass für viele linke Politiker/innen jüdischer Herkunft ihre jüdische Identität erst durch antisemitische Anfeindung und Verfolgung wider Willen an Relevanz gewann.

Etwas anders stellte sich die Lage in Osteuropa dar, wo Verbürgerlichung, Assimilation und Emanzipation in den meisten Ländern ausgeblieben waren und wo nach dem Ersten Weltkrieg die bürgerlichen Regime nicht weniger antisemitisch waren als die Autokraten von einst. Daher wandten sich in Osteuropa deutlich mehr Jüdinnen und Juden der radikalen Linken zu als in Westeuropa. Anders als in Westeuropa gab

es hier zudem keinen Widerspruch zwischen Klassenzugehörigkeit und politischer Orientierung. Die Beiträge über die Verhältnisse in Wien, Berlin und New York verweisen auf die Bedeutung der ostjüdischen Migration. Sie veränderte auch den Diskurs der nichtjüdischen Linken, die nun erstmals Jüdinnen und Juden als Teil des Proletariats wahrnahm.

Das Ringen um die Emanzipation verfolgt der Sammelband in den Themenbereichen jüdische Arbeiterbewegungen, Jüdinnen und Juden in nichtjüdischen Arbeiterbewegungen, intellektuelles Engagement und Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus. Die Beiträge von Ania Szyba, Gabriele Kohlbauer-Fritz, Jakob Stürmann und Shmuel Vardi erinnern daran, dass es in Osteuropa und durch ostjüdische Migrant/innen auch in den USA eine spezifisch jüdische Arbeiterbewegung mit Parteien, Vereinen und Gewerkschaften von Juden für Juden gab. Die Grundlage der jüdischen Arbeiterbewegung, deren Bedeutung die heutige Forschung oft unterschätzt, bildeten weniger scharf umrissene Klasseninteressen als vielmehr jiddische Sprache und Kultur sowie die Abwehr des Antisemitismus. Viele Organisationen verbanden ihren Sozialismus mit einem zionistischen Programm. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang die fortschreitende geschichtswissenschaftliche Erschließung jiddischer und hebräischer Quellen, die der traditionellen Arbeitergeschichte aufgrund der Sprachbarriere weitgehend verschlossen geblieben sind. So liefern die Beiträge von Ania Szyba über das polnisch-jüdische Schulwesen und von Gabriele Kohlbauer-Fritz über die jüdische Arbeiterbewegung in Wien wichtige Einblicke in die „jiddische Subkultur“ (S. 51). Von einer „Subkultur“ muss gesprochen werden, weil jiddische Sprache und Kultur durch Assimilation und Antisemitismus – aber auch durch den Zionismus, der Hebräisch als jüdische Sprache favorisierte – zunehmend stigmatisiert wurden.

Die nichtjüdischen sozialistischen oder kommunistischen Organisationen boten den Jüdinnen und Juden weiterreichende Möglichkeiten, in die Mehrheitsgesellschaften hineinzuwirken. Dies jedoch um den Preis der Assimilation, die aufgrund eines erwarteten Atheismus in der Arbeiterbewegung noch radikaler ausfiel als im Bürgertum. Was die Jü-

dinnen und Juden in den nichtjüdischen Arbeiterbewegungen zu Außenseitern machte, war nicht mehr ihr Judentum, sondern ihre Bildung. Da viele osteuropäische Jüdinnen und Juden mehrere Sprachen beherrschten, waren sie ideal für Funktionärspositionen in den übernational organisierten kommunistischen Parteien der Zwischenkriegszeit geeignet. Gerade ihre Mehrsprachigkeit jedoch machte sie im Zusammenhang mit der Stalinisierung des Kommunismus zur Zielscheibe der Verfolgung als „kosmopolitische" und „bourgeoise" Elemente.

Die wichtigste Hinterlassenschaft der Jüdinnen und Juden in der Linken blieb ihr Engagement als unorthodoxe Theoretiker. Dieses verfolgt der Sammelband am Beispiel von Walter Benjamin, Georg Lukács, Egon Erwin Kisch, Leo Löwenthal und Hannah Arendt, die entweder zu Begründern des Neomarxismus wurden oder im Verlauf ihrer Werkgeschichte mit der kommunistischen Utopie brachen. Die anfänglichen messianischen Hoffnungen auf den weltrevolutionären Sieg des Sowjetkommunismus wurden durch den Hitler-Stalin-Pakt von 1939 enttäuscht. Vor allem die Beiträge von Jan Gerber, Stefan Braese und Marcus G. Patka zeigen, wie unerwünscht sogenannte „Judaismen" (S. 205) in der parteioffiziellen Publizistik waren.

„Unorthodox" im Sinne der Parteilinie war die ausführliche Befassung mit dem Antisemitismus. Jüdische wie nichtjüdische Kommunist/innen legten in den 1930er Jahren überraschend innovative Beiträge zur Antisemitismustheorie vor, die die Propaganda und Judenpolitik der Nationalsozialisten keineswegs auf einen Nebenwiderspruch des Kapitalismus verkleinerten. Drei Beiträge zur Haltung der radikalen Linken gegenüber dem Antisemitismus bilden den Abschluss des Sammelbandes. Versuche, den Antisemitismus auf der Grundlage marxistischer Theorie zu erklären, wie sie sich in den Monographien von Otto Heller, Ernst Ottwalt und Hans Günther oder in den Beiträgen der Exilzeitung *Der Gegen-Angriff* finden, richteten sich eher nach außen ins Bildungsbürgertum als nach innen in die Arbeiterbewegungen, was offenbar eine Lockerung der Verpflichtung auf die Parteilinie ermöglichte. Allein die anspruchsvolle Sprache der Publikationen deutet darauf hin, dass vor-

rangig die „Geistesarbeiter“ im Exil erreicht werden sollten, und nicht das Proletariat (S. 321).

Die Rezeptionsbedingungen dieser Antisemitismustheorien in den linken Parteien waren nicht immer optimal. Antifaschismus war nicht zwangsläufig gleichbedeutend mit Anti-Antisemitismus. Die Aussagen der KPD-Presse über „jüdische Kapitalisten“ sind hinlänglich bekannt und erst jüngst durch Olaf Kistenmacher ausgiebig erforscht worden (Olaf Kistenmacher, Arbeit und „jüdisches Kapital“. Antisemitische Aussagen in der Tageszeitung der KPD „Die Rote Fahne“ während der Weimarer Republik 1918–1933, Bremen 2013). Doch Ralf Hoffrogge zeigt, dass der entscheidende Faktor für die KPD nicht Religion oder eine – tatsächliche oder vermeintliche – ethnische, sondern die Klassenzugehörigkeit war. So hatte die Partei kein Problem damit, ostjüdische Arbeiter/innen im Preußischen Abgeordnetenhaus gegen einen migrantenfeindlichen Allparteienkonsens zu verteidigen. Die klassenkämpferische Differenzierung zwischen „reichen“ und „armen“ Jüdinnen und Juden ist noch in den ersten Ausgaben des von Bruno Frei in Prag herausgegebenen *Gegen-Angriffs* zu finden. Erst die Auflösung der Klassengesellschaft nach dem Vorbild der Sowjetunion ermögliche die „Lösung der Judenfrage“. Allerdings beobachtet Anja Jungfer, dass die Zeitschrift mit dem Einschwenken auf eine Volksfrontstrategie den partiellen Antisemitismus der KPD aufgab und auch den Zionismus nicht mehr kategorisch ablehnte.

Es lässt sich nicht vermeiden, dass ein Tagungsband auch viele Leerstellen aufweist. Konkret benannt seien die in Westeuropa wenig bekannte Organisationsgeschichte des *Jüdischen Arbeiterbundes* in Polen und Russland, die Haltung der Linken gegenüber dem Zionismus oder ihre Auseinandersetzung mit dem Mythos des „jüdischen Bolschewismus“. Hilfestellung für die weitere Forschung liefern ein Literaturverzeichnis und ein Personenregister im Anhang.

Thomas Gräfe

Esther Abel, Kunstraub – Ostforschung – Hochschulkarriere. Der Osteuropahistoriker Peter Scheibert

Paderborn: Schöningh 2016. 285 Seiten, € 44,90

Esther Abel beschreibt in ihrer Dissertation die Entwicklung des Marburger Osteuropahistorikers Peter Scheibert (Jahrgang 1915), der sich im Dritten Reich zu einem ausgewiesenen Kunsthistoriker entwickelte und sich im Rahmen verschiedener Kulturgut-Rauborganisationen als Ostforscher einschlägig profilierte. Wie vielen anderen NS-Akteuren gelang ihm nach 1945 eine Exkulpierung, doch nach seinem Eintrag im Kanon der Arbeiten, die in der Folge der vielbeachteten Vorträge der Sektion *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus* auf dem 42. Frankfurter Historikertrag 1998 erschienen sind, sollte sich dies eigentlich erledigt haben.

Dennoch zog Abels solide Arbeit eine verheerende Kritik in der Zeitschrift *Osteuropa* nach sich. Ausgerechnet mehrere Marburger SchülerInnen Scheiberts unterstellten der Autorin Unsachlichkeit und warfen ihr vor, ihre Dissertation würde die Person Scheiberts nicht angemessen würdigen. Der Stil und die Sprachmuster der Beschuldigungen, die in dieser wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit einer jüngeren Wissenschaftshistorikerin zur Anwendung kamen, zeigen einmal mehr, in welcher Art und Weise die Generation der „Schüler" politisch und wissenschaftlich belasteter Doktor- und Habilitationsväter ihre akademische Position und ihr Netzwerke von Beziehungen als Machtmittel nutzen, um – wie in vormodernen und vorwissenschaftlichen Zeiten – Tabus und ausschließende Gruppenrituale aufzubauen und zu festigen. Es geht diesen Zünften darum, die eigene Reputation auf den Meriten ihrer akademischen Väter zu begründen. Dies versuchen sie auch durch Ausblendung und Diskreditierung neuerer Forschungsansätze und

durch Bemühungen, konkurrierende Positionen beziehungsweise neue Ansätze der Wissenschafts- und Traditionskritik zu marginalisieren und aus den wissenschaftlichen Institutionen fernzuhalten.

Die Karriere des Osteuropahistorikers Scheibert begann mit seiner Dissertation 1939; sein Wirken zur Zeit des Nationalsozialismus lässt sich auf Tätigkeiten im Auswärtige Amt, dem dort angesiedelten *Sonderkommando Künsberg* (SKK; einer vom SS-Oberbannführer Eberhard Künsberg kommandierten Einheit zum Raub von Akten und Kunstwerken) sowie im Kommando des Reichssicherheitshauptamt (RSHA) VI G (Dienststelle „wissenschaftlich-methodischer Forschungsdienst") eingrenzen. Scheibert ist für Esther Abel von Bedeutung, weil er sich als „Grenzfall" zwischen Ostforschung, nationalsozialistischem Kulturgutraub und Hochschullehre in der Bundesrepublik der Nachkriegszeit bewegte, also Forschung mit praktischer Tat (Kunstraub) verband und damit Karriere machte. An bundesdeutschen Hochschulen – in Köln und in Marburg an der Lahn – war Scheibert bis 1980 tätig.

Kapitel 1 der Dissertation von Abel umfasst biographische Grundinformationen aus der Weimarer Zeit und dem Nationalsozialismus: Geboren 1915 in eine protestantische Offiziersfamilie in Berlin, wurde Peter Scheibert in jungen Jahren Gutsbesitzer in Ostpreußen. 1933 legte er sein Abitur in Berlin ab und trat der SA bei. Nachdem er im selben Jahr einen freiwilligen Arbeitsdienst abgeleistet hatte, studierte er ab Winter 1933 in Berlin Kunst- und Osteuropageschichte, zuerst bei Otto Hoetzsch, dann bei Hans Uebersberger; in Breslau und Königsberg führte Scheibert sein Studium bei Dagobert Frey, Gunther Ipsen, Hans Koch und Rudolf Craemer fort. 1937 trat er in die NSDAP ein; die Motive für seine politische Aktivität bleiben vorerst im Dunkeln.

Seine 1939 vorgelegte Dissertation befasste sich mit der russischen Finnlandpolitik im 18. und 19. Jahrhundert; zu Forschungszwecken hielt er sich für ein Jahr in Finnland auf; veröffentlicht wurde die Dissertation krankheitsbedingt erst 1940/1941, in zwei Teilen des von seinem Doktorvater Hans Uebersberger gegründeten *Jahrbuchs für Geschichte Osteuropas.* Im November 1939 trat Scheibert beim Auswärtigen Amt

(AA) die Position eines wissenschaftlichen Hilfsarbeiters in der Kommission zur Auswertung erbeuteter Akten (später: Archivkommission) an. Dieser Karriereschritt, ohne vorherigen Abschluss einer militärischen Ausbildung, war für den Spross einer preußischen Offiziersfamilie eher ungewöhnlich. Scheibert verblieb in dieser Position, bis er im Juli 1941 ins Sonderkommando Künsberg berufen wurde. Sein Aufgabenbereich bei der Archivkommission umfasste die Aufbereitung und nachrichtendienstliche Verzeichnung von Akten, die in den besetzten europäischen Staaten geraubten worden waren. Und hier kam er ein erstes Mal in Kontakt mit Akteuren der 1931 aus der *Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung* (gegründet 1920) hervorgegangenen *Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften* (VFG): Für die Vorbereitung des qualifizierten Kulturgutraubs, dem Ost- und Westprogramm der Archivverwaltung, waren unter anderem der Reichsarchivdirektor Albert Brackmann und sein Nachfolger Ernst Zipfel zuständig; beide waren Mitglieder der VFG.

Die Rolle und die Struktur des Auswärtigen Amts – hier vor allem der Abteilungen Deutschland, der Geographische Dienst und Inland II, welche neben dem *Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg* (ERR) und dem *Kunstschutz* Görings für den Kulturgutraub zuständig waren – werden von der Autorin detailliert aufgearbeitet (S. 34–68). Sie erläutert auch, dass ein weiterer Einsatz Scheiberts für die Publikation eines Städteführers für Weißruthenien in Zusammenarbeit mit der *P-Stelle Dahlem* (*Publikationsstelle Berlin-Dahlem*, eine 1931 eingerichtete Abteilung des Preußischen Staatsarchivs, die sich auf die Ostforschung konzentrierte) kriegsbedingt nicht mehr zustande kam (S. 65ff.).

1940 wurde Scheibert zur „Sicherung" von Akten zunächst nach Warschau gesandt, um polnische Akten über die „Unterdrückung" des dortigen „Deutschtums" zu studieren. Es sei dahingestellt, inwieweit er bereits dort – unter dem Deckmantel der Sicherung von Kulturgut durch das Sonderkommando Künsberg – mit der Praxis des Kunstraubs in Berührung kam. Tatsächlich verwahrte Scheibert sich gegen diese Praxis, was ihm einen Verweis einbrachte. Beim Überfall auf die Sowjet-

union gehörte er dem von Jürgen von Hehn (Mitarbeiter der P-Stelle Dahlem) geleiteten Einsatzkommando Stettin/Hamburg an, welches im Rahmen der Heeresgruppe Nord die Aufgabe wahrnahm, Kulturgüter Leningrads und Moskaus zu plündern.

Am 1. August 1942 wurde das Sonderkommando Künstberg der Waffen-SS unterstellt, Mitte 1943 wurde es aufgelöst. Scheibert trat in den Dienst des Reichssicherheitshauptamts. Während Scheibert in seiner autobiographischen Aufzeichnung, wie zahlreiche andere Mitarbeiter des Auswärtigen Amts auch, das SKK als überflüssig und wenig effizient darstellte und damit dessen tatsächliche Wirkung herunterspielte (S. 69), sah er sich jedoch mit anderen Dingen konfrontiert: Nach seinem Aufnahmeantrag in die Waffen-SS im Herbst 1942 – er wurde zum SS-Untersturmführer ernannt (S. 76) –, musste Scheibert sich mit dem Vorwurf der Wehrkraftzersetzung auseinandersetzen, der auf eingeholten Beurteilungen basierte: Offenbar hatte er die im Sonderkommando Künsberg üblich gewordene Korruption gegenüber dem AA moniert. Anfang 1944 trugen ihm seine schwachen Leistungen im RSHA VI G Unterstellungen der Homosexualität ein (S. 68–82, 103f.).

Änderte sich damit seine Funktion oder Rolle, nachdem seine Mitarbeit im Auswärtigen Amt beendet war? Scheiberts Spuren verschwinden bis Ende 1945; nunmehr engagierte er sich als Volksschullehrer und in der evangelischen Kirche. Sein Wohnsitz war fortan Uslar; 1946 nahm er an der nahen Universität Göttingen ein Studium der Geschichte und Arabistik auf. Scheiberts Entnazifizierungsverfahren zog sich indes länger hin als üblich; Esther Abel begründet dies damit, dass er als SS-Mitglied nicht unter die Jugendamnestie fiel (S. 124–134).

Das zweite Kapitel in Abels Buch gibt einen Einblick in die Persönlichkeitsstruktur eines angehenden bundesdeutschen Hochschullehrers, dessen einstige Parteimitgliedschaften nunmehr durch ihn selbst als beiläufig abqualifiziert wurden oder unerwähnt blieben und der im Zweifelsfalle ebenso wie andere Parteigenossen zu Rechtsmitteln griff, um seine Laufbahn auf diese Weise in der Adenauer-Ära neu zu beginnen.

Seine akademische Nachkriegskarriere begann Scheibert als einer der ersten Stipendiaten der *Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft* (Vorgängerin der *Deutschen Forschungsgemeinschaft*, DFG) mit einem Auftrag des Bibliotheksausschusses, die Bücherverluste des Zweiten Weltkriegs in westdeutschen Bibliotheken abzuschätzen. Dabei dürfte ihm sicherlich sein im SKK gesammeltes Knowhow hilfreich gewesen sein. Seine Wege führen ihn anschließend immer wieder nach Marburg an der Lahn. Ein zweites, paralleles Forschungsstipendium der Notgemeinschaft ermöglichte es Scheibert schließlich, die wissenschaftliche Arbeit über sein ursprüngliches Forschungsgebiet Russland weiterzuverfolgen. An der Universität Köln habilitierte er sich 1954 schließlich bei Theodor Schieder mit einer ideologiegeschichtlichen Arbeit, *Von Bakunin zu Lenin* (veröffentlicht bei Brill, Leiden 1956). Seinem Lebenslauf legte er einzig das Dienstzeugnis des Auswärtigen Amts bei, das ihn für die gesamte Zeit von 1939 bis zum Kriegsende als Mitarbeiter auswies.

Abel betont, dass Scheibert den Seilschaften der ehemaligen Ostforscher, dem Göttinger Arbeitskreis und dem Herder-Institut in Marburg, tendenziell reserviert gegenüber stand – dies, obwohl dort auf Initiative des Leiters der Archivschule Marburg, Johannes Papritz, Osteuropa-Lehrstühle eingerichtet worden waren und Scheibert selbst 1959 auf den Lehrstuhl für Osteuropageschichte berufen wurde (S. 147). Demnach gehörte Scheibert weder zum Marburger Herder-Kreis noch zu den Kritikern der Ostforschung nach dem Krieg, zu denen etwa seine Marburger Kollegin Ingeborg Weber-Kellermann oder Herbert Ludat zählten. Ludat hatte, wie es auch Erich Maschke tat, als einer der wenigen Ostforscher nach dem Kriege öffentliche Selbstkritik über seine Tätigkeit in der Ostforschung geübt und sich damit der Gefahr ausgesetzt, aus dem Kreis der ehemaligen Ostforscher ausgeschlossen zu werden. Scheibert hingegen blieb der Ausrichtung seiner politisch-historischen Studien weiterhin treu; er verband sie nunmehr, in der Zeit des Kalten Kriegs, mit der Totalitarismus- und der Kommunismusforschung, für die er zwischen 1949 bis 1973 mehrere Forschungsstipendien erhielt (S. 156–160). Sein Engagement mündete – neben seiner Tätigkeit im weiter

oben erwähnten Bibliotheksausschuss – in die Gründung einer Kommission für Ostforschung innerhalb der DFG, die er von 1958 bis 1960 zusammen mit den Ostforschern Hermann Aubin, Werner Conze, Werner Markert und anderen betrieb (S. 162f.). Neben kulturhistorischen und sprachwissenschaftlichen Fragen wurden dort auch aktuelle politische Fragen andiskutiert. Darüber hinaus strebte die Kommission an, ein neues Bild der Ost- und Südosteuropaforschung zu entwerfen, das an jenes der Weimarer Zeit anknüpfte. Ob damit auch eine Abwicklung der „Ostforschung" angestrebt wurde, geht aus den von Abel dargelegten Quellen leider nicht hervor. Hierzu hätte die Verfasserin wahrscheinlich einige Nachlässe der OstforscherInnen konsultieren müssen.

Seine weiteren akademischen Schritte folgen zügig: 1959 zum Dozenten ernannt, wechselte Scheibert im gleichen Jahr an die Marburger Universität, um dort einen 1955 neu eingerichteten Lehrstuhl als Extraordinarius für Osteuropäische Geschichte anzutreten. Dort sah er sich dazu ermuntert, gegen die Positionen des sozialistischen Politikwissenschaftlers Wolfgang Abendroth mehrfach Dispute zu schüren (S. 167ff., 204ff.). Abel zeigt hier die Unvereinbarkeit der grauen Eminenzen, zu denen sich Scheibert 1967 nun zählen konnte, mit der beginnenden Studentenrevolte auf. So setzte er sich in der Studiengemeinschaft der evangelischen Akademien etwa für eine „kritische" Kommunismusdebatte ein, deren Notwendigkeit er begründete, indem er die vorherrschende Debattierkultur der Studierenden als „echt vorhitlerisch" denunzierte (S. 171).

Tatsächlich avancierten Gießen und Marburg neben München und Tübingen zu Stützpunkten der neuen Osteuropa- und Mittelosteuropaforschung, was sich etwa 1957 in der Gründung der Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung in Marburg niederschlug. Scheibert verstärkte die Kontakte nach Russland und Polen. Die geraubten, ursprünglich aus der P-Stelle Dahlem und der Berliner Universität stammenden Bibliotheksbestände in seinem Institut wurden erst 1964 rückgeführt. Gerade die Ost- und Südostforscher erwiesen sich dabei in der Nachkriegszeit als treibende Kraft, hatten sie doch, wie Abel erläutert,

zahlreiche geraubte Kulturgüter in ihre Institutsbestände überführt. Nicht nur in der Bundesrepublik: Das Südosteuropa-Institut in Wien verfügte etwa über eine weidliche Ausstattung an Karten, Berichten und Statistiken aus der P-Stelle Wien – vermutlich Raubgut. Auch hier besteht noch Forschungsbedarf.

Neben seinem Engagement, die Forschung und Lehre *à jour* zu halten, begab sich Scheibert auch wiederholt in die USA. Dort konsultierte er nicht nur das Smolensker Archiv (das Archiv der KPdSU der Oblast Smolensk), das er während der NS-Zeit mit ausgehoben hatte. Abel zufolge knüpfte Scheibert auch Kontakte zu Radio Liberty, einem von der CIA gegründeten Propagandainstrument im Kalten Krieg. Seine politische Einstellung begründete seinen Eintritt in die CDU im Jahr 1970 und sein Networking gegen die angebliche „linke Unterwanderung" der Universitäten (S. 185ff.). Scheibert entwickelte nach der hessischen Hochschulreform 1966 eine zunehmend reaktionäre Art, wie Abel sehr deutlich herausarbeitet: So gehörte Scheibert als Ortsgruppenleiter des *Bundes Freiheit der Wissenschaft* zu den ErstunterzeichnerInnen eines Manifests gegen den befürchteten Abbau der deutschen Hochschultradition, dem schließlich über 2.000 Professoren folgten. Auch gibt es Hinwiese darauf, dass er Studierende in den Selbstverwaltungsorganen der Hochschule und Fakultät nicht akzeptierte. Infolgedessen wurde Scheibert boykottiert; die Veranstaltung seines Assistenten Heiko Haumann dagegen wurden von Studierenden regelrecht überrannt (S. 194ff.).

Mit der Desavouierung seiner Tätigkeit in der NS-Zeit begann die Demontierung des wertkonservativen Scheiberts: Ein Student seines Instituts konfrontierte ihn 1973 in den Flugblättern des MSB-Spartakus mit seiner Partei- und SS-Mitgliedschaft und der Beteiligung am Kulturgutraub des SKK. Scheibert legte beim Verwaltungsgericht Kassel eine Unterlassungsklage ein. Dabei ging es ihm bemerkenswerterweise nicht darum, den Vorwurf der bisher in seinen Lebensläufen ausgesparten SA-, NSDAP- und SS-Mitgliedschaften zu untersagen, sondern allein

den Vorwurf seiner Beteiligung am Kulturgutraub durch das SKK (S. 221–230).

Die Aktualität des Themas sowie die Tatsache, dass auch heute noch, mehr als zwanzig Jahre nach dem 42. Historikertag in Frankfurt, geraubte Kulturgüter in den Institutsräumen der Osteuropageschichte – wie etwa im Tübinger Institut – schlummern, stellt diese Disziplin vor die Herausforderung, sich endlich ebenfalls der Provenienzforschung und der Restitution der fremden Kulturwerte zu widmen. Esther Abel hat dazu einen Beitrag geleistet. Wünschenswert, das soll abschließend nicht versäumt werden, wäre ein Lektorat des Verlags gewesen.

Michael Fahlbusch

Peter Haumer, Geschichte der F.R.S.I. Die Föderation Revolutionärer Sozialisten „Internationale“ und die österreichische Revolution 1918/19

mandelbaum kritik & utopie: Wien 2018. 284 Seiten, € 17,00

Dass der revolutionären Bewegung in Österreich nur wenig Augenmerk geschenkt wird, ist wenig verwunderlich, es ist ja „nichts“ geblieben. Das war in den Zwanzigern noch anders, als Otto Bauer den Umsturz von der Monarchie zur Republik als „österreichische Revolution“ bezeichnete (Wien: Verlag der Volksbuchhandlung 1923). Erst nach 1968 entstand ein neuerliches Interesse an den damaligen revolutionären Entwicklungen. Hans Hautmann untersucht in der *Verlorenen Räterepublik* (Wien: Europaverlag 1971) die Frühgeschichte der kommunistischen Partei. Die F.R.S.I. (oder Föderation) wird erwähnt, aber nur im Rahmen der „Vorgeschichte“ der Partei. Die gründlichste Aufarbeitung dieser revolutionären Zeit bleibt Hautmanns *Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–1924* (Wien: Europaverlag 1987). Viel ist darin schon gesagt, die Rätetheorie von Julius Dickmann und der Föderation wird ausdrücklich gewürdigt. In allen anderen, auch linken, Geschichtsdarstellungen wird nur von der Kommunistischen Partei (KPDÖ – Kommunistische Partei Deutsch-Österreichs, später KPÖ) als nicht ernst zu nehmender revolutionäre Alternative gesprochen, die – außer in der kurzen Zeit nach dem Ersten Weltkrieg – ohne großen Einfluss blieb. Die Föderation ist selbst in Historiker_innenkreisen relativ unbekannt, vermutlich auch deshalb, weil sie nur etwas länger als ein halbes Jahr existierte.

Während die am 3. November 1918 von einer kleinen Gruppe überstürzt gegründete KPDÖ in den ersten Monaten nur eine von den

Bolschewiki geförderte Sekte war, hatte die drei Wochen später entstehende Föderation einen um ein vielfaches größeren Einfluss. Die Föderation vertrat originelle Positionen, etwa einen konsequenten Internationalismus, der sich in der Vielsprachigkeit ihrer Organisation ausdrückte (polnisch, tschechisch, jiddisch) und damit das Proletariat der Metropole Wien repräsentierte. Sie wandte sich in ihren Positionen konsequent gegen jeden Nationalismus, was von der Sozialdemokratie nicht unbedingt behauptet werden kann.

Peter Haumer „entdeckte" in Hautmanns oben erwähnter *Geschichte der Rätebewegung* die Beschreibung der Rätetheorien Julius Dickmanns, begann daraufhin in den Archiven zu forschen und bemühte sich um die Herausgabe der Schriften dieses Theoretikers der Föderation (Peter Haumer, Julius Dickmann. „… daß die Masse sich selbst begreifen lernt." Politische Biographie und ausgewählte Schriften, Wien: Mandelbaum 2015). Zugleich veröffentlichte Haumer eine Broschüre über Leo Rothziegel, den wichtigsten Aktivisten und Kämpfer der Föderation, dessen Bedeutung sich schon darin zeigt, dass er von der KP vereinnahmt wurde, obwohl er bereits am 22. April 1919 in der Verteidigung der ungarischen Räterepublik erschossen wurde und der zwar sympathisierender Kritiker, aber nie Mitglied der Partei war (Peter Haumer, „Bitte schicken Sie uns einige Maschinengewehre und Zigaretten." Leo Rothziegel (5.12.1892–22.4.1919), Jüdischer Proletarier und Revolutionär, Wien: Institut für Anarchismusforschung 2015).

Haumers nunmehr erschienene *Geschichte der F.R.S.I.* beginnt mit dem Jännerstreik 1918 (S. 24–48). Dieser bricht am 14. Jänner 1918 aufgrund der Reduzierung der Mehlration in der Wiener Neustadt aus und ist zudem durch die gerade laufenden Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk motiviert, in denen das revolutionäre Sowjetrussland den Mittelmächten gegenüber steht. Die Streiks und Demonstrationen erfassen ganz Wien und breiten sich schließlich über die gesamte Monarchie aus. Auf ihrem Höhepunkt befinden sich eine Dreiviertelmillion Menschen im Streik. Die österreichische Sozialdemokratie, die sich anders als die deutsche nicht gespalten hat und auch weiter links als diese steht, setzt

sich an die Spitze dieser Ausstandsbewegung – und kann sie schließlich abwürgen. Aus den spontanen Streikkomitees bilden sich überbetriebliche Arbeiterräte, die in der Niederlage von der sozialdemokratischen Partei formalisiert und dadurch gezähmt werden.

Einige Wochen vorher hatte sich ein illegaler Arbeiter- und Soldatenrat gebildet: Die *Revolutionären Sozialisten Wiens* treten in Streikversammlungen auf, geben Flugblätter zum Streik heraus (S. 49–67) und agitieren für den Frieden sowie für die Bildung von Arbeiter_innenräten; nach dem Ende des Streiks prangern sie den Verrat der Sozialdemokratie an. Die Gruppe ist ein Zusammenschluss von Anarchist_innen, Anarchosyndikalist_innen, Kommunist_innen, Aktivist_innen der *Poale Zion* („Arbeiterzionisten"), aber auch von Gruppen, die in der Sozialdemokratie organisiert sind. Gegen Ende des Streiks wird der Zusammenschluss zerschlagen, die meisten Aktivist_innen bleiben bis zum Zerfall Österreich-Ungarns in Haft. Die *Revolutionären Sozialisten Wiens* spielten eine maßgebliche Rolle bei der Gründung der Föderation.

Nachdem sich im Herbst 1918 die verschiedenen Nationen der Habsburger Monarchie unabhängig erklärten, setzt sich in den deutschsprachigen Gebieten eine „österreichische Revolution" durch (S. 72–75). Neben der sozialdemokratisch dominierten provisorischen Nationalversammlung zeigen sich in den letzten Wochen vor dem Ende der Monarchie und den ersten Monate der Republik massive revolutionäre Bestrebungen. Eine kleine Gruppe, an der sich hauptsächlich Intellektuelle beteiligten, gründet am 3. November 1918 mit Unterstützung bolschewistischer Vertreter_innen die KPDÖ. Zur gleichen Zeit entsteht eine *Rote Garde*, die sich als „Schutzwehr des Proletariats gegen die Reaktion" versteht. Sie wird Teil der sozialdemokratisch dominierten Volkswehr, in der die Männer, die die F.R.S.I. gründen werden, ebenfalls großen Einfluss gewinnen.

Am 9. November 1918 erscheint die Zeitung *Der Freie Arbeiter*, nach der zweiten Nummer mit einer Beilage *Die Rote Garde* (S. 76–83). Diese Zeitung wird das politische Organ der am 28. November 1918 gegründeten F.R.S.I. Den Kern der linksradikalen Föderation bilden Ak-

tivist_innen, die sich bereits aus dem Jännerstreik kennen, viele von ihnen wurden erst kurz zuvor aus dem Gefängnis entlassen.

Im Hauptteil seiner *Geschichte der F.R.S.I.* diskutiert Haumer die Positionen der Föderation in der Zeit, in der ihr Einfluss am größten war. Die F.R.S.I. organisiert sich in Betriebs-, Kasernen- und Sprachgruppen. Sie will keine Partei sein. Jede Parteiform würde schließlich im Parlamentarismus enden und sich damit von der Selbstorganisation der Arbeiter_innen in den Räten entfernen (S. 83–87). Das Programm wird nicht, wie in der KP, von oben vorgegeben, sondern in fünf öffentlichen Versammlungen diskutiert. Anders als in der Kommunistischen Partei können Mitglieder der Föderation zugleich Mitglied in einer anderen Organisation sein. Entscheidend ist die Verbindlichkeit revolutionärer Prinzipien, nicht die formale Zugehörigkeit.

Die Sozialdemokratie, referiert Haumer die Position der F.R.S.I., glaube nicht an das Selbstbewusstsein und die Fähigkeiten der Arbeiter_innenklasse, weil sie diese bevormunden wolle. Die als Alternative vorgetragene „syndikalistische" Position verlange die „Besitzergreifung der Produktion und die Expropriation durch die Arbeiterräte" (S. 96–101). Im Gegensatz dazu, kritisiert die Föderation, wolle die KP das alte System niederreißen, ohne sich um eine zukünftige Organisation zu kümmern. Allein die Arbeiter_innen in den Betrieben können „durch die Tat" von den Fabriken Besitz ergreifen; dabei würden sie in wenigen Tagen oder Wochen mehr lernen als durch das demokratische Geplänkel der Sozialdemokratie oder die Aktionen einer radikalen Minderheit.

Ein besonderer Kritikpunkt der Föderation an der österreichischen Sozialdemokratie ist deren Forderung eines Anschlusses an Deutschland (S. 101–108, S. 114–119). Die Föderation plädiert dagegen für eine Donauföderation der Sowjets; später, nach der Ausrufung der ungarischen Räterepublik, rückt diese tatsächlich in greifbare Nähe. Anlässlich der Pogrome in Lemberg im November 1918 wendet sich, neben der *Poale Zion*, auch die Föderation kategorisch gegen jeden Antisemitismus (S. 109–113). Im Gegensatz dazu schreibt die Sozialdemokratie, wie Haumer anhand eines in der *Arbeiterzeitung* vom 29.11.1918 er-

schienenen Artikels belegt, „jüdischen Kapitalisten“ eine gewisse Schuld zu (S. 109 f).

Die Föderation lehnt den Parlamentarismus ab; sie erkennt aber, dass sich die Arbeiter_innen von der sozialdemokratischen Partei eine revolutionäre Veränderung erwarten (S. 120–124). Anlässlich der ersten Wahlen am 16. Februar 1919 unterstützt die Föderation sozialdemokratische Kandidat_innen, um nicht für eine Niederlage der Linken gegenüber der Konterrevolution verantwortlich zu sein. Die Arbeiter_innen, so die taktische Erwägung, würden schließlich aus Enttäuschung über die ausbleibende Revolution von der Nutzlosigkeit der parlamentarischen Beteiligung überzeugt werden. Bei den Wahlen wird die Sozialdemokratie stärkste Partei. Sie führt die Koalitionsregierung mit den Christlich-Sozialen fort (an der die Großdeutschen nicht mehr beteiligt sind), um, wie die Föderation kritisiert, keine Verantwortung für die Verhinderung der Revolution übernehmen zu müssen.

Ein wichtiges Aktionsfeld der Föderation sind die Arbeitslosen (S. 126–154). Die Föderation fordert, im Gegensatz zur bereits beschlossenen staatlichen Arbeitslosenhilfe, die Weiterzahlung des Lohnes durch die Unternehmen; regional hat sie damit Erfolg, etwa in Vöslau, einer Kleinstadt südlich von Wien. Bei den im Frühjahr 1919 anstehenden Rätewahlen tritt die Föderation im Gegensatz zur Sozialdemokratie und den Kommunisten dafür ein, dass die Arbeitslosen nicht bezirksweise, sondern in ihren vorherigen Betrieben abstimmungsberechtigt sind.

Die F.R.S.I. kritisiert die bestehenden Arbeiterräte: Die „Vertrauensleute der sozialdemokratischen Partei“ würden sich diesen „schönen Namen“ geben, um jede aufbrechende Bewegung zu dämpfen (S. 154–169, Haumer zitiert hier aus dem *Freien Arbeiter* vom 8. März 1919). Vorerst können nur Mitglieder der sozialdemokratischen Partei oder affiliierter Organisationen als Arbeiterräte gewählt werden. Durch Doppelmitgliedschaften in der Sozialdemokratie werden aber auch Anhänger_innen der Föderation zu Räten gewählt. Seit dem Rätekongress Anfang März 1919 wird es revolutionären Parteien und Gruppierungen

erlaubt, sich als Kandidat_innen an den Wahlen zu beteiligen. Die F.R.S.I. bildet nun mit der KP und der *Poale Zion* einen „linken Block", der im Frühjahr 1919 jedoch nur fünf Prozent der Stimmen gewinnt, die meisten davon unter Arbeitslosen. Die Beteiligung der Arbeitslosen an den Rätewahlen ist enttäuschend gering, ausgenommen dort, wo, wie im Arsenal, der größten Waffenschmiede während des Krieges, die Abstimmung im Betrieb durchgeführt wird.

Am 21. März 1919 wird die ungarische Räterepublik ausgerufen, am 6. April dann eine Räterepublik in Bayern (S. 170–182). Streiks der Fabrikarbeiter_innen, der Streik der Eisenbahner_innen sowie die zunehmende Zahl an Demonstrationen von Invaliden und Heimkehrern, „wilden Sozialisierungen" und anderen Unruhen lassen bürgerliche Beobachter_innen eine Revolution befürchten.

Das Prestige der ungarischen Räterepublik, aber auch die direkte finanzielle Unterstützung durch sie steigert die Bedeutung der österreichischen KP. Deren Mitgliederzahl war schon vorher durch den Beitritt von Russlandheimkehrern vergrößert worden. Im Frühjahr 1919 gerät die Föderation dadurch immer mehr ins Hintertreffen (S. 183–195).

Zum Höhepunkt der Krise in Österreich im Frühjahr 1919 streben sämtliche revolutionären Gruppierungen den Anschluss an die bestehenden Sowjetrepubliken an (S. 196–211). Die erste Gelegenheit dazu eröffnete die Gründonnerstagsdemonstration am 17. April 1919. Invaliden, Heimkehrer und Arbeitslose belagern das Parlament. Fünf Polizisten und eine Zivilistin werden getötet, hunderte Polizisten und Demonstrant_innen verletzt. Sowohl die KPDÖ als auch die Föderation erkennen nicht die Gunst der Stunde. Die KP ist nach den Unruhen zerstritten und gelähmt, auch weil sie des Putschversuches beschuldigt wird. Friedrich Adler, der sozialdemokratische Volksheld – er hatte während des Krieges den Ministerpräsidenten Karl Graf Stürgkh erschossen –, hat sich im Namen der Arbeiterräte dagegen ausgesprochen, dass sich der linke Flügel der sozialdemokratischen Partei ähnlich wie in Ungarn an einer etwaigen Räterepublik beteiligt. Auch die Föderation war intern zerstritten: Während eine aktive Minderheit das Konzept ver-

trat, einen Umsturz zu forcieren, sprach sich die Mehrheit in der Föderation dagegen aus. Der *Freie Arbeiter* berichtet zwar über die Gründonnerstagsdemonstration, erwähnt aber nur die Polizeirepression, nicht jedoch die revolutionäre Potenzialität des Ereignisses: „Der Aspekt, dass ungarische und österreichische KommunistInnen dies auch als eine Möglichkeit sahen, eine Räterepublik auszurufen, wird [Ende April] nicht einmal verdeckt angesprochen" (S. 208f.).

Um die Auseinandersetzungen innerhalb der Föderation darzustellen, referiert Haumer die Einstellung, die Julius Dickmann bezüglich der Räte vertritt (S. 212–222). Dickmann befürwortet Positionen der Linken in der Sozialdemokratie, die das Rätekonzept in die Verfassung aufnehmen will, dagegen kritisiert er die sofortige Ausrufung einer Räterepublik durch eine radikale Minderheit; dies würde die sozialdemokratische Linke in die Arme der Rechtssozialisten drängen. Der erste Teil dieses Beitrags wird im *Freien Arbeiter* veröffentlicht, mit einer redaktionellen Vorbemerkung, dass „wir nicht in allen Punkten seiner Anschauung sind". Die beiden weiteren Teile des Textes werden dagegen nicht, wie geplant, in der Zeitung der Föderation abgedruckt; sie müssen in der linksliberalen Zeitung *Der Abend* erscheinen. Ende April und Anfang Mai zeigen sich weitere Differenzen (S. 223–229), als die Sektion 1 der Föderation aus Favoriten (dem bevölkerungsreichsten Wiener Gemeindebezirk) zum 1. Mai 1919 eine Veranstaltung mit dem Anarchisten Pierre Ramus organisiert, der als pazifistischer Anarchist Kommunismus und Räterepublik gleichermaßen ablehnt.

Bela Kun schickt Ernö Bettelheim als Vertreter der dritten Internationale nach Wien, um durch einen revolutionären Aufstand einen Anschluss an die Räterepubliken durchzusetzen (S. 230–237). Er setzt die bisherige Parteispitze der KP ab und ersetzt sie durch ein vierköpfiges Direktorium, dem drei Kommunisten und Johannes Wertheim von der F.R.S.I. angehören. Ende Mai gibt die Föderation ihre Auflösung in die KP bekannt. In der Auflösungserklärung wird „gelogen", dass sich die KP an die Organisationsstrukturen der Föderation angepasst hätte, was zeigt, dass der Zusammenschluss nicht ganz reibungslos funktionierte.

Nach der Auflösung der F.R.S.I. hat die KP kurzfristig so viele Mitglieder wie nie zuvor und auch danach nicht mehr.

Im Juni bietet sich für die Kommunist_innen eine neuerliche Gelegenheit zum Anschluss an die Räterepubliken (S. 238–244). Für den 15. des Monats kündigt die Regierung den Abbau der Volkswehr an, was das Zurückdrängen einer proletarischen Organisation, aber auch eine Zunahme der Arbeitslosigkeit bedeutet hätte. Die Kommunist_innen rufen für diesen Tag zu einer bewaffneten Demonstration auf. Zwei Tage davor, am 13. Juni, proklamierte der Staatssekretär für Heereswesen, Julius Deutsch, die Verschiebung des Volkswehrabbaus auf unbestimmte Zeit. Eine Versammlung der Kommunist_innen am Vorabend des 15. hätte wahrscheinlich die Zurücknahme des Aufrufs zur bewaffneten Demonstration beschlossen – wie von einem Teil der Partei in der linksliberalen Zeitung *Der Abend* bereits angekündigt –, wären nicht alle 122 Teilnehmer_innen verhaftet worden. Am nächsten Tag demonstrieren nur einige Tausend für die Freilassung der Gefangenen; in der Hörlgasse werden sie von der Stadtwache mit scharfer Munition beschossen; dies fordert zahlreiche Opfer, zwanzig Tote und Dutzende Verletzte.

In den folgenden Monaten finden vor allem (aber nicht nur) in Betrieben und Regionen, in denen die F.R.S.I. stark war, Aktionen statt, die ein „spontanes“ syndikalistisches Vorgehen auszeichnet; Hilde Wertheim, von der F.R.S.I. zur KP übergetreten, spricht hier von der „Hand der Föderation“ (S. 245–264). Haumer beschreibt, wie es in der Kleinstadt Vöslau im Juli 1919 gelang, eine Räterepublik zu errichten, die allerdings nicht von langer Dauer war.

Haumer rekonstruiert in seiner *Geschichte* nicht nur Diskussionen innerhalb der Föderation, er beschreibt auch historische Entwicklungen, die sonst wenig beachtet wurden, etwa die von der Föderation dominierte Arbeitslosenbewegung, oder Ereignisse wie die Gründonnerstagsunruhen, die bislang aus der Perspektive einer Parteigeschichtsschreibung allein daraufhin befragt wurden, ob es einen „Putschversuch“ der Kommunistischen Partei gegeben habe oder nicht.

Der Text von Peter Haumer geht um ein Vielfaches über die sonst ausführliche, aber trockene Historie von Hans Hautmann hinaus. Durch die Dokumentation der Diskussionen, die sich anhand ausführlicher Zitate aus den Zeitungen und Zeitschriften nachvollziehen lassen, entsteht ein lebendiges Bild der damaligen Umbruchzeit. Haumer sympathisiert deutlich mit der Rätebewegung und der Föderation, in der er ein Gegenmodell zum Parteikommunismus erkennt. Er steht der Position um Julius Dickmann nahe, der den „Putschismus" der KPÖ kritisierte und dagegen die Räte trotz ihrer Verformung durch die Sozialdemokratie starkmachte – eine Position, die innerhalb der Föderation umstritten war. Die spannende Darstellung der Positionen und Auseinandersetzungen lässt allerdings offen, wie stark die jeweiligen Strömungen im Umfeld der Föderation waren. Ich vermute, dass eine anarchistisch-aufständische Position der „direkten Aktion", auch mit einer Nähe zum „Putschismus" der KP, bedeutender war, als es bei Haumer scheint. In späteren KP-nahen Publikationen, wie etwa in Hautmanns *Die verlorene Räterepublik* von 1971, ist einige Male von einem negativen syndikalistischen Einfluss die Rede, der von der F.R.S.I. ausgegangen sei.

Haumers Sympathie mit dem Gegenstand seiner Darstellung könnte ihm vielleicht als Mangel an „wissenschaftlicher Neutralität" angekreidet werden. Doch selbst „wissenschaftliche" Kritiker_innen werden anerkennen müssen, dass es dem Autor mit seiner *Geschichte der F.R.S.I.* und der Fülle der darin präsentierten Fakten gelungen ist, ein umfassendes Bild der Föderation und der Umbruchsphase in Österreich nach dem Ende des Ersten Weltkriegs zu zeichnen.

Robert Foltin

Jason Lutes, Berlin: Flirrende Stadt

Carlsen: Hamburg 2018. 176 Seiten, € 14,00

Jason Lutes, 1967 in New Jersey geboren, heute in Seattle lebend, hat Berlin, den Ort seines von der Kritik zu Recht hoch gelobten historischen Comicromans, erst im Jahr 2000 besucht, als die Anfänge seiner Geschichte bereits fertiggestellt waren. Nach eigenem Bekunden wirkte die vorgefundene Realität jedoch auf ihn im Vergleich zu seinen vorausgegangenen Entwürfen nicht befremdlich. Da es ihm an unmittelbaren Erfahrungen fehlte, hat Lutes auf andere Quellen zurückgegriffen, um den Präsenzeffekt des Großstadtlebens der 1920er Jahre zu erzeugen. Inspirationen bezieht er aus *Berlin Alexanderplatz* von Alfred Döblin aus dem Jahr 1929, dem ersten wirklichen Großstadtroman, aus den Erzählungen Thomas Manns, den Zeichnungen des Graphikers und Sozialkritikers Heinrich Zille, aus diversen Fotobänden sowie aus dem zeitgenössischen Dokumentarfilm *Berlin – Symphonie einer Großstadt* (1927). Zu seinen zeichnerischen Vorbildern zählt Lutes unter anderem Hergé (*Tim und Struppi*), was in seinen Zeichnungen auch gelegentlich zum Ausdruck kommt. Vor allem aber erinnern die Motive der schwarzweißen Zeichnungen an den expressionistischen Realismus der zwanziger Jahre. Mit einem Verweis auf dessen *Mein Stundenbuch* hat Lutes dem belgischen Maler und Graphiker Frans Masereel in einem der ersten Bände eine ironische Referenz erwiesen. Ähnlich wie die Holzschnitte des pazifistischen Illustrators setzt er nicht auf differenzierte Grauabstufungen, sondern eher auf harte Kontraste.

Der narrative Faden der Geschichte entwickelt sich durch die kunstvolle Verknüpfung einzelner Schicksale, anhand derer Lutes ein mit vielen Details angereichertes historisches Panorama Berlins seit der zweiten Hälfte der 1920er Jahre entwirft. Eine der Hauptpersonen, Kurt Severing, ist einer realen Figur, dem ersten Herausgeber der kulturkri-

tischen linksliberalen Zeitschrift *Die Weltbühne*, Siegfried Jacobsohn (1881–1926), entlehnt. Die anderen Porträtierten entstammen unterschiedlichen Milieus: dem gehobenen Wirtschaftsbürgertum, dem jüdischen Leben, der Studenten-, Homosexuellen-, Literaten- und Künstlerszene sowie der kommunistischen und nationalsozialistischen Bewegung. Die Zerrissenheit der Gesellschaft während der beginnenden Endphase der Weimarer Republik thematisiert Lutes, indem er die mentalen Brechungen und Gespaltenheiten seiner Protagonisten aufzeigt. So findet sich etwa im zweiten Band ein republikanisch gesinnter Polizeiwachtmeister, dem der bevorstehende Einsatz gegen die KPD anlässlich des 1. Mai 1929 („Berliner Blutmai") widerstrebt, mit einem antisemitischen Kollegen konfrontiert. Politische Differenzen sind der Grund für das Auseinanderbrechen einer proletarischen Familie, in der die Mutter zur KPD tendiert, während der Vater einem SA-Sturm angehört. Vor dem Hintergrund des Aufstiegs der NS-Bewegung wird dieser auf beispielhafte Protagonisten und Protagonistinnen fokussierte Ablauf der Geschichte nun anhand der Erzählung der Geschicke der Kinder weiter ausgeführt. Während der Sohn von einem SA-Sturm unter die Fittiche genommen wird und dabei mit den gewalttätig-maskulinen Umgangsformen der Nazischergen in Berührung kommt, entscheidet sich die Schwester für den antifaschistischen Kampf. Auch Kurt Severing erwägt den Eintritt in die KPD. Er wird indes durch die eingeforderte Parteidisziplin nachhaltig abgeschreckt. Diese Schilderungen vermitteln interessante Innenansichten aus den Organisationszusammenhängen der SA und aus dem antifaschistisch-kommunistischen Umfeld. Der Radau-Antisemitismus aus den Reihen der SA wird ebenfalls behandelt; hier richtet er sich gegen eine ostjüdische Gemeinde. Einen weiteren Handlungsstrang bildet die Romanze zwischen dem Schriftsteller Kurt Severing und der aus großbürgerlichen Verhältnissen stammenden Künstlerin Marthe Müller.

Angelegt ist die Handlung als Trilogie, die 24 Einzelkapitel mit jeweils 24 Seiten umfasst. Sie erschienen zunächst in unregelmäßiger Folge als Einzelhefte, bevor sie in drei Sammelbänden zusammengefasst worden

sind. Mit der Serie hat Lutes bereits 1996 begonnen, doch bis zum Abschluss des ersten Bandes, *City of Stones*, dauerte es bis 2001 (dt. *Steinerne Stadt*, 2003). Den zweiten Zyklus, *City of Smoke*, unterbrach der Autor nach der Folge 10 aus familiären Gründen für einige Jahre, bis er ihn verspätet beenden konnte (dt. *Bleierne Stadt*, 2008). Der nun in deutscher Sprache vorliegende dritte Sammelband, *Flirrende Stadt*, setzt im September 1928 ein und spinnt die Fäden bis Januar 1933 weiter.

Das Genre „Graphic Novel" wird oft als clevere Marketingstrategie abgetan, um den Vertrieb von Comics auf den Buchhandel auszudehnen. Das Labeling ist dennoch nicht ganz abwegig, denn mit den erzählerischen Möglichkeiten des Comics lässt sich durchaus eine romanartige Dramaturgie erzeugen – auch in Verbindung mit historischen Themenstellungen. Da Lutes Klischees vermeidet, kann sein Vorhaben insgesamt als gelungen bezeichnet werden. Die Darstellung verschiedener Milieuzusammenhänge und deren sozialgeschichtlicher Hintergründe machen auf plastische Weise das Leben in der Metropole Berlin in der Zeit zwischen 1928 und 1933 nachvollziehbar. Die Auswirkungen der historischen Schlüsselereignisse auf die Betroffenen werden deutlich. Im abschließenden Teil hält Lutes den Spannungsbogen aufrecht, indem er erneut auf geschickte Weise die historischen Fakten mit fiktiven individuellen Elementen verbindet. Schön wäre es, wenn es zu einer Fortsetzung der Geschichte käme.

Hartmut Rübner

Georg Steinmeyer, Die Gedanken sind nicht frei. Coaching: Eine Kritik

Lukas Verlag: Berlin 2018. 284 Seiten, € 19,80

Ist Krebs stets eine Chance, an der man wächst? Sind die Opfer von Missbrauch selbst schuld? Geht es nach weiten Teilen der Coaching-Branche, dann gilt offenbar: Ja, allerdings! Doch was heißt Coaching? Laut dem *Deutschen Bundesverband Coaching* (DBVC) versteht man unter diesem Begriff eine „ergebnis- und lösungsorientierte Beratungsform", die dazu dient, die Leistungsfähigkeit von Personen zu erhöhen und zu erhalten. Indem man die „menschlichen Potenziale" erhöhe, fördere man „die wertschöpfende und zukunftsgerichtete Entwicklung" von Unternehmen und Organisationen. Der Coach oder die Coachin arbeite mit der Klientin zusammen, um „zum Problem führende Prozesse" zu identifizieren und zu lösen, sodass die Klientin anschließend zur eigenständigen Problemlösung fähig sei (S. 6).

Was nach trivialem Jargon aus Betriebswirtschaftslehre und Unternehmensberatung klingt, ist längst nicht auf diese Bereiche beschränkt und hat überdies hochproblematische Implikationen für die liberale und demokratische Gesellschaft. So sieht es zumindest der Politikwissenschaftler Georg Steinmeyer, der das inzwischen breite Feld des Coachings untersucht hat. Und in der Tat: Wie die provokanten Eingangsfragen nahelegen, liest sich Steinmeyers detaillierter Bericht über diese Art der „Beratung" mitunter haarsträubend. Doch der Reihe nach.

Coaching wird heute in vielen Lebensbereichen angewendet, und zwar nicht nur im Business, wie die Definition des DBVC suggeriert, sondern auch im Privaten. Der Autor weist auf die Vielzahl der Angebote hin, die es etwa zur Berufsberatung gibt, zur Weiterbildung, in Career-Centers, in Online-Ratgebern, im Bereich des sogenannten „Selbstmanagements", aber auch in der Betreuung von Arbeitslosen, im

Gesundheitswesen, in Stiftungen, Verbänden, Verwaltungen und Kirchen. Allein in Deutschland soll es 8.000 Coachs geben, die mit ihrem Dienstleistungsangebot laut Selbstauskunft der Branche jährlich 23 Milliarden Euro Umsatz machten (S. 8; in welchem Jahr, lässt der Autor offen). Zum Angebot gehören Business-Coaching und Life-Coaching ebenso wie Neuro-Coaching, Einzel- und Gruppencoaching, Familiencoaching, Empowerment-Coaching sowie Kinder- und Jugendcoaching, um nur einige aus der Aufzählung Steinmeyers wiederzugeben. Diese beanspruchen dabei häufig, eine Alternative zur klassischen Psychotherapie zu sein, offerieren sie doch wie diese Hilfe bei seelischen Problemen.

Trotz des großen Marktes und der offenbar gestiegenen Bedeutung fehlt in Deutschland ein kritischer Diskurs zum Thema „Coaching", so Steinmeyer. Auch die hiesige wissenschaftliche Auseinandersetzung damit stehe noch am Anfang. Seinen eigenen Beitrag verortet der Autor offenbar zwischen akademischer Forschung und der Intervention einer „kritischen Öffentlichkeit", was auch die Machart des Buches nahelegt, das einen wissenschaftlichen Anmerkungsapparat besitzt, sich in Sprache und Stil aber eindeutig an ein nicht-akademisches Publikum richtet. Der Analyse liegen vor allem zahlreiche Quellen aus eigener Recherche zugrunde. Steinmeyer hat nicht nur die Textproduktion der Branche studiert, sondern auch Interviews mit einzelnen Coachs durchgeführt. Er fragt dabei nach dem „Ideengebäude" und den „Wertesysteme[n]", die sich hinter Coachingmethoden verbergen, und danach, in „welchem Verhältnis […] diese Werte zu denen einer freien, menschenrechtsbasierten Zivilgesellschaft" stehen (S. 9).

Steinmeyer diskutiert hierzu exemplarisch mehrere Coachingkonzepte, nämlich das „Neurolinguistische Programmieren" (NLP), die „Positive Psychologie" und eine Methode namens „The Work of Byron Katie". Zwei weitere Abschnitte des Buches befassen sich mit Einzelaspekten des Coachings, die der Autor dem Begriff des „Programmatischen Optimismus" subsumiert, sowie mit dem „Selbstmanagement". Ein Exkurs führt in die Geschichte des Repressionsapparats der DDR,

den Steinmeyer mit ebenjenem „Programmatischen Optimismus“ in Verbindung bringen möchte.

Das Neurolinguistische Programmieren ist nach Steinmeyer die häufigste Methode, die im Coaching angewendet wird. In den 1970er Jahren von einem US-amerikanischen Mathematikstudenten und einem Literaturprofessor entwickelt, folgt es der Annahme, dass Erfolg nicht von Begabung und Fleiß, sondern von Kommunikation und Strategie abhängt. Habe man die sprachlichen und kognitiven Prozesse entschlüsselt, auf denen erfolgreiches Handeln basiere, so müsse sich Erfolg beliebig reproduzieren lassen. Das NLP macht, Steinmeyer zufolge, Glück und ein gelingendes Leben allein vom Wollen des Individuums abhängig, gemäß dem Credo „Wenn irgendein Mensch etwas kann, kannst du es auch!“ (S. 22). Zu den Techniken des NLP gehören dementsprechend das „Reframen“, bei dem es darum geht, negativ Wahrgenommenes schlicht positiv umzudeuten, und die sogenannte „Anker-Technik“, derzufolge Emotionen bewusst steuer- und beherrschbar seien. Menschen könnten sich mithin einfach entschließen, positive Gefühle zu haben; Erfolge würden sich dann im Handumdrehen einstellen. Die Existenz einer objektiven gesellschaftlichen Realität, deren strukturellen Zwängen das einzelne Individuum unterliegt, werde damit abgestritten.

Steinmeyer moniert die mangelhafte wissenschaftliche Grundlage des NLP, deren zentrale Grundannahmen und Methoden von keinerlei seriöser psychologischer Forschung abgesichert seien. Er interpretiert NLP als Ausdruck einer radikalkonstruktivistischen Weltauffassung einerseits und eines marktradikalen Neoliberalismus andererseits. Der Marktradikalismus des NLP äußere sich in der auffallenden Häufung ökonomischer Begrifflichkeiten wie „Verkaufen, Effizienz, Wachstum“ (S. 15).

Die ideologische Fragwürdigkeit des Coachingkonzepts zeige sich außerdem in der starken Überschneidung zur Esoterik. Besonders das hinduistische Karmaprinzip spiele eine große Rolle: die Vorstellung, Menschen würden wiedergeboren und dabei für Handlungen in früheren Leben bestraft oder belohnt. Steinmeyers Beispiele von Coachs, welche die esoterische Lehre vom Karma zur Täter-Opfer-Umkehr nut-

zen, sind erschütternd. Keinen Einzelfall etwa stelle die Ansicht eines deutschen Coachs dar, Vergewaltigungen seien als „Ausgleich“ des „Karmakontos“ zu verstehen, der bei jeder neuen Inkarnation stattfinden müsse. Damit behaupte er, so Steinmeyer, nichts weniger, als dass Frauen an ihrer Vergewaltigung selbst schuld seien. Ein anderer Coach geht im Interview noch einen Schritt weiter: „Frauen, die Vergewaltigung erleben, waren im Vorleben selbst Täter. Sie haben ihre Lektion gelernt“ (S. 60). In der Branche gibt es Steinmeyer zufolge zudem nicht wenige Vertreterinnen, die sich positiv auf den Esoterik-Coach Colin Tipping beziehen. Dessen Konzept der „Radikalen Vergebung“ relativiert explizit den Holocaust.

Die entsprechenden Coachingverbände, kritisiert Steinmeyer, grenzten sich von solcherlei esoterischen Ideologien nicht ausreichend ab. Vielmehr seien diese Ansichten auch bei leitenden Funktionärinnen nachzuweisen. Mit ihrer eigenwilligen Ausdeutung des Karmakonzepts und ihrer Empfehlung eines „Vergebungsmanagements“ predigten die Coachs, so der Autor, fundamentale Eigenverantwortlichkeit, entwerteten „Opfer“ und pazifizierten gewissermaßen zwischenmenschliche Konflikte. Für Steinmeyer ist NLP eine „stark ideologisch angereicherte Kommunikationstechnik“, die einem esoterischen Glaubenssystem entspricht (S. 78).

Die im folgenden Kapitel dargestellte Positive Psychologie ähnelt dem NLP, so der Autor. Das Konzept, das bereits in den 1950er Jahren entwickelt wurde, habe erst in den letzten Jahrzehnten an Popularität gewonnen. Wesentlich dazu beigetragen habe Martin Seligman, ein amerikanischer Psychologe und zeitweiliger Abteilungsleiter bei der American Psychological Association. Die zwei zentralen Begriffe dieses Konzepts sind „Glück“ und „guter Charakter“. Ähnlich wie beim NLP werde angenommen, dass sich Optimismus „programmieren“ ließe, sodass „Glück“ praktisch „herstellbar“ sei. Die Positive Psychologie, die auch an verschiedenen deutschen Universitäten etabliert sei, fundiere ihre Theoriebildung mit empirischer Forschungsarbeit, vor allem der Evaluation standardisierter Fragebögen. Steinmeyers eingehendere Ana-

lyse dieser Fragenkataloge deckt gravierende methodische Mängel auf. Überzeugend legt er dar, dass die von ihm geprüften Bögen der „Glücksforschung" gerade solche Antworten auf Fragen mit höheren Punktzahlen bewerteten (und damit als Indikatoren eines „guten Charakters" werteten), die sich durch ausgeprägte Religiosität und politischen Konservativismus auszeichneten. Wie beim NLP konstatiert Steinmeyer Überschneidungen mit der Esoterikszene; von neutraler Wissenschaft könne also keine Rede sein. Ebenfalls findet er die Abwertung von Opfern vor, etwa in der pauschalen Annahme, Traumata und schwere Krankheiten stärkten den Charakter. Insgesamt werde auch bei der „Positiven Psychologie" der marktradikale und ökonomische Gehalt deutlich: Vertreterinnen des Fachs brächten „Glück" explizit mit gesteigerter Produktivität in Zusammenhang. Martin Seligman fordere etwa eine Personalpolitik, die „Pessimistinnen" aktiv aus Unternehmen verdränge (S. 103). Angesichts der beschriebenen Verbindung von Religiosität und neoliberalen Wirtschaftsvorstellungen ist man nicht verwundert, wenn Steinmeyer auf Seligmans enge Verbindungen zum Milieu der US-amerikanischen evangelikalen Rechten hinweist.

Der Autor argumentiert, die Positive Psychologie sei dem Denken ähnlich, das die DDR ihren Bürgerinnen abverlangt habe. Es geht ihm dabei um den „programmatischen Optimismus", der laut Steinmeyer der Vorstellung von der „sozialistischen Persönlichkeit" der SED entspreche (S. 128). Im staatlichen Imperativ ans Individuum, sich eine ganz bestimmte, optimistisch-nutzenorientierte Persönlichkeit und Haltung anzueignen, sieht der Autor Analogien zu den beschriebenen Coachingtechniken. Erkennbar werden soll dies an Fallbeispielen aus der Kulturszene der DDR, etwa der staatlichen Repression des Dichters Salli Sallmann, der unter anderem wegen eines melancholischen Wintergedichts abgeschoben worden sei (S. 137). Der Autor weist darauf hin, dass die Positive Psychologie zur Zeit der DDR als etabliertes Konzept noch gar nicht existiert habe. Daran wird deutlich, dass dieses Kapitel die Funktion hat, den autoritären Gehalt von Coachingkonzepten zu betonen, entsprechend der titelgebenden These: „Die Gedanken sind

nicht frei.“ Es geht dem Autor auch weniger um eine historische Genealogie zwischen DDR-Repression und aktuellen Coachingmethoden als um einen „vielleicht etwas provozierenden Vergleich“ (S. 146), der auf eine moralische Polemik hinausläuft. Der Vergleich überzeugt jedoch nur bedingt. Denn beim heutigen Coaching handelt es sich ja gerade nicht um autoritäre Repression durch Sicherheitsorgane, sondern es propagiert Technologien, die das eigenverantwortliche Individuum zur „freien“ Selbstoptimierung anwenden solle. Das gibt der Autor am Rande auch selbst zu, wenn er darauf verweist, dass „die heutige Zeit […] ‚smartere‘ Formen des Anpassungsdrucks“ (S. 146) kenne.

Steinmeyer führt noch weitere „Techniken“ vor, die in der heutigen Coachingbranche angewendet werden, und zeigt deren problematischen Charakter auf. Weitverbreitet sei die Warnung von Coachs vor sogenannten „Energievampiren“, also vermeintlich „negativ eingestellten“ Personen, wobei auch Menschen in Trauerphasen gemeint sein können. Der Autor weist dabei auf zahlreiche Mensch-Tier-Vergleiche hin. So gelte es, „Zecken“, „Blutsauger“ oder „Parasiten“ „auszuschalten“ oder zu „eliminieren“, zumindest wenn es nach manchen Coachs ginge (S. 174). Richtigerweise benennt Steinmeyer den antisemitischen Gehalt derartiger Auslöschungsfantasien.

Die ausführliche Diskussion der „Techniken“ und „Konzepte“ verliert sich bisweilen in Redundanz. Wie bereits in den Kapiteln über NLP und die Positive Psychologie, weist Steinmeyer auch in der Darstellung von „The Work“ Phänomene der Täter-Opfer-Umkehr nach, die bis zur Holocaustrelativierung reichen, außerdem Esoterikideologie, Sozialdarwinismus, Erziehung zum Konformismus oder die Vorstellung fundamentaler Eigenverantwortlichkeit des Individuums. Das Kapitel zu „The Work“ beinhaltet folglich wenig Neues, es scheint sich bei dieser Methode lediglich um eine besonders radikale Ausformung der oben dargelegten Ansätze zu handeln, die laut Steinmeyer sektenähnliche Züge trägt.

Kleinere Leerstellen gibt es trotzdem im Buch. So findet sich kein einziges Wort zum sogenannten „Flirt-Coaching“ und der angeschlos-

senen „Pick-Up-Artist"-Szene. Deren insgesamt misogyner Charakter und ihre antifeministischen Grundannahmen wären im Rahmen einer allgemeinen Kritik des Coachings diskussionswürdig gewesen. Ob es Ansätze in der Coachingbranche gibt, die sich explizit gegen die kritisierten antiemanzipatorischen Konzepte von NLP, Positiver Psychologie und „The Work" wenden, erfährt man ebenfalls nicht. Überdies wünscht man sich, die Darstellung wäre stärker in den wissenschaftlichen Kontext eingebettet. So hätten sich beispielsweise Anknüpfungspunkte an Ulrich Bröcklings Studie zum „unternehmerischen Selbst" ergeben können, der ebenfalls Managementliteratur auswertet. Gleichzeitig bleibt Steinmeyers Methode einigermaßen ahistorisch, da er sich nirgends im Buch mit der Geschichte und Entwicklung des Coachings auseinandersetzt.

Die Stärke des Buches liegt darin, dass der Autor den instrumentellen Charakter des Coachings aufzeigt, das eine Steigerung unternehmerischer Effizienz anstrebt. Zurecht problematisiert er überdies die Tatsache, dass einige dieser Coachingmethoden auch in Schulen und bei der Betreuung von Arbeitslosen angewendet werden, Menschen also zwangsweise an den entsprechenden Seminaren teilnehmen müssen. Bereits dreißig Jobcenter sollen mit der Methode „The Work" arbeiten.

Steinmeyer seziert den ideologischen Gehalt und die moralische Fragwürdigkeit vieler Coachingangebote konsequent und wortreich, teilweise in allzu pathetischem Tonfall. Er stellt schließlich fest, es handele sich um weltanschauliche Schulungen, denen ein Bild „des unbegrenzten, optimierten Menschen" (S. 256) zugrunde liege. Die Abwertung von Opfern, die sozialdarwinistischen Grundannahmen, der Zwang zum Optimismus – das mache viele Coachings zu „Machtinstrumente[n] eines digitalen Effizienzkapitalismus" und „Lernorte[n] des postdemokratischen Denkens" (S. 259). Der Autor warnt gar vor Coachingmethoden als „Bausteine[n] eines neuen Totalitarismus" (S. 259), die er beispielsweise im pharmazeutischen Steigern von Hirnleistung oder in der Entwicklung von Neuroimplantaten erkannt haben möchte.

Sein liberaldemokratischer, explizit menschenrechtsbezogener Standpunkt wirkt allerdings insgesamt sehr positivistisch, da er die herausgearbeiteten Ideologeme nicht gründlich genug auf die gegebenen sozialen Verhältnisse bezieht. So wird kaum deutlich, dass neoliberale Coachingkonzepte Ausdruck aktueller kapitalistischer Gegebenheiten darstellen und neoliberale Imperative der Eigenverantwortung und Flexibilisierung aufnehmen. Diese Entwicklungen sind keineswegs einfach der (bürgerlichen) Demokratie entgegengesetzt. Sie sind politisch durchaus erwünscht und vollziehen sich gerade innerhalb der liberalen Gesellschaft, in der die „Selbstverwirklichung" der Einzelnen möglich sein soll. Dennoch scheint der Autor das Coaching als Gefahr wahrzunehmen, die gleichsam „von außen" über freiheitliche Verhältnisse komme. Das Gesellschaftssystem, das dem kritisierten Denken und seiner immanenten Rationalität zugrunde liegt, greift Steinmeyer nicht an. Stattdessen plädiert er für ein verfassungsmäßiges „Selbstoptimierungsverweigerungsrecht" (S. 270) und für bedingungsloses Grundeinkommen.

Georg Steinmeyer kann seine These, die meisten Coachingkonzepte seien anti-emanzipatorisch und undemokratisch, dennoch überzeugend untermauern. Man kann hoffen, dass sich auch im deutschsprachigen Raum ein kritischer Diskurs zum Coaching etabliert und sich mehr kritische Forschende diesem Phänomen widmen.

Robert Kempf

Martin Schulze Wessel (Hg.), The Prague Spring as a Laboratory

Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen 2016. 312 Seiten, € 50,00

The Prague Spring was a period of political and societal liberalization that lasted from early 1968 until 21st August 1968, when the Soviet Union and other members of the Warsaw Pact invaded the ČSSR to put an end to the reform efforts. A common narrative on the Prague Spring is that it was a coherent and yet unsuccessful experiment, in which two groups—reformers and conservatives—were competing against each other. The democratic-minded reformers, led by Alexander Dubček, wanted to build a "socialism with a human face," while the conservatives sought to inhibit any significant change.

Abstaining from such teleological and dichotomic interpretations, this edited volume characterizes the Prague Spring as a laboratory defined by a large variety of ideas and actors and by a large degree of uncertainty. Searching for interrelations between politics, science, economics, and culture, the 17 articles offer new and valuable insights into the Prague Spring and, taken as a whole, strongly substantiate the laboratory hypothesis. However, if we consider each article separately, we see that some articles have only punctually adapted this hypothesis, while others rely on it more clearly. This review's focus will be on the latter.

A general explanation of why the Prague Spring can be defined as a laboratory is offered by Martin Schulze Wessel. According to him, the 1960s came along with a "rapid acceleration of time and a broadening of spatial ideational horizons" (p. 2). Thus, reality overtook programmatic work, which turned out to be a serious though not insuperable challenge for the political leadership. Referring to Koselleck's concepts of experience and expectation, Schulze Wessel points out that in post-Stalinist

times there had developed a large gap between what people expected from socialism and what they actually experienced. Then, the Prague Spring brought back the "hope that an orderly yet progressive tension between space of experience and horizon of expectation could be maintained" (p. 11). Moreover, Schulze Wessel emphasizes the heterogeneity of the main reform concepts, which were developed by working groups appointed by the Communist Party and directed by renowned researchers: The group led by Radovan Richta imagined a "bright new future," Ota Šik and his colleagues opted for the "bitter medicine of economic reform," and Zdeněk Mlynář's group drafted "timeless principles for good government" (p. 17).

Vítězslav Sommer more closely analyzes the role of expert cultures, indicating that technocratic tendencies had a decisive impact before, during, and after the Prague Spring. Expert cultures had developed from the late 1950s on and were covering a wide range of disciplines and topics such as decentralization and the restructuring of the political and social system. The author explains that on an abstract level, the experts were imagining the future of socialism, while on a more concrete level they wanted "to build a socialism that would be economically efficient and administered by well-organized, flexible institutions" (p. 49). Also, they tried to predict and thus direct future economic and political trends. Sommer concludes that this technocratic reform concept was problematic in at least two regards: First, it did not always adhere well to democratic ideas (e. g., when work is foremost about efficiency, "bad" and "good" workers cannot be viewed as equal). Second, scientists not only played an important role before, but also after the Soviet-led invasion. Thus, expert cultures contributed to both the liberalization of the 1960s and to the authoritarian stability of the 1970s.

Another perspective on technocratic tendencies is introduced by Johannes Gleixner. He explains that during the 1960s, two lines of reformist thought emerged: one searching for a distinct path for the socialist economy and another one relying on market-based thinking. Remarkably, after 1968, the first one disappeared, while the second one was

transformed into an economist field called prognostics (after 1989/90, some of its representatives, such as Václav Klaus or Tomáš Ježek, became high-ranking politicians). In conclusion, Gleixner compares the Czechoslovakian developments of the 1960s to Western developments following the oil crisis: One common feature he identifies is a shift in values, namely the loss of confidence in the state's ability to manage the economy directly. Considering this similarity, he finds it "debatable," whether the reformist changes in Czechoslovakia should be interpreted only as a technocratic turn specific to a socialist system. Instead, he suggests interpreting these changes as a "shift in values emerging earlier and more openly in socialism" than in the West (p. 66).

Turning away from mostly economic debates, Jan Mervart directs his attention to the role of intellectuals in the reform process. A principal assumption of his article is that the Prague Spring should not be understood as "a completely exceptional event," but rather as "a constituent element in the movement that was occurring within the framework of post-Stalinist thinking." Thus, the Prague Spring is defined as an "emancipatory endeavor in search of a model of democratic socialism" (p. 99). According to Mervart, this search had already begun in the mid-1950s, resulting in a broad range of reform communist approaches. One of these approaches was the humanistic or radical democratic approach, which emphasized free self-realization within the framework of a socialist society. Mervart explains that the proponents of this approach were originally aiming for a truly Marxist and thus critical analysis, but were ultimately unable to break with the party, or with the system, and remained politically marginal. Nevertheless, they imagined a positive socialist future, which the author defines as an important feature of the Prague Spring as a whole.

Radical democratic approaches are also the focus of Ivan Landa's article. He points out that when retrospectively assessing the Prague Spring, many radical democrats identified it as an incomplete social revolution. Calling it a revolution was deemed appropriate because the Prague Spring had set off a profound political and social transformation,

and because revolutionary tendencies continued to exist even after the occupation. Thus, the radical democrats came up with an interpretation that was different from more common interpretations (e. g., the "standard" one which followed the reformist self-understanding, or the "liberal" one according to which the Prague Spring was primarily about introducing elements of Western democracies) (p. 124). However, there were also contradictions and problems associated with the radical democratic approach. First, Landa mentions that the radical democrats "merely replaced the paternalism of the party with the paternalism of the intelligentsia" (p. 141). Second—and similar to Mervart—, he doubts that the radical democrats actually wanted fundamental change in the political system.

Turning away from the role of scholars and intellectuals, Anna Bischof deals with *Radio Free Europe* (RFE), generally crediting it with a major impact on the Prague Spring. She explains that the RFE editorial team could, generally, decide its editorial policy relatively freely. However, this was not the case during the Prague Spring: At first, the editors had a critical attitude towards the reform movement; to them, the reformists were still communists. However, by early spring 1968, the radio management had pressured them to openly support the movement. This was considered beneficial because the reformers were expected to eventually overthrow the communist regime. In fact, the radio management limited its support to the less radical reformist ideas, as these were perceived to have better prospects of success. As Bischof shows, this led to a paradox situation: "The freer the media in Czechoslovakia became and the more open discussion in Czechoslovak society became, the more moderation and the more restraint RFE showed" (p. 206). After the Soviet-led invasion, RFE maintained its rather restrained position: Even though it strongly condemned the attack, it abstained from calls for resistance. Considering both the time before and after the invasion, Bischof concludes that RFE can "not be counted as among the radical forces of the time" (p. 210).

Another media actor is examined by Hélène Leclerc, who writes about the German-language culture magazine *Im Herzen Europas* (IHE). This magazine was mostly directed at Western Germans, encouraging them to buy Czechoslovak export products or travel to Czechoslovakia. At the same time, it "turned out to be a window on the events of the Prague Spring" (p. 216) and generally reflected the golden age of Czechoslovak culture during the 1960s (e. g., by distancing itself from Stalinism and by paying more attention to Slovak matters). Although IHE did not openly criticize the regime (there was only little coverage of the "Two Thousand Words," a manifesto written by reformist writer Ludvík Vaculík and signed by hundreds of public figures and more than 100,000 ordinary citizens), it functioned as a laboratory of reform: Featuring forums and discussion, there was an emphasis on dialog and on giving voice to the actors in the reform process. Acting as "mouthpiece and forum of the reform movement" (p. 221), IHE's desire to support reforms also continued after the Soviet-led invasion. Despite sanctions against members of the editorial team, a clear positioning against the anti-reformist backlash was maintained until around mid-1969. However, as Leclerc explains, the "normalization" of the regime did not spare IHE. Its muzzling by the authorities was finalized by a change of name ("*Tschechoslowakisches Leben*").

Daria Volf analyzes the general role of the media before and during the Prague Spring, showing that a first shift in the media discourse had already taken place in the mid-1950s, when some critics started to position themselves against the strict orientation towards the Soviet model. Also, the image of the United States changed: While in the early 1950s the country was depicted in an entirely negative light, some years later, voices emerged that also found positive aspects in the West. At that time, the regime's reactions were clear: Insubordinate journals were banned and censorship was exercised tenaciously. However, Volf points out that the critical shift during the 1950s was already a first step towards the reform process. At the same time, she stresses that there was no linear development leading from the mid-1950s to the time of the

Prague Spring, but that this phase was characterized by the regime's repeated attempts to preserve the status quo. However, when the reform process eventually began, Czechoslovak self-perception also changed: Generally, more self-criticism became possible (e. g. regarding the economic situation). Moreover, a discussion on the political and social future of the country began. Based on the proposition that neither the Western nor the Soviet model was entirely desirable, a particular Czechoslovak model of socialist democracy was envisaged.

The last article of the volume, written by Pavel Kolář, searches for new ways to interpret the Prague Spring. According to the author, many master narratives have proven to be problematic—for example, because they are ahistorical or explain the events primarily by looking at their outcome. As an example, Kolář mentions the common interpretation that the Prague Spring originally aimed to save socialism, but eventually turned out "to be the final nail in its coffin." (p. 279). He finds the volume's approach far more promising as it takes into consideration aspects such as incoherence, contradictions, and uncertainties. However, Kolář also proposes examining the Prague Spring's long-term relevance for the European Left, both in the West and East. He explains that the Left frequently associates the Prague Spring with a major loss, resulting in a wave of disillusionment, even though it initially fueled hopes of genuinely establishing a democratic form of socialism. Instead, Kolář suggests approaching the legacy of the Prague Spring in a mourning rather than in a melancholic way (that is, not to long for what has been lost, but to learn to live with defeat), thus treating it as source of reconstruction and a way out of the current crisis.

Overall, this volume offers a variety of new perspectives on the Prague Spring, making it clear that this topic is still highly relevant to historical research. It also shows the benefit of innovative approaches: Most articles have evidently profited from the "laboratory model" and have therefore contributed to the deconstruction of old master narratives and to the search for new ones. Moreover, they paint a vivid picture of the reform period and its first precursory sparks from the mid-

1950s onward: between optimism and imagining a positive socialist future on the one hand and paternalist and technocratic approaches on the other hand. It would have been a great bonus to have an additional article at the end of the book bringing together the most important findings of each article and pointing out their similarities and dissimilarities. Such a final chapter might have even come to an overall conclusion and/or dealt with the question of how the laboratory hypothesis could be applied to reform periods in other East and also West European countries. In any case, the volume serves as proof that the potential of the laboratory hypothesis is not exhausted yet.

Eva Schäffler

Abstracts

Freia Anders / Alexander Sedlmaier, Other claims and other cities: contested and shifting boundaries in informal housing and squatting

This essay focuses on squatters as historical agents in transgressing urban boundaries, thereby contributing to a reshaping of urban environments and public spaces. Bringing together research on informal housing in various urban contexts in both the Global North and South, it examines conceptually how squatters and urban activists have transgressed real property, public-private, socioeconomic and zoning boundaries, and in so doing challenged conventional notions of space and urban authority. Our approach avoids rigid definitions of informality based on illegality in favor of an analysis of boundary shifting as a result of spatial claims that are simultaneously deemed illegal while enjoying varying degrees of legitimacy due to persistence and acceptance. Adopting a historiographic and comparative perspective, the essay shows how such practices have responded to urban planning and development that produced these boundaries in the first place, often creating ever more privatized, gentrified, and securitized spaces and communities. Informal dwellers have, explicitly or implicitly, addressed the social questions underlying the use and distribution of urban space. This perspective helps to address historical processes of negotiation and contestation that have contributed to the emergence and shifting of boundaries demonstrating the malleability of dividing lines in the urban fabric. Squatters' small-scale attempts at taking the city into their own hands therefore have the potential of challenging modes of planning and development dominated by elite technocrats and private capital interests.

Ronja Oltmanns, „Wer die Mißbräuche des Asylrechts nicht bekämpft, der fördert […] Ausländerfeindlichkeit." Die Instrumentalisierung der rassistischen Anschläge und Pogrome Anfang der 1990er Jahre für die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl

The de facto abolition of the basic right to asylum as stipulated in the German constitution by the Bundestag in 1992/93 has for a long time been assumed to be closely related to racist attacks on migrants in Germany in the early 1990s. However, until now neither historical nor other research has been carried out with the aim of corroborating the assumption in a scientific way. This article attempts to do so by evaluating the debates on the right to asylum which have taken place in the Bundestag between 1985 and 1993 by way of a 'topos analysis' (after Martin Wengeler). It investigates how the discussion of the basic right to asylum changed and which role the racist attacks played in this. The discursive changes are then analyzed against the backdrop of changing migration regimes and placed into historical context. Our analysis shows that both majority political parties in the German Bundestag, CDU/CSU and SPD, used the racist attacks as an argument to justify the de facto abolition of the basic right to asylum.

Sabrina Apicella, Rough Terrains: Wages as Mobilizing Factor in German and Italian Amazon Distribution Centers

Amazon's overarching significance and clout in distribution in Europe has led to demands for equal wages for all workers in Amazon's distribution centers across the continent. Amazon's wage structure is critically analyzed within this context. The article then moves on to look at findings on workers strike motives, based on quantitative and qualitative data from Amazon workers in Leipzig and Rheinberg (both Germany) as well Castel San Giovanni (Italy). The integration of both perspectives allows for discussion of a European-wide campaign for wealth redistri-

bution and an international Amazon strike strategy that takes workers' dissatisfaction with factory-like labor processes into account.

Gruppe Blauer Montag, Vom Notstand der Arbeitsgesellschaft

This is the first of four articles in the journal discussing the consequences of the COVID-19-crisis in the light of changing working and living conditions, increasing precarity, rising unemployment and intensifying class struggles. Written as a result of the discussion of a left-wing collective during the first weeks of the pandemic, it sketches the relevance of care work and the health sector in general, but also highlights forms of self-organization as outcome of an increasingly polarized social structure of capitalist society. The text also points to some strategical questions relevant to international discussions: What will be the future role of mediating organizations such as trade unions and how will social movements be influenced by regimes of increasingly authoritarian governance?

Wolfgang Völker, Auf Freiwilligenarbeit ist kein Verlass, schon gar nicht im Notstand

As a comment to an aspect of the article of Gruppe Blauer Montag, the text underlines why a difference should be made between voluntary work and self-organization for mutual solidarity and neighborly help. The article describes voluntary work as a form of governance of the authoritarian and lean activating state and focuses on the importance of (social) rights as opposed to private charity in order to satisfy basic needs of people—not only in times of pandemic.

Peter Birke, Coesfeld und die Folgen: Arbeit und Migration in Zeiten der Pandemie

The COVID-19-crisis highlighted the plight of migrant workers in agriculture as well as the meat industry, internationally, but also in Germany.

Two circumstances characterized this situation: On the one hand, mass infections in these industries, as in the meatpacking plants in the German city of Coesfeld, exposed exploitation at the point-of-production and bad living conditions. On the other hand, workers began to protest and demand improved conditions, as was the case with Romanian agricultural workers in Bornheim near the German city of Bonn. The author analyses both cases in the context of an unabated segregation and fragmentation of the working class thereby identifying a wider spectrum of common demands within a transnational perspective.

Willi Hajek / Lou Marin, Die sozialen Bewegungen in Frankreich in Zeiten der Pandemie

In this interview, Willi Hajek and Lou Marin discuss the current development of strikes and social movements in France under the condition of the *confinement* until 1 June 2020, and against the backdrop of the strong mobilizations of the *Gilets Jaunes* and the movement against the pensions reforms of the Macron government during the Winter of 2019/2020. The interview strongly focuses on local experiences in Marseille during this period. However, the discussion also engages with aspects relevant to an international perspective looking into the movements' contributions to the constitution of a transnational social movement.

Saïd Belguidoum, Der Hirak und die Krise des neopatrimonialen Systems in Algerien. Auf dem Weg zu einer zweiten Unabhängigkeit?

Since February 22nd 2019, Algeria has entered an unprecedented phase in its history. The massive, peaceful and determined mobilization of the population against a regime in place since independence (1962) is the expression of a revolution in progress, embodied by the Hirak ('the movement'—the name the citizens' movement has given itself). Our contribution proposes a reading of Algerian society through the crisis

of the neo-patrimonial State and the social contract on which it relies. Starting from the analysis of the nature of the system in place and the changes that the country is undergoing, the objective is to show how social redistribution is grounded on a fiction allowing the maintenance of a clientelistic system benefiting an oligarchy. The Hirak opens on a new historical temporality whose main characteristics we hereby present.

Ahlrich Meyer, Die Schwelle des Zeugnisses überschritten. David Roussets *L'univers concentrationnaire* liegt endlich auf Deutsch vor

In 1946, writer and activist David Rousset (1912–1997) published a report on German concentration camps titled *L'Univers concentrationnaire*. He was—in the words of Jorge Semprún—the first to "cross the threshold of testimony" and make an attempt at a comprehensive analysis. After the Second World War, Rousset was equally active against the Soviet camp system. For inexplicable reasons, his writings have been ignored in Germany for decades, although they are indispensable for understanding totalitarian rule. There now exists a faithful German translation that does justice to Rousset's linguistic force. Jeremy Adler's epilogue draws attention to France's existentialist and communist-dominated post-war intellectual milieu, but does not address problematic aspects of Rousset's philosophy of the survival of horror. What is also missing is a historical contextualisation of the book as a document of early research on National Socialism and totalitarianism.

Autorinnen und Autoren / Contributors

Freia Anders, Dr. phil., History Department, Johannes Gutenberg University, Mainz.

Sabrina Apicella is a PhD student in the Institute of Sociology and Cultural Organization at Leuphana University, Lüneburg, Germany.

Said Belguidoum, sociologist and lecturer at the Université d'Aix-Marseille and researcher at the IREMAM (CNRS – Aix en Provence). Latest publications: (with Farida Souiah), 'La Chine : nouvel acteur méditerranéen', Confluences Méditerranée, 109 (2019), 2; in preparation, to be published in 2020: 'La recherche urbaine en Algérie, nouvelles approches', Insaniyat, Revue algérienne d'anthropologie et de sciences sociales.

Peter Birke, Dr. phil., Institute of Sociology, University of Goettingen.

Gruppe Blauer Montag is an autonomous political collective based in Hamburg and surroundings. It has been existing since the beginning of the 1990's and focuses on working conditions, unemployment and precarity and (international) class struggles (both from an activist as well as a theoretical perspective).

Willi Hajek, trade union activist living in La Ciotat (near Marseille). He is an active participant in the *Gilets Jaunes* movement.

Lou Marin is a writer and activist living in Marseille. His focus is, among others, on the history of Anarchism and on the works of Albert Camus. He is a member of the editorial board of the journal *Graswurzelrevolution*.

Ahlrich Meyer, Dr. phil., political scientist; main areas of interest: political philosophy, research on National Socialism.

Ronja Oltmanns, Oldenburg, studies History (Master) at the University of Hamburg, holds a scholarship of the Hans-Böckler-Foundation and is active in both the antiracist and the anti-gentrification movement.

Alexander Sedlmaier, Reader in Modern History, School of History, Philosophy and Social Sciences, Bangor University, Wales.

Lars Stubbe holds a degree in political science. His focus is on labor movements and Latin American studies.

Wolfgang Völker, Retiree, lives in Hamburg. Member of an activist group working on conflicts over social reproduction and welfare state benefits ("Hartz IV"); lecturer at the Protestant College for Social Work and Social Welfare in Hamburg; member of the editorial board of the journal *Widersprüche*.

DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

Offen im Denken

ub universitäts bibliothek

Dieser Text wird über DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: 10.17185/duepublico/71994
URN: urn:nbn:de:hbz:464-20200701-075555-0

Dieses Werk kann unter einer Creative Commons Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 3.0 Lizenz (CC BY-NC-ND 3.0) genutzt werden.